



EIN
BILDERBOGEN
DURCH
VIER
JAHRZEHNTE

IM ZUG DER ZEIT

HERAUSGEGEBEN VON
EGON HÖLDER

IM ZUG
DER ZEIT

IM ZUG DER ZEIT

Ein Bilderbogen durch
vier Jahrzehnte

*Herausgegeben
von
Egon Hölder*

Metzler
Poeschel

ISBN 3-8246-0048-X

© Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 1989

Alle Rechte vorbehalten. Es ist insbesondere nicht gestattet, ohne ausdrückliche Genehmigung des Statistischen Bundesamtes diese Veröffentlichung oder Teile daraus zu übersetzen, zu vervielfältigen, auf Mikrofilm/-fiche zu verfilmen oder in elektronische Systeme einzuspeichern.

J. B. Metzlersche Verlagsbuchhandlung
und Carl Ernst Poeschel Verlag GmbH
in Stuttgart

Graphiken: Schrimpf und Partner Werbeagentur GmbH, Wiesbaden
Bildquellennachweise bei den Fotos

Einbandgestaltung: Bayerl, Ost und Rebmann, Frankfurt

Umschlagsmotiv: DEPERO FORTUNATO

© VG Bild-Kunst, Bonn, 1989

Satz: Typobauer GmbH, Scharnhausen

Druck: Mairs Graphische Betriebe, Kemnat

Printed in Germany

Inhalt

Vorwort	7
Vom »Baby-Boom« zum »Pillenknick« – die Bevölkerungsentwicklung	9
Von der Großfamilie zum Singledasein? – Formen des Zusammenlebens	17
Von der Hausfrau zur Karrierefrau? – Frauen zwischen Beruf und Familie	27
Von der akuten Krankenbehandlung zur Gesundheits- vorsorge – Gesundheitswesen im Wandel	37
Von der Überlebenshilfe zum Sozialstaat – ein soziales Netz für alle Fälle	49
Vom Trümmergrundstück zum Eigenheim – 40 Jahre Wohnungsbau	69
Vom Waschbrett zur programmierbaren Wasch- maschine – technischer Fortschritt im Haushalt	81
Von der Maurerkelle zur Betonpumpe – die Technik mischt mit am Bau	89
Vom Naturschutz zum Umweltschutz – der bewußte Umgang mit unserer Umwelt	95
Von der Kohle zur Kernenergie – auf der Suche nach alternativen Energieträgern	105
Vom Zweirad zum Zweitwagen – eine Gesellschaft wird mobil	115
Von der Sommerfrische zum Massentourismus – Reisen als Teil des modernen Lebens	137
Vom Kino zum Heimkino – Möglichkeiten der Freizeitgestaltung	155

Vom Bildungsnotstand zur Akademikerschwemme – Bildung für alle	173
Vom Wiederaufbau zu einer hohen Lebensqualität – der Staat als Serviceeinrichtung für den Bürger	191
Vom Wirtschaftswunder zur führenden Industrie- nation – die gesamtwirtschaftliche Entwicklung	205
Von Vollbeschäftigung und Arbeitslosigkeit – Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt	219
Von 66 zu 9 Minuten Arbeit für 250 g Butter – Verdienste und Kosten der Lebenshaltung	235
Vom »Tante-Emma-Laden« zum Erlebniskauf – der Einzelhandel im Strukturwandel	247
Vom Nahrungsmittelmangel zur Überschuß- produktion – Landwirtschaft in der Krise?	259
Vom Fließbandarbeiter zum Roboter – Steigerung der Arbeitsproduktivität	277
Vom wirtschaftlichen Zusammenbruch zum »Export- weltmeister« – die internationalen Wirtschafts- verflechtungen	289
Über Zahlensammler, Rechner und Statistiker – wir über uns	299

Vorwort

Ausschnitte und Durchschnitte will dieses Buch zeigen: Ausschnitte in einem Bilderbogen des alltäglichen Lebens, wie es war, wie es sich entwickelt hat, wie es ist. Wer weiß noch, wie hart die Hausarbeit vor Jahrzehnten war und mit wie wenig jedermann und »jedefrau« auskommen mußte? Haben die technischen und wirtschaftlichen Entwicklungen eines halben Jahrhunderts dem Durchschnittsmenschen Vorteile gebracht, haben sie ihn aus Zwängen und Fron befreit, oder haben sie ihn abhängig gemacht? Kulturpessimisten und Kulturoptimisten streiten darüber oft im luftleeren Raum.

Dieses Buch will ein Bilderbogen sein, der nicht politische Zusammenhänge oder wirtschaftswissenschaftliche Thesen darstellt, sondern der tagtäglichen Wirklichkeit im Leben der Normalfrau und des Durchschnittsmannes nachspürt. Da es nicht jedem gleich gut oder gleich schlecht ging, bietet das Buch auch Durchschnitte an. Zwar will keiner durchschnittlich sein, aber jeder orientiert sich an dem wissenschaftlich ermittelten Durchschnitt, stellt daran fest, ob es ihm besser geht, oder ob er zu kurz gekommen ist. Auch wir wollen der Frage nachgehen, wieviel ein »Durchschnittlicher« arbeitet, in den verschiedenen Jahren verdiente, wieviel eine »durchschnittliche« Familie für die Wohnungsmiete ausgab, wieviel Wein der Durchschnittsdeutsche getrunken und wieviel Zigaretten er geraucht hat.

Das Leben, das hinter den Zahlen steht, wird durch die Fotos gezeigt, die Zahlen selbst werden durch Grafiken verdeutlicht. Ein Bilderbogen über 40 Jahre Leben in der Bundesrepublik Deutschland, 40 Jahre Leben im Wandel der wirtschaftlichen und technischen Möglichkeiten, soll unterhalten, informieren und einen lebendigen Eindruck der Änderungen unseres Alltags vermitteln.

21 Fachleute haben für ihre Arbeitsgebiete und unter ihrem Namen die Beiträge geschrieben, vermitteln Informationen, die anderen Fachleuten oft bekannt, der Gesellschaft insgesamt aber meist nicht mehr bewußt sind. Die Eigenständigkeit der Arbeitsgebiete sowie der Bearbeiterinnen und Bearbeiter zeigt sich gelegentlich in Unterschieden der Problemansätze und des Duktus. Diese Unterschiede wirken aber sicherlich anregend und belebend.

Den Autoren gilt mein Dank für eine aufgeschlossene Bereitschaft zur Mitarbeit unter Bedingungen, die für Wissen-

schaftler meist nicht typisch, die aber für die Vermittlung wissenschaftlicher Kenntnisse in die Gesellschaft Bedingung sind. Jürgen Chlumsky hat das Konzept erarbeitet und die Leitung der Redaktion übernommen, die Autoren beraten, Zeiten und Themen koordiniert und die Bilder ausgewählt. Ihm und Mathias Zenke, der ihn tatkräftig unterstützt hat, gilt mein Dank ebenso wie Dr. Sibylle Appel, die das Projekt von Anbeginn an sachlich begleitet, mit inspiriert und redaktionell abschließend mitgestaltet hat.

Egon Hölder

Vom »Baby-Boom« zum »Pillenknick« – die Bevölkerungsentwicklung

Hildegard Kratz

»Zunehmen an Alter und Weisheit« – Wenn man bei diesem Zitat sagt: »Und die Bibel hat doch recht«, wenn Alter und Weisheit immer gekoppelt sind, dann ist die Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland in den vergangenen 40 Jahren sehr viel weiser geworden, denn sie – nicht nur jeder einzelne von uns – ist älter geworden. Es gibt immer mehr ältere und gleichzeitig weniger jüngere Menschen.

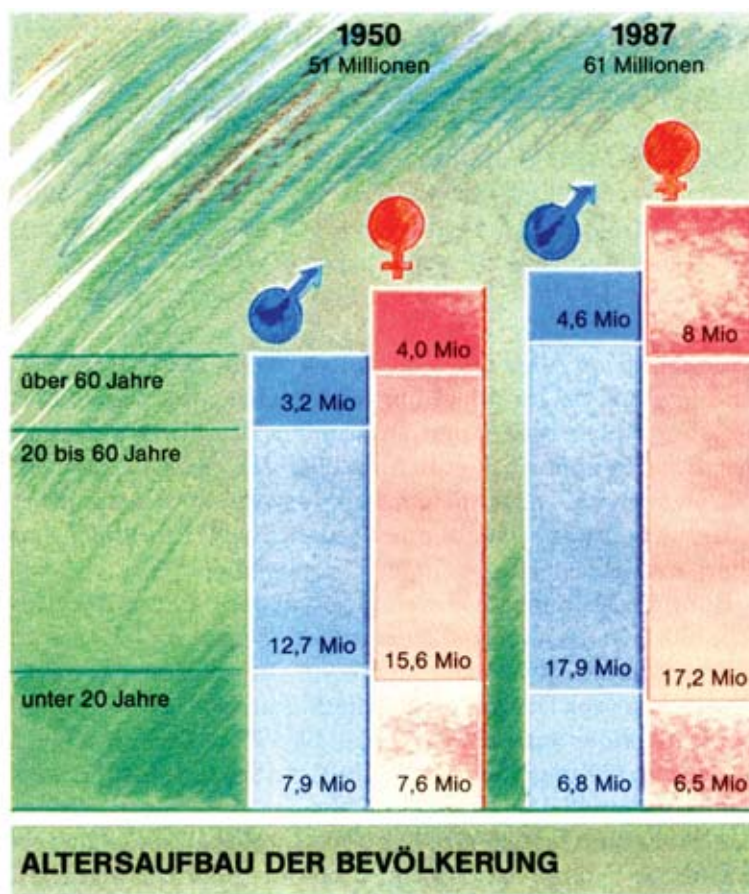
Rund 51 Millionen Menschen gab es 1950 in der Bundesrepublik Deutschland; davon waren etwas mehr als die Hälfte Frauen. Etwa jeder siebte war mindestens 60 Jahre alt, ein knappes Drittel noch nicht 20 Jahre alt. 28 Millionen der Einwohner waren im »besten Alter« – zwischen 20 und 60 Jahren; sie machten sich an den »Aufbau« der Bundesrepublik. Etwa 40 Jahre danach leben hier mit gut 61 Millionen Menschen fast 20% mehr, mit einer deutlich veränderten Altersstruktur. Nur noch 22% sind unter 20 Jahre alt, mit knapp 21% fast ebensoviele mindestens 60 Jahre. Die größte Gruppe (58%) stellen mit 35 Millionen auch 1987 die 20- bis 59jährigen.

**Altersstruktur
verändert sich**

*642 000 neue Erdenbürger im
Jahr 1987*

Foto: Süddeutscher Verlag





Der Frauenanteil hat geringfügig auf 52% abgenommen, allerdings ist dieser Anteil in den einzelnen Altersgruppen sehr unterschiedlich. 1950 und 1987 gab es bei den Kindern und jungen Erwachsenen unter 20 Jahre einen leichten »Vorsprung« des männlichen Geschlechts: 51% waren Jungen. Von den 20- bis 59jährigen waren 1950 55% Frauen, 1987 betrug der Anteil nur noch 49%, hier haben die Männer also kräftig aufgeholt. Durch die nachwachsenden Generationen wurden die Verluste der beiden Weltkriege ausgeglichen: der Männeranteil von 51% entspricht der natürlichen Verteilung von »männlich« und »weiblich«. Bei den »Senioren« ist das nicht der Fall: 1950 waren 56% der 60jährigen und älteren Menschen Frauen, für 1987 ergibt sich ein Anteil von 64%, d.h. zwei von drei älteren Einwohnern sind Frauen. Ursache hierfür sind zum einen die nun in diese Altersgruppe gehörenden dezimierten Geburtsjahrgänge der männlichen Kriegsteilnehmer, zum anderen spielt die höhere Lebenserwartung von Frauen eine nicht unerhebliche Rolle. Die im Laufe der Jahrzehnte angestiegene Lebenser-



Fast zwei Drittel der über 60jährigen sind Frauen

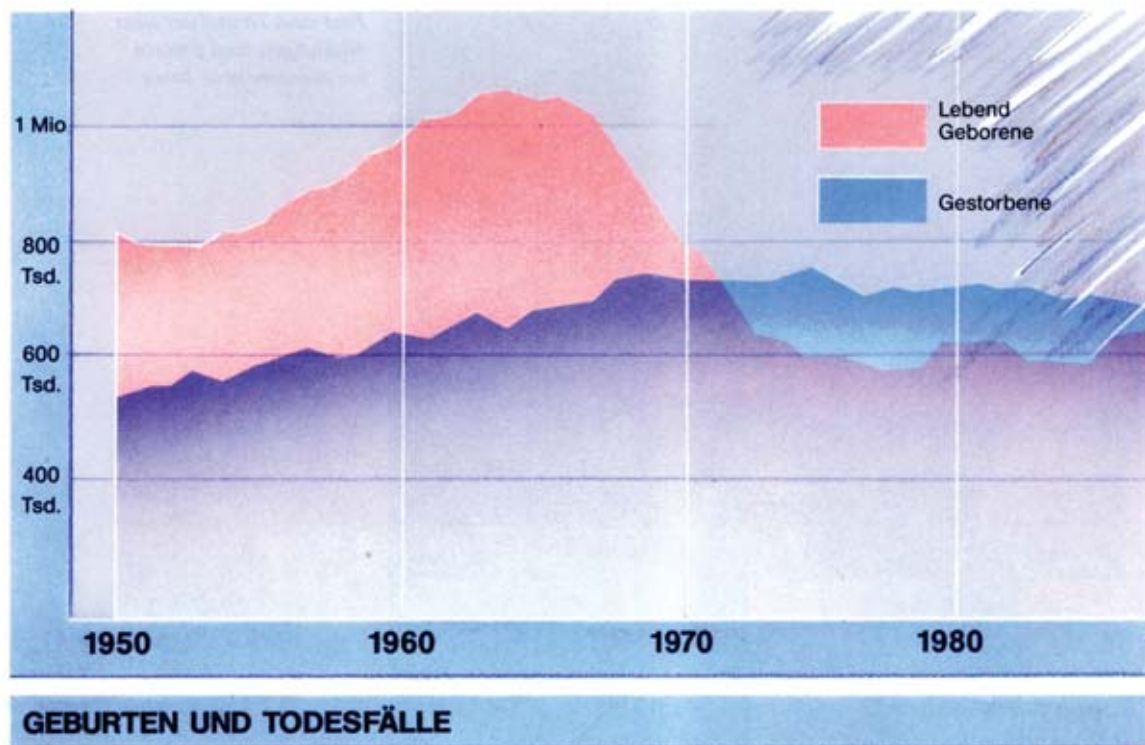
Foto: Süddeutscher Verlag / Schmidt

wartung führt auch insgesamt zu einem Anwachsen der Gruppe der Senioren.

Die durchschnittliche Lebenserwartung erhöhte sich im Zeitraum von 1950 bis 1987 von knapp 65 Jahren auf rund 72 Jahre bei den Männern und von 69 Jahren auf gut 78 Jahre bei den Frauen. Der nach dem »Baby-Boom« der 60er Jahre einsetzende Geburtenrückgang hatte zur Folge, daß 1987 6,5 Millionen Mädchen und junge Frauen bis 19 Jahre gut 8 Millionen ältere Damen, die 60 Jahre und älter waren, gegenüberstehen. 1950 gab es mit 7,6 Millionen jungen Frauen noch fast doppelt so viele wie ältere.

Die Zusammensetzung einer Bevölkerung zu einem bestimmten Zeitpunkt ist – wie schon aus der Beschreibung der Altersgliederung hervorgeht – das Ergebnis von »Zu- und Abgängen«. »Zugänge« sind neben den Neugeborenen auch »Einwanderer« im weitesten Sinne, zu den »Abgängen« zählen neben den Gestorbenen die »Auswanderer«, also auch in ihr Heimatland zurückkehrende Ausländer. Je nachdem, wieviele Ein- und Auswanderer es gibt, führen diese »Wanderungen« im Ergebnis zu einer Zu- oder Abnahme der Einwohnerzahl: ein Plus, ein Gewinn wird verzeichnet, wenn mehr Menschen in die Bundesrepublik Deutschland kommen, als sie verlassen, ein Minus, ein »Verlust« im umgekehrten Fall. Analog dazu wird von einem »Geburtenüberschuß« gesprochen, wenn es mehr Babys als Gestorbene gibt, das umgekehrte Verhältnis wird mit »Überschuß der Gestorbenen« bezeichnet. Die Entwicklung des »Wanderungsverhaltens« kann die Veränderungen durch die »natürliche Bevölkerungsbewegung« (Geburten/Sterbefälle) kom-

»Plus« und »Minus«
in der Bevölkerungs-
entwicklung



pensieren – ganz oder teilweise – oder noch verstärken. In der Bundesrepublik Deutschland gab es bis einschließlich 1971 einen Geburtenüberschuß, es wurden mehr neue Erdenbürger geboren, als es Verstorbene gab. Seit 1972 ist die jährliche Zahl der Sterbefälle höher als die der Neugeborenen; die natürliche Komponente hat also einen negativen Einfluß auf die Bevölkerungszahl. Die Entwicklungen bei den Zu- und Fortzügen über die Bundesgrenzen waren schwankender. Zwar gab es auch hier bis 1973 – mit Ausnahme von 1967 – jährliche »Wanderungsgewinne« aber seither wechselten »Wanderungsverluste« (1974 bis 1976, 1982 bis 1984) mit »Einwandererüberschüssen« (1977 bis 1981, 1985 bis 1987) ab. Insgesamt kam es daher bis 1973 zu einer kontinuierlich wachsenden Bevölkerungszahl, danach jedoch sowohl zu Ab- als auch zu Zunahmen. Da diese sich in ihrer absoluten Höhe nur zwischen 29000 und 347000 Personen jährlich bewegten, »oszillierte« die Zahl der Einwohner seit 1974 um die 61,5 Millionen-Marke.

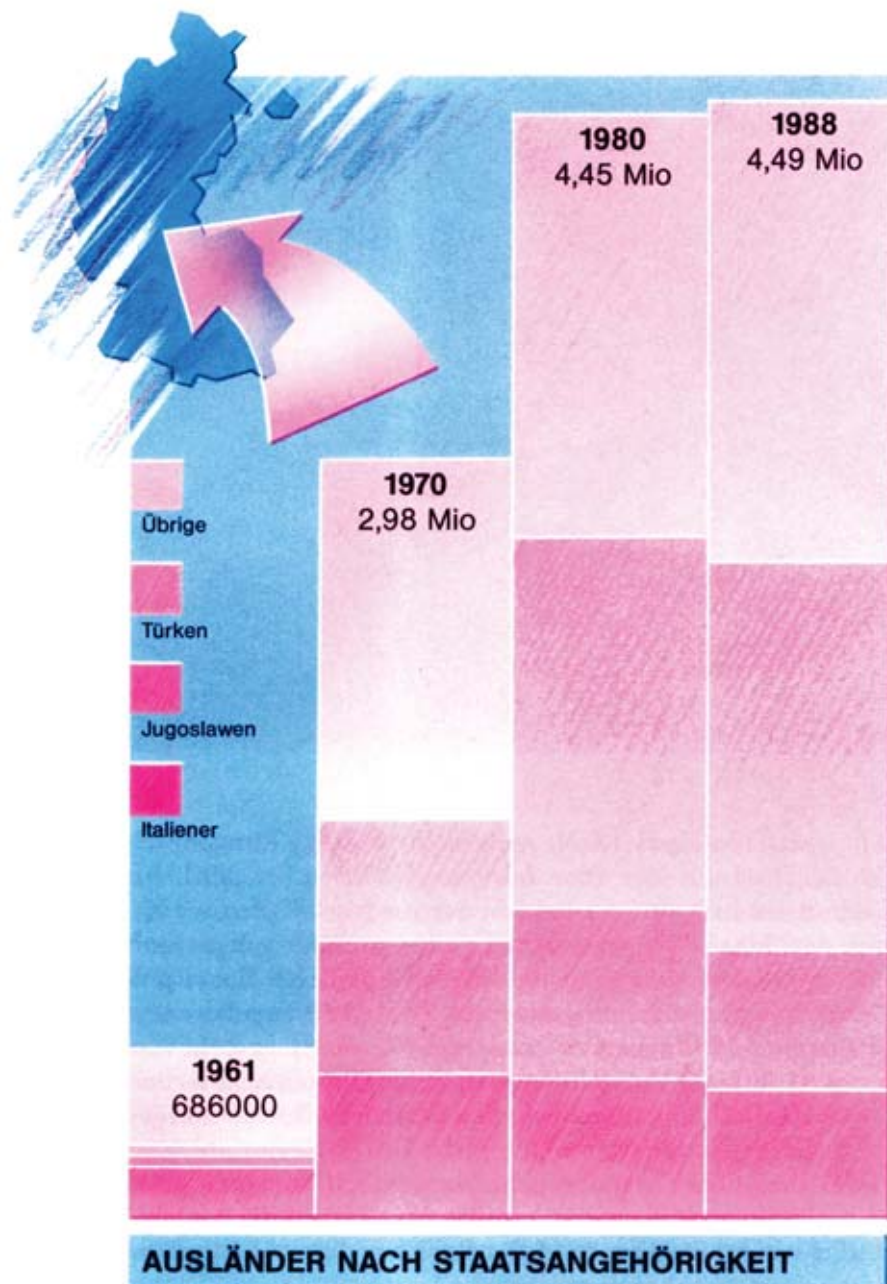
Die Ursachen für die veränderten Einflüsse auf die Bevölkerungszahl sind vielfältig. Einer der entscheidenden Faktoren ist die Entwicklung der *Geburtenzahl*. 1950 gab es 733000 Neugeborene, das waren 16 Babys je 1000 Einwohner der Bundesrepublik. In den Jahren des »Baby-Booms« – von 1963 bis 1967 – kamen jährlich gut 1 Millionen »Erden-

*Baby's Komfort 1949*

Foto: Süddeutscher Verlag

bürger«, d.h. rund 18 Neugeborene je 1000 Einwohner, hinzu. Bis Ende der 70er Jahre nahm dann die jährliche Geburtenzahl kontinuierlich ab, der niedrigste Wert wurde für das Jahr 1978 ermittelt: In diesem Jahr gab es nur 576000 neue Erdenbürger und damit lediglich 9 Babys pro 1000 Einwohner. Seither steigt die Zahl der Neugeborenen wieder an: 1987 waren es rund 642000, was einer Zahl von etwa 11 je 1000 Einwohner entspricht. Diese Veränderungen beeinflussten maßgeblich die »natürliche Bevölkerungsbewegung«, da die Sterbefälle mit rund 12 Gestorbenen je 1000 Einwohner seit Jahrzehnten ziemlich konstant sind; d.h. für die positiven oder negativen Auswirkungen der »natürlichen Entwicklung« auf die Bevölkerungszahl ist allein die Geburtenzahl »verantwortlich«.

Den entscheidenden Einfluß bei den »Ein- bzw. Auswanderern« haben die Ausländer mit mehr als 75% der Zuzüge aus dem Ausland bzw. 80% der Fortzüge in das Ausland. Die Frage, ob die Bundesrepublik Deutschland ein »Einwanderungsland« sei, kann nur rhetorischer Art sein, wenn man bedenkt, daß der Ausländeranteil von 1,2% im Jahr 1961 auf 7,3% im Jahr 1988 angestiegen ist. Die *Nationalitätenstruktur* hat sich im Zeitablauf erheblich verschoben: 1961 bildeten die Italiener mit 29% aller ausländischen Bürger der Bundesrepublik die größte Gruppe, diese Position konnten



sie bis 1970 halten, als ihr Anteil noch bei 19% lag. Ab 1971 wurden sie von den Türken und Jugoslawen auf den dritten Platz »verdrängt«; damals waren mit 3,4 Millionen Menschen erstmals mehr als 5% der Bevölkerung Ausländer, davon 653 000 (19%) Türken, 594 000 (17%) Jugoslawen und 590 000 (17%) Italiener. Diese »Rangfolge« gilt noch heute, die Relationen haben sich jedoch weiter verändert: Von den 4,5 Millionen Ausländern, die 1988 in der Bundes-



4,5 Millionen Ausländer leben in der Bundesrepublik Deutschland – hier eine portugiesische Gastarbeiterfamilie

Foto: Bildagentur Schuster / Gensow

republik Deutschland lebten, war jeder dritte ein Türke, 13% hatten die jugoslawische Staatsangehörigkeit und jeder zehnte war Italiener.

Die *regionale Mobilität von Deutschen* hingegen konzentriert sich auf das Bundesgebiet. 1987 zogen lediglich rund 67 000 Deutsche ins Ausland, 55% davon blieben innerhalb Europas. Die Zuzüge von Deutschen aus dem Ausland waren mit rund 120 000 Personen fast doppelt so zahlreich; auch hierbei kam der überwiegende Teil (80%) aus dem europäischen Ausland. Wohnortwechsel innerhalb der Bundesrepublik Deutschland sind wesentlich häufiger. Die Aufnahme eines Studiums oder einer sonstigen Berufsausbildung, Arbeitsplatzwechsel, der »Altersruhesitz«, alles das führt zu »Wanderungen« zwischen den Ländern des Bundesgebietes. 1987 gab es jeweils rund 590 000 Fort- bzw. Zuzüge von Deutschen innerhalb der Bundesländer, zusätzlich 67 000 Wanderungen von Ausländern. Von dieser Mobilität »profitieren« insbesondere Baden-Württemberg, Bayern und Berlin (West), in geringerem Maße auch Hessen und Schleswig-Holstein. In allen fünf Bundesländern zogen 1987 mehr »Landeskinder« zu als fort, so daß für diese Länder aus dem Umzugsverhalten innerhalb des Bundesgebietes ein Bevölkerungszuwachs resultiert.

Über die *zukünftige Entwicklung* der Zahl der Bundesbürgerinnen und Bundesbürger lassen sich lediglich Aussagen machen, die nur unter ganz bestimmten Voraussetzungen gelten. Derartige Bevölkerungsprognosen und Modell-

Blick in die Zukunft

Generationen im Gespräch (1967)

Foto: Süddeutscher Verlag / Neuwirth



rechnungen sind stets mit einem Unsicherheitsfaktor behaftet, da das Eintreffen der zugrundeliegenden Überlegungen zwar wahrscheinlich, aber nicht sicher ist. Bedeutsam hierbei sind insbesondere Annahmen über die Zahl der Geburten sowie die Entwicklung der Lebenserwartung, Veränderungen hierbei führen zu erheblichen Abweichungen bei den Ergebnissen der Prognosen und Modellrechnungen.

Die bisherigen Berechnungen für die deutsche Bevölkerung im Jahr 2030 ergeben, daß es dann voraussichtlich rund 43,2 Millionen Deutsche, deren Altersgliederung sich deutlich von der heutigen unterscheiden würde, geben wird. Der Anteil der unter 20jährigen Bundesdeutschen würde sich auf knapp 17% verringern, gut 37% wären 60 Jahre und älter. Der Anteil der Personen im Alter zwischen 20 und 59 Jahre nähme auf 47% ab, d. h. die potentiell noch nicht oder nicht mehr berufstätigen Menschen würden die Mehrheit in der deutschen Bevölkerung bilden. Dies alles gilt jedoch nur unter der Voraussetzung, daß sich die z. Zt. absehbaren Entwicklungen im wesentlichen fortsetzen, also keine gravierenden Änderungen im Verhalten der Bundesbürger (Heirats- und Geburtenneigung, Mobilität, längere Lebensarbeitszeit etc.) eintreten.

Von der Großfamilie zum Singledasein? – Formen des Zusammenlebens

Hildegard Kratz

Empörung und Entsetzen waren die Antwort auf das Aufkommen der Kommunen der 60er Jahre. Wohngemeinschaften von Männern, Frauen und Kindern, oft miteinander weder verheiratet noch verwandt, lösten Proteste in der Bevölkerung aus. Diese Wohngemeinschaften selbst aber waren Protest, Reaktion auf die traditionellen Formen des Zusammenlebens, der Versuch, neue Lebensformen zu erproben. Sie waren Lebensgemeinschaften und zugleich »Wirtschaftsgemeinschaften«, d.h. sie führten gemeinsam einen Haushalt. Der traditionellen »Lebensgemeinschaft Familie« wurde eine Alternative entgegengesetzt. Hinzu kamen mehr und mehr »Teilfamilien« (alleinerziehende Eltern), »Wilde Ehen« und »Singles«. Sehr unterschiedlich sind heute die Formen des privaten Zusammenlebens.

Der *Wandel der Lebensformen* schlägt sich in einer veränderten Bedeutung der Institutionen Haushalt und Familie nieder. Die *Familie* ist eine Gemeinschaft, die durch enge, verwandtschaftliche Beziehungen – vorwiegend durch das Eltern- Kind-Verhältnis gekennzeichnet ist. Der *Haushalt* besteht dagegen aus Personen, die zwar zusammen wohnen und gemeinsam wirtschaften, aber nicht unbedingt miteinander verwandt sein müssen. Andererseits leben nicht alle Personen, zwischen denen ein Eltern-Kind-Verhältnis besteht, in einem Haushalt. Erwachsene Kinder verlassen die elterliche Wohnung, um einen eigenen Haushalt zu gründen. Geschiedene Frauen und Männer leben mit ihren Kindern allein. Die mehr wirtschaftliche Betrachtung des Haushaltes und die stärker auf verwandtschaftliche Beziehungen gerichtete Familie führt zu einem differenzierten Bild der bundesdeutschen Gesellschaft.

Von den rund 50 Millionen Bundesbürgerinnen und Bundesbürgern, die 1950 in privaten Haushalten lebten, wohnten und wirtschafteten nur knapp 7% für sich alleine. 1988 waren es bereits fast 16% der knapp 62 Millionen Einwohner. Dadurch stieg der Anteil der Ein-Personen-Haushalte von einem Fünftel auf gut ein Drittel an. Dieser Trend sollte jedoch nicht zu dem Schluß verleiten, die Bundesbürger seien ein Volk der Einzelgänger geworden. Schließlich lebte

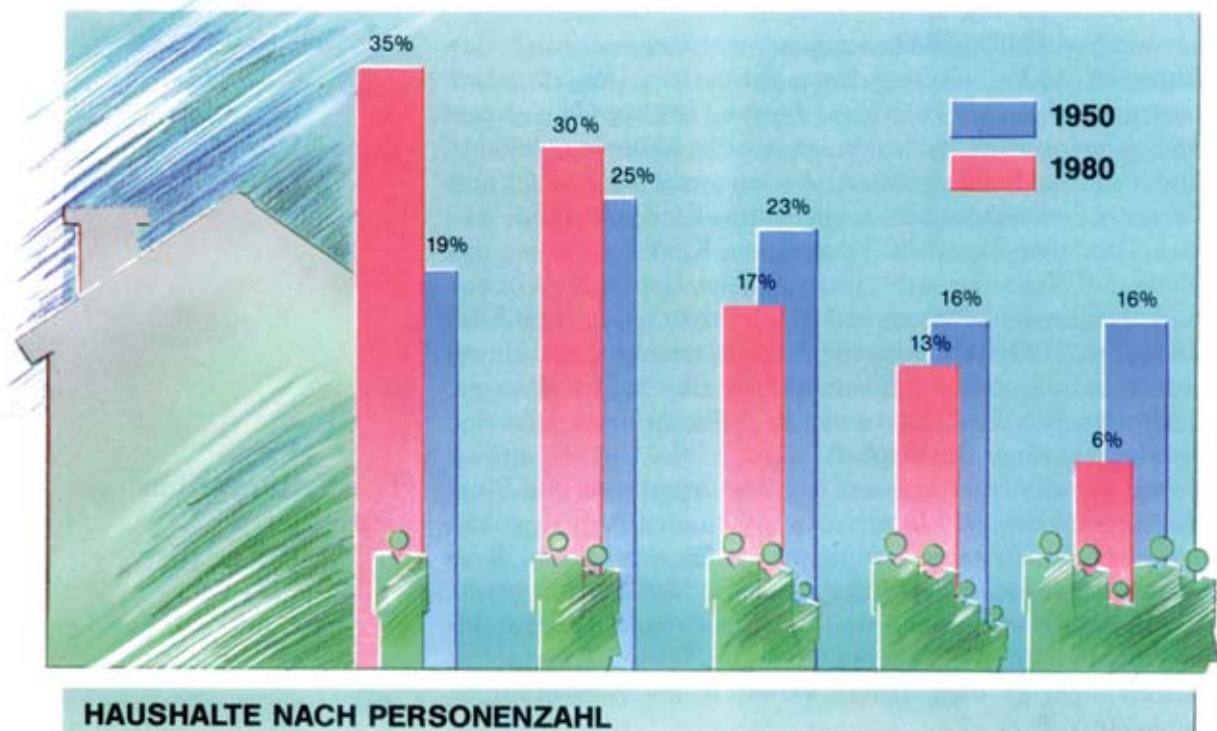
Haushalte werden
kleiner

Arbeiterfamilie beim Essen in der »guten Stube« 1959 – seitdem hat die Zahl der Familien mit 3 und mehr Kindern immer weiter abgenommen

Foto: Süddeutscher Verlag



auch 1988 der weitaus größte Teil der Bevölkerung (84%) in der Gemeinschaft mit anderen. Allerdings werden die Haushalte immer kleiner: 1988 lebten lediglich 13 % der Bürgerinnen und Bürger in großen Haushalten mit fünf und mehr Personen. 1950 lebte noch jeder Dritte in einem so großen Haushalt. Der Anteil der Haushalte mit fünf und mehr Mitgliedern an der Gesamtzahl ging entsprechend von 16 auf knapp 6% zurück.





Beim Frühstück – eine deutsche Durchschnittsfamilie heute

Foto: Bildagentur Schuster / PSI

Kaum verändert hat sich die Bedeutung der Haushalte, in denen drei beziehungsweise vier Personen leben. Damals wie heute liegt ihr Anteil an der Gesamtzahl der Haushalte bei jeweils gut 22%. Dagegen hat die Zahl der Zwei-Personen-Haushalte erheblich zugenommen. Rund 27% der Bundesbürger waren 1988 in einer Zweier-Gemeinschaft zu Hause. 1950 hatte dieser Anteil lediglich 17% betragen. Damit sind die Zwei-Personen-Haushalte zur zweitstärksten Haushaltsgruppe geworden: 30% aller Haushalte im Bundesgebiet zählten 1988 dazu, 1950 waren es gut 25%.

Mit der Zahl der in einem Haushalt lebenden Personen haben sich auch die Beziehungen dieser Menschen untereinander verändert. 1972 lebten in 62% der 17 Millionen Mehr-Personen-Haushalte zwei Generationen, also Eltern und Kinder. Bis 1988 ist dieser Anteil auf 57% zurückgegangen. Zur Ausnahmeerscheinung sind Haushalte mit drei und mehr Generationen geworden. Ihr Anteil an den Mehr-Personen-Haushalten ist von immerhin noch 5% im Jahr 1972 auf ganze 2% geschrumpft.

Im Aufwärtstrend liegen dagegen Haushalte mit einem Ehepaar ohne Kinder – sei es nun, daß der Nachwuchs bereits das Elternhaus verlassen hat oder daß die Ehe – bislang – kinderlos geblieben ist. In gut jedem dritten Mehrpersonenhaushalt (34%) lebte 1988 ein Ehepaar ohne Kinder. 1972 waren es erst 31%.

Auch die Bedeutung von Haushalten, in denen ausschließlich nichtverwandte Personen zusammen wohnen und wirtschaften, nimmt – wie bereits erwähnt – zu. Dies sind etwa nichteheliche Lebensgemeinschaften oder Wohngemeinschaften mit gemeinsamer Haushaltskasse. Sie sind mit einem Anteil an den Mehr-Personen-Haushalten von rund

**Beziehungen
ändern sich**



Foto: Bildagentur Schuster / CVT



Foto: Bildagentur Schuster / Müller



Foto: Bildagentur Schuster / Sonderegger

Immer häufiger enden Ehen mit der Scheidung; allein 1988 wurden 129850 Ehen geschieden

**Heiratsfreudigkeit
nimmt ab**

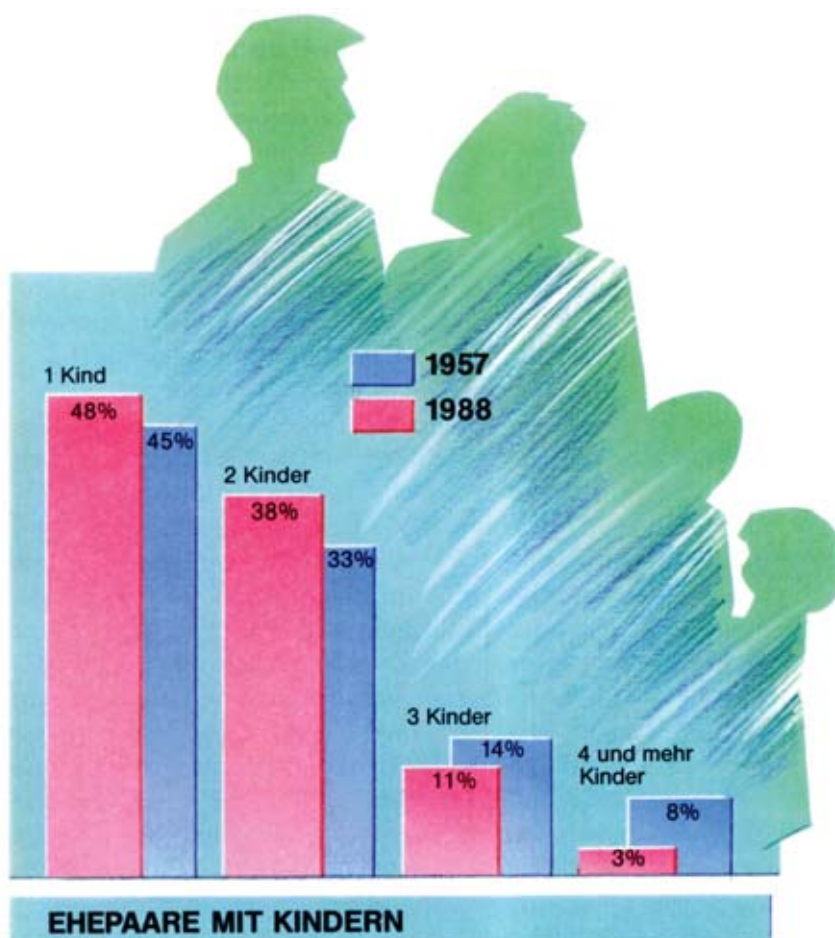
5% erheblich häufiger anzutreffen als noch 1972 (1%). Obwohl diese Formen des Zusammenlebens damit nach wie vor keinesfalls die bundesdeutsche Gesellschaft prägen, sind sie dennoch häufig Gegenstand gesellschafts- und sozialpolitischer Diskussion. Dies ist umso bemerkenswerter, da es sich hierbei nur um 3% aller Haushalte handelt, in denen rund 3% der Bevölkerung leben. Zudem wird diese Lebensform häufig nur vorübergehend gewählt.

Am Anfang der Familiengründung steht im allgemeinen die *Heirat*, zu der sich die Bundesbürgerinnen und Bundesbürger später und seltener entschließen. Gab es 1950 insgesamt rund 536 000 Hochzeiten und damit etwa 11 je 1 000 Einwohner, waren es 1988 nur 398 000 Hochzeiten, rund 6 je 1 000 Einwohner. Die geringste Heiratsneigung wurde im Jahr 1978 festgestellt: Damals gab es mit lediglich 330 000 Eheschließungen nur 5 Hochzeiten je 1 000 Einwohner. Das Heiratsalter der Brautleute hat sich in den vergangenen vier Jahrzehnten zunächst kontinuierlich verringert, stieg anschließend aber wieder deutlich an. 1950 und 1988 waren die Verhältnisse daher identisch: Der Bräutigam war im Durchschnitt 31 Jahre, die Braut knapp 28 Jahre alt. Anfang der 70er Jahre waren die frischgebackenen Ehepaare rund drei Jahre jünger: Das durchschnittliche Heiratsalter der Männer lag bei 28, das der Frauen bei 25 Jahren.

Die Eheschließung in »höherem« Alter hat logischerweise Auswirkungen auf das Alter der Frauen bei der Geburt ihres ersten ehelich geborenen Kindes. Noch zu Beginn der 70er Jahre waren die Mütter durchschnittlich gut 24 Jahre alt, als ihr erstes Kind geboren wurde, Mitte der 80er Jahre waren sie deutlich über 26 Jahre alt, wenn aus dem Ehepaar ohne Kinder eine »Kernfamilie« wurde. Die Gesamtzahl der jährlichen Geburten war im Zeitablauf sehr unterschiedlich: Sie stieg zunächst von gut 800 000 in den Nachkriegsjahren auf fast 1,1 Millionen Neugeborene Mitte der 60er Jahre an, nahm dann jedoch bis auf rund 580 000 Ende der 70er Jahre

erheblich ab. Nachdem zu Beginn der 80er Jahre jährlich etwa 620 000 Babys das Licht der Welt erblickt hatten, lag die Geburtenzahl 1983 bis 1985 wiederum nur bei rund 590 000. Seither nimmt die Zahl der Neugeborenen in der Bundesrepublik Deutschland wieder zu: 1988 erreichte sie knapp 680 000. Während des Baby-Booms gab es jährlich etwa 18 neue Erdenbürger je 1 000 Einwohner, heute sind es dagegen rund 11. Der niedrigste Wert lag 1978 bei ca. 9 Neugeborenen je 1 000 Bundesbürger.

Die *niedrigere Geburtenzahl* hat bei gleichzeitig wachsender Gesamtbevölkerung zur Folge, daß der Anteil der Familien mit Kindern sinkt und es zudem weniger Kinder pro Familie gibt. So gab es zwar sowohl 1957 als auch 1988 in der Bundesrepublik Deutschland rund 8,6 Millionen Ehepaare, die mit ihren Kindern zusammenlebten. Doch waren dies 1957 zwei Drittel aller Ehepaare, 1988 dagegen nur noch 58%. Große Unterschiede ergaben sich auch bei der Zahl der Kinder: 1957 lebten 22% der Ehepaare mit Kindern mit drei und mehr Sprößlingen zusammen, 1988 hat-



Auch heute eine Seltenheit: Vater wickelt sein Kind – nur 16% der Alleinstehenden mit Kindern sind Männer

Foto: dpa

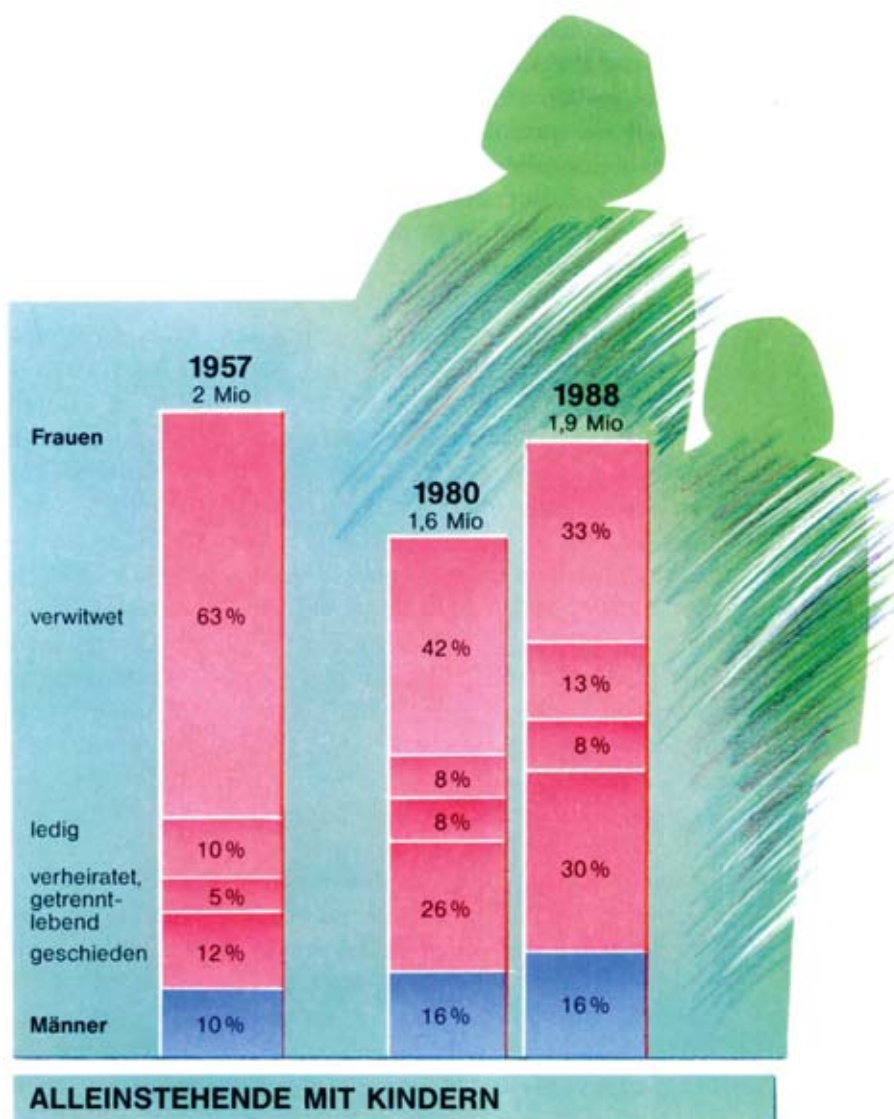


ten nur noch 14% der Elternpaare mindestens drei Kinder zu versorgen. Ehepaare, die mit nur einem Kind lebten, machten 1957 45% aus, bis 1988 ist ihr Anteil auf knapp 48% angestiegen. Einen deutlichen Zuwachs gab es auch bei den Elternpaaren mit zwei Kindern im Haushalt: Ihr Anteil lag 1988 bei gut 38% gegenüber knapp 33% 1957.

Auch die *Alleinstehenden mit Kindern* werden zu den Familien mit Kindern zugerechnet. Dabei war die Zahl dieser sogenannten »Ein-Eltern-Familien« mit 1,9 Millionen 1988 sogar etwas geringer als 1957 (2 Millionen). Dennoch trifft es zu, daß diese Gruppe in den letzten Jahren stark gewachsen ist. Die als Folge des Zweiten Weltkrieges hohe Zahl von Alleinstehenden mit Kindern – überwiegend verwitwete Frauen – hat sich durch Wiederverheiratung oder das »Flüggeworden« der Kinder bis Mitte der 60er Jahre auf 1,5 Millionen reduziert und blieb bis 1980 nahezu unverändert. Seither aber hat die Zahl dieser Teilfamilien durch die ständig steigende Zahl der Ehescheidungen kontinuierlich zugenommen. 1957 wurden 0,3% der bestehenden Ehen geschieden, 1980 schon 0,6 Prozent, 1988 waren es knapp 1%. Dieser Trend spiegelt sich im hohen Anteil der geschiedenen Alleinstehenden mit Kinder wider.

1957 waren infolge des Zweiten Weltkrieges Alleinstehende mit Kindern überwiegend verwitwete Frauen (63%); ledige Mütter (10%), geschiedene (12%) oder verheiratet getrennt lebende Frauen (5%) spielten demgegenüber eine untergeordnete Rolle. Alleinstehende Väter waren eher die Ausnahme (10% der alleinstehenden Eltern), wobei es sich fast ausschließlich um verwitwete Männer handelte. Noch 1980 war die Hälfte der Alleinstehenden mit Kindern verwitwet, »nur« 30% geschieden. 1988 gab es dagegen 660 000

geschiedene Männer und Frauen, die für ihre Kinder allein die Verantwortung trugen; das waren 36% aller Alleinstehenden mit Kindern. Der Anteil der verwitweten Elternteile war zwar mit knapp 40% nach wie vor höher. Berücksichtigt man jedoch die verheirateten, aber von ihrem Ehepartner getrennt Lebenden als potentielle »Scheidungskandidaten« (11%), so erreicht die Gruppe der Alleinstehenden mit Kindern und »negativer Eheerfahrung« 1988 einen Anteil von 46%. Ledige Mütter bildeten sowohl 1980 mit knapp 10% als auch 1988 mit rund 13% eine vergleichsweise kleine Gruppe. Alleinstehende Väter wiesen seit 1980 einen Anteil von rund 16% auf, wobei allerdings in mehr als der Hälfte der Fälle die zu versorgenden Kinder bereits volljährig waren.



Aus dem Blickwinkel der Kinder betrachtet, stellt sich die Situation folgendermaßen dar: Von den rund 17 Millionen Kindern, die 1988 im elterlichen Haushalt lebten, wohnten 85% mit beiden Elternteilen zusammen, rund 2% lebten allein mit dem Vater, knapp 10% mit ihrer Mutter zusammen. Von den Kindern in »Ein-Eltern-Familien« hatten gut ein Drittel (37%) ein geschiedenes Familienoberhaupt, nur wenig höher (39%) war der Anteil derer, bei denen ein Elternteil verstorben war. Knapp 11% der Kinder, die bei nur einem Elternteil aufwuchsen, wurden von ihrer ledigen Mutter versorgt. Das sind weniger als 2% aller mit ihren Eltern zusammenlebenden Kinder.

Bei der Beurteilung der Lebenslage der Alleinstehenden mit Kindern ist zu berücksichtigen, daß ein Teil von ihnen mit weiteren Personen zusammen in einem Haushalt lebt. Eine geschiedene, also alleinstehende Frau, die mit ihren Kindern und ihrem Lebensgefährten zusammen wohnt, ist zwar nicht verheiratet. Die aktuelle Lebenssituation der Gemeinschaft entspricht aber eher der eines Ehepaares mit Kindern als der einer alleinerziehenden Mutter, die nur mit ihren Kindern zusammenlebt und ganz auf sich gestellt ist. 1988 gab es in rund 18% der »Ein-Eltern-Familien« eine gemeinsame Haushaltsführung mit Dritten, wobei dies Mitglieder weiterer Generationen, nicht gradlinig verwandte oder familienfremde Personen sein können. Alleinerziehende waren demnach 82% der alleinstehenden Männer und Frauen mit Kindern. Das heißt: rund 1,5 Millionen Mütter und Väter trugen für die Erziehung und Versorgung ihrer Kinder allein die Verantwortung. Auch hierbei waren die Frauen stärker gefordert als die Männer: 83% der alleinstehenden Mütter lebten mit ihren Kindern allein in einem Haushalt. Dagegen waren »nur« 74% der alleinstehenden Väter auf sich gestellt. Am häufigsten lebten ledige Alleinstehende mit Kindern zusammen mit weiteren Personen in einem Haushalt: Bei 37% der Frauen und 79% der (wenigen) Männer war dies der Fall. Dagegen gab es bei den verwitweten Elternteilen mit 90 beziehungsweise 84% die meisten Alleinerziehenden.

Über die Zahl der Alleinstehenden mit Kindern, die mit ihrem Lebensgefährten zusammenleben, gibt es leider keine exakten Angaben. Bei den rund 330 000 Elternteilen mit Kindern, die 1988 mit weiteren Personen einen gemeinsamen Haushalt führten, waren in 38% der Fälle diese Haushaltsmitglieder nicht mit dem Oberhaupt der Ein-Eltern-Familie verwandt oder verschwägert. Somit ergibt sich eine Zahl von rund 126 000 Alleinstehenden mit Kindern und »familienfremden« Personen im Haushalt. Dabei dürfte es sich zum größten Teil um die Lebensgefährten der allein-

stehenden Väter und Mütter handeln. Eine Schätzung der nichtehelichen Lebensgemeinschaften mit Kindern für das Jahr 1988 gibt deren Zahl mit 98000 an, was einen Anteil von knapp 29% an den Alleinstehenden mit Kindern und weiteren Personen im Haushalt entsprach. Die Zahl der zusammenlebenden Paare ohne Trauschein war 1988 insgesamt mit rund 820000 deutlich höher; wobei es in den meisten (88%) der nichtehelichen Lebensgemeinschaften keine Kinder gab.

In den 40 Jahren seit Gründung der Bundesrepublik Deutschland haben sich die *Formen des Zusammenlebens*, für die sich die Bürgerinnen und Bürger entschieden haben, stark verändert; sie sind gleichzeitig vielfältiger geworden. Bei allen Veränderungen bleibt jedoch festzuhalten: Die Familie ist weder »tot«, noch ist es zu einer »Vereinzelung« gekommen. Mehr als drei Viertel der Menschen lebten 1988 mit ihren engsten Angehörigen, dem Ehepartner und/oder Kindern, zusammen. Die Alleinlebenden waren demgegenüber mit einem Anteil von 16% eine kleine Gruppe. Nicht-eheliche Lebensgemeinschaften oder Alleinerziehende gehören in der Bundesrepublik Deutschland zum Alltag. Die

Die Familie
ist nicht »tot«

*Familienidylle unterm
Weihnachtsbaum*

Foto: Ullstein - Kurt Hamann



Gesellschaft akzeptiert diese Lebensformen. Zumindest werden die in ihnen lebenden Menschen kaum noch als Außenseiter behandelt. Darüber hinaus sind die »Nachahmer« weniger zahlreich als befürchtet. Die »Wilde Ehe« ist häufig nur eine vorübergehende Phase. Von einer ernststen »Gefährdung von Ehe und Familie« kann kaum gesprochen werden.

Der »Normalfall« ist in unserer Gesellschaft mit – 54% aller Haushalte und fast 72% der Bevölkerung – immer noch das Ehepaar mit oder ohne Kinder in einem Haushalt.

Von der Hausfrau zur Karrierefrau? – Frauen zwischen Beruf und Familie

Hildegard Kratz

Eine Schlange von jungen Leuten steht an – Studentensekretariat einer Uni im Herbst 1987. Der erste Schritt ins Studium wird getan: Immatrikulation, für die 100 jungen Menschen in dieser Schlange beginnt ein neuer Lebensabschnitt. Vierzig von ihnen werden gleich »Studentin« werden, sechzig von ihnen »Student«. So sah im Wintersemester 1987/88 die »typische« Reihe der Studienanfänger aus. Ein Blick zurück in die Zeit der Eltern dieser Generation der Studierenden zeigt: damals (1950) waren 25 von 100 Studenten Frauen. Die Rolle der Frau hat sich gewandelt. Viel mehr Frauen nutzen die *Bildungsmöglichkeiten* von der weiterführenden Schule bis zur Universität. Bei der Gründung der Bundesrepublik Deutschland hatten von 100 Frauen im Alter von 25 bis unter 35 Jahren 82 einen Volksschulabschluß und nur 3 das Abitur; 1987 hingegen besaßen 20% der Frauen dieser Altersgruppe eine Hochschulzugangsberechtigung und nur noch 50% hatten lediglich einen Hauptschulabschluß. Die Verbesserung der schulischen Ausbildung hatte auch Folgen für die berufliche Ausbildung der Frauen: 1987 hatten 59% der 25 bis unter 35 Jahre alten Frauen eine Lehre abgeschlossen; 10% waren Akademikerinnen. Vor 40 Jahren waren es demgegenüber nur 28%, die eine Lehre absolviert hatten; nur 1% verfügte über einen Hochschulabschluß.

Heute entspricht der *Bildungsstandard von jungen Frauen* nahezu dem ihrer männlichen Altersgenossen. In Zukunft sind für Frauen daher kaum noch Bildungsdefizite zu erwarten. So betrug der Mädchenanteil an den Gymnasiasten 1987 fast 51%, 1950 hatte er noch bei 40% gelegen. Von den 120000 Abiturientinnen des Jahrgangs 1987 äußerten 52% die Absicht, ein Hochschulstudium aufzunehmen, knapp 22% wollten nicht studieren, während die übrigen 26% noch unentschlossen waren. Die Studierfreudigkeit der jungen Frauen lag damit zwar immer noch hinter der der männlichen Abiturienten (69% Studierwillige), doch deutlich höher als in früheren Jahren.

Auch bei der *praktischen Berufsausbildung* gibt es einen wachsenden Frauenanteil: 1987 waren 42% der Auszubil-

Bildungsstandard
von Frauen steigt



Foto: Bildagentur Schuster / PSI



Foto: Colorpartner / H&S AG

*Für viele noch ungewohnt –
Frauen in Männerberufen*

denden weiblichen Geschlechts. Nach wie vor konzentrieren sich zwar 55% aller weiblichen Auszubildenden auf die »klassischen« Ausbildungsberufe: Friseurin, Kauffrau, Verkäuferin und Arzthelferin, doch wächst das Interesse an »untypischen« Berufen wie Bäckerin, Mechanikerin, Tischlerin oder Malerin/Lackiererin. In den letzten 10 Jahren erhöhte sich hier die Zahl der weiblichen Auszubildenden um das vier- bis siebenfache.

Auf die Berufsstruktur der erwerbstätigen Frauen hat dieses selbstbewußte Verhalten aber erst in der Zukunft Auswirkungen. Bisher veränderten sich die Berufsfelder, in denen Frauen tätig sind, nur sehr langsam. 1987 waren die Hälfte der 10,5 Mill. erwerbstätigen Frauen als Bürofach- und Bürohilfskräfte, Verkäuferinnen und Kaufleute, Krankenschwestern und Sprechstundenhilfen, Putzfrauen, Hilfsarbeiterinnen oder landwirtschaftliche Arbeitskräfte tätig. Zu den »frauentypischen« Berufen mit einem Frauenanteil von über 90% aller Beschäftigten gehören außerdem: Näherinnen, Diätassistentinnen, Medizinallaborantinnen, Apothekenhelferinnen, Kindergärtnerinnen u. a.

Doch zunehmend gewinnen Frauen in anspruchsvollen Berufen an Boden: So erhöhte sich der Frauenanteil bei den Wirtschaftsprüfern/Steuerberatern von 26% 1973 auf 42% 1987, bei den Werbefachleuten von 19% auf 32%, bei den Buchhändlern von 42% auf 51%, ebenso bei den Zahntechnikern (1973: 37%/1987: 44%), den technischen Zeichnern (1973: 46%/1987: 54%) sowie den Drogisten (1973: 69%/1987: 75%). Neben den kaufmännischen finden also immer mehr technisch/naturwissenschaftlich ausgerichtete Berufe das Interesse berufstätiger Frauen. Daß sowohl die öffent-



Foto: Bildagentur Schuder / Hot Shots

liche Verwaltung als auch die Privatwirtschaft an qualifizierten Frauen als Arbeitnehmerinnen interessiert ist, wird eindrucksvoll illustriert durch die Tatsache, daß sich der Frauenanteil bei den leitenden Verwaltungsfachleuten und den

Nach wie vor beliebt bei Frauen – der Friseurberuf



Situation der Frauen am Arbeitsmarkt

Speditionskaufleuten im Zeitraum von 1973 bis 1987 verdoppelte (10%/20%).

Trotz der positiven Entwicklungen im Hinblick auf Berufsausbildung und -ausübung gibt es nach wie vor Indizien dafür, daß die *Arbeitsmarktlage für Frauen* zum Teil problematisch ist. Zum einen läßt sich dies ablesen an der im Vergleich zu den Männern höheren Frauenerwerbslosigkeit, zum anderen an den niedrigeren Durchschnittsverdiensten. So betrug 1987 die Erwerbslosenquote (der Anteil der Erwerbslosen an allen abhängig Beschäftigten und Erwerbslosen) für Frauen 11%, während der vergleichbare Wert bei den Männern nur bei 8% lag. Die Gegenüberstellung der Einkommen erwerbstätiger Frauen und Männer (bei einer wöchentlichen Arbeitszeit von mehr als 21 Stunden) offenbart gravierende Unterschiede. 38% der Frauen hatten ein monatliches Nettoeinkommen von unter 1200 DM, bei den Männern waren es nur 12%. Umgekehrt erzielten 42% der berufstätigen Männer über 2200 DM, während nur 12% ihrer Kolleginnen diese Einkommenshöhe erreichten. Dabei spielen die noch unterschiedlichen Bildungsvoraussetzungen von Männern und Frauen eine große Rolle.

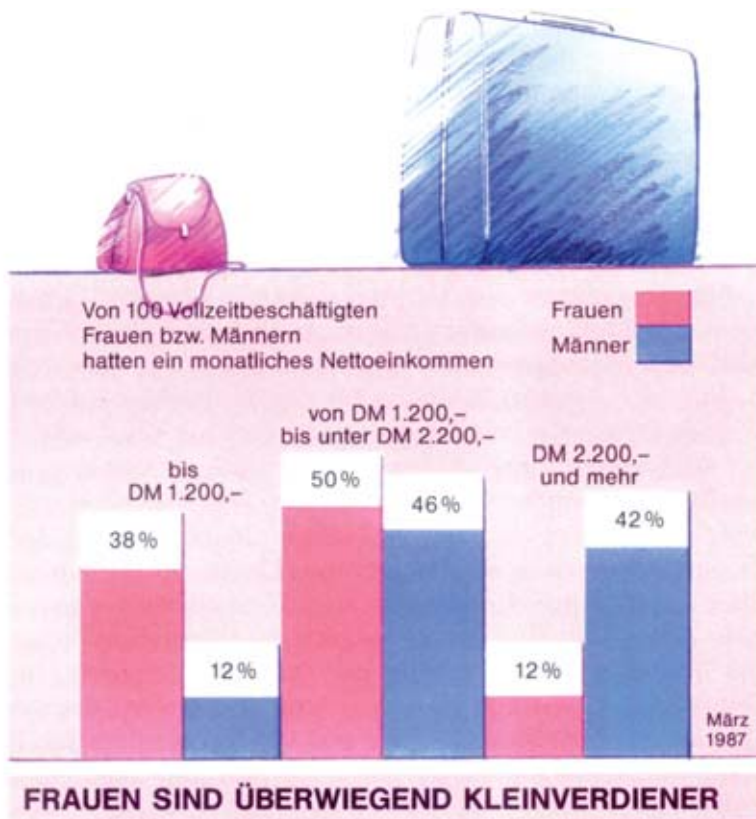
Die gestiegene Erwerbsbeteiligung von Frauen hat weitreichende Folgen für das gesellschaftliche Leben in der Bundesrepublik Deutschland – 1988 waren 55% der Frauen zwischen 15 und 65 Jahren entweder als Berufstätige oder als Arbeitssuchende auf dem Arbeitsmarkt aktiv. Die entstehende wirtschaftliche Selbständigkeit verstärkt die Individualisierungstendenzen. Auch Frauen sind somit in der Lage, ihren Lebensweg selbst zu bestimmen. Es kommt zu einer Angleichung der »Normalbiographien« von Männern und Frauen: Schulischer Ausbildung folgt die Berufsausbil-

Immer mehr Frauen entscheiden sich für eine Lehre als Kfz-Mechanikerin

Rechts: Doppelbelastung als Hausfrau und Mutter

Fotos: dpa





derung mit anschließender Erwerbstätigkeit. Erst die Geburt von Kindern führt nach wie vor zu einer Einschränkung der »Lebenslaufalternativen« von Frauen. Während Männer ihre Lebensorientierung unabhängig davon, ob sie Kinder haben oder nicht, individuell gestalten – und sich dabei überwiegend für die kontinuierliche Berufstätigkeit mit eindeutiger Karriereplanung entscheiden –, ist die Familiengründung für Frauen meistens gleichbedeutend mit der Übernahme von »Familiertätigkeit« und der gleichzeitigen Aufgabe oder Reduzierung der Erwerbstätigkeit. Zwar hat die *traditionelle Rollenverteilung* zwischen Familie und Beruf im Laufe der Jahrzehnte erhebliche Modifikationen erfahren, ist aber immer noch nicht zugunsten einer gleichberechtigten Partnerschaft aufgehoben. Das Zwei-Phasen-Modell des weiblichen Lebenslaufs: Erwerbstätigkeit bis zur Ehe, dann endgültiges Ausscheiden aus dem Erwerbsleben und ausschließliche Familiertätigkeit ist heute von untergeordneter Bedeutung. Auch das sogenannte »Drei-Phasen-Modell«: Berufstätigkeit bis zur Geburt des ersten Kindes, »Familienphase« von 10 bis 15 Jahren, Wiedereinstieg in die Erwerbstätigkeit hat sich wegen der erheblichen Schwierigkeiten bei der erneuten Eingliederung in das Arbeitsleben nach einer so langen Unterbrechung der Berufs-

Auch eine Ausbildung als Schreinerin wird für Frauen zunehmend interessant

Foto: dpa



Familiengründung erfolgt später

ausübung letztlich nicht durchgesetzt. Junge Frauen unterbrechen heute ihre Berufstätigkeit seltener und nur für kürzere Zeit. Neben den Angeboten externer Kinderbetreuung (Kindergarten, Hort, Tagesinternat) eröffnen die zunehmend variabel gestalteten Arbeitszeitregelungen (Teilzeitarbeit, job-sharing, gleitende Arbeitszeit) vielen Müttern die Möglichkeit, ihre »Familienarbeit« und ihre »Erwerbsarbeit« unter einen Hut zu bringen.

Allerdings führte die »selbstverständliche« Berufstätigkeit – im Anschluß an eine relativ lange Ausbildungszeit – zur zeitlichen Verlagerung der »Familienphase«. Da »Familie« nicht mehr die einzige Option für den weiblichen Lebensweg ist, erfolgt die Familiengründung auch mit Blick auf die (notwendigen) Einschränkungen beruflicher Ambitionen häufig erst in »späteren« Lebensjahren: Das Durchschnittsalter einer Braut lag 1987 bei knapp 28 Jahren. Bei der Geburt ihres ersten Kindes war die »Durchschnittsmutter« älter als 26 Jahre. In den 60er und 70er Jahren hingegen hatte sowohl das Heiratsalter als auch das Durchschnittsalter der Mütter bei der Erstgeburt nur rund 25 Jahre betragen. Der Abstand zwischen Eheschließung und Geburt des ersten Kindes hat sich von 1 Jahr und 10 Monaten 1960 auf 2 Jahre und 7 Monate 1987 erhöht. Von den 1987 geborenen Babys hatten 53% eine erwerbstätige Mutter, wobei für die Neugeborenen einer »jungen« Ehe – d.h. den 1986 oder 1987 geschlossenen Lebensbünden – dieser Anteil fast 70% erreicht. Bei Berücksichtigung des Alters der Mütter zeigt sich, daß die meisten Babys von Frauen im Alter zwischen 22 und 35 Jahren geboren wurden (80%) und gerade diese Frauen mit Anteilen von 50 bis 58% die höchste Erwerbstätigkeit aufwiesen.

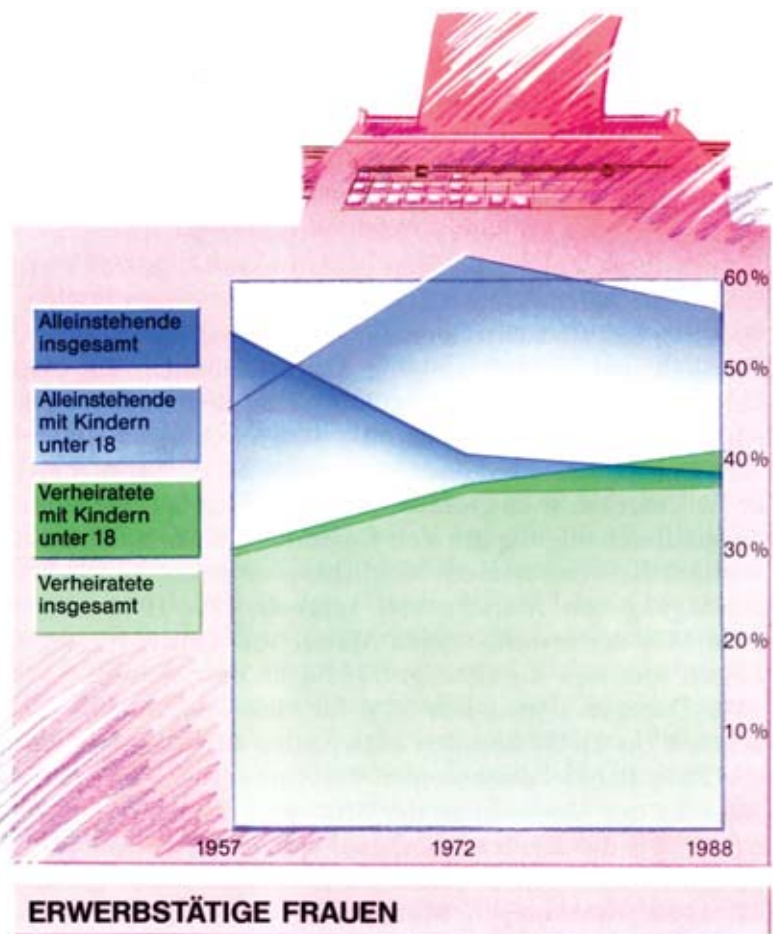
Diese hohe Erwerbsbeteiligung junger Mütter spiegelt den aktuellen Stand einer bereits länger andauernden Entwicklung wider. In den 30 Jahren von 1957 bis 1987 erhöhte sich zum einen der Anteil der berufstätigen verheirateten Frauen generell: 1957 waren 30% der verheirateten Frauen erwerbstätig, 1987 hingegen waren es mit gut 38% deutlich mehr. Einen noch gravierenden Anstieg erfuhr die Erwerbstätigkeit von verheirateten Frauen mit Kindern: Der Anteil der berufstätigen Mütter erhöhte sich von 30 auf 42%. Insbesondere für die heute 25 bis unter 45 Jahre alten Mütter ist die Ausübung von Erwerbstätigkeit viel selbstverständlicher als es noch für ihre Altersgenossinnen vor 20 Jahren der Fall war: 1987 waren 47% berufstätig, 1970 lediglich 37%. Bemerkenswert ist, daß sich im gleichen Zeitraum die Erwerbsbeteiligung von Frauen dieser Altersgruppe, die keine Kinder hatten, nicht verändert hat: Sie lag bei jeweils rund 80%.

Die *Berufstätigkeit von Müttern* hängt vom Alter der Kinder ab: Mütter von noch nicht schulpflichtigen Kindern waren 1987 nur zu 36% erwerbstätig, Mütter größerer Kinder zu 41%. Auch die Zahl der Kinder bleibt nicht ohne Auswirkungen auf die Erwerbstätigkeit der Mütter: Frauen mit nur einem Kind sind zu 48% erwerbstätig, Mütter mit mindestens drei Kindern zu 36%.

Auch diese Zahlen belegen eindrucksvoll, daß für viele Frauen die eigene Berufstätigkeit einen so hohen Stellenwert hat, daß sie selbst bei einer Dreifachbelastung: Beruf, Haushalt und Kindererziehung daran festhalten, um ihre Lebensperspektiven nicht auf die »Familientätigkeit« beschränken zu müssen. Gleichzeitig wird durch eine Reduzierung der Arbeitszeit versucht, die zeitliche Beanspruchung im Arbeitsleben so zu gestalten, daß »akzeptable« Freiräume für die Beschäftigung mit den Kindern verbleiben. Deshalb werden die wachsenden Möglichkeiten einer Teilzeitbeschäftigung von Müttern voll ausgeschöpft: 1972 waren noch 54% der erwerbstätigen Mütter von Kindern unter 6 Jahren ganztags berufstätig, 1987 galt dies nurmehr für 40%. Dagegen hatten sich 35% für eine wöchentliche Arbeitszeit bis zu 20 Stunden entschieden: 1972 waren dies erst 23%. Parallel dazu werden die Kinder in hohem Maße während der Abwesenheit der Mütter im Kindergarten betreut: 74% der Kinder zwischen 3 und 8 Jahren, die noch nicht zur Schule gehen, besuchten 1987 einen Kindergarten; bei nichterwerbstätigen Müttern lag der Anteil mit 65% deutlich niedriger. Insbesondere für die 3jährigen ist der Kindergartenbesuch stark von der Berufstätigkeit der Mutter abhängig: Ist sie berufstätig, gehen 43% der Kinder in den Kindergarten, ist sie es nicht, sind es nur 28%. Bei den älteren Kindergartenkindern schrumpfen allerdings diese Unterschiede: Der Kindergarten hat dann zunehmend weniger die Funktion eines »Aufbewahrungsortes« bei Abwesenheit der Mutter, sondern wird auch von nicht berufstätigen Müttern als Ort gesehen, an dem ihre Kinder den Umgang und die »Auseinandersetzung« mit Gleichaltrigen üben können und der somit elterliche Erziehung ergänzt.

Für alleinstehende Mütter ist die eigene Berufstätigkeit in vielen Fällen nicht die Folge einer freien Entscheidung, sondern schlichte wirtschaftliche Notwendigkeit. Daraus erklärt sich, daß die Erwerbsbeteiligung alleinstehender Mütter durchweg höher ist als die verheirateter Frauen mit Kindern. So lag die Erwerbstätigenquote alleinstehender Mütter im erwerbsfähigen Alter 1987 bei 56% gegenüber 42% bei den verheirateten Müttern. Für Frauen mit Kindern, die noch nicht in die Schule gehen, ergeben sich gravierende Unterschiede: Die Alleinstehenden waren zu 45% berufstä-

**Erwerbstätigkeit
alleinstehender Mütter**



tig, die Ehefrauen jedoch nur zu 35%. Dies wirkt sich auch auf die Besuchsquoten für den Kindergarten aus: 77% der noch nicht schulpflichtigen Kinder zwischen 3 und 8 Jahren von alleinstehenden erwerbstätigen Müttern gingen in den Kindergarten, selbst bei den 3 bis unter 4jährigen waren es noch mehr als die Hälfte (52%). Für die Kinder nicht-erwerbstätiger alleinstehender Mütter unterscheidet sich die Situation hingegen kaum von der Lage der Kinder, die mit beiden Elternteilen zusammenleben und eine nichtberufstätige Mutter haben: Die 3- bis 7jährigen besuchten 1987 jeweils zu etwa 65% einen Kindergarten.

Wie sehr die »Familiertätigkeit« die Erwerbsbiographie der Mütter beeinflusst, wird deutlich, wenn als »Kontrast« die Erwerbsbeteiligung alleinstehender Frauen ohne Kinder herangezogen wird. Diese Frauen haben die größten »Freiheiten«, ihr Berufsleben zu gestalten, ihre »Normalbiographie« ist der der Männer am ähnlichsten. So waren 1987 von den ledigen Frauen ohne Kinder 80% der 25 bis unter 55jährigen berufstätig, bei den geschiedenen Frauen dieses Alters



ohne Kinder war der Anteil mit 79% fast ebenso hoch. Der Vergleichswert für die Männer dieser Altersgruppe lag bei knapp 89%, die Unterschiede sind im wesentlichen der höheren Arbeitslosenquote der Frauen zuzuschreiben. Für verwitwete Frauen ohne Kinder ergibt sich eine niedrigere Erwerbsbeteiligung (55 % für die 25 bis unter 55jährigen), was einerseits darauf zurückzuführen ist, daß diese Frauen meistens Versorgungsansprüche haben (Hinterbliebenenrente o.ä.), andererseits damit zusammenhängt, daß die verwitweten Frauen höheren Altersgruppen angehören (83% der 25 bis unter 55jährigen sind 45 bis unter 55 Jahre alt). Diese Frauen waren vor der Verwitwung teilweise nicht erwerbstätig, ein Einstieg ins Berufsleben wird daher oft nicht gewünscht bzw. ist nicht möglich.

Insgesamt gibt es somit nach wie vor nur eine relativ kleine Gruppe von Frauen, die ihre Berufslaufbahn konsequent verfolgen (können): Es sind dies überwiegend ledige oder geschiedene Frauen ohne Kinder. Bei den verheirateten Frauen im Alter von 25 bis unter 55 Jahren war mit

*Frauen in der Industrie 1952:
Einschreiberaum für OLYMPIA-
Schreibmaschinen in
Wilhelmshaven*

Foto: Süddeutscher Verlag

einem Anteil von 65% das Ausmaß der Erwerbstätigkeit deutlich geringer; hier müssen die beruflichen Entwicklungen zweier Menschen aufeinander abgestimmt werden, häufig bedeutet das Weiterkommen des einen (überwiegend des Ehemannes) – wenn es z. B. mit einem Arbeitsortswechsel verbunden ist – das Ende der Karriere des anderen (der Ehefrau).

Von der akuten Krankenbehandlung zur Gesundheitsvorsorge – Gesundheitswesen im Wandel

Hermann Seewald

Gesundheitsreform – Kostenexplosion – Ärzteschwemme – Zivilisationskrankheiten – dies sind nur einige Begriffe, die die aktuelle Diskussion über den Gesundheitsbereich beherrschen. Wie sieht die Ausgabenentwicklung wirklich aus? Explodieren die Kosten tatsächlich? Werden überfüllte Wartezimmer bald der Vergangenheit angehören?

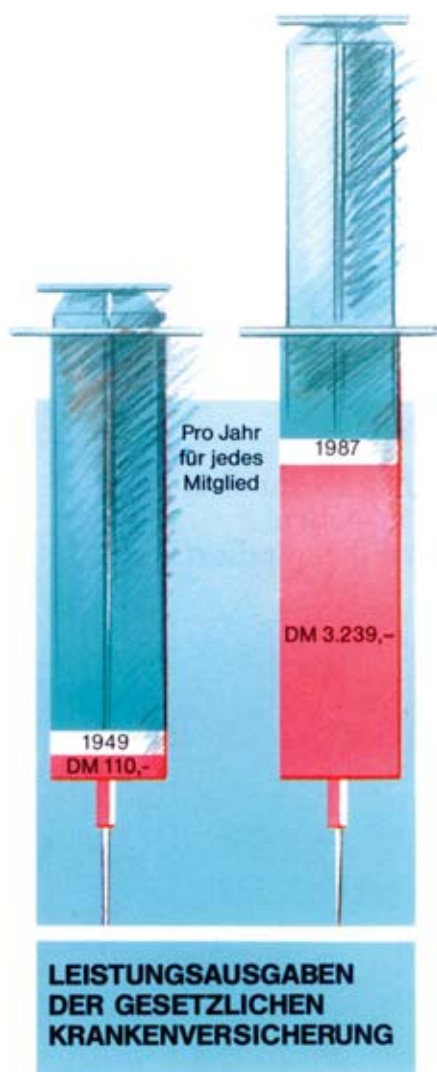
In der Tat: Kaum ein Bereich des Wohlfahrtsstaates ist in den letzten 40 Jahren so schnell gewachsen wie der Gesundheitssektor. Die *Ausgaben für Gesundheit* sind innerhalb dieses Zeitraums wesentlich stärker angestiegen als die wirtschaftliche Gesamtleistung. Sie betragen heute bereits etwa 13% des Bruttosozialprodukts der Bundesrepublik Deutschland. Rund 260 Milliarden DM werden zur Zeit Jahr für Jahr für Gesundheit ausgegeben. Dieser Betrag entspricht beinahe dem Finanzvolumen des derzeitigen Bundeshaushalts.

Der *Anstieg der Gesundheitsausgaben* während der letzten vier Jahrzehnte läßt sich gut am Beispiel der gesetzlichen Krankenversicherung verdeutlichen, die traditionell den größten Teil der Gesundheitsleistungen erbringt. 1949 beliefen sich die Leistungsausgaben je Mitglied auf durchschnittlich 110 DM jährlich; das entsprach damals dem Arbeitslohn von fast zwei Wochen. Heute gibt die Krankenkasse für ein Mitglied im Jahr durchschnittlich 3259 DM aus; soviel verdient heute ein Arbeiter in viereinhalb Wochen. Die Ausgaben für Gesundheit sind somit in den letzten Jahren und Jahrzehnten weitaus stärker gestiegen als die Löhne. Beträchtliche Steigerungsraten gab es insbesondere bei der stationären Krankenhausbehandlung, bei der Zahnbehandlung sowie bei den Heil- und Hilfsmitteln wie Massagen, Brillen, Hörgeräte etc.

Es stellt sich nun zwangsläufig die Frage, inwiefern der gewaltig gewachsene Aufwand zu einer verbesserten *Sicherung der Gesundheit* geführt hat. Im folgenden werden an-

Die Gesundheits-
ausgaben
sind explodiert

Hohes Niveau der medizinischen Versorgung



hand von ausgewählten Beispielen die wichtigsten Entwicklungen im Gesundheitswesen seit Bestehen der Bundesrepublik dargestellt. Schließlich soll auch aufgezeigt werden, welche Veränderungen für die Gesundheit und damit für ein wichtiges Stück »Lebensqualität« der Bundesbürgerinnen und Bundesbürger erreicht werden konnten.

Für die Behandlung von Krankheiten ist eine quantitativ ausreichende und *qualitativ hochwertige medizinische Versorgung* besonders bedeutsam. Das Angebot medizinischer Dienstleistungen hat sich stark erweitert und mittlerweile ein Niveau erreicht, das sich auch im internationalen Vergleich durchaus sehen lassen kann. In den vergangenen 40 Jahren hat sich die Zahl der Beschäftigten im Gesundheitssektor vervierfacht. Heute arbeiten rund 1,3 Millionen Menschen im Gesundheitswesen und damit mehr als in der Energiewirtschaft, in der Automobilindustrie und im Bergbau zusammengenommen. Diese Zahl umfaßt jedoch nur die Ärzte, Heilpraktiker, medizinisch-technischen Assistenten und Apotheker sowie das Pflege- und Sprechstundenpersonal in Krankenhäusern und Arztpraxen. Darüber hinaus werden noch von anderen Bereichen, wie z. B. von der Pharma- und Elektroindustrie in großem Umfang Heil- und Hilfsmittel sowie medizinisch-technische Großgeräte hergestellt.

Die Versorgung mit medizinischen Diensten konnte gegenüber der Nachkriegszeit erheblich verbessert werden. Die Zahl der Ärzte ist vor allem seit dem Ende der sechziger Jahre deutlich schneller gewachsen als die Bevölkerung. Während im Jahre 1952 ein Arzt im Durchschnitt noch 735 Einwohner zu versorgen hatte, waren es 1988 nur noch 348. Innerhalb dieses Zeitraums hat sich die Zahl der Ärzte mehr als verdoppelt. Diese Entwicklung war dabei – wie auch in anderen Berufen – von einer zunehmenden Spezialisierung gekennzeichnet. Neben den Krankenhausärzten erhöhte sich die Zahl der Fachärzte am stärksten. Ausgeprägt waren die Zuwachsraten vor allem bei den Gynäkologen, Urologen, Radiologen und Kinderärzten sowie bei den Fachärzten, in deren Tätigkeitsbereich die Behandlung der sogenannten Zivilisationskrankheiten fällt (Innere Medizin, Orthopädie, Neurologie und Psychiatrie).

Die Zahl der Zahnärzte ist dagegen nur langsam gewachsen. Dennoch hat sich auch in diesem Bereich die Versorgung verbessert: 1952 hatte ein Zahnarzt noch 1790 Einwohner zu versorgen, bis zum Jahr 1988 sank diese Zahl auf 1554 Patienten.

Die Versorgung mit Apotheken ist sowohl absolut als auch im Verhältnis zur Bevölkerung besser geworden. Seit 1952 hat sich die Zahl der Apotheken, bezogen auf die Einwoh-



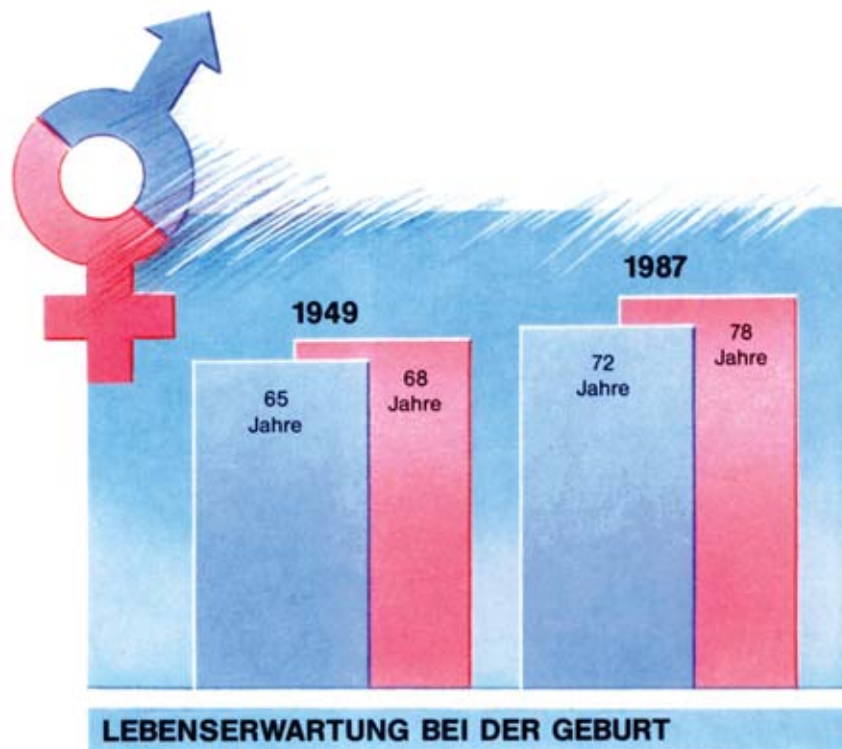
Die medizinische Versorgung der Bevölkerung hat sich verbessert. So hat sich die Zahl der Beschäftigten im Gesundheitsbereich in den vergangenen 40 Jahren vervierfacht

Foto: Bildagentur Schuster / Meyer

ner, mehr als verdoppelt. Ausschlaggebend hierfür war u.a. die Einführung der Niederlassungsfreiheit für Apotheker zu Beginn der sechziger Jahre.

Die Zahl der Krankenhausbetten stieg bis Mitte der sechziger Jahre etwa so schnell wie die Bevölkerung; danach erhöhte sich die Bettenzahl aber erheblich schneller. Andererseits verkürzte sich aufgrund der verbesserten und effizienteren Diagnose- und Behandlungsmethoden die durchschnittliche Dauer eines Krankenhausaufenthaltes von Jahr zu Jahr. Diese Entwicklungen haben u. a. dazu geführt, daß die Auslastungsquote der Betten stark absank. Deshalb begannen sich die Gesundheitspolitiker ab 1975 zu bemühen, den »Bettenberg« abzubauen. Die Zahl der Betten ist deshalb in den letzten Jahren bewußt zurückgeschraubt worden.

Insgesamt gesehen hat sich die medizinische Versorgung seit Gründung der Bundesrepublik Deutschland deutlich verbessert. Sie kann als derzeit durchweg gesichert, wenn auch nicht in jeder Hinsicht ausgeglichen bezeichnet wer-



Die Lebenserwartung
ist gestiegen

den. So gibt es vor allem noch ausgeprägte Unterschiede zwischen städtischen und ländlichen Gebieten. Es bleibt dennoch festzuhalten, daß sich die Chancen der Bevölkerung, im Krankheitsfall medizinisch versorgt zu werden, seit der Nachkriegszeit merklich verbessert haben. Zu fragen ist nun, inwiefern sich durch den Ausbau der medizinischen Dienste und Einrichtungen die Gesundheit der Bevölkerung verbessert hat.

Die *Höhe der Lebenserwartung* gilt allgemein als ein wichtiger Indikator zur Beurteilung des Gesundheitszustands der Bevölkerung. Bei Gründung der Bundesrepublik betrug die mittlere Lebenserwartung eines neugeborenen Knaben 65 Jahre, sie liegt heute bei 72 Jahren. Für die neugeborenen Mädchen stieg die durchschnittliche Lebenserwartung im selben Zeitraum von 68 Jahren sogar auf 78 Jahre an. Diese Entwicklung verlief im Zeitverlauf nicht immer kontinuierlich. Nachdem die Lebenserwartung für beide Geschlechter in den fünfziger Jahren stetig zugenommen hatte, stagnierte sie zeitweise in den sechziger Jahren und begann erst wieder Anfang der siebziger Jahre zu steigen. Seit diesem Zeitpunkt hat sich die Lebenserwartung jährlich um dreieinhalb Monate verlängert. Betrachtet man die Entwicklung der Lebenserwartung in Abhängigkeit vom bereits erreichten Alter, dann ergeben sich für die erwachse-

nen Bundesbürgerinnen und Bundesbürger in den vergangenen 40 Jahren vergleichsweise geringe Zugewinne. So erhöhte sich die Lebenserwartung der 30jährigen Männer seit 1949 um zwei Jahre, die der 60jährigen um nur ein Jahr. Dagegen erfreuen sich die Frauen in höherem Maße einer zunehmenden Lebensdauer: 60jährige Frauen haben seit 1949 im Durchschnitt vier Lebensjahre hinzugewonnen, 30jährige sogar fünf Jahre. Damit hat sich der Unterschied in der Lebenserwartung der beiden Geschlechter innerhalb der letzten 40 Jahre weiter vergrößert. Verglichen mit den anderen europäischen Ländern ist die Bundesrepublik Deutschland bei der Lebenserwartung zwar nicht Spitze, sie nimmt derzeit aber dennoch einen Platz im ersten Drittel der Rangskala ein. Vor ihr rangieren beispielsweise die Schweiz, Schweden, die Niederlande sowie Griechenland und Spanien. Außerhalb Europas leben Männer und Frauen nur noch in Japan, Kanada und Australien länger als die bundesdeutschen Bürger.

Die gestiegene Lebenserwartung der Neugeborenen ist in erster Linie auf die enorme *Abnahme der Säuglingssterblichkeit* zurückzuführen. Während 1949 von 100 000 Lebendgeborenen noch 5 960 Säuglinge im ersten Lebensjahr starben, verringerte sich diese Zahl auf mittlerweile 750 Todesfälle. Zu dieser Entwicklung haben vor allem die verbesserten Maßnahmen und Möglichkeiten bei den ärztlichen Vor- bzw. Nachsorgeuntersuchungen für werdende Mütter und Säuglinge beigetragen (z. B. Ultraschallvermessung des Kindes im Mutterleib). Auch gibt es immer weniger Totgeburten. Durch die verbesserte Gesundheitsvorsorge konnte ebenso auch die Müttersterblichkeit erheblich reduziert werden, d. h. die Zahl der Sterbefälle von Müttern an den



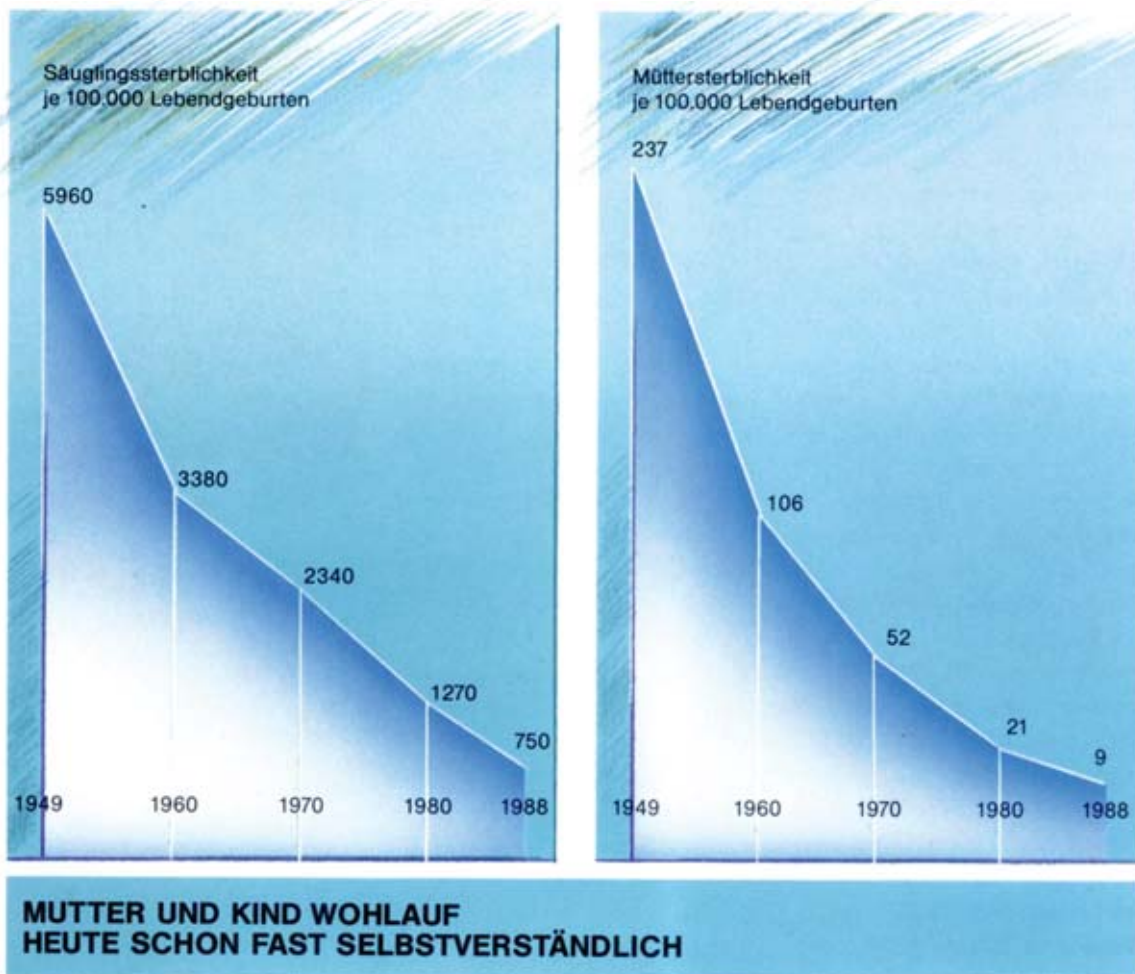
Die starke Abnahme der Säuglingssterblichkeit ist Hauptursache für die gestiegene Lebenserwartung. Dank der guten medizinischen Versorgung der Neugeborenen, z. B. Brutkasten für Frühgeburten, sterben immer weniger Babys

Foto: Bildagentur Schuster / Bramaz



*Rooming-in
Die Säuglingspflege wird schon in der Klinik von der Mutter eingeübt*

Foto: Bildagentur Schuster / Oliver



Folgen von Schwangerschaftskomplikationen, bei der Entbindung oder im Wochenbett. Die Rate der Müttersterblichkeit sank seit 1949 von 237 auf 9 Todesfälle pro 100000 Geburten. Die Entwicklung verlief in den übrigen europäischen Ländern ähnlich; überall war ein Rückgang der Säuglings- und Müttersterblichkeit zu beobachten. Die Bundesrepublik Deutschland nimmt heute hinsichtlich der Säuglingssterblichkeit in Europa einen mittleren Rang ein. Geringere Säuglingssterbeziffern weisen insbesondere die nordischen Länder, die Schweiz und die Niederlande auf.

Die *Erkrankungsgefahren* der Bevölkerung können in dem hier betrachteten Zeitraum der letzten 40 Jahre nur anhand einiger ausgewählter meldepflichtiger Krankheiten beobachtet werden. Dabei zeigt sich, daß auf dem Gebiet der Seuchenbekämpfung in der Vergangenheit beachtliche Fortschritte erzielt wurden. Insbesondere gelang es, durch intensive Bekämpfungsmaßnahmen und einer seit drei Jahr-

*Rechte Seite: Viele Krankheiten
hat die Medizin durch Arzneimittel
in den Griff bekommen*

Foto: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung

zehnten immer wirksamer werdenden medikamentösen Behandlung die Tuberkuloseerkrankungen und -sterbefälle drastisch zu senken. Die Tuberkulose, die heute durch die therapeutischen Möglichkeiten nur noch selten tödlich verläuft, hat den Charakter einer Volksseuche verloren. Durch die allgemeine Schluckimpfung zu Beginn der sechziger Jahre wurde ferner die einst gefürchtete Kinderlähmung besiegt. Typhus und Diphtherie konnten ebenfalls erfolgreich bekämpft werden. Diese in den Anfangsjahren der Bundesrepublik noch weit verbreiteten Infektionskrankheiten spielten seinerzeit eine entscheidende Rolle bei der Säuglings- und Kindersterblichkeit; inzwischen sind sie fast ausgerottet. Die Zahl der gemeldeten Geschlechtskrankheiten ist seit 1949 ebenfalls stark zurückgegangen.

Nach einer relativen Seuchenruhe in den siebziger Jahren haben jedoch die veränderten Lebens- und Wirtschaftsbedingungen die Verbreitung früher weniger beachteter bzw. neuartiger übertragbarer Krankheiten begünstigt. So stiegen in den vergangenen Jahren die Erkrankungen an Salmonellose – zumeist in Form von Lebensmittelvergiftungen – drastisch an. Die weite Verbreitung der Salmonellen über Futter- und Nahrungsmittel ist u. a. auf die zunehmende Verflechtung der Weltwirtschaft zurückzuführen. Schließlich haben die veränderten Verkehrsverhältnisse, vorab der Flugverkehr und der ausgeprägte Massentourismus, die großen Seuchenherde der Welt näher heranrücken lassen. Dies gilt in erster Linie für die Anfang der achtziger Jahre erstmals beobachtete Immunschwächekrankheit AIDS, die eine große Bedrohung für die gesamte Bevölkerung darstellt, aber auch etwa für Malaria.

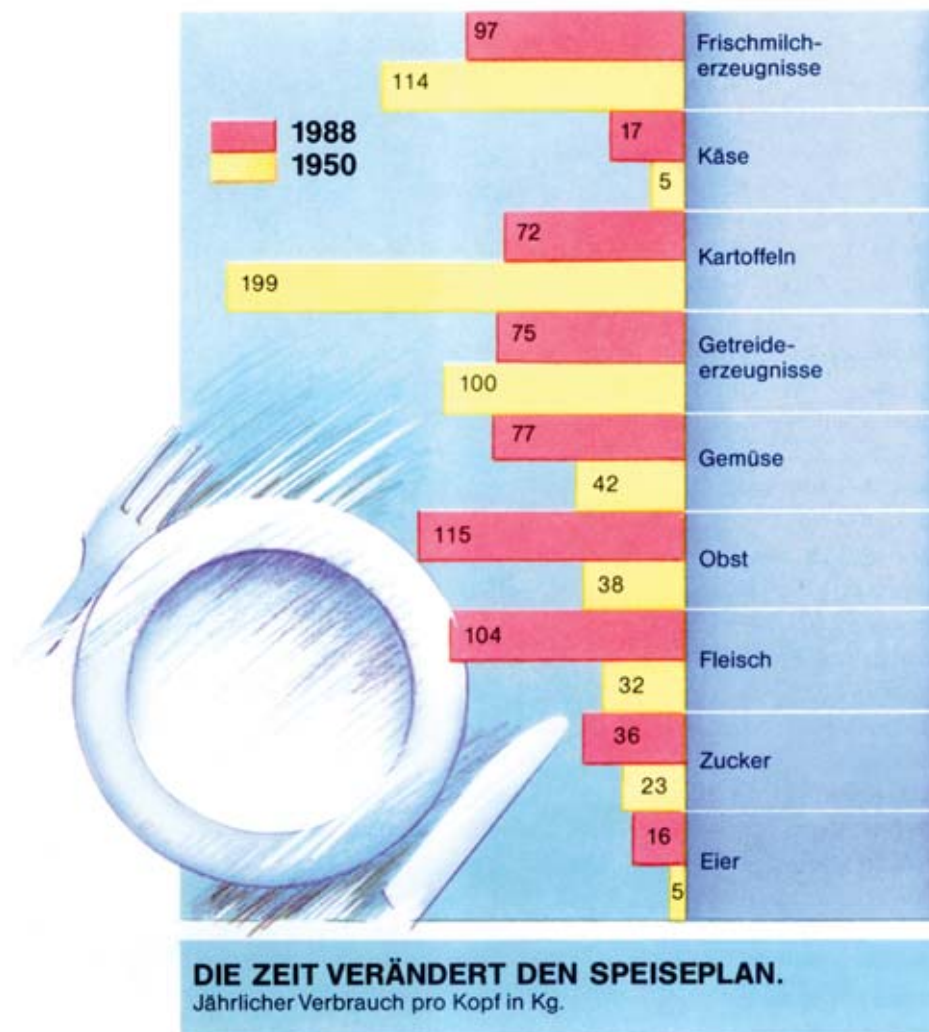
Mit dem Wandel der Lebensbedingungen und dem Ausbau des Gesundheitswesens ging eine beträchtliche *Veränderung des Krankheitsspektrums* einher. Kurzfristige Akuterkrankungen verloren an Bedeutung, chronische Krankheiten traten zunehmend in den Vordergrund. Diese Veränderungen kommen deutlich in der Todesursachenstatistik zum Ausdruck. Innerhalb der letzten 40 Jahre hat sich das Panorama der Todesursachen erheblich gewandelt: Die Sterblichkeit an Infektionskrankheiten einschließlich der Tuberkulose ist stark zurückgegangen. Die Lungenentzündung hat ebenfalls an Gefährlichkeit eingebüßt. Deutlich zugenommen haben dagegen die Todesfälle aufgrund der sogenannten *Zivilisationskrankheiten*. Obwohl Herz- und Kreislauferkrankungen schon damals die häufigste Todesursache waren, hat sich ihr Anteil an der Gesamtsterblichkeit von 29% im Jahre 1949 auf mittlerweile 50% erhöht. Ebenfalls stark zugenommen haben die Todesfälle infolge von Krebserkrankungen, der heute zweithäufigsten Todesursache.



Die gesetzliche
Krankenversicherung –
ein Garant für die
Volksgesundheit

1949 starben noch weniger als die Hälfte der Bundesbürger an den beiden letztgenannten Krankheiten, derzeit sind es bereits etwa drei Viertel. Heutzutage verlaufen also immer weniger Krankheitsarten tödlich; vor 40 Jahren waren die Sterbefälle nicht so stark auf wenige Krankheiten konzentriert wie in der Gegenwart.

Gemessen an früheren Jahren sind die *Heilungsaussichten* für eine Vielzahl von Krankheiten ungleich günstiger geworden. Hierzu haben sowohl Erfolge bei der rechtzeitigen Diagnose als auch die Fortschritte in der medizinischen Behandlung beigetragen. Seit 1971 sind die Krebsfrüherkennungsuntersuchungen fester Bestandteil des Leistungskatalogs der gesetzlichen Krankenversicherung. Die Versicherten haben einmal jährlich Anspruch auf eine Untersuchung, Frauen ab dem 20. Lebensjahr, Männer frühestens vom Beginn des 45. Lebensjahres an. Nachdem die Beteili-

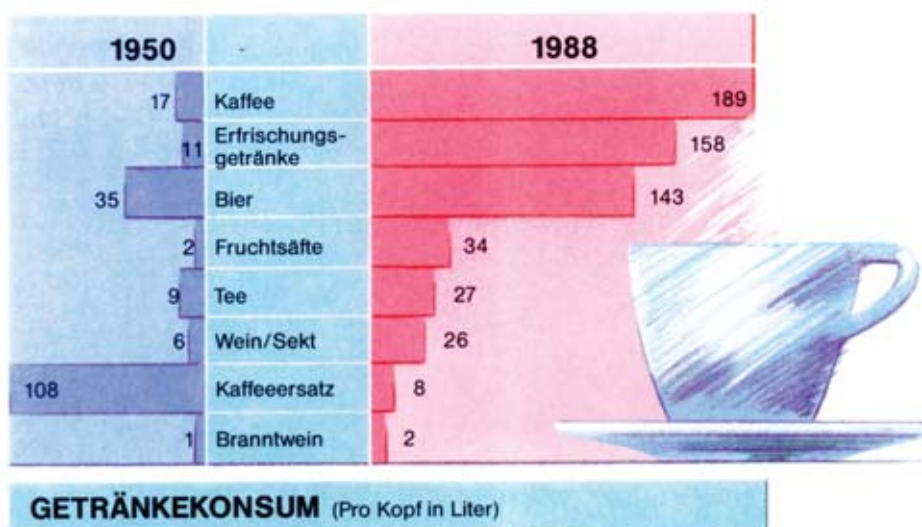


gung in den Anfangsjahren kontinuierlich zugenommen hatte, ist seit Beginn der achtziger Jahre ein Rückgang der Inanspruchnahme dieses Angebots festzustellen. Von 100 berechtigten Männern nutzten 1987 nur 12 die Vorsorgeuntersuchungen. Jede dritte Frau, die Anspruch auf kostenlose Vorsorgeuntersuchungen hatte, ging 1987 zur Krebsvorsorge.

Untersuchungen zur Früherkennung von Krankheiten und zur Vermeidung gravierender Gesundheitsschäden werden auch seit Jahren für Kleinkinder angeboten. Die Bereitschaft, Kleinkinder (bis zu einem Alter von vier Jahren) an diesen Untersuchungen teilnehmen zu lassen, ist in den Jahren von 1972 bis 1987 beträchtlich gestiegen (von 54 auf 92%). Daneben führen die Krankenkassen heute für Kinder bis zum 12. Lebensjahr zusammen mit anderen Stellen insbesondere in Kindergärten und Schulen gemeinsam Aktionen zur Vermeidung von Zahnerkrankungen durch (Gruppenprophylaxe).

Die persönliche Lebensführung ist einer der entscheidenden Einflußfaktoren zur Verhütung von Krankheiten. Dieser Bereich entzieht sich weitgehend der Kontrolle durch Ärzte. Der Wandel der Krankheitsarten muß somit auch vor dem Hintergrund der veränderten Lebensweisen der Bevölkerung gesehen werden. Die wesentlichen *Gesundheitsrisiken der heutigen Wohlstandsgesellschaft* sind in der Über- bzw. Fehlernährung sowie im übermäßigen Konsum von Genußmitteln zu sehen. Zu den ernährungsbedingten Krankheiten zählen insbesondere Bluthochdruck, erhöhter Blutfettspiegel, Diabetes sowie Herzkrankheiten. Bei der Überernährung spielen vor allem Fett und Zucker, aber auch Alkohol

Gesundheitsrisiken durch die Wohlstandsgesellschaft





»Die Schlacht am Kalten Buffet«

Foto: Bildagentur Schuster / Beck

Gesundheit – ein Ziel der persönlichen Lebensführung

eine große Rolle. Das »Wirtschaftswunder« der fünfziger Jahre, das den Lebensstandard der bundesdeutschen Bevölkerung rasch ansteigen ließ, hatte maßgeblichen Einfluß auf die Ernährungsgewohnheiten der Bundesbürgerinnen und Bundesbürger. Nach den Entbehrungen der Kriegs- und Nachkriegsjahre gab es plötzlich mehr zu essen, als man sich je hätte träumen lassen. Was kam, war die sogenannte »Freßwelle«. Schon im Verlauf der fünfziger Jahre änderte sich der Nahrungs- und Genußmittelverbrauch deutlich. Der Pro-Kopf-Verbrauch von Getreideerzeugnissen und Kartoffeln sank, während gleichzeitig der Fleischkonsum anstieg. Darüber hinaus erhöhte sich der Konsum von Genußmitteln aller Art spürbar: So stieg der durchschnittliche Zigarettenkonsum von 490 Stück im Jahr 1950 auf 1900 Stück im Jahr 1988.

Der Trend zu immer mehr eiweißhaltigen, aber auch fettreichen tierischen Nahrungsmitteln und immer weniger voluminösen und stärkehaltigen Produkten hat sich bis in die Gegenwart fortgesetzt. Diese Entwicklung war zudem begleitet von einem steigenden Zuckerkonsum, aber auch von einem Mehrverbrauch an Obst und Gemüse. Gleichzeitig hat die körperliche Arbeit und Bewegung abgenommen, so daß der Mensch heute durchschnittlich mit weniger Kalorien auskommt als noch vor vierzig Jahren. Durch Maschinen aller Art wird dem modernen Menschen immer mehr körperliche Arbeit abgenommen; zusätzlich verleitet ihn das Auto zu immer weniger Bewegung. Dies bedingt einen geringeren Verbrauch von Nährstoffen. In der Bundesrepublik Deutschland – wie in vielen anderen Industriestaaten – hat sich jedoch ein großer Teil der Bevölkerung in seiner Ernährung noch nicht an die veränderten Lebens- und Arbeitsbedingungen angepaßt; der Nahrungsmittelverbrauch pro Kopf der Bevölkerung hat sich, gemessen in Kalorien, in den letzten Jahrzehnten nicht wesentlich verändert.

Hinzu kommt, daß der immer rascher und hektischer ablaufende Lebensrhythmus vermehrt Streßsituationen entstehen läßt. Dennoch gibt es gerade in der jüngsten Zeit auch Anzeichen, die auf ein gestiegenes Gesundheitsbewußtsein hindeuten (Fitness- und Müsliwelle). Nach wie vor nachdenklich stimmt jedoch der rasch gestiegene Verbrauch von Genußmitteln. Im Verlauf der letzten vierzig Jahre hat insbesondere der Konsum von Tabakwaren und alkoholischen Getränken stark zugenommen. Im Durchschnitt raucht ein Bundesbürger heute viermal soviel Zigaretten und trinkt viermal soviel Bier und Wein wie 1950. In diesem Zusammenhang sind auch die illegalen Drogen zu nennen. Zu Beginn der siebziger Jahre wurde die Bundesrepublik – wie viele andere westliche Industrienationen – von

der Drogenwelle überrollt. Die große Zahl der jährlichen Drogentoten und Rauschgiftdelikte unterstreicht den Ernst der Situation bis zum heutigen Tag.

Einen erheblichen »Blutzoll« fordert die zunehmende Motorisierung des Straßenverkehrs. Die Zahl der durch Straßenverkehrsunfälle getöteten Personen hat sich im Zeitraum von 1949 bis 1970 vervierfacht, die der Verletzten stieg um mehr als das sechsfache. Erst seit den siebziger Jahren ist die Zahl der Opfer wieder rückläufig. Neben den eben genannten Gesundheitsrisiken entstehen auch neue Zivilisationskrankheiten, die u. a. mit der gestiegenen Umweltbelastung zusammenhängen. Ein Beispiel hierfür sind die enorm zunehmenden Allergierkrankungen.

Der Rückgang der übertragbaren Krankheiten im Verlauf der letzten 40 Jahre, der insbesondere eine Senkung der Säuglings- und Kindersterblichkeit zur Folge hatte, führte dazu, daß immer mehr Bundesbürgerinnen und Bundesbürger ein Alter erreichen, in dem andere Krankheiten in den Vordergrund treten. Außerdem brachten die veränderten Lebensgewohnheiten, die zunehmende Industrialisierung, Technisierung und Umweltbelastung neue Schädigungsmöglichkeiten für die menschliche Gesundheit mit sich. Die Zivilisationskrankheiten drohen dem Menschen die Früchte der verlängerten Lebensdauer wieder zu entreißen. Angesichts der gestiegenen Gesundheitsrisiken sind der Verbesserung des Gesundheitszustandes der Bevölkerung durch das ständige Ansteigen der Gesundheitsaufwendungen Grenzen gesetzt. Bei Zunahme der Gesundheitsrisiken besteht durchaus die Möglichkeit, daß selbst ein gleichbleibender Gesundheitszustand der Bevölkerung nur mit wachsenden Kosten erhalten werden kann.

Hinzu kommt die zunehmende Überalterung der Bevölkerung. Die älteren Menschen haben in der Regel einen überproportionalen Behandlungsbedarf, insbesondere



Der medizinisch-technische Fortschritt ermöglicht heute viele Operationen, die vor 40 Jahren undenkbar waren

Foto: dpa

wenn eine Behinderung oder gar Pflegebedürftigkeit vorliegt. Die Behandlung und Betreuung dieser Personen hat die Ausgaben der letzten Jahre bereits deutlich ansteigen lassen.

Die gestiegenen Gesundheitsausgaben sind schließlich auch vor dem Hintergrund des *rasanten medizinisch-technischen Fortschritts* der letzten Jahrzehnte zu sehen. Durch den Einsatz früher unbekannter Heilverfahren, Medikamente und Hilfsmittel war die oft beklagte Kostenexplosion durchaus mit erheblichen Leistungsverbesserungen verbunden. Als Beispiele seien hier nur die Herz-Lungen-Maschine, der Herzschrittmacher, die künstliche Niere sowie die kontaktlosen Nierensteinzertrümmerer, Computertomographen und Ultraschall Diagnosegeräte genannt. Der gesundheitspolitisch gewollten Verbesserung und Ausweitung der Leistungen stehen jedoch andererseits unwirtschaftliche Entwicklungen im Gesundheitssystem gegenüber (fehlende Anreize zu wirtschaftlichem Verhalten, Überkapazitäten, mangelnde Leistungs- und Kostentransparenz). Ziel der jüngst in Kraft getretenen Gesundheitsreform ist es u. a., diese Fehlentwicklungen abzubauen.

Zusammenfassend ist festzuhalten, daß die Entwicklung im Gesundheitswesen seit Gründung der Bundesrepublik von einer deutlichen Verbesserung der medizinischen Versorgung geprägt war, und zwar in allen Bereichen (Vorsorge, Behandlung, Rehabilitation). Die Bundesrepublik Deutschland besitzt heute eines der leistungsfähigsten Gesundheitssysteme der Welt. Durch die Ausdehnung der gesetzlichen Krankenversicherung in den vergangenen Jahren haben praktisch alle gesellschaftlichen Gruppen Zugang zu diesem Gesundheitssystem. In den vergangenen 40 Jahren gelang es, die Säuglings- und Müttersterblichkeit erheblich zu senken. Ebenfalls konnten einige Krankheitsarten, allen voran viele der einst gefürchteten Infektionskrankheiten, erfolgreich bekämpft werden. Dadurch erhöhte sich die Lebenserwartung der Bundesbürgerinnen und Bundesbürger, insbesondere bei den Neugeborenen. Im Zuge der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklung veränderten sich jedoch auch die Lebensgewohnheiten der Bevölkerung. Mit der gestiegenen Umweltbelastung nahmen Gesundheitsrisiken zu, die die menschliche Gesundheit gefährden und zusätzliche Kosten im Gesundheitswesen verursachen. Eine Reihe dieser Gesundheitsrisiken entzieht sich weitgehend der staatlichen Einflußnahme; letztlich kann sie nur die einzelne Bürgerin und der einzelne Bürger selbst entscheidend beeinflussen. Die freie Wahl der persönlichen Lebensführung und die Konsumfreiheit sind schließlich ein wesentliches Merkmal einer freiheitlichen Gesellschaft.

Von der Überlebenshilfe zum Sozialstaat – ein soziales Netz für alle Fälle

Hermann Seewald

Man wird krank und kann nicht zur Arbeit gehen – das Gehalt kommt dennoch; man wird arbeitslos – und erhält Arbeitslosengeld; man wird alt – doch die Rente ist gesichert. Ein breit gespanntes Netz sozialer Sicherung fängt uns in allen diesen Fällen auf.

Unter sozialer Sicherung versteht man heute allgemein den gesamten Komplex der staatlichen und sonstigen öffentlichen Einrichtungen, welche Schutz gegen die Folgen der sogenannten Standardrisiken gewähren, wie z. B. im Falle von Krankheit, Invalidität oder Arbeitslosigkeit, bei Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten, im Alter oder bei Familienlasten. Soziale Sicherheit ist keine Erfindung unserer Tage, das Verlangen danach bestand seit jeher. Die Formen der sozialen Sicherung haben sich jedoch im Zeitverlauf deutlich gewandelt. Das gegenwärtige System der sozialen Sicherung in der Bundesrepublik Deutschland ist das Ergebnis eines langfristigen Entwicklungsprozesses, dessen Ursprünge lange Zeit vor der Gründung unseres Staates liegen. Deshalb zunächst ein kurzer Rückblick.

In der vorindustriellen Gesellschaft war es in erster Linie die Großfamilie, die dem einzelnen Schutz vor den wirtschaftlichen Folgen sozialer Risiken bot. Im Zuge der industriellen Revolution, die Deutschland dann in der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts erreichte, kam es weitgehend zur Auflösung der traditionellen Familienverbände. Der Übergang von der Groß- zur Kleinfamilie sowie die damit verbundene Verlagerung der erwerbswirtschaftlichen Tätigkeit außerhalb der Familie führte zu einem Verlust an sozialer Sicherheit. Ein großer Teil der nicht erwerbsfähigen Familienmitglieder konnte nicht mehr im Familienverband gesichert werden. Gleichzeitig stieg die Zahl der Industriearbeiter rasch an. Die Auflösung der familiären Wohngemeinschaften führte zu einer bis dahin unbekannten Wohnungsnot der Arbeiter. Herausgelöst aus den berufsständischen Verbänden der Gilden und Zünfte und angewiesen auf die Arbeitsfähigkeit als einziges Mittel zur Existenzsicherung, entwickelte die Arbeiterklasse einen neuar-

Sozialversicherung
als Antwort auf
die »soziale Frage«
der Arbeiter

Die »eiserne Reserve« im Sparstrumpf – mehr als 200 000 Rentnerinnen und Rentner leben von der Sozialhilfe

Foto: Süddeutscher Verlag / Zimmermann



tigen sozialen Sicherungsbedarf, der mit den herkömmlichen Instrumenten nicht befriedigt werden konnte. Als Antwort auf die »soziale Frage« der Arbeiter entstand die deutsche Sozialversicherung. Weltweit war dies die erste umfassende Gesetzgebung zur Sicherung der Arbeitnehmer. Sie wurde durch die kaiserliche Botschaft von 1881 eingeleitet und durch das *Gesetz über die Krankenversicherung der Arbeiter* (1883), das *Unfallversicherungsgesetz* (1884) und das *Gesetz über die Invaliditäts- und Alterssicherung* (1889) begründet.

Auf der Grundlage dieser drei Gesetzeswerke basiert das gegenwärtige *Sozialversicherungssystem der Bundesrepublik Deutschland*. Die grundlegenden Prinzipien von damals besitzen heute noch ihre Gültigkeit. Die Sozialversicherung, die für einen genau festgelegten Personenkreis obligatorisch ist, wird dadurch gekennzeichnet, daß den Leistungen eigene Beiträge der Versicherten gegenüberstehen. Die Be-

träge richten sich dabei nach dem Einkommen der Versicherten. Die Leistungen orientieren sich nicht am Bedarf des einzelnen, sondern an der Ursache des Einkommensausfalls (z.B. Krankheit, Arbeitsunfall) sowie weitgehend an den bisher geleisteten Beitragszahlungen. Auf diese Weise soll bei vorübergehender oder dauernder Arbeitsunfähigkeit ein Lebensniveau ermöglicht werden, das in einem bestimmten Verhältnis zum erreichten Wohlstand in der aktiven Lebensphase steht. Ein weiteres Kennzeichen der Sozialversicherung ist die relativ geringe Staatsbeteiligung bei der Finanzierung; den größten Teil der notwendigen Finanzmittel bestreiten die Versicherten und ihre Arbeitgeber über Beitragszahlungen selbst. Schließlich ist für die einzelnen Zweige der Sozialversicherung eine eigenständige, von der Staatsverwaltung getrennte Organisationsform kennzeichnend, die auf dem Prinzip der Selbstverwaltung beruht.

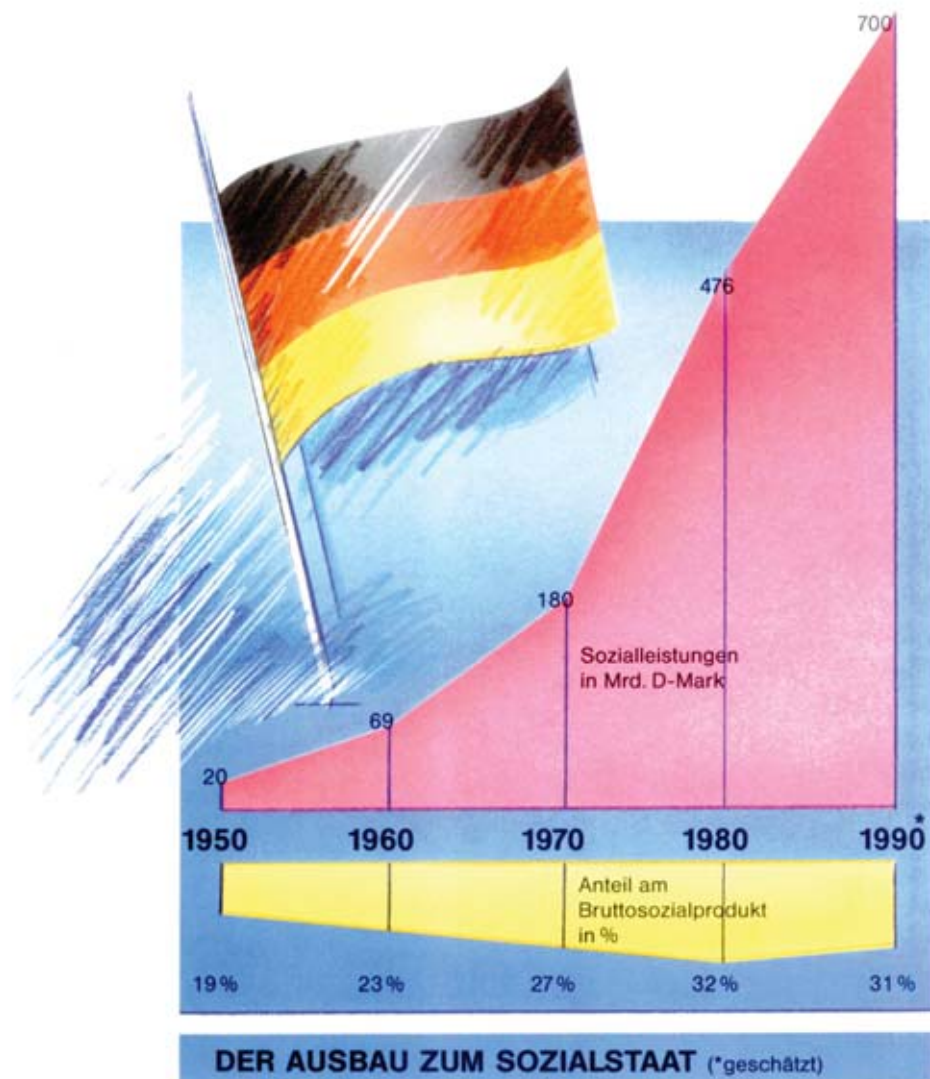
In die neugeschaffene Sozialversicherung waren ursprünglich nur die Industriearbeiter eingeschlossen, für den Krankheitsfall auch ein Teil der Angestellten. 1911 wurde die heutige Rentenversicherung auf Angestellte und Hinterbliebenenrenten ausgeweitet. Damit war ein Großteil der erwerbstätigen Bevölkerung abgesichert. Neben der Sozialversicherung gab es im damaligen Kaiserreich auch schon ein relativ entwickeltes System der öffentlichen Armenpflege, das die Gemeinden zur Unterstützung ortsansässiger Armer verpflichtete. Dieses Gesetz kann in gewisser Weise als Vorläufer der heutigen Sozialhilfe betrachtet werden.

Die Weimarer Republik übernahm die sozialen Sicherungseinrichtungen des Kaiserreichs und ergänzte diese. Für die große Zahl der Opfer des ersten Weltkrieges wurde 1920 die *Kriegsopferversorgung* geschaffen. Im Jahr 1927, also kurz vor der Weltwirtschaftskrise, erfolgte die Einführung der obligatorischen *Arbeitslosenversicherung*. Das Sozialversicherungssystem überlebte selbst die darauffolgende Herrschaft des Nationalsozialismus. In der Zeit von 1933 bis 1945 wurde allerdings das Selbstverwaltungsprinzip der Versicherungsträger abgeschafft und das Ausgabevolumen für die soziale Sicherung allgemein zurückgeschraubt. Andererseits kam es in diesem Zeitraum auch zu einer Ausweitung des sozialversicherten Personenkreises: 1938 wurden – als erste Gruppe der Selbständigen – die Handwerker in die gesetzliche Altersversicherung einbezogen; 1941 fanden die Rentner Aufnahme in die Krankenversicherung und ein Jahr später wurde die Unfallversicherung auf alle Beschäftigten ausgeweitet. Darüber hinaus wurde das System der sozialen Sicherung um die Familienförderung erweitert.

Sozialstaat Bundesrepublik Deutschland

Nach Ende des Zweiten Weltkriegs waren die Kassen der Sozialversicherung leer. Das traditionelle Sozialrecht blieb jedoch weitgehend in Kraft. Aufgehoben wurden lediglich einige Regelungen der nationalsozialistischen Zeit, z. B. die Kinderbeihilfen, sowie das Gesetz über die Versorgung der Kriegssopfer. Zu Beginn des Jahres 1949, noch kurz vor Gründung der Bundesrepublik Deutschland, wurde das Sozialversicherungs-Anpassungsgesetz erlassen, das die alt-hergebrachte Struktur der Sozialversicherung bestätigte. Neben Beitragserhöhungen brachte es zudem umfangreiche Leistungsverbesserungen sowie eine Angleichung der Rechtsstellung von Arbeitern und Angestellten im Rentenfall.

Der Rückblick in die Zeit vor Gründung der Bundesrepublik Deutschland zeigt, daß das Fundament der soziale Si-



cherung in Deutschland schon sehr frühzeitig errichtet wurde. Das Sozialstaatsprinzip wurde dann schließlich auch 1949 im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland verankert. Es begründet sowohl Rechte als auch Pflichten des Bürgers gegenüber dem Staat mit dem Ziel, soziale Gerechtigkeit und soziale Sicherheit zu verwirklichen. Die bereits angesprochene Vorreiterrolle, die Deutschland bis zu diesem Zeitpunkt in der Sozialpolitik einnahm, kommt auch deutlich im internationalen Zahlenvergleich zum Ausdruck. 1950 wies die Bundesrepublik Deutschland die höchste Sozialleistungsquote unter den westeuropäischen Ländern auf: Der Anteil der gesamten Sozialleistungen am Bruttosozialprodukt betrug damals etwa 19%. Die Summe aller sozialen Leistungen, die am umfassendsten im sogenannten Sozialbudget zum Ausdruck kommt, belief sich im ersten Jahr nach Gründung der Bundesrepublik Deutschland auf rund 20 Milliarden DM. 40 Jahre später, 1990, wird das Sozialbudget auf 700 Milliarden DM angewachsen sein und 31 % der wirtschaftlichen Gesamtleistung erfordern. Mit anderen Worten: Die Ausgaben für die soziale Sicherung sind seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland wesentlich stärker gestiegen als die Wirtschaftsleistung.

Diese Entwicklung verlief im Zeitverlauf nicht immer kontinuierlich. In den Aufbaujahren der Bundesrepublik Deutschland änderte sich die Sozialleistungsquote bis 1956 nur geringfügig – wirtschaftliches Wachstum und sozialstaatlicher Ausbau gingen im Gleichschritt. Aufgrund der Rentenreform 1957 stieg sie dann kurzfristig stark an, fiel jedoch danach wieder etwas zurück. Weitgehend konjunkturbedingt erhöhte sich die Quote kurzfristig in den wirtschaftlichen Rezessionsjahren 1966/67. In der ersten Hälfte der siebziger Jahre wurde der Ausbau des Sozialstaates beschleunigt vorangetrieben, und zwar bis 1974 bei gleichzeitig stark steigendem Wirtschaftswachstum. Die Sozialleistungsquote stieg zwischen 1970 und 1975 um volle sieben Prozentpunkte. Im Rezessionsjahr 1975 erreichte die Quote ihren bis heute höchsten Stand von 33,7%. Im Zuge einer Reihe von Sanierungsgesetzen hat sich die Sozialleistungsquote dann allmählich zurückgebildet und liegt gegenwärtig bei 31%.

Die Zunahme der Sozialleistungen seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland kommt auch beim Vergleich der sogenannte Sozialleistungsziffern zum Ausdruck: Pro Kopf der Bevölkerung beliefen sich 1950 die Sozialleistungen durchschnittlich auf 400 DM; heute sind dies 11 000 DM. Im folgenden werden die wichtigsten Entwicklungen der letzten 40 Jahre innerhalb der einzelnen Sozialleistungsbereiche dargestellt.

Lastenausgleich

Am Anfang der Bundesrepublik Deutschland stand die größte soziale Umverteilungsaktion der Geschichte – der *Lastenausgleich*. Sein Ziel war die Schaffung eines sozialen Schadensausgleichs der durch die Kriegs- und Nachkriegsereignisse aufgetretenen ungleichen Vermögensverluste. Als Folge des Zweiten Weltkriegs sind aus den Gebieten östlich der Oder-Neiße-Linie sowie aus den übrigen Vertreibungsgebieten mehr als 14 Millionen Menschen deutscher Staatsangehörigkeit bzw. Volkszugehörigkeit vertrieben worden. Bis 1950 erreichten rund 7,7 Millionen dieser Personen die Bundesrepublik Deutschland. Von den zunächst in die damalige sowjetische Besatzungszone, später DDR, gelangten Vertriebenen sind bis Anfang der sechziger Jahre weitere 2,8 Millionen Personen in die Bundesrepublik Deutschland gekommen. Durch die Vertreibung ging ein Vermögen von etwa 100 Milliarden Reichsmark verloren. Darüber hinaus waren für 3,4 Millionen Personen im Bundesgebiet vor allem infolge des Luftkriegs Sachschäden in Milliardenhöhe zu verzeichnen. Ein riesiger Vermögensschaden war auch mit der 1948 durchgeführten Währungsreform verbunden: Alle Spareinlagen und Geldguthaben wurden auf 10% abgewertet. Aufgrund all dieser Einbußen verloren viele Menschen damals ihre Sicherung für das Alter oder für den Fall der Erwerbsunfähigkeit; zahlreiche Familien waren nicht mehr in der Lage, ihren Lebensunterhalt zu bestreiten.

Als Vorstufe zum Lastenausgleich wurde 1949 das Soforthilfegesetz erlassen, das der großen Zahl von Flüchtlingen zunächst notdürftige Hilfe gewährte. 1952 wurde dann das *Lastenausgleichsgesetz* beschlossen, aufgrund dessen den Vertriebenen und Kriegssachgeschädigten sowie den von der *Währungsreform* Betroffenen Ausgleichsleistungen gewährt wurden, und zwar u.a. in Form der sogenannten Hauptentschädigung, der Hausratentschädigung oder der Kriegsschadensrente. Die Mittel dazu wurden vom Staat und von den Bürgerinnen und Bürgern aufgebracht, die von Krieg und Kriegsfolgen weniger hart betroffen waren. So wurden alle Grundstücke, Häuser und Betriebe, die über den Krieg gerettet werden konnten und am Währungsstichtag erhalten waren, mit einer Abgabeschuld von 50% ihres Wertes belastet. Schuldner, deren Reichsmarkschulden durch die Währungsreform auf 10% zusammengeschrumpft waren, mußten den gesamten »Währungsgewinn« als Lastenausgleich abführen. Die jährlichen Ausgaben für den Lastenausgleich erreichten 1965 ihren Höhepunkt; seit Mitte der 70er Jahre sind sie vor allem wegen der sinkenden Empfängerzahlen rückläufig. Bis heute wurden für den Lastenausgleich, dessen gesetzliche Grundlage im Zeitverlauf vielfach verbessert worden ist, insgesamt 118 Milliarden

DM ausgegeben. Das Gesamtvolumen wird sich bis zur endgültigen Abwicklung des Lastenausgleichs zu Beginn des kommenden Jahrhunderts auf ca. 140 Milliarden DM belaufen. Rückblickend bleibt festzuhalten, daß der Lastenausgleich unmittelbar nach Gründung der Bundesrepublik Deutschland einen wesentlichen Beitrag zur sozialen Sicherung geleistet hat. Er trug dazu bei, daß aus dem Chaos des Zusammenbruchs heraus der Wiederaufbau rascher als erwartet vonstatten ging, und daß dabei etwa 10 Millionen Vertriebene und Flüchtlinge, im allgemeinen reibungslos, eingegliedert oder zumindest vor akuter Not bewahrt werden konnten.

Im Gegensatz zum Lastenausgleich, dessen Ziel der Ausgleich der materiellen Kriegs(folge)schäden war, hatte das 1950 erlassene *Bundesversorgungsgesetz* die Aufgabe, die gesundheitlichen Schäden der vielen Kriegsoffer zu mildern. Dieses Gesetz knüpfte in vielerlei Hinsicht an das Reichsversorgungsgesetz von 1920 an. Der Kreis der Versorgungsberechtigten wurde jedoch wesentlich erweitert. Das Bundesversorgungsgesetz gilt nicht nur für ehemalige Soldaten, sondern für alle Personen, die durch unmittelbare Kriegseinwirkung – also auch z. B. durch Bombenkrieg oder Flucht – eine gesundheitliche Schädigung erlitten haben. Ehemalige Soldaten und Zivilpersonen werden also gleich behandelt. Die Kriegsoffer erhalten zum Ausgleich der gesundheitlichen und wirtschaftlichen Folgen der Schädigung medizinische und berufliche Rehabilitationsleistungen sowie Renten, die sich nach dem Grad der Beschädigung richten. Rentenleistungen werden auch den Kriegshinterbliebenen (Witwen, Waisen, Eltern) gewährt. Ergänzend hierzu erhalten die Beschädigten und Hinterbliebenen im Bedarfsfall Leistungen der Kriegsofferfürsorge.

Bei Inkrafttreten des Bundesversorgungsgesetzes im Jahre 1950 waren 4,1 Millionen Personen versorgungsbe-rechtigt, und zwar etwa 1,6 Millionen Kriegsbeschädigte und 2,5 Millionen Hinterbliebene. Die höchste Zahl von Versorgungsberechtigten wurde dann 1952 erreicht, nämlich 4,4 Millionen. Seitdem sind die Empfängerzahlen kontinuierlich zurückgegangen; hauptsächlich wegen des Ausscheidens der Waisen aus der Versorgung infolge des Erreichens der Altersgrenze oder Beendigung der Ausbildung. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt leben in der Bundesrepublik noch 1,38 Millionen versorgungsberechtigte Kriegsoffer (635 000 Kriegsbeschädigte und 745 000 Hinterbliebene). Im Jahre 2000 werden es voraussichtlich immer noch 600 000 Betroffene sein.

Das Bundesversorgungsgesetz wurde seit 1950 in vielfältiger Weise ausgebaut und verbessert. So wurde der Anspruch

Bundesversorgungsgesetz

auf Versorgung im Zeitverlauf auch auf eine Reihe nicht-kriegsbedingter Gesundheitsschäden ausgeweitet, z. B. für Wehr- und Zivildienstschäden, Impfschäden oder für Opfer von Gewalttaten. Aus diesen oder anderen Gründen waren 1988 insgesamt 23 600 Personen anspruchsberechtigt. Wichtige Leistungsverbesserungen brachten dann die sogenannten Neuordnungsgesetze in den 60er Jahren, vor allem die Einführung des *Berufsschadensausgleichs*. 1970 wurden schließlich die Rentenleistungen der Kriegsopferversorgung dynamisiert, d. h. sie werden seitdem jährlich im gleichen Umfang wie die Renten der gesetzlichen Rentenversicherung angepaßt. Unter Berücksichtigung der Lebenshaltungskosten der Rentner haben sich im Durchschnitt die Beschädigtenrenten seit 1970 real um 42% erhöht. Infolge der wiederholten Leistungsverbesserungen sind die Ausgaben für die Kriegsopferversorgung trotz abnehmender Empfängerzahlen bis Anfang der 80er Jahre stetig angestiegen. Beliefen sich die Aufwendungen im Jahr 1950 noch auf rund 2 Milliarden DM, so werden gegenwärtig hierfür fast 14 Milliarden DM veranschlagt.

Die vorstehenden Ausführungen zeigen den sozialpolitischen Schwerpunkt in den Anfangsjahren der Bundesrepublik Deutschland. Im Bereich der sozialen Sicherung konzentrierte sich der Gesetzgeber zunächst auf die Entschädigung der Kriegsoffer, Vertriebenen und Flüchtlinge. Im Anschluß daran folgte der Ausbau der übrigen sozialen Sicherungssysteme. 1951 wurde die Selbstverwaltung in der Sozialversicherung wiederhergestellt: Entsprechend dem Gedanken der Sozialpartnerschaft verwalten seitdem Arbeitgeber und Arbeitnehmer sämtliche Versicherungszweige mit paritätischem Stimmrecht. Drei Jahre später wurde für die Sozialversicherung eine eigene Gerichtsbarkeit (Sozialgerichte) errichtet.

Von zentraler Bedeutung für die *gesetzliche Rentenversicherung* war die Rentenreform von 1957. Wesentlicher Bestandteil dieser Reform war die Einführung der *dynamischen Rente*. Dies bedeutet, daß die Renten regelmäßig an die allgemeine Einkommensentwicklung angepaßt werden. Damit werden die Rentner in gleicher Weise wie die erwerbstätigen Arbeitnehmer am Wirtschaftswachstum beteiligt. Durch die Rentenreform änderte sich das Niveau der rund 6,5 Millionen damals laufenden Renten schlagartig um durchschnittlich 65%. Sie wurden damit erheblich über das Fürsorgeniveau angehoben. Insgesamt 30 Rentenanpassungen haben seither die Renten kräftig ansteigen lassen. Die Renten haben sich sogar günstiger entwickelt als die Arbeitseinkommen. Dies zeigt der langfristige Vergleich des sogenannten Nettorentenniveaus, welches das Verhältnis

Rentenversicherung –
vom Rentengeld zur
dynamischen Rente



*Auf der Sonnenseite des Alters:
Überwintern auf Mallorca.
Die dynamische Rente ermöglicht
heute vielen ein von finanziellen
Sorgen freies Leben*

Foto: Bildagentur Schuster / Müller

der verfügbaren Rente eines Ruhegeldempfängers zum Nettoarbeitsverdienst eines vergleichbaren Arbeitnehmers ausdrückt. Nach 40 Beitragsjahren erhielt ein Rentner 1957 weniger als 60% eines vergleichbaren – relativ niedrigen – Nettoarbeitseinkommens; derzeit sind es etwas mehr als 64% des stark gestiegenen Arbeitseinkommens. Das monatliche Altersruhegeld eines Rentners mit 40 Versicherungsjahren betrug 1957 im Durchschnitt 214 DM gegenüber 1382 DM 1988. Unter Berücksichtigung der Preissteigerungen bedeutet dies eine Zunahme auf mehr als das Doppelte. Die vorgenannten Durchschnittswerte verdeutlichen zwar die allgemeine Entwicklungslinie, verdecken jedoch die große Streuung der Renten. Niedrige Renten beziehen vor allem die Frauen und die Mitglieder der Arbeiterrentenversicherung. Hierbei ist allerdings zu berücksichtigen, daß ein großer Teil der Rentenempfänger zwei und mehr Renten bezieht und daß Renten von Mann und Frau in der Familie häufig zusammentreffen. Darüber hinaus kommen zu den Renten vielfach andere Einkünfte hinzu, wie z.B. Arbeitseinkommen, Betriebsrenten, Leistungen aus einer privaten Lebensversicherung oder Vermögenseinkünfte.

Mit der Rentenreform von 1957 wurde auch das sogenannte Umlageverfahren eingeführt. Vereinfacht ausgedrückt bedeutet dies, daß die Arbeitnehmer von heute im Rahmen des »Generationenvertrags« die Renten der Arbeitnehmer von gestern zahlen. Die Beiträge von Arbeitnehmern und Arbeitgebern sind seit jeher die wichtigste Finanzierungsquelle der gesetzlichen Rentenversicherung; auf diesen Posten entfallen gegenwärtig 80% der Einnahmen.

Der »Generationen-
vertrag«

1957 wurde auch die Altershilfe für Landwirte eingeführt. Etwa eine Million landwirtschaftlicher Unternehmer erhielt dadurch eine geregelte Alterssicherung.

Im Verlauf der 60er und 70er Jahre wurde das System der gesetzlichen Rentenversicherung weiter ausgebaut und angepasst. Wichtige Verbesserungen brachte dann schließlich die Rentenreform von 1972. Einer der Schwerpunkte war die Einführung der *flexiblen Altersgrenze*, die dem einzelnen grundsätzlich die Entscheidung über den Rentenbeginn von Vollendung des 63. Lebensjahres – bei Schwerbeschädigten schon vom 62. Lebensjahr – an selbst überläßt. Die Altersgrenze für Schwerbehinderte, Berufs- und Erwerbsunfähige wurde in den darauffolgenden Jahren schrittweise sogar auf das 60. Lebensjahr herabgesetzt. Des weiteren wurde die Rentenversicherung 1972 für die bisher davon ausgeschlossenen Selbständigen und nichterwerbstätigen Hausfrauen geöffnet. Durch die gleichzeitige Einführung der Rente nach Mindesteinkommen verbesserte sich insbesondere die Situation der Frauen. Zu den Reformen der jüngsten Vergangenheit zählt schließlich 1985 die Gleichstellung von Witwen und Witwern bei der Hinterbliebenenrente sowie 1987 die *Anerkennung von Erziehungszeiten* in der Rentenversicherung. Damit wird in erster Linie die eigenständige soziale Sicherung der Frauen gestärkt.

Derzeit beziehen knapp 15 Millionen Bürgerinnen und Bürger eine Rente aus der gesetzlichen Rentenversicherung. Zusätzlich erbringt dieser Versicherungsträger jährlich rund 800 000 Rehabilitationsmaßnahmen zur Erhaltung bzw. Wiederherstellung der Erwerbsfähigkeit. Aufgrund der



Querschnittsgelähmte Jugendliche erhalten in speziell für sie ausgestatteten Behandlungszentren Unterricht

Foto: dpa

zahlreichen Leistungsverbesserungen und der gestiegenen Empfängerzahlen sind die Ausgaben der gesetzlichen Rentenversicherung in den letzten vier Jahrzehnten gewaltig gewachsen. 1950 lagen sie noch bei rund 4 Milliarden DM, 1975 erstmals über 100 Milliarden DM, 1990 werden sie sich voraussichtlich auf 214 Milliarden DM belaufen. Ihr Anteil am Bruttosozialprodukt hat sich innerhalb dieser Zeitspanne von 4 auf 9% mehr als verdoppelt. Die gesetzliche Rentenversicherung bildet gegenwärtig mit einem Anteil von rund 30% an den gesamten Sozialleistungen das Kernstück der sozialen Sicherung. Angesichts dieser Größenordnung ist es unvermeidlich, daß die Rentenversicherung von wirtschaftlichen, sozialen und demographischen Rahmenbedingungen in vielfältiger Weise beeinflußt wird.

In der nächsten Zukunft werden insbesondere aufgrund der demographischen Entwicklung erhebliche Mehrbelastungen für die Rentenversicherung erwartet; einer immer größer werdenden Zahl von Rentnern werden künftig immer weniger Aktive gegenüberstehen. Während gegenwärtig noch 49 Rentner auf 100 Beitragszahler kommen, werden es bis ins Jahr 2040 voraussichtlich 123 Rentner sein. Dieses Problems ist man sich seit langem bewußt – die Pläne für eine Rentenreform im Jahr 1992 liegen bereits vor.

Die *gesetzliche Krankenversicherung* ist der älteste Zweig der klassischen Sozialversicherung. Sie stellt nach der gesetzlichen Rentenversicherung mit einem Ausgabenanteil von 20% den zweitgrößten Block im Sozialbereich dar. Krankenversicherungspflichtig sind alle Arbeiter und Angestellte bis zu einer bestimmten Einkommensgrenze sowie

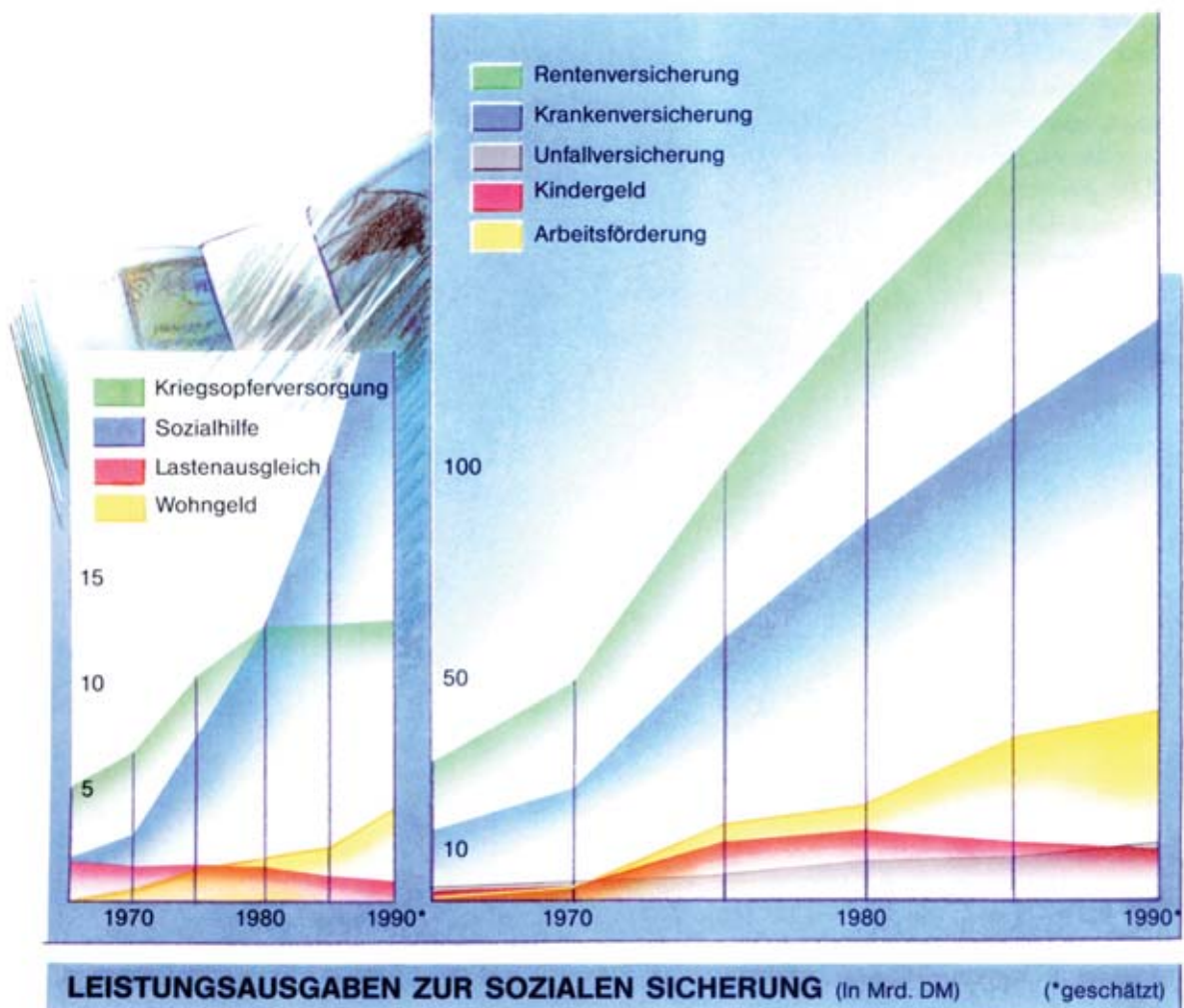
Krankenversicherung –
Kostenexplosion
versus medizinischer
Fortschritt



*Spezialgeräte – wie hier ein
Tragegestell – erleichtern heute
die Altenpflege*

Foto: dpa

Rentner und Studenten. Für nichtversicherungspflichtige Personen bestehen weitgehende Möglichkeiten des freiwilligen Beitritts. Der Versicherungsschutz erstreckt sich dabei nicht nur auf den Versicherten, d. h. Beitragszahler, sondern im gleichen Umfang auch auf seine gesamte Familie. Die herausragende Stellung der gesetzlichen Krankenversicherung wird dadurch deutlich, daß in ihr gegenwärtig fast 90% der Bevölkerung versichert sind. Die Leistungen der Krankenversicherung sollen vor allem die Heilbehandlung der Versicherten und ihrer Familienmitglieder sicherstellen und einen Ausgleich für krankheitsbedingten Einkommensausfall bieten; zu ihnen zählen Behandlung durch Ärzte, Krankenhauspflege, Arzneien, Hilfs- und Heilmittel, Krankengeld, Mutterschaftshilfe und Sterbegeld. Zu den wesentlichen Neuerungen der gesetzlichen Krankenversicherung in den letzten 40 Jahren zählen u.a. 1957 die Einführung der



Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, 1972 die Schaffung der Krankenversicherung für Landwirte sowie die Erweiterung des Leistungskatalogs 1970 um Untersuchungen zur Früherkennung von Krankheiten und 1974 um medizinische Rehabilitationsmaßnahmen.

Die Ausgaben der gesetzlichen Krankenversicherung sind seit 1950 kräftig angestiegen, und zwar von knapp 3 Milliarden DM auf voraussichtlich 139 Milliarden DM im Jahr 1990. Ihr Anteil am Bruttosozialprodukt erhöhte sich von weniger als 3 auf 6%. Zu einer enormen Beschleunigung des Wachstums kam es in der ersten Hälfte der 70er Jahre, als sich die jährlichen Zuwachsraten auf durchschnittlich 19% beliefen. Diese sogenannte »Kostenexplosion« schlug sich auf der Finanzierungsseite im Anstieg der durchschnittlichen Beitragssätze für Arbeitgeber und Arbeitnehmer von 8,2% 1970 auf 11,3% 1976 nieder. Die Ausgaben stiegen zwar in den darauffolgenden Jahren weiter an, jedoch wesentlich langsamer und weitgehend proportional zur wirtschaftlichen Gesamtentwicklung. Die Ausgabenerhöhungen sind in erster Linie auf die drastischen Kostensteigerungen im Krankenhausbereich zurückzuführen; seit 1970 entfällt der größte Teil der Gesamtausgaben auf diesen Posten. Beträchtliche Steigerungsraten gab es daneben bei der Zahnbehandlung – insbesondere beim Zahnersatz – sowie bei den Hilfs- und Heilmitteln.

Die Ursachen für die Ausgabensteigerung sind vielfältig. Eine Hauptursache ist gewiß die Verbesserung der medizinischen Versorgung. Seit Gründung der Bundesrepublik Deutschland ist die medizinische Infrastruktur, d. h. die Versorgung der Bevölkerung mit Ärzten und Krankenhäusern, stark ausgebaut worden. Ein weiterer Kostenfaktor ist im *medizinischen Fortschritt*, z. B. in der apparativen Medizin und in hochwertigen Medikamenten zu sehen. Zusätzliche Kosten entstehen auch durch den steigenden Anteil älterer Menschen sowie durch die Ausweitung der Regelleistungen und der Mitgliedschaft. Die gesetzliche Krankenversicherung wurde in der Vergangenheit praktisch allen gesellschaftlichen Gruppen zugänglich gemacht. Damit ist das Risiko, bei einer Erkrankung in finanzielle Not zu geraten, erheblich gesunken. Neben den sozialpolitisch gewollten Verbesserungen werden jedoch auch unwirtschaftliche Faktoren für die Kostensteigerung verantwortlich gemacht wie etwa die zeitlich unbegrenzte Krankenhauspflege, Überkapazitäten und das Fehlen von Wirtschaftlichkeitsanreizen. Die jüngst in Kraft getretene Gesundheitsreform soll diesen Fehlentwicklungen entgegensteuern.

Vom Ausgabevolumen her gesehen, ist die *gesetzliche Unfallversicherung* der kleinste Zweig der Sozialversicherung.

Unfallversicherung



Arbeitsförderung
und Arbeitslosen-
unterstützung

Ihre Ausgaben, die fast ausschließlich aus Beiträgen der Unternehmen finanziert werden, sind seit 1950 von 0,6 Milliarden DM auf mittlerweile über 13 Milliarden DM angewachsen. Die Unfallversicherung bietet Schutz gegen die Gefahren der Arbeitswelt wie Arbeits- und Wegeunfälle oder Berufskrankheiten. Das System der gesetzlichen Unfallversicherung wurde in den letzten 40 Jahren ebenfalls ausgebaut. Neben den Leistungsverbesserungen u. a. durch die Einführung der jährlichen Rentenanpassung sind hier vor allem die gesetzlichen Erweiterungen des Arbeitsschutzes und der Unfallverhütung zu nennen. Darüber hinaus kam es auch zu einer Ausdehnung des Versicherungsschutzes. Seit 1971 sind auch Kinder in Kindergärten, Schüler und Studenten einbezogen. Der Ausgabenanstieg der vergangenen Jahrzehnte ist somit zum einen auf die gesetzlichen Leistungserweiterungen zurückzuführen. Dazu beigetragen hat zum anderen auch die gestiegene Zahl der Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten, die sich zwischen 1950 und 1961 von 1,4 Millionen auf fast 3 Millionen erhöhte. Danach gingen die Unfallzahlen infolge der erweiterten Arbeitsschutz- und Unfallverhütungsbestimmungen langsam zurück. Gegenwärtig werden jährlich etwa 2,4 Millionen Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten gemeldet.

Zu den traditionellen Aufgaben der Arbeitsförderung zählt seit 1927 die Gewährung von Leistungen bei Arbeitslosigkeit – heute: *Arbeitslosengeld* und *Arbeitslosenhilfe* – sowie die *Arbeitsvermittlung* und *Berufsberatung*. Das Aufgabenspektrum der Arbeitsverwaltung wurde jedoch seit Gründung der Bundesrepublik Deutschland erheblich ausgebaut und an die gewachsenen Anforderungen angepaßt, die der rasche technische Fortschritt und der wirtschaftliche Strukturwandel mit sich brachten. So kam es beispielsweise 1959 zur Einführung des Schlechtwettergeldes für die Arbeitnehmer in der Bauwirtschaft, 1969 zur Gewährung eines Unterhaltsgeldes für Teilnehmer an beruflichen Bildungsmaßnahmen und 1974 zur Einführung eines Konkursausfallgeldes. Innerhalb dieses Zeitraums wurden ferner die Leistungssätze mehrfach erhöht. Der Maßnahmenkatalog der Arbeitsförderung wurde insbesondere durch das *Arbeitsförderungsgesetz* von 1969 erweitert: Hinzu kamen beispielsweise die Förderung der beruflichen Qualifikation durch Umschulung, Fortbildung und berufliche Rehabilitation sowie Maßnahmen zur Erhaltung und Schaffung von Arbeitsplätzen.

In der Arbeitslosenversicherung hängt das Ausmaß der Leistungen stärker als in den anderen Zweigen der sozialen Sicherung von der jeweiligen Wirtschafts- und Beschäftigungslage ab. Zu Beginn der 50er Jahre, als die Wirtschaft

noch in Schutt und Trümmern lag und Millionen Flüchtlinge in die Bundesrepublik Deutschland strömten, war die Arbeitslosigkeit sehr hoch. Der damaligen Arbeitslosenquote von 11 % standen Ausgaben der Arbeitsförderung von knapp 2 Milliarden DM gegenüber. Schon Mitte der 50er Jahre zeichnete sich dann der Durchbruch zur Vollbeschäftigung ab, die praktisch zwischen 1961 und 1966 mit einer Quote von weniger als 1 % erreicht wurde. Die Ausgaben der Arbeitslosenversicherung gingen daraufhin ebenfalls zurück. Aufgrund der guten Beschäftigungslage bezogen im Jahr 1966 nur 107000 Personen Arbeitslosengeld oder -hilfe; dies ist der niedrigste Wert in der bisherigen Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Die Rezession der Jahre 1966/67 brachte dann einen vorübergehenden Einbruch auf dem Arbeitsmarkt. Der anschließende wirtschaftliche Aufschwung stellte die Vollbeschäftigung bis 1973 wieder her. Dennoch stiegen in dieser Periode die Ausgaben der Bundesanstalt für Arbeit auf 6,8 Milliarden DM (1973), was vornehmlich auf die bereits erwähnten Leistungsverbesserungen zurückzuführen sein dürfte. Infolge der beiden »Ölpreisschocks« 1973 und 1981 mit ihren negativen Folgen für das Wirtschaftswachstum kletterte die Arbeitslosenquote in der zweiten Hälfte der 70er Jahre auf über 4 % und – nach vorübergehendem Rückgang – in den 80er Jahren auf sogar über 9 %. Der Finanzbedarf der Arbeitsförderung wurde von diesen Entwicklungen nachhaltig beeinflusst. Zwischen 1974 und 1975 verdoppelte sich die Zahl der Empfänger von Arbeitslosengeld oder -hilfe, die Ausgaben stiegen um 77 %. In den folgenden fünf Jahren gingen die Empfängerzahlen zurück, teilweise auch die Ausgaben. Diese erhöhten sich aber wieder kräftig, als die Zahl der Empfänger von Arbeitslosengeld und -hilfe zwischen 1980 und 1983 von 576000 auf 1,5 Millionen zunahm. Seitdem sind die Empfängerzahlen geringfügig zurückgegangen. Die Ausgaben für Arbeitsförderung werden 1990 voraussichtlich 45 Milliarden DM betragen, knapp 7 % der gesamten Sozialleistungen.

In den vergangenen Jahren ist der Anteil der Leistungsberechtigten unter den Arbeitslosen merklich gesunken. Mitte der 70er Jahre erhielten noch etwa drei Viertel der Arbeitslosen Leistungen der Arbeitslosenversicherung oder -hilfe, heute sind es nur noch 66 %. Dies ist in erster Linie auf die zunehmende Dauer der Arbeitslosigkeit zurückzuführen sowie auf die heute enger gefaßten Bedingungen, die zum Bezug von Unterstützungen berechtigen. Sofern Arbeitslose keine oder nur unzureichende finanzielle Hilfe vom Arbeitsamt erhalten, kommen für sie insbesondere das Wohngeld oder die Leistungen der Sozialhilfe in Betracht.



*Arbeitslosigkeit Anfang der 50er Jahre –
Hamburger Werft- und
Hafenarbeiter beim Schlangestehen
für die Auszahlung der
Arbeitslosenunterstützung*

Foto: Süddeutscher Verlag

Kindergeld

Zur wirtschaftlichen Sicherung der Familie tragen die öffentlichen Zuwendungen des Familienlastenausgleichs bei. Dazu zählt das *Kindergeld*, das heute die häufigste staatliche Transferzahlung überhaupt ist. Die Einführung des Kindergeldes verlief in mehreren Etappen. Zunächst beschränkte sich der Ausgleich der Familienlasten auf Steuervergünstigungen in Form von *Kinderfreibeträgen* und auf *Kinderzuschläge* bei der Beamtenbesoldung. 1954 wurde dann ein Kindergeld für Familien mit drei und mehr Kindern eingeführt, das zunächst die Arbeitgeber finanzierten. Von 1961 an gab es Kindergeld auch für das zweite Kind, das jedoch an bestimmte Einkommensgrenzen gebunden war. Die Mittel hierfür stellte der Bund bereit, der ab 1964 die gesamte Finanzierung des Kindergeldes übernahm. Seit 1975 wird das Kindergeld vom ersten Kind an gezahlt und hängt nicht mehr vom Einkommen der Eltern ab. Gleichzeitig entfielen die steuerlichen Freibeträge für Kinder. Während der Kindergeldbetrag für das erste Kind bis heute unverändert blieb, wurden die übrigen Leistungen bis 1981 mehrfach erhöht, danach aber teilweise – insbesondere für Besserverdienende – gesenkt. In den letzten Jahren wurden schrittweise wieder die steuerlichen Kinderfreibeträge eingeführt; seit 1986 besteht ferner Anspruch auf Erziehungsgeld.

Die Entwicklung der Kindergeldausgaben und Empfängerzahlen wird im wesentlichen von den vorgenannten Reformen beeinflusst. 1955 beliefen sich die Gesamtausgaben auf knapp 0,5 Milliarden DM. Aufgrund der Kindergeldreform erhöhten sie sich zwischen 1974 und 1975 von 3 auf über 14 Milliarden DM, die Empfängerzahl stieg von 2,5 auf 7,3 Millionen. Den in der Folgezeit rückläufigen Bezieherzahlen standen bis 1981 steigende Ausgaben gegenüber, da die Kindergeldsätze mehrfach erhöht wurden. Danach sanken auch die Ausgaben deutlich ab, bis auf nunmehr knapp 14 Milliarden DM. Dies liegt zum einen daran, daß die geburtenstarken Jahrgänge erwerbstätig werden und aus der Kindergeldförderung herausfallen, zum anderen aber auch an den erwähnten Leistungseinschränkungen. Insgesamt sind zwei entgegengesetzte Entwicklungslinien erkennbar: Während die Leistungen für Kinder in den vergangenen Jahren gestiegen sind, sind die Geburten seit 1960 um knapp ein Drittel zurückgegangen. Gegenwärtig beziehen 6,2 Millionen Berechtigte Kindergeld für 10,1 Millionen Kinder. Hinzu kommen noch rund 2,7 Millionen Kinder von Angehörigen des öffentlichen Dienstes, die das Kindergeld von ihren Arbeitgebern direkt erhalten.

Wohngeld

Neben den Zuwendungen für Familien und Kinder gewährt der Staat auch Hilfen für die Wohnung. Die *staatliche Wohnungspolitik* hat in einer Vielzahl von unterschiedlichen



Gesetzen und Förderungsmethoden ihren Niederschlag gefunden. Diese reichen vom sogenannten sozialgeforderten Wohnungsbau über die Bauspar- und steuerliche Förderung bei der Schaffung von Wohneigentum bis hin zur Gewährung von Wohngeld. Auf all diesen Gebieten hat der Staat in den vergangenen Jahrzehnten erhebliche Subventionen geleistet und damit den Wohnungsbau gefördert und die Wohnungsnutzung begünstigt.

Entsprechend den im Zuge der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung gewandelten Wohnbedürfnissen der verschiedenen Bevölkerungsgruppen haben sich auch die Aufgaben und Zielsetzungen der Wohnungspolitik im Zeitverlauf geändert. Im Rahmen der umfangreichen Neu- und Wiederaufbautätigkeit nach dem Zweiten Weltkrieg spielte der soziale Wohnungsbau eine zentrale Rolle. Hierbei wird der Bau von Wohnungen direkt mit öffentlichen Mitteln in Form von Darlehen und Zuschüssen unterstützt. Demgegenüber ist das Mitte der 60er Jahre eingeführte *Wohngeld* eine direkte Hilfe für den Wohnungsinhaber.

Das Wohngeld, das nicht zurückzuzahlen ist, wird sowohl den Mietern als auch den Wohnungs- und Hauseigentümern gewährt. Die Höhe des Wohngeldes hängt ab von der Zahl der zum Haushalt gehörenden Familienmitglieder, vom Familieneinkommen und von der Miete oder, bei Wohneigentum, von der Belastung. Ungeachtet der vielfältigen Änderungen, die das Wohngeldgesetz erfahren hat, dient es nach wie vor dem ursprünglichen Zweck, einkommensschwächeren Bevölkerungsschichten ein angemessenes, familiengerechtes Wohnen zu ermöglichen und auf Dauer zu

Zwei Drittel aller 3- bis 4-jährigen besuchten 1988 einen Kindergarten

Foto: Bildagentur Schuster / Bruehl

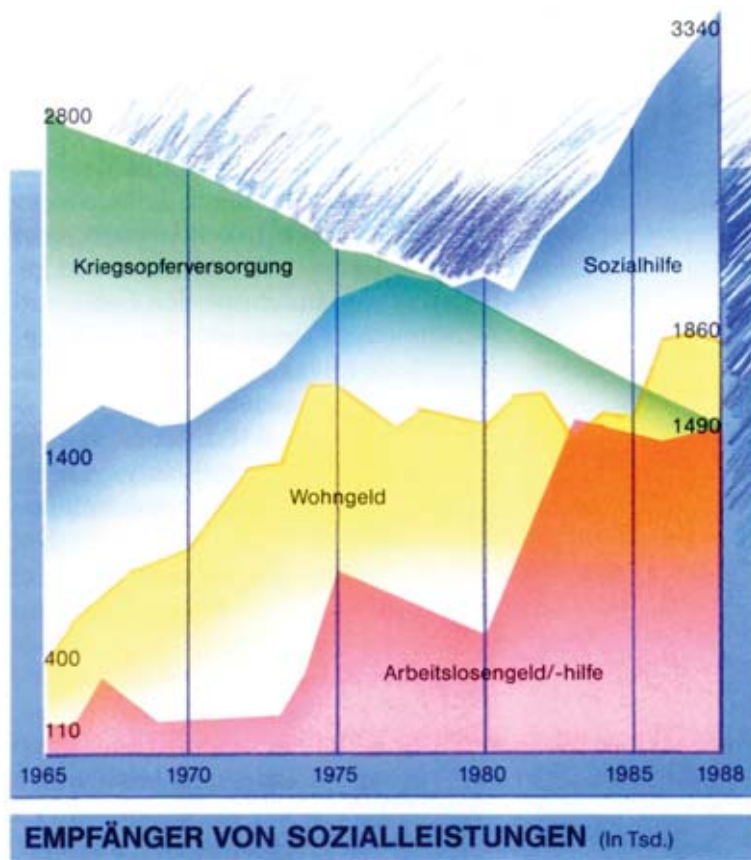
Sozialhilfe für Menschen in Not

sichern. Die Wohngeldleistungen und Einkommensgrenzen werden dabei von Zeit zu Zeit an die Entwicklung der Mieten und Einkommen angepaßt.

Die Zahl der Wohngeldempfänger ist seit 1965 von 400 000 auf nunmehr 1,9 Millionen angewachsen. Entsprechend kräftig sind auch die Wohngeldausgaben innerhalb dieses Zeitraumes gestiegen: von 0,2 Milliarden DM auf 3,7 Milliarden DM. Die zwischenzeitlichen Schwankungen sind hauptsächlich auf die Anhebungen der Einkommensgrenzen zurückzuführen. Das Wohngeld, das gegenwärtig von 7% der Haushalte bezogen wird, deckt im Durchschnitt etwa ein Drittel der Kaltmiete. Es wird zum größten Teil von nichterwerbstätigen Personen, insbesondere von Rentnern, in Anspruch genommen. Seit einigen Jahren nimmt aber auch der Anteil der Arbeitslosen unter den Wohngeldbezieher stetig zu. Berücksichtigt man weiter, daß nahezu jeder dritte Wohngeldempfänger gleichzeitig Sozialhilfe erhält, so wird deutlich, daß das Wohngeld mittlerweile zu einem wichtigen Bestandteil des sozialen Netzes geworden ist.

Im Gesamtsystem der sozialen Sicherung der Bundesrepublik bildet die *Sozialhilfe* die unterste Auffangstufe für in Not geratene Menschen. Sie schließt als »letzte Möglichkeit« die Lücke, die andere Sozialleistungssysteme (Sozial- und Arbeitslosenversicherung, Wohngeld etc.) offen lassen. Die Sozialhilfe ist allein auf den Notstand des einzelnen abgestellt und tritt ein, wenn der einzelne seine Notlage aus eigenen Kräften und Mitteln nicht beheben kann. Ihre Aufgabe ist es, den Bedürftigen ein menschenwürdiges Leben zu sichern. Sie hat jedoch auch zum Ziel, den Hilfeempfänger bald wieder unabhängig von dieser Unterstützung zu machen. Das heutige *Sozialhilfegesetz* trat 1962 in Kraft und löste die bis dahin geltende öffentliche Fürsorge ab. Die Sozialhilfe umfaßt die Hilfe zum Lebensunterhalt und die Hilfe in besonderen Lebenslagen wie etwa bei Krankheit, Behinderung oder Pflegebedürftigkeit. Die *Hilfe zum Lebensunterhalt* wird nach Leistungspauschalen berechnet, die jährlich neu festgesetzt werden; hinzu kommen die Kosten für die Unterkunft.

Der stetige Ausbau des sozialen Sicherungssystems seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland konnte nicht verhindern, daß die Sozialhilfeausgaben und die Empfängerzahlen bis heute stark zugenommen haben. Die Zahl der Empfänger hat sich seit 1965 mehr als verdoppelt, und zwar von 1,4 Millionen auf mittlerweile 3,3 Millionen. Während der 60er Jahre veränderte sich die Zahl der Empfänger nur geringfügig; sie bewegte sich zwischen 1,4 und 1,5 Millionen. Mit Beginn der 70er Jahre setzte dann ein kontinuierlicher Anstieg ein, der bis 1977 andauerte. Danach pendelte



sich die Empfängerzahl bei 2,1 Millionen ein, bis sie 1982 erneut deutlich zu steigen begann. Seitdem ist ein stetiger Zuwachs zu verzeichnen, so daß die Zahl der Sozialhilfeempfänger gegenwärtig ihren bisherigen Höchststand aufweist. Zur Zeit erhalten immerhin 5,5% der Gesamtbevölkerung Sozialhilfe. Dabei hat die Zahl der Empfänger von Hilfen in besonderen Lebenslagen weitaus weniger stark zugenommen als die Zahl derjenigen, die laufende Hilfe zum Lebensunterhalt bekommen. Insgesamt ist festzustellen, daß die zahlenmäßige Entwicklung der Sozialhilfeempfänger und der Arbeitslosen weitgehend parallel verläuft. Arbeitslosigkeit ist mittlerweile auch die häufigste Ursache für den Bezug laufender Sozialhilfeleistungen. In den vergangenen Jahrzehnten hat sich auch die Struktur der Sozialhilfeempfänger deutlich verändert. Die Leistungen werden zunehmend von jüngeren Personen, insbesondere von Männern, in Anspruch genommen.

Wesentlich stärker als die Zahl der Empfänger erhöhten sich zwischen 1965 und 1988 die Ausgaben der Sozialhilfe, und zwar von 2 Milliarden DM auf 27 Milliarden DM. Die Gründe für diese Ausgabenerhöhung liegen neben der Aus-

40 Jahre Sozialstaat

weitung des anspruchsberechtigten Personenkreises und einer stärkeren Inanspruchnahme auch in den beträchtlichen Leistungserhöhungen, insbesondere in den 70er Jahren. Im Gegensatz zu den Empfängerzahlen wurde die Ausgabenentwicklung deutlich von den zunehmenden Leistungen beeinflusst, die für Hilfen in besonderen Lebenslagen aufgewendet werden. Zum allergrößten Teil werden diese Ausgaben Personen in Behinderten- oder Altenheimen gewährt. Vor dem Hintergrund der zunehmenden Lebenserwartung und der Schwächung des Familienzusammenhangs wird hier deutlich, wie stark das neue »Standardrisiko« der Pflegebedürftigkeit die Sozialhilfe belastet.

Der *zusammenfassende Rückblick* auf 40 Jahre Sozialstaat nach Gründung der Bundesrepublik Deutschland ist nicht vollständig; zwangsläufig konnten nur die Schwerpunkte der sozialstaatlichen Entwicklung aufgezeigt werden. Neben den dargestellten Leistungen umfaßt das System der sozialen Sicherung noch eine Vielzahl weiterer Sozialleistungen; zu ihnen zählen beispielsweise die Jugendhilfe, Ausbildungsförderung, Vermögensbildung, das beamtenrechtliche Versorgungssystem sowie diverse Leistungen der Arbeitgeber und steuerliche Maßnahmen. Dennoch wird aber deutlich, daß der Sozialstaat in den vergangenen Jahrzehnten stark ausgebaut worden ist. Das Netz der sozialen Sicherheit in der Bundesrepublik Deutschland ist heute eng geknüpft. Der Ausbau der Leistungen ist aber nicht unproblematisch, zumal dadurch für die Haushalte und Unternehmen zusätzliche Belastungen in Form von höheren Beiträgen und Steuern entstehen. Der Umfang der sozialen Sicherung muß deshalb immer im Zusammenhang mit dem Leistungsvermögen der gesamten Wirtschaft gesehen werden. Dort, wo der Markt soziale Probleme nicht lösen kann, ist in der Sozialen Marktwirtschaft der Staat gefordert. Selbstverantwortliches Handeln des einzelnen und Leistungsanreize können dadurch aber nicht ersetzt werden – sie sind ebenfalls fester Bestandteil einer freiheitlichen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung.

Vom Trümmergrundstück zum Eigenheim – 40 Jahre Wohnungsbau

Christoph Dubral

Wohnraum in Variationen, jede Variante eine Möglichkeit, ein Dach über dem Kopf zu haben.

Wohnen gehört zu den elementaren Bedürfnissen, seit in grauer Vorzeit Menschen zum ersten Mal einen Witterschutz aus abgebrochenen Zweigen aufstellten und entdeckten, daß man in einer Höhle leben kann. Heute gibt es über Wohnungsversorgung und das, was Wohnen überhaupt bedeutet, die unterschiedlichsten Vorstellungen sowie – hier ganz besonders wichtig – die verschiedensten Realisierungsmöglichkeiten. Sie reichen auch in der Bundesrepublik Deutschland des Jahres 1989 vom dunklen, feuchten Einzelzimmer unter dem Dach im zweiten Hinterhaus über das Eigenheim in der Vorstadt-Siedlung mit wohnzimmergroßem »Garten« und das durchgestylte Appartement der Luxusklasse bis zur Millionärsvilla mit Park. Überall wohnen Menschen, manchmal mehr schlecht als recht, oft ist Wohnen Selbstzweck oder Demonstration für andere. Und für die meisten hat sich das Wohnen in den vergangenen vierzig Jahren gewandelt.

Die ersten beiden Jahrzehnte nach dem Zweiten Weltkrieg waren in der Bundesrepublik Deutschland gekennzeichnet durch Wohnungsmangel und große Anstrengungen zu seiner Linderung. Die Wohnungsnot Ende der 40er, Anfang der 50er Jahre war groß.

Für fast 17 Millionen Haushalte standen nur 10 Millionen Wohnungen zur Verfügung. Ursache für dieses Mißverhältnis war außer den im Kriege zerstörten oder beschädigten Wohnungen der Zustrom von mehr als 11 Millionen Flüchtlingen und Vertriebenen. Bei der Wohnungszählung 1950 wurden 10,1 Millionen Wohnungen registriert, darunter mehr als 500 000 »Notwohnungen«. Das waren laut Definition Wohnungen, die »hinsichtlich der Bauweise, Ausstattung, Zahl und Größe der Räume nicht den Ansprüchen genügen, die aufgrund der gegebenen klimatischen Verhältnisse und der Wahrung der sozialen Belange gestellt werden müssen.« Mit anderen Worten: diese Wohnungen hatten keine Küche, kein Bad, keine Toilette; sie lagen in Baracken, Wohnlauben, Nissenhütten, Bunkern, Eisenbahnwagen, Wohnwagen, Kellern und auf Dachböden.

Höhle-Hütte-Haus

Wohnungsnot
in der Nachkriegszeit

Der Wohnungsbau in den Jahren nach 1949 bis etwa Ende der 60er Jahre hatte einen Umfang von jährlich einer halben Million fertiggestellter Wohnungen, ein heute kaum vorstellbares Bauvolumen. Dies war unter anderem nur möglich durch Sonderregelungen für den Wohnungsmarkt, die der im übrigen praktizierten Marktwirtschaft entgegenstanden. Im Gegensatz zu fast allen anderen Wirtschaftsbereichen blieben im Wohnungssektor zwangswirtschaftliche Maßnahmen wie *Wohnraumbewirtschaftung* und *Mietpreisbindung* zusammen mit einem sehr ausgeprägten Mieterschutz noch lange Zeit erhalten. Zusätzlich wurden durch gezielte wohnungspolitische Maßnahmen die Voraussetzungen dafür geschaffen, daß der Wohnungsbau zum schnellen Abbau der Wohnungsnot erst möglich wurde. Unter dem Stichwort »Sozialer Wohnungsbau« wurde eine Förderung des Wohnungsbaus eingeführt, die das Wohnungsangebot in kürzester Zeit drastisch erhöhte. Im wesentlichen bestand diese Subventionierung zunächst in der Bereitstellung zinsgünstigen Kapitals für den Bau von Mietwohnungen. Dafür wurden an die Ausstattung der Wohnungen Mindestanforderungen gestellt, die Vergabe der Wohnungen war an bestimmte Obergrenzen des Einkommens der Mieter gekoppelt und die Miete durfte genau festgelegte Obergrenzen nicht übersteigen. Diese Maßnahmen führten dann auch konsequenterweise dazu, daß Anfang der 50er Jahre der Wohnungsneubau vom Sozialen Wohnungsbau dominiert wurde, d. h. die meisten Neubauwohnungen waren Sozialwohnungen. Erst ab Ende der 50er Jahre sank dieser Anteil unter 50%.

Nissenhütten als Ersatzwohnraum für zerstörte Wohnhäuser nach dem Zweiten Weltkrieg

Foto: bpk / Weinrother



Der gesamte Wohnungsmarkt war zu dieser Zeit (1950 bis etwa 1960) dahingehend geregelt, daß die Mieten von Altbauwohnungen grundsätzlich einem Preisstop unterlagen, diese Mieten wurden im Laufe der Jahre durch gesetzliche Vorschriften nach und nach angehoben. Die Mieten der im sozialen Wohnungsbau erstellten Neubauwohnungen unterlagen den Regelungen der sogenannten Kostenmiete und waren damit auch der staatlichen Kontrolle unterworfen. Lediglich für den kleinsten Teil des Wohnungsmarktes, die frei, ohne staatliche Förderung finanzierten Neubauwohnungen, konnten die Mieten zwischen Vermietern und Mietern frei vereinbart werden.

Ab 1960 erfolgte nach und nach eine Lockerung der zwangswirtschaftlichen Bindungen des Wohnungsmarktes, so daß ab etwa 1970 eine eingeschränkte marktwirtschaftliche Ordnung gegeben war. Eingeschränkt deshalb, weil zum einen 1970 noch etwa 40% des Wohnungsbestandes Sozialwohnungen waren, die nach wie vor den beschriebenen Bedingungen des Sozialen Wohnungsbaus unterlagen (Kostenmiete und Einkommensobergrenzen für Mieter); zum anderen hatte sich die Erkenntnis allgemein durchgesetzt, daß ein soziales Miet- und Wohnrecht mit Kündigungsschutz u. a. auch auf Dauer für den Wohnungsmarkt notwendig ist.

Diese *Liberalisierung des Wohnungsmarktes* war möglich, weil sich die Situation bei der Wohnungsversorgung deutlich verbessert hatte. Es bestand zwar Ende der 60er Jahre immer noch Wohnungsmangel, aber immerhin standen 1968 fast 20 Millionen Wohnungen für 22 Millionen Privathaushalte zur Verfügung. Im Laufe der darauffolgenden Jahre hat sich der Schwerpunkt der Wohnungsbautätigkeit deshalb zunehmend auf die Erstellung qualitativ höherwertiger Wohnungen mit größeren Wohnflächen und besserer Ausstattung (Badezimmer, Zentralheizung) und die Modernisierung älterer Wohnungen und Häuser verlagert.

Seit etwa Anfang der 80er Jahre ist der Wohnungsmarkt in der Bundesrepublik Deutschland in einer Entwicklungsphase, bei der sich eine Reihe unterschiedlicher Einflüsse überlagern. Der zunehmende Anteil kleinerer Haushalte hat zunächst zu einer weiteren Verringerung des Wohnungsmangels beigetragen, später jedoch erwartungsgemäß zu einem höheren Bedarf an kleineren Wohnungen geführt. Die *Gebäude- und Wohnungszählung 1987* hat gezeigt, daß die Zahl der Wohnungen (26,3 Millionen) und die Zahl der Haushalte (26,3 Millionen) ausgeglichen ist, so daß rechnerisch der Wohnungsbedarf gedeckt scheint.

Allerdings sind seit einiger Zeit neue Probleme am Wohnungsmarkt entstanden, die darauf schließen lassen, daß

Wohnungsnot ab 1960
– Angebot wächst

*Wohnungsnot in Berlin 1949 –
ein ehemaliger Kohlenladen
als Wohnraum für neun Personen*

Foto: bpk



nach wie vor ein ungedeckter Bedarf an Wohnungen besteht. So ist beispielsweise insbesondere in Ballungsgebieten das Angebot an preiswertem Wohnraum deutlich geringer als die Nachfrage. Dies gilt nicht nur für Familien mit geringem Einkommen, sondern aufgrund der Entwicklung der Mieten in den letzten Jahren auch teilweise für Haushalte mit mittlerem Einkommen. Außerdem ist es nach wie vor für bestimmte Haushalte schwierig, passende Wohnungen zu bekommen. Selbst wenn die Kosten getragen werden können, ist es z. B. für kinderreiche Familien, für Ausländer und für Studentinnen und Studenten mit großen Problemen verbunden, ausreichend große, arbeitsplatznahe, ruhige usw. Wohnungen zu finden.

Zusätzlicher Wohnungsmangel ist außerdem durch den zur Zeit stark anschwellenden Zustrom von Aus- und Übersiedlern zu erwarten, weil selbst der Bau vieler neuer Woh-

nungen mit der zusätzlichen Nachfrage nicht wird Schritt halten können.

Darüber hinaus muß mit weiter steigenden Mieten und sonstigen Kosten für das Wohnen gerechnet werden, die für viele Wohnungsinhaber eine Umverteilung ihres Einkommens zur Folge haben wird.

Der Wohnungsbestand in der Bundesrepublik Deutschland ist heute aufgrund der Kriegszerstörungen und des nachfolgenden Wiederaufbaus relativ jung. 70% der 26,3 Millionen Wohnungen, das sind fast 18 Millionen Einheiten, sind in den vergangenen 40 Jahren gebaut worden. Etwa die Hälfte dieser Wohnungen befindet sich in Ein- oder Zweifamilienhäusern.

Aufgrund des hohen Neubauanteils und der starken Modernisierungstätigkeit der letzten Jahre ist die *Wohnqualität* in der Bundesrepublik Deutschland sehr hoch. Die Wohnfläche je Person lag beispielsweise 1950 bei durchschnittlich 15 m², heute sind es 36 m². Ursache dafür ist zum einen, daß der flächenmäßige Zuschnitt der Wohnungen im Laufe der Zeit großzügiger wurde. So betrug die durchschnittliche Wohnfläche je neu erstellter Wohnung Anfang der 50er Jahre 53 m², 1960 waren es 70 m², 1970 etwa 84 m² und

Wohnqualität steigt



*Wohnen in den 50er Jahren:
Kombination aus Polstersessel,
Nierentisch und Ahornsessel*

Foto: Ullstein

*Wohnen in den 60er Jahren:
Typisch eingerichtetes Wohnzimmer
mit Polstergarnitur und offenem
Kamin*

Foto: dpa



heute rund 100 m². Zum anderen werden die Haushalte immer kleiner, womit sich die Wohnflächenversorgung auch verbessert.

Ebenfalls zur Verbesserung der Wohnflächenversorgung hat die verstärkte Bildung von Wohneigentum beigetragen. Der Anteil der Haushalte, die in den eigenen vier Wänden wohnen, stieg von 29% im Jahr 1961 auf über 40% im Jahr 1987. Dabei wurde gerade in diesen Eigentümer-Haushalten die Wohnfläche je Haushalt zwischen 1976 und 1987 von durchschnittlich 95 m² Wohnfläche auf über 105 m² erhöht. Im gleichen Zeitraum war bei den Mieterhaushalten der Anstieg von 64 m² auf 67 m² je Haushalt wesentlich weniger ausgeprägt.

Ein weiteres Kennzeichen für die Verbesserung der Wohnqualität ist die Ausstattung der Wohnungen mit Zentralheizung und Bad. Heute sind 95% aller Wohnungen mit Bad ausgestattet, 1950 waren es nur 20%. Eine Zentralheizung haben heute 73% aller Wohnungen, 1950 waren es noch nicht einmal 10%. Darin zeigt sich vor allem die Neubautätigkeit nach dem Zweiten Weltkrieg. Der Einbau von Zentralheizungen war in der ersten Wiederaufbauphase recht selten, er kam ab etwa der zweiten Hälfte der 60er Jahre in Gang. Auch war der Einbau eines Bades oder einer Dusche zu Beginn der 50er Jahre bei Neubauten keine Selbstverständlichkeit, gehörte aber ab den sechziger Jahren zum Neubaustandard.

Nicht nur durch Neubauten, sondern auch durch die *Modernisierung von Altbauten* – die seit 1970 erheblich an Bedeutung zugenommen hat – hat die Wohnungsversorgung

Altbausanierung



Wohnen heute

Foto: Bildagentur Schuster / Bachmann

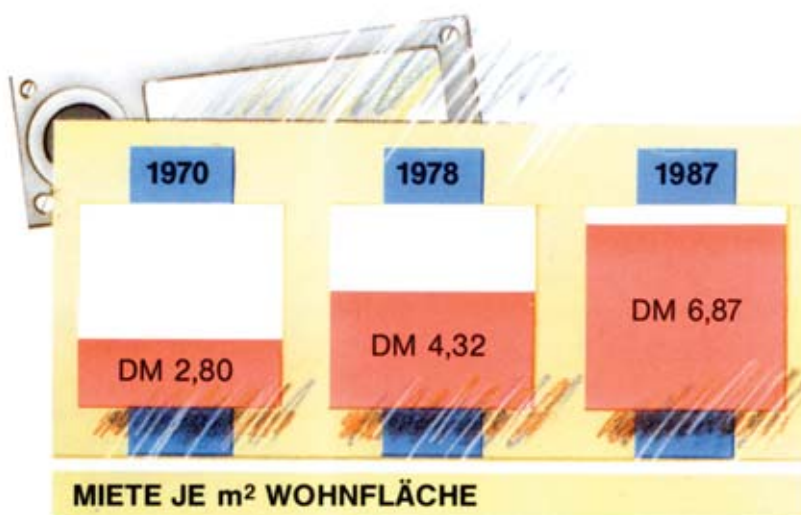
ihren heute quantitativ und qualitativ hohen Standard erreicht. Über 30% der Ausgaben für den Wohnungsbau sind heute Ausgaben für die Wohnungsmodernisierung und Instandsetzung. Dabei darf allerdings nicht übersehen werden, daß gerade in den letzten Jahren sogenannte Luxusmodernisierungen zunehmen, bei denen zwar die Wohnqualität in den betroffenen Wohnungen und Häusern beträchtlich gesteigert wird, bei denen allerdings nicht unbedingt ein positiver Effekt für die Wohnungsversorgung festzustellen ist. In der Regel werden in solchen Fällen alte und nicht sehr komfortable Mietshäuser mit preiswerten Wohnungen in Eigentumswohnungen umgewandelt, die dann den alten Mietern zwar angeboten, aber meist an neue einkommensstarke Käufer veräußert werden.

Bei der Betrachtung des heutigen Wohnungsbestandes darf nicht vergessen werden, daß etwa 20% der 26,3 Millionen Wohnungen in der Bundesrepublik auch heute noch Sozialwohnungen sind. Sozialwohnungen sind Wohnungen, deren Bau unter bestimmten Auflagen für Miete, Ausstattung und Einkommensgrenzen der Mieter beim Einzug von staatlichen Stellen finanziell gefördert wird. Ohne den sozialen Wohnungsbau, der bis vor kurzem rapide an Bedeutung verloren hatte, aber seit dem letzten Jahr wieder an Wichtigkeit gewinnt, wäre die Misere der Wohnungsversorgung nach dem Krieg nicht so schnell gelindert worden. Von 1949 bis 1952 wurden mehr als zwei Drittel der erstellten Wohnungen mit direkter staatlicher Förderung gebaut. Dieser Anteil lag bis zum Ende der fünfziger Jahre bei rund 50% und sank dann kontinuierlich auf ein Drittel der Neubaulei-

Mietausgabe belastet
die Haushalte
immer stärker

stungen in den sechziger Jahren. 1988 wurde weniger als jede fünfte Wohnung im sozialen Wohnungsbau errichtet. Ab 1989 ist allerdings mit einem wieder steigenden Anteil des sozialen Wohnungsbaus zu rechnen, da die staatlichen Mittel hierfür aufgrund des Aussiedlerzustroms aus der DDR drastisch erhöht wurden.

Über 60% der 26,3 Millionen Wohnungen in der Bundesrepublik Deutschland sind nach den Ergebnissen der Gebäude- und Wohnungszählung 1987 Mietwohnungen. Die Höhe der *Mieten* hängt seit Aufhebung der Mietpreisbindung (Ausnahme: Sozialer Wohnungsbau) von den Gesetzen des Marktes ab, d.h. Angebot und Nachfrage bilden die wesentlichen Faktoren für die *Höhe der Mieten*. Da die Wohnungsversorgung unterschiedlich ist und der Wohnungsbedarf selbst wieder von verschiedenen Dingen abhängt, sind die Wohnungsmieten ebenfalls sehr unterschiedlich. Im großen und ganzen kann man davon ausgehen, daß die durchschnittliche Quadratmetermiete um so höher liegt, je besser die Wohnung ausgestattet ist und je später sie gebaut wurde. Eine Wohnung ist im allgemeinen auch um so teurer, je größer sie ist, die Miete je Quadratmeter Wohnfläche geht allerdings mit zunehmender Größe der Wohnung zurück. Wichtig für die Höhe der Miete ist außerdem die Lage der Wohnung; es gibt große Unterschiede zwischen Stadt und Land, aber auch zwischen verschiedenen Stadtvierteln. Dazu kommen Auswirkungen bestimmter »modischer« Trends in bezug auf das Wohnen. Nachdem es bis vor ein paar Jahren »in« war, aufs Land zu ziehen, ist es seit einiger Zeit wieder chic, in der Stadt zu wohnen. Obwohl in den meisten Fällen nur relativ wenige Leute





Badevergnügen in den 50er Jahren

Foto: Süddeutscher Verlag

diesen Trends folgen, haben auch diese Moden einen deutlichen Einfluß auf die Entwicklung der Mieten.

Die Miete beansprucht bei immer mehr Mietern größere Anteile ihres Einkommens: Während in den 50er und 60er Jahren etwa 10% des Einkommens für die Wohnungsmiete ausgegeben wurde, waren es von 1970 bis Anfang der 80er Jahre schon 13%, 1988 sogar 29%. Dabei sind Haushalte mit geringen Einkommen stärker belastet, als Haushalte mit höheren Einkommen. Das bedeutet, daß jemand, der relativ wenig Geld verdient, gezwungen ist, einen größeren Teil seines Einkommens für die Miete auszugeben als jemand, der vergleichsweise viel Geld verdient.

Der Grund für die zunehmenden Anteile der Mietausgaben ist nicht nur in den gestiegenen Mietpreisen zu sehen. Es ist eindeutig erkennbar, daß in den 50er Jahren die Ansprüche an den Wohnstandard wesentlich geringer waren als heute. Wohnungen mit der heute üblichen Ausstattung waren vor 30 Jahren für die meisten Mieter nicht bezahlbar, wenn sie überhaupt verfügbar waren. Die Wohnqualität wird sowohl durch die Ausstattung der Wohnung und des Gebäudes (technische Ausstattung, Aufteilung der Räume, Ausgestaltung von Bad und Küche, Waschküche, Hobbyräume usw.) als auch die Größe der Wohnung nach Fläche und Zahl der Räume geprägt. Auch hier sind die Ansprüche gestiegen.

Insgesamt gesehen sind nicht nur Mietpreiserhöhungen und zunehmende Komfortansprüche der Mieter für die erhöhten Wohnausgaben verantwortlich. Seit etwa 1960 sind die Mieten schneller gestiegen als die allgemeinen Lebens-

Anteil der Eigenheime nimmt zu

Wie wohnen wir heute?

haltungskosten. Das liegt nicht zuletzt daran, daß sich seit 1950 die *Baupreise* mehr als verdreifacht haben, die Preise für Bauland auf über das Fünffache gestiegen sind und die Zinsen fast dreimal so hoch sind wie vor 40 Jahren. Diese Kostenfaktoren gehen in die Mieten ein und bestimmen wesentlich auch die Überlegungen privater Investoren im Mietwohnungsbau.

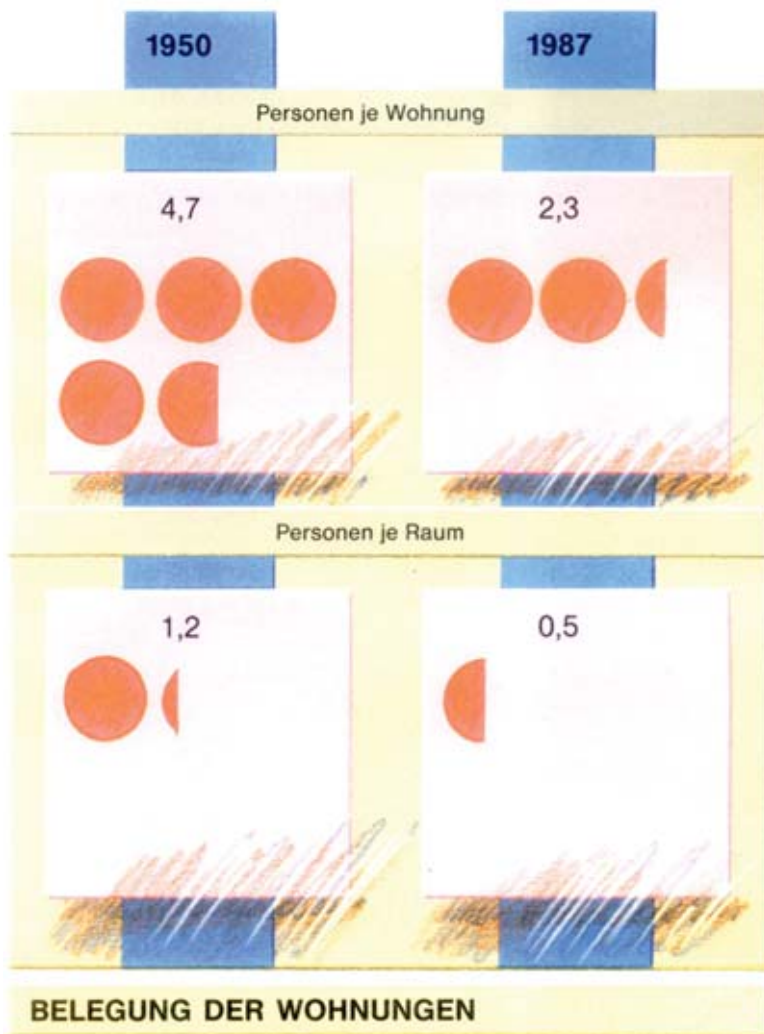
Die gleichen Einflüsse bestimmen natürlich den Bau von Eigenheimen und Eigentumswohnungen. Ob sich der private Bauherr das auch leisten kann, hängt von den Kosten für das Grundstück und Gebäude sowie von den Zinsen für Baukredite ab. Trotz der beschriebenen Entwicklung dieser drei Komponenten hat sich die Eigentumsquote (Anteil der Haushalte, die in den eigenen vier Wänden wohnen) seit 1961 von 29% auf 40% kontinuierlich erhöht.

Nach den Ergebnissen der Volkszählung 1987 leben in der Bundesrepublik Deutschland 61 Millionen Menschen in 26 Millionen Wohnungen. Die Wohnungen sind überwiegend Mietwohnungen (mehr als 60%), die übrigen sind Eigentümerwohnungen, d. h. Wohnungen, in denen der Haus- oder Wohnungseigentümer selbst wohnt. Fast die Hälfte der Wohnungen liegt in Eigenheimen (Ein- und Zweifamilienhäusern), knapp ein Viertel in kleinen Mehrfamilienhäusern mit 3 bis 6 Wohnungen, der Rest in größeren Häusern.

An der sogenannten *Belegungsdichte*, dem Verhältnis der in einer Wohnung lebenden Personen zur Zahl der Räume in der Wohnung oder der Fläche der Wohnung, lassen sich die Wohnverhältnisse deutlich ablesen.

Dabei zeigt sich eine starke Verbesserung der Wohnverhältnisse seit 1950. Die Zahl der Haushalte je Wohnung ist von 1950 bis 1987 stark gesunken. Zugleich ist die Anzahl der Personen je Wohnung und je Raum erheblich zurückgegangen. Jeder Person stand 1987 eine durchschnittliche Wohnfläche von 36 m² zur Verfügung, gegenüber 26 m² im Jahr 1972 und 33 m² 1982. In bezug auf die Haushaltsgröße gab es 1982 allerdings deutliche Unterschiede, die sich bis heute eher noch vergrößert haben dürften: Je größer der Haushalt (d. h. die Zahl der Personen im Haushalt), desto geringer ist die für eine Person verfügbare Fläche. Die Haushalte mit fünf oder mehr Personen hatten 1982 im Durchschnitt 118 m² Wohnfläche zur Verfügung, d. h. weniger als 24 m² je Person, in Einpersonenhaushalten waren es demgegenüber 59 m².

Von beengten Wohnverhältnissen waren vor allem Haushalte mit Kindern betroffen. Ihnen standen 1982 im Durchschnitt nur 26 m² pro Person zur Verfügung, gegenüber 42 m² je Person in kinderlosen Haushalten. Besonders eng geht es in Wohnungen kinderreicher Familien zu. Wenn



vier oder mehr Kinder in einem Haushalt lebten, verfügte jedes Haushaltsmitglied durchschnittlich nur über 17 m² Wohnfläche.

Auch Haushalte ausländischer Familien lebten 1982 im allgemeinen in wesentlich beengteren Wohnverhältnissen als deutsche Familien. Zudem waren die Gebäude, in denen sie wohnten, in der Regel älter und schlechter ausgestattet. So hatte z. B. 1982 jeder sechste ausländische Haushalt kein WC innerhalb der Wohnung. Allerdings gaben ausländische Familien auch weniger als deutsche für Miete aus.

Bei derartigen Vergleichen muß man berücksichtigen, daß die Wohnansprüche ausländischer und deutscher Haushalte unterschiedlich sind. Die Qualität der wohnungsmäßigen Unterbringung hat häufig bei ausländischen Familien eine geringere Bedeutung als bei deutschen Haushalten, weil versucht wird, die Verbrauchsausgaben – und damit auch die

Ausgaben für die Mieten – möglichst niedrig zu halten, um mehr Geld für die Rückkehr in die Heimat ansparen zu können. Außerdem sind Vorstellungen und Ansprüche in bezug auf Größe, Raumzahl und Ausstattung der Wohnung vielfach von den Verhältnissen in den Heimatländern geprägt. Das bedeutet natürlich trotzdem, daß die Wohnungsverorgung ausländischer Familien nach wie vor eindeutig schlechter ist als bei deutschen Familien.

Anders geartet sind die *Wohnungsprobleme älterer Menschen*. Sie verfügen – bedingt durch die geringere Zahl der Haushaltsmitglieder, meist nur eine oder zwei Personen – zwar über relativ viel Wohnraum, ihre Wohnungen sind jedoch oft weniger gut ausgestattet, als die der übrigen Haushalte, weil sie vielfach schon über Jahrzehnte in der gleichen (alten) Wohnung leben. So hatten z.B. 1982 rund 14% aller Mieterhaushalte mit einem Haushaltsvorstand von über 65 Jahren kein Bad; bei den Mieterhaushalten insgesamt waren dies nur 9%.

Vom Waschbrett zur programmierbaren Waschmaschine – technischer Fortschritt im Haushalt

Jürgen Angele



Foto: Suddiescher Verlag



Foto: Lillstein



Foto: Suddiescher Verlag

Nur ein Teil der heutigen Hausfrauen und Hausmänner erinnert sich heute noch daran, wie vor 40 Jahren die Wäsche gewaschen wurde: Wie lange es dauerte, bis Feuer gemacht war und die Wäsche endlich kochte, wie anstrengend es war, die Wäsche auf dem Waschbrett zu schrubben. Dann wurde die nasse Wäsche ausgewrungen, schließlich der schwere Waschkorb zur Wäscheleine getragen. Wenn das Wetter nicht mitspielte, die Wäsche einfach nicht trocknen wollte, weil es zu kalt oder zu feucht war, dann mußte sie mehrmals auf- und abgehängt werden. Die moderne Hausfrau oder ihr männliches Pendant besitzt heute in der Regel die vollautomatische Waschmaschine und häufig dazu den Wäschetrockner. Der Siegeszug der Waschmaschine läßt sich statistisch belegen, wie später noch zu berichten sein wird.

Daß im Vergleich zu früher durch den *Einsatz der Technik* viel an häuslicher Arbeitszeit eingespart wird, dürften alle mit Hausarbeit Vertrauten aus eigener Erfahrung bestätigen. Dadurch ist es Hausfrau und Hausmann heute möglich, sich

*Links: Strapazen eines Waschtages
Anfang der 50er Jahre*

*Mitte: Schon wenige Jahre später
erleichtert die Waschmaschine der
Hausfrau die Arbeit*

*Rechts: Heute schließt sich dem
vollautomatischen Waschen das
»Maschinentrocknen« an*

verstärkt dem wachsenden Freizeit-, Bildungs- oder Unterhaltungsangebot zu widmen, mehr Reisen zu unternehmen oder wieder ins Berufsleben zurückzukehren. Wie sehr mußte sich vor 40 Jahren eine Hausfrau mühen, um die Hausarbeit zu erledigen. Damals war es die Hausfrau, die allein den Haushalt führte, Kinder versorgte und Einkäufe machte, Arbeiten, auf die der Ehemann bei einer 48-Stunden-Woche gerne verzichtete, zumal dabei körperlicher Einsatz ebenfalls weit mehr gefordert war als heute. Die Verringerung der Wochenarbeitszeit, mehr Urlaub und nicht zuletzt ein verändertes Rollenverständnis der Ehepartner oder Lebensgefährten führten zu einem Wandel in der Verteilung der häuslichen Pflichten auf Frau und Mann. Es wurde mehr verdient und man konnte sich die technischen Errungenschaften, die ursprünglich einigen wenigen vorbehalten waren, nun selbst leisten. Für fast jede häusliche Tätigkeit gibt es heute Geräte, die die Arbeit erleichtern. Ein Hauch von High-Tech weht durch die deutsche Küche. Man denke beispielsweise nur an den programmierbaren Herd, der das Essen so gart, daß zwischendurch allerlei erledigt werden kann, während früher die Hausfrau an den Herd gefesselt war, wenn das Essen nicht anbrennen sollte. Auch beim Einkaufen, insbesondere beim Großeinkauf, brauchen sich viele Hausfrauen und Hausmänner nicht mehr mit der Einkaufstasche abschleppen und lange Fußmärsche zurücklegen. Da die meisten größeren Familien heute ein Auto besitzen, erfolgt der Einkauf oft für mehrere Tage oder gar Wochen bequem beim Supermarkt mit großem Parkplatz und mit dem Einkaufswagen vom Regal zum Kofferraum.

Foto: Süddeutscher Verlag

Kaum ein Raum in der Wohnung hat sich so stark verändert wie die Küche von 1952 bis heute



Durch die *ständig verbesserte Ausstattung der privaten Haushalte* mit langlebigen Gebrauchsgütern hat sich der Wert des dort vorhandenen Sachvermögens beträchtlich erhöht: 1970 betrug es 200 Milliarden DM, 1984 bereits 700 Milliarden DM. Der Wert des Geldvermögens privater Haushalte wurde 1984 auf etwa zwei Billionen DM, der Wert des privaten Grundvermögens auf etwa drei Billionen DM geschätzt. Insgesamt verfügten also die privaten Haushalte im Jahr 1984 über ein Vermögen von rund sechs Billionen DM, jeder Haushalt im Schnitt also über etwa 240 000 DM. Dabei muß aber berücksichtigt werden, daß diese Vermögenswerte nicht gleichmäßig auf die verschiedenen Gruppen der Bevölkerung verteilt sind, sondern von den jeweiligen wirtschaftlichen Verhältnissen, in denen die Haushalte leben, abhängig sind. Ferner standen diesen Vermögenswerten Schulden der Haushalte bei Banken, Bausparkassen, Unternehmen und anderen Gläubigern in Höhe von ca. 800 Milliarden DM gegenüber, also etwa 32 000 DM je Haushalt.

Betrachtet man jetzt einmal die Ausstattung der Haushalte mit langlebigen Gebrauchsgütern im einzelnen, dann zeigt sich, daß in den letzten 25 Jahren die höchsten Wachstumsraten nicht beim Auto erzielt wurden, das 1962/63 bei 27 von 100 Haushalten zu finden war, 1988 bei 68 von 100 Haushalten, sondern beim Telefon und bei Tiefkühlschränken und -truhen.

Nur 14% der Haushalte hatten Anfang der 60er Jahre ein Telefon, 1988 waren es 93%. Jeder 33. Haushalt konnte 1962/63 Lebensmittel einfrieren, 1988 hatten 7 von 10

Fast jeder Haushalt
hat ein Telefon

Foto: Bildagentur Schuster / Gerand



Moderne Technik erobert den Haushalt

Haushalten – also weit mehr als jeder zweite Haushalt – einen Tiefkühlschrank oder eine Tiefkühltruhe.

Zur Selbstverständlichkeit geworden ist heute der Fernseher. Waren es im Jahr 1962/63 ein gutes Drittel, mußte 1988 kaum mehr ein Haushalt auf seinen Fernseher verzichten.

Auch bei der eingangs erwähnten Waschmaschine hat sich eine ähnliche Entwicklung vollzogen. Anfang der 60er Jahre wusch nur jeder dritte Haushalt seine Wäsche mit einer Waschmaschine, 1988 stand bei 86% der Haushalte eine derartige Maschine in der Wohnung. Bei den Haushalten, die noch über keine Waschmaschine verfügen, können auch andere Gründe als finanzielle eine Rolle für das Nichtvorhandensein spielen, sei es nun, daß beispielsweise bei Studenten Haushalten die Wäsche zu Hause bei den Eltern gewaschen wird, sei es, daß die Wäsche in die Wäscherei gegeben oder in einer Gemeinschaftsmaschine gewaschen wird.

Moderne Haushaltsgeräte haben in den 80er Jahren im Sturm die bundesdeutschen Haushalte erobert. 1983 hatten knapp 7% der Haushalte Videorecorder und etwa 10 % Wäschetrockner, fünf Jahre später war der Anteil der Haushalte mit Videorecordern bereits auf rund 26% hochgeschossen, rund 17% konnten ihre Wäsche unabhängig von der Witterung trocknen lassen.

Die meisten langlebigen Gebrauchsgüter sind relativ teuer, wobei vor allem bei der Anschaffung eines Autos in der Regel das laufende Einkommen des Haushalts nicht ausreicht, um diesen Kauf finanzieren zu können. Vielmehr müssen oft Ersparnisse aufgelöst oder Kredite aufgenom-

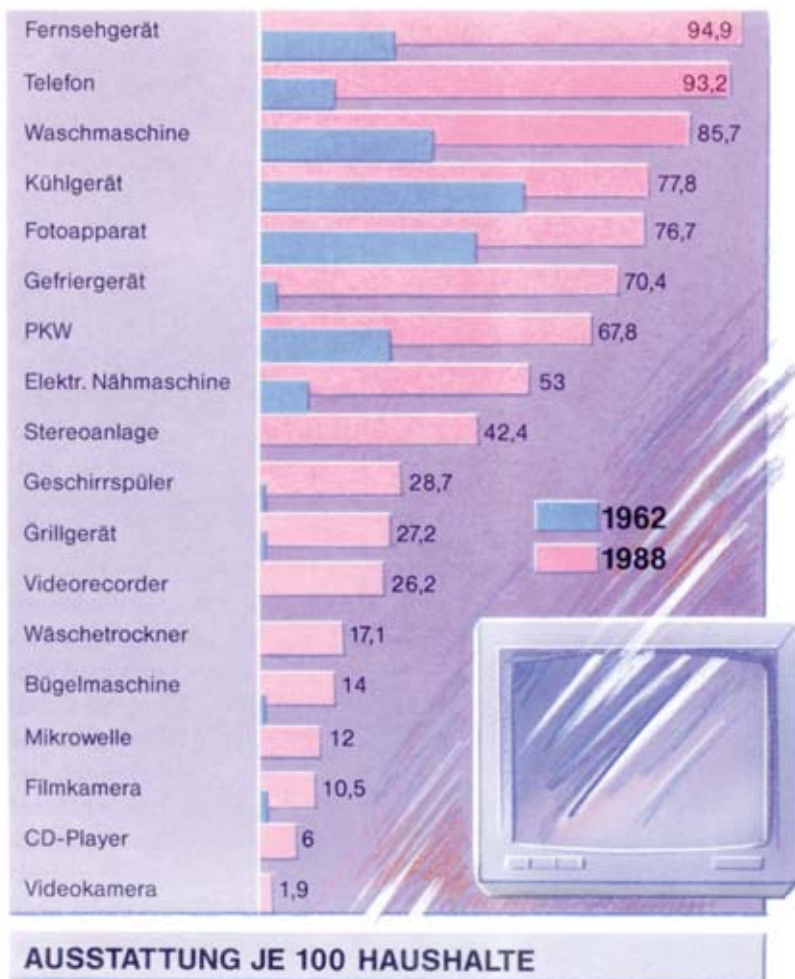
*In den 50er Jahren noch
Handarbeit, heute vollautomatisch*

Foto: Süddeutscher Verlag



Foto: dpa





men werden. Daher ist es nicht verwunderlich, daß Haushalte mit höherem Einkommen in aller Regel besser ausgestattet sind. Besonders deutlich wird dies bei Geräten, deren Besitz noch nicht als selbstverständlich angesehen wird. So besaßen 1988 z.B. von 100 Haushalten mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen unter 1200 DM nur 2 einen CD-Player, 4 einen Wäschetrockner, jeweils 5 eine Geschirrspülmaschine und eine Bügelmaschine, 8 einen Videorecorder und 9 eine Spiegelreflex-Kamera. Von 100 Haushalten mit einem monatlichen Nettoeinkommen von 10000 bis unter 25000 DM verfügten dagegen 19 über einen CD-Player, 55 über einen Wäschetrockner, 84 über eine Geschirrspülmaschine, 52 über einen Videorecorder und 58 über eine Spiegelreflex-Kamera.

Angesichts des engen Zusammenhangs zwischen der Höhe des verfügbaren Einkommens und dem erreichten Ausstattungsniveau können die zum Teil erheblichen Ver-

Kaffeemühle 1955

Foto: AEG - Firmenarchiv





Foto: Ullstein

Moderne Musiktruhe 1960

besserungen bei den Versorgungsgütern als Hinweis auf die gestiegene finanzielle Leistungsfähigkeit der Haushalte in den letzten 25 Jahren angesehen werden. 1962/63 betrug das durchschnittliche monatliche Haushaltsnettoeinkommen 896 DM, 1983 waren es 3 354 DM; es hat sich in diesen 20 Jahren also fast vervierfacht. Hinzu kommt, daß sich im gleichen Zeitraum der Anteil der kleineren Haushalte ständig vergrößert hat, während vor allem der Anteil der Haushalte mit 5 und mehr Personen erheblich gesunken ist. 1962/63 bestanden 19% der Haushalte aus alleinlebenden Personen, 27% aus zwei Personen, knapp 23% aus drei Personen, 17% aus vier Personen und 15% aus fünf und mehr Personen. 1988 machten die alleinlebenden Personen mehr als ein Drittel aller Haushalte aus, Haushalte mit fünf und mehr Personen nur noch 5%. Umgerechnet auf Haushaltsmitglieder ist das Einkommen je Person also noch stärker gestiegen als das Haushaltseinkommen.

Die Veränderungen in der Haushaltsgröße sind insofern für die Ausstattung mit langlebigen Gebrauchsgütern von Bedeutung, als neben der Höhe des verfügbaren Einkommens auch andere Faktoren über die Anschaffung und den Besitz von Gebrauchsgütern entscheiden. Dazu zählt die Zahl der Haushaltsmitglieder. Vor allem bei den Gebrauchsgütern für die Haushaltsführung ist in vielen Fällen der Kauf nur dann ökonomisch wirklich sinnvoll, wenn dem Haushalt mehrere Personen angehören; erst dann können die technischen Möglichkeiten und Kapazitäten des Gerätes optimal genutzt werden. Als Beispiele für solche Geräte seien Geschirrspülmaschinen, Bügelmaschinen und Wäschetrockner genannt. Sie finden sich tatsächlich bei alleinlebenden Personen ganz selten, während sie bei vielen größeren Haushalten schon zur Standardausrüstung gehören. 1988 besaßen nur 5% der Einpersonenhaushalte einen Wäschetrockner, knapp 6% eine Bügelmaschine und knapp 8% eine Geschirrspülmaschine, die entsprechenden Werte für Haushalte mit fünf und mehr Personen lagen dagegen bei 41%, knapp 29% und knapp 63%. Hinzu kommt, daß ein Teil der Einpersonenhaushalte früher einmal aus mehreren Personen bestanden hat, und daß die genannten Geräte in dieser Zeit gekauft wurden, so daß der Unterschied im Ausstattungsgrad noch gravierender ausfallen würde, wenn man Einpersonenhaushalte berücksichtigen würde, die schon immer nur aus einer Person bestanden.

Neben Einkommen und Haushaltsgröße spielt auch das Alter der Haushaltsmitglieder eine Rolle, das statistisch nur am Alter der Bezugsperson (i. d. R. der Hauptverdienende) des Haushalts gemessen wird. Sicherlich überlegen sich ältere Personen wesentlich gründlicher als jüngere, ob die



Foto: Suddeutscher Verlag



Foto: Ullstein

vorhandenen Geräte noch den Anforderungen entsprechen oder durch neuere, moderne ersetzt werden sollen. Für sie dürften auch Fragen der Mode oder des Zeitgeschmacks nur relativ selten die Entscheidung über den Neukauf eines Gebrauchsgutes nachhaltig beeinflussen. Dagegen kann man davon ausgehen, daß häufig aus Unsicherheit gegenüber neuen Techniken auf die Anschaffung eines neu auf den Markt gekommenen Gerätes verzichtet wird. 1988 war z. B. nur in 9 von 100 Haushalten mit einer 65jährigen und älteren Bezugsperson ein Videorecorder zu finden, in 4 von 100 Haushalten ein Mikrowellengerät, während 38 von 100 Haushalten mit einer Bezugsperson zwischen 40 und 45 Jahren über einen Videorecorder verfügten, 20 von 100 über ein Mikrowellengerät.

Der Kauf von neuen Gebrauchsgütern ist vergleichbar mit der Investitionsentscheidung, die ein Unternehmen trifft. Die meisten Güter haben eine verhältnismäßig lange Nutzungsdauer, so daß eine solche »Investition« meistens nur in mehrjährigem Abstand erfolgt. Die nachfolgend aufgeführten Beträge sind deshalb unter diesen Gesichtspunkten zu sehen, daß nicht jeder Haushalt jedes Jahr beispielsweise ein Fernsehgerät kauft, und es sich also um Durchschnittswerte handelt, bei denen die Gesamtsumme der Ausgabenbeträge durch die Anzahl aller beteiligten Haushalte geteilt wird, also auch durch solche, die keine derartige Anschaffung vorgenommen haben.

Der Verbesserung der Ausstattung entspricht die Zunahme der Ausgaben für die Käufe von sogenannten langlebigen Gebrauchsgütern, zu denen neben den elektrotech-

Links: Faszination eines Mediums – die Anfänge des Fernsehens

Rechts: Plattenspieler in einem Nierentisch, kombiniert mit Radio (1955)

Investitionen für den Haushalt

Unterhaltungselektronik heute

Foto: Braun AG



nischen Geräten auch Möbel, Lampen, Gardinen, Teppiche, Öfen und Herde sowie Autos, Fahrräder oder Motorräder gehören. Am besten läßt sich diese Entwicklung am Beispiel eines Vierpersonen-Arbeitnehmerhaushalts mit mittlerem Einkommen darstellen, der im Jahr 1988 im Schnitt 5821 DM für langlebige Gebrauchsgüter ausgab; davon entfielen 3377 DM, also 58%, auf Käufe von Kraftfahrzeugen. Gemessen am verfügbaren Einkommen (49711 DM), das ist der Betrag, der dem Haushalt im Durchschnitt zur Verfügung steht, um damit Essen, Trinken, Wohnen, Urlaub, Versicherungen und alle anderen Ausgaben zu bestreiten und den Rest zu sparen, machten die Käufe von langlebigen Gebrauchsgütern 12% aus. Im Jahr 1952 verfügte kaum einer dieser Vierpersonen-Haushalte über ein Auto oder konnte es während des Jahres kaufen. Vor allem auch aus diesem Grund wurden von ihnen im Jahr 1952 nur ganze 235 DM für langlebige Gebrauchsgüter ausgegeben, das sind nur 4% der vergleichbaren Ausgaben des Jahres 1988. Der Anteil der Ausgaben für die Anschaffung langlebiger Gebrauchsgüter am verfügbaren Einkommen lag damals bei etwa 5%.

Neben der Anschaffung des Autos sind es vor allem Käufe von Möbeln und anderen Einrichtungsgegenständen, die »ins Geld gehen«. Mit 1126 DM im Jahr 1988 gaben diese Haushalte etwa neunmal so viel aus wie zu Beginn der 50er Jahre. Für elektrische Geräte, die im Haushalt Verwendung finden, wurden 1988 rund 900 DM aufgewendet, also – ohne Berücksichtigung der Preissteigerungen – 75mal so viel wie 1951/52. Daran läßt sich erkennen, wie begrenzt die technischen Ausrüstungsmöglichkeiten damals waren. Dagegen wurde für Gardinen und Teppiche, Bettwaren, -wäsche und Haushaltswäsche, Porzellan, Gläser und Steingut, unter Berücksichtigung der Preissteigerungen, kaum mehr ausgegeben als vor 40 Jahren.

Von der Maurerkelle zur Betonpumpe – die Technik mischt mit am Bau

Christoph Dubral

»Schaffe, schaffe, Häusle baue« – dieser Vers beschreibt nicht nur eine Tätigkeit der Schwaben. Der Hausbau ist mehr als eine »Schwäbische Spezialität«:

Es wird in der ganzen Bundesrepublik Deutschland gebaut. Man unterscheidet Hoch- und Tiefbau: Ein Teil des Hochbaus sind die erwähnten »Häusle«. Dazu gehören aber auch noch andere Wohngebäude, vom Dreifamilienhaus bis zum 18 oder mehr Stockwerke hohen »Wohnsilo«. Auch Fabrikgebäude, Bürohäuser, Bauernhöfe, Krankenhäuser, Fernsehtürme, Sporthallen, Schulen und Supermärkte gehören in diese Kategorie; kurz: auch alles, was als Gebäude nicht vorrangig dem Wohnen dient. Zum Tiefbau zählt der Straßenbau, Brückenbau, Kanalisationsbau, also alles, was unter der Erdoberfläche liegt.

Schon diese Aufzählung zeigt, daß der Bau – Hoch- und Tiefbau – in den letzten vier Jahrzehnten zu einem nicht unerheblichen Teil Voraussetzung für wirtschaftliche Leistungen war. Gebaut wurde und wird in der Bundesrepublik Deutschland – sieht man von der Eigenleistung der Bauher-



*Trümmerfrauen –
Beginn des Wiederaufbaus*

Foto: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung

*Römerberg und Paulskirche
in Frankfurt nach der
Zerstörung . . .*

Foto: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung



ren bei ihrem Eigenheim einmal ab – vom Baugewerbe, das sich aus dem Bauhauptgewerbe und dem Ausbaugewerbe zusammensetzt. Während das Bauhauptgewerbe überwiegend Hoch- und Tiefbauten bis zum Rohbau erstellt, ist das Ausbaugewerbe mit der weiteren Fertigstellung der Bauten bis zur »Gebrauchsfähigkeit« beschäftigt. Das Ausbaugewerbe umfaßt Klempnerei, Gas- und Wasserinstallation, Installation von Heizungs-, Lüftungs- und Klimaanlage, Elektroinstallation, Maler- und Lackiererarbeiten und ähnliche Tätigkeiten.

Bis in die 70er Jahre war die Bauwirtschaft mit all ihren Zweigen eine Wachstumsbranche, die ihre Impulse aus dem Wiederaufbau, dem Wirtschaftsaufschwung und dem Wohnungsbedarf der wachsenden Bevölkerung bezog. Neben dem Wohnungsbau, der immerhin fast die Hälfte des gesamten Bauvolumens ausmacht, trugen zu diesem Wachstum natürlich auch der Bau von Büro- und Fabrikgebäuden und der Bau für die öffentliche Hand, vor allem der Straßenbau, bei.

Ab etwa Mitte der 70er Jahre bis in die jüngste Vergangenheit war die Wohnungspolitik durch eine starke Hinwendungen zu qualitativen Zielsetzungen geprägt, d. h. die



... und so sieht es heute aus

Foto: dpa

Aufmerksamkeit wandte sich immer mehr der Erhaltung und Erneuerung der Städte zu, die Modernisierung des Wohnungsbestandes wurde ebenso wichtig wie die Neubautätigkeit. Das führte im Laufe der Zeit zu einer zunehmenden Bedeutung des Ausbaugewerbes. Zu Beginn der 80er Jahre erlebte die Baubranche dann einen ausgeprägten Abschwung, weil vor allem im Wohnungsbau fast kein Bedarf mehr an Wohnungsneubauten gegeben schien; im Gegenteil: Wohnungen standen leer. Dieser Abschwung zeigte sich unter anderem in der hohen Zahl von Bauunternehmen, die schließen mußten: Immer mehr waren es seit 1980; bis 1985 meldeten über 3000 Bauunternehmen Konkurs an. Damit blieben 1985 15000 Bauunternehmen mit rund 950000 Beschäftigten übrig.

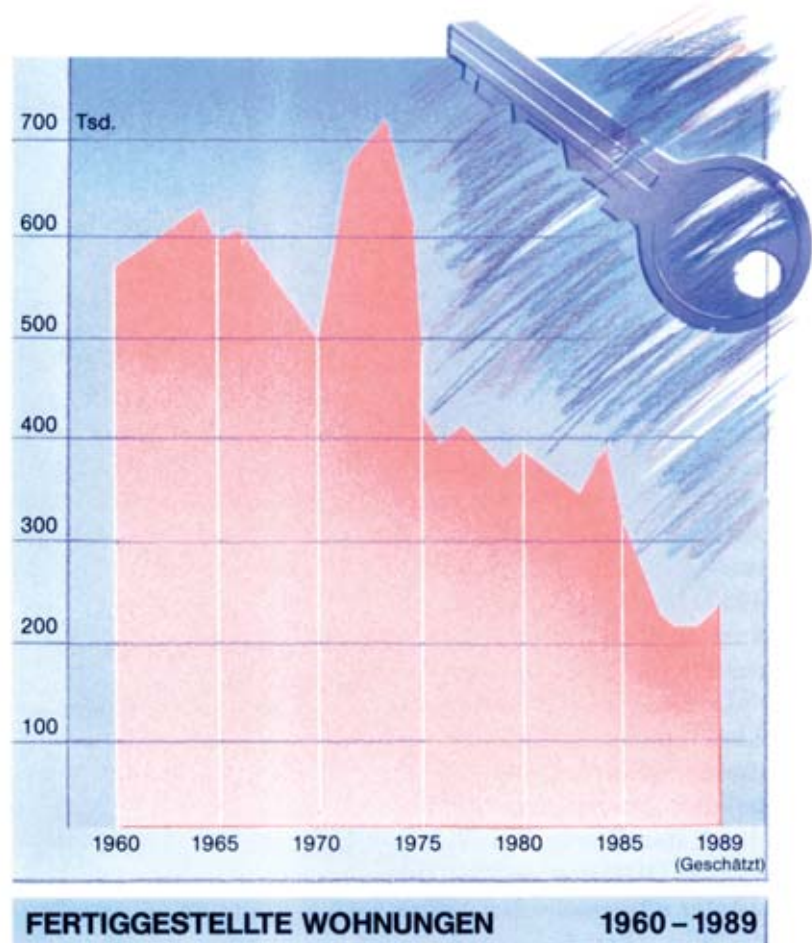
In den letzten Jahren hat sich aufgrund der veränderten Lage am Wohnungsmarkt und durch die günstige allgemeine konjunkturelle Lage die Situation des Baugewerbes wieder grundlegend gewandelt. Unter anderem bedingt durch den Zuzug von über 200000 Aus- und Übersiedlern aus der DDR und anderen osteuropäischen Ländern hat sich wieder eine große Nachfrage nach Wohnungen entwickelt, die in vielen Ballungsgebieten auch schon die Dimension

Modernste Technik am Bau

von Wohnungsnot angenommen hat. Gleichzeitig ist durch die gute Konjunktur und die Umstrukturierung der Wirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland z.B. die Nachfrage nach Büroraum in den Ballungsgebieten immens gestiegen.

Aufgrund des vorausgegangenen Abschwungs, der zu einer geringeren Kapazität – weniger Unternehmen, weniger Beschäftigte – des Baugewerbes führte, können jetzt nicht mehr alle Bauaufträge in akzeptabler Zeit erfüllt werden, weil am Bau insbesondere Arbeitskräftemangel herrscht.

Angesichts einer relativ hohen Zahl von Arbeitslosen erscheint das zwar nicht unmittelbar einsichtig, aber es ist zu bedenken, daß sich im Baugewerbe die Technisierung in den vergangenen 40 Jahren in riesengroßen Schritten vollzogen hat. Das bedeutet: Die mit den teilweise hochkomplizierten Baugeräten arbeitenden Menschen benötigen eine spezielle Ausbildung. Und genau an diesen ausgebildeten Fachkräften fehlt es. Der Anteil von Fachwerkern und Wer-





kern, die früher als »Angelernte« und »Ungelernte« bezeichnet wurden, hat sich im Bauhauptgewerbe seit 1965 von 33% aller Beschäftigten auf 16% verringert. Gleichzeitig ist der Anteil der Facharbeiter von 52% auf 59% gestiegen. Hinzu kommt, daß die Bauwirtschaft seit langer Zeit Nachwuchssorgen hat; die Arbeit auf dem Bau ist für junge Leute offensichtlich nicht sehr attraktiv.

Die erwähnte Technisierung der Baubranche läßt sich deutlich am Einsatz von Baugeräten und der Veränderung der Bauweise zeigen. Zwei Faktoren sind dabei wichtig: Zum einen wird seit Jahren bei dem herkömmlichen, häufig sehr arbeitsintensiven Bauverfahren die menschliche Arbeitskraft auf der Baustelle teilweise durch den Einsatz von Baugeräten ersetzt. Das bringt zwar für den einzelnen meist eine Erleichterung bei der körperlichen Schwerarbeit mit sich, vernichtet damit aber die Arbeitsplätze bestimmter Berufswege. Zum anderen können bestimmte neuartige oder besonders große Bauvorhaben oft ohne spezielle Techniken gar nicht durchgeführt werden.

Typisch für die Arbeitsweise am Bau ist, daß Baustoffe, Arbeitskräfte und Maschinen an immer wieder wechselnden Einsatzstellen/Baustellen, zusammengebracht werden müssen. Um die Kosten dafür möglichst gering zu halten, wurden die Arbeitsabläufe am Bau immer mehr rationalisiert. Heute wird wesentlich weniger als früher auf der Baustelle selbst erstellt, dafür werden zunehmend vorgefertigte Bauteile, ganze Gebäudeteile, genormte Bauelemente und standardisierte Baustoffe verwendet. Dazu sind dann technisch hochentwickelte Transport- und Montagegeräte erfor-

Links : Neue Wohnviertel in den 60er und 70er Jahren - Hochhaussiedlungen am Rande der Großstädte

Rechts : Die Zukunft der Architektur hat schon begonnen - wie hier in Frankfurt

Fotos: dpa



Zweckmäßig und für viele noch finanzierbar: das Wohnen im Reihenhaushaus

Foto: dpa



Die teure Alternative: Ökohaushaus mit begrüntem Dach

Foto: dpa

derlich, wie spezielle Lastkraftwagen, Mobilkrane, Turmdrehkrane u.a. Auf der Baustelle selbst werden rationelle neue Verfahren eingesetzt, so z.B. Gleitschalungen beim Bau von Hochhäusern – das »Gerüst« wächst sozusagen mit dem Haus in die Höhe – oder Straßenfertiger im Tiefbau – eine Maschine »baut« die ganze Straße, vom Schotterbett bis zur Asphaltdecke in einem Arbeitsgang.

Außerdem kam es nicht nur bei den bekannten Bauverfahren zum verstärkten Einsatz von Maschinen, sondern teilweise ermöglichen erst spezielle Maschinen die Durchführung neuer oder besonders großer Bauvorhaben. Beispiele dafür sind Erd- und Felsarbeiten im Tunnel- und Talsperrenbau oder neue Konstruktionstechniken für den Bau besonders weit gespannter Brücken. So wären z.B. Ende der 50er Anfang der 60er Jahre manche U-Bahn-Bauten aus den späten 70er Jahren gar nicht durchführbar gewesen.

Insbesondere im Tiefbau wurde durch den Einsatz starker und leistungsfähigerer Maschinen eine besondere Rationalisierung der Arbeitsabläufe erreicht. Durch die zunehmende Verwendung schwerer Baumaschinen wie Bagger, Lader, Planiertrappen ist die Arbeitsabwicklung heute wesentlich effizienter als früher. Im Hochbau war der technische Fortschritt im Vergleich dazu wesentlich weniger ausgeprägt. Die Möglichkeiten zur Rationalisierung wurde hier durch den schrittweisen Einsatz verschiedener, aber relativ einfacher Baumaschinen (z.B. Aufzüge, Winden, Betonmischer, leichte LKWs) schon relativ früh genutzt.

Deutlich wird diese Rationalisierung durch folgende Zahlen: 1950 gab es im Bauhauptgewerbe z.B. 13 LKWs und 47 Betonmischer je 1000 Arbeiter, 1988 waren es 100 LKWs und 125 Betonmischer je 1000 Arbeiter. 1950 gab es noch gar keine Betonpumpen, 1988 waren es zwei je 1000 Arbeiter.

Vom Naturschutz zum Umweltschutz – der bewußte Umgang mit unserer Umwelt

Wolfgang Bayer

Sonntagsspaziergang im Wald – Abwasser einer Fabrik – Autobahnbau – rauchende Schlote – Surfen – Düngen der Felder – wir leben in, mit und von der Umwelt, wir nutzen sie, wir brauchen sie, wir gebrauchen sie, wir verbrauchen sie.

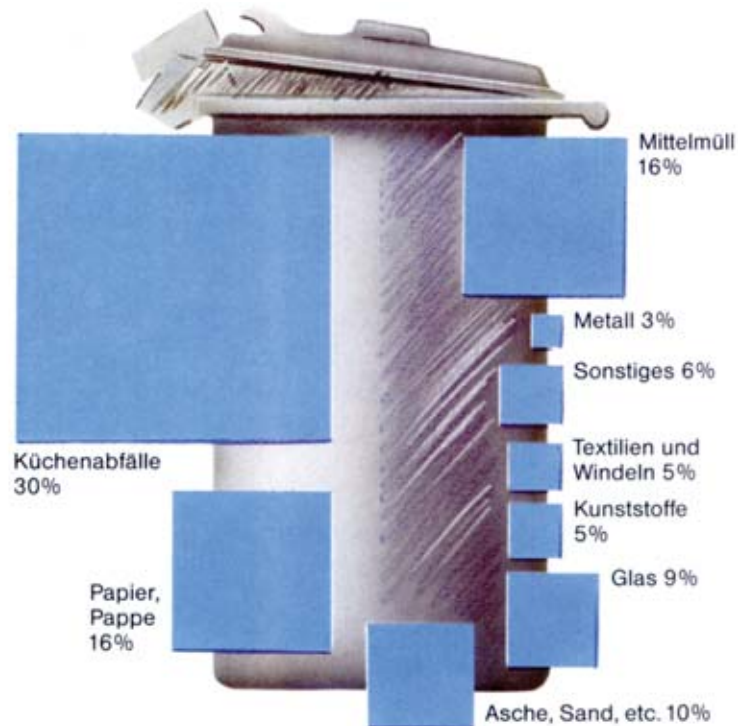
Biotope – TA Luft – Naturschutzgebiete – Recycling – Aufforstung – Lärmschutzwälle – wir brauchen die Umwelt und versuchen mehr und mehr dem Rechnung zu tragen, indem wir bewußt mit der Umwelt umgehen. Umweltschutz geht daher von der Grundvoraussetzung aus: Umweltbedingungen prägen weitgehend die Lebensverhältnisse der Bevölkerung.

In den 50er und 60er Jahren verschlechterte sich der Zustand der Umwelt in vielen hochentwickelten und dicht besiedelten Industrieländern, so auch in der Bundesrepublik Deutschland. Schon früh versuchte der Gesetzgeber durch entsprechende Rechtsvorschriften, Beeinträchtigungen für den Menschen zu reduzieren. Das – aus heutiger Sicht – erste »Umweltschutz«-gesetz in der Bundesrepublik Deutschland wurde am 17. August 1959 vorgelegt. Mit dem Gesetz wurde die Gewerbeordnung geändert. Ziel war es,



*Allein an Hausmüll fallen
auf jeden Bundesbürger pro Jahr
374 Kilogramm*

Foto: dpa



ZUSAMMENSETZUNG DES HAUSMÜLLS

Belästigungen, Gefahren und Nachteile für die Bevölkerung durch Rauch, Staub, Ruß, Dämpfe und Geräusche zu verringern. Die Änderung der Gewerbeordnung verpflichtete jedes Unternehmen, auf seinem Gelände amtliche Messungen zuzulassen; dies gilt auch heute noch. Ergibt sich dabei, daß gefährliche Verunreinigungen der Luft gemessen werden, so müssen Vorkehrmaßnahmen – wie der Einbau von Filtern oder schallschluckenden Isolierungen – veranlaßt werden, soweit sie nach dem Stand der Technik erfüllbar und wirtschaftlich zumutbar sind.

Dennoch wurde der *Umweltschutz* erst in der Regierungserklärung von 1969 zu einer Schwerpunktaufgabe. Noch in der gleichen Legislaturperiode, im Oktober 1971, wurde das Umweltprogramm der damaligen Bundesregierung verabschiedet. Es sah als Hauptziel eine längerfristige Umweltplanung vor. Eine solche Zielsetzung verlangt möglichst aktuelle und vollständige Informationen über die Umweltsituation und ihre Veränderungen. Neben der laufenden Beobachtung dienen diese Informationen der Vorbereitung umweltpolitischer Maßnahmen und Entscheidungen sowie der Kontrolle der Auswirkungen von früher getroffenen Maßnahmen.

Der subjektive Eindruck von den oft »beeindruckenden« Müllbergen, die die Landschaft verschandeln, sieht in Zahlen so aus: Seit 1980 ist die Menge des im Rahmen der öffentlichen Müllabfuhr eingesammelten *Hausmülls*, der hausmüllähnlichen Gewerbeabfälle und des Sperrmülls vor allem wegen der zunehmend getrennten Sammlung von Wertstoffen wie Glas und Papier leicht rückläufig; sie liegt derzeit bei rund 30 Millionen t; das entspricht etwa 15% der »bundesdeutschen Abfallmenge«. Jeder von uns produziert also im Jahr durchschnittlich 374 kg Hausmüll, täglich damit mehr als 1 kg. Im internationalen Vergleich mit den westlichen Industrienationen belegt die Bundesrepublik Deutschland als »Hausmüllproduzent« einen Mittelplatz (USA: 744 kg, Österreich: 216 kg). Hausmüll setzt sich aus unterschiedlichen Einzelabfällen zusammen (z. B. Küchenabfälle, Papier, Pappe, Glas); regional schwanken diese Anteile jedoch, da sie von verschiedenen Faktoren wie Einkaufs- und Verbrauchsgewohnheiten der Haushalte, den Wohnverhältnissen, aber auch vom System der Müllabfuhr, d. h. dem Grad der Getrenntsammlung, abhängen.

Die Bundesrepublik Deutschland ist – verglichen mit vielen anderen Staaten der Welt – ein verhältnismäßig wasserreiches Land. Das *Wasserdargebot* beträgt im langjährigen Mittel 161 Milliarden m³ jährlich; davon werden derzeit etwa 42 Milliarden m³ verwendet: Der größte Teil (26 Milliarden m³) wird von Wärmekraftwerken beansprucht. Etwa 11 Milliarden m³ brauchen das Verarbeitende Gewerbe und der Bergbau. Auf die öffentliche Wasserversorgung entfallen rund 5 Milliarden m³. Davon werden ca. 3,5 Milliarden m³ an Verbraucher, d. h. an Haushalte und Kleingewerbe (75%) sowie an Industrie und öffentliche Einrichtungen (25%), ab-

Die Mülltonne
läuft über

Wasser –
kostbares Gut



Vorklärbecken im Klärwerk
Sindlingen

Foto: dpa

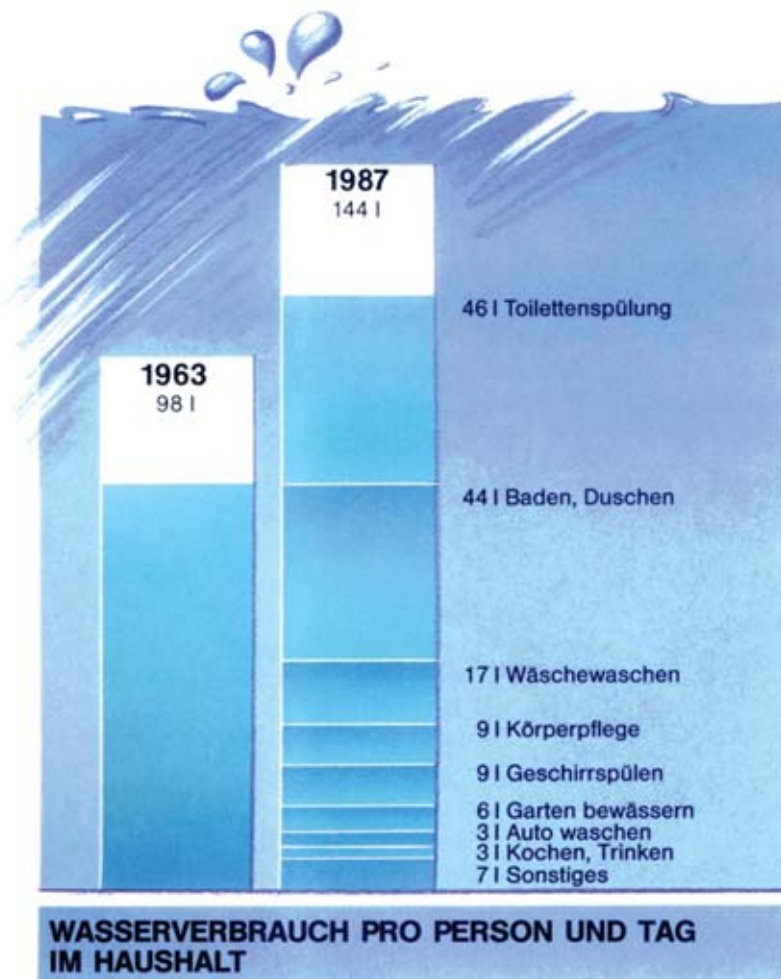


*Algenschaumteppich
an der Nordseeküste*

Foto: dpa

gegeben. Der Wasserverbrauch pro Kopf und Tag ist seit Beginn der 80er Jahre mit ca. 144 Litern in etwa konstant geblieben.

In der Bundesrepublik Deutschland fallen jährlich fast 42 Milliarden m^3 Abwasser an. Der größte Teil (über 25 Milliarden m^3) stammt aus den Kühlsystemen der Wärmekraftwerke und fließt in aller Regel ohne weitere Behandlung in die Flüsse. In den öffentlichen Kläranlagen werden über 8 Milliarden m^3 Abwasser behandelt. Hiervon stammen über 41 % aus häuslichen und 16 % aus gewerblich-industriellen Abwässern. Die übrigen Anteile sind Regenabflüsse, Grundwasser, Badewasser und sonstige Fremdwasser, die über öffentliche Kläranlagen in die Gewässer eingeleitet werden. In den Betrieben des Verarbeitenden Gewerbes und des Bergbaus fallen 8,1 Milliarden m^3 Abwasser an. Rund 2,3 Milliarden m^3 Abwasser werden in betriebseigene Behandlungsanlagen eingeleitet. Etwa 43 % dieser Menge wird mechanisch, 8 % biologisch und 18 % biologisch mit

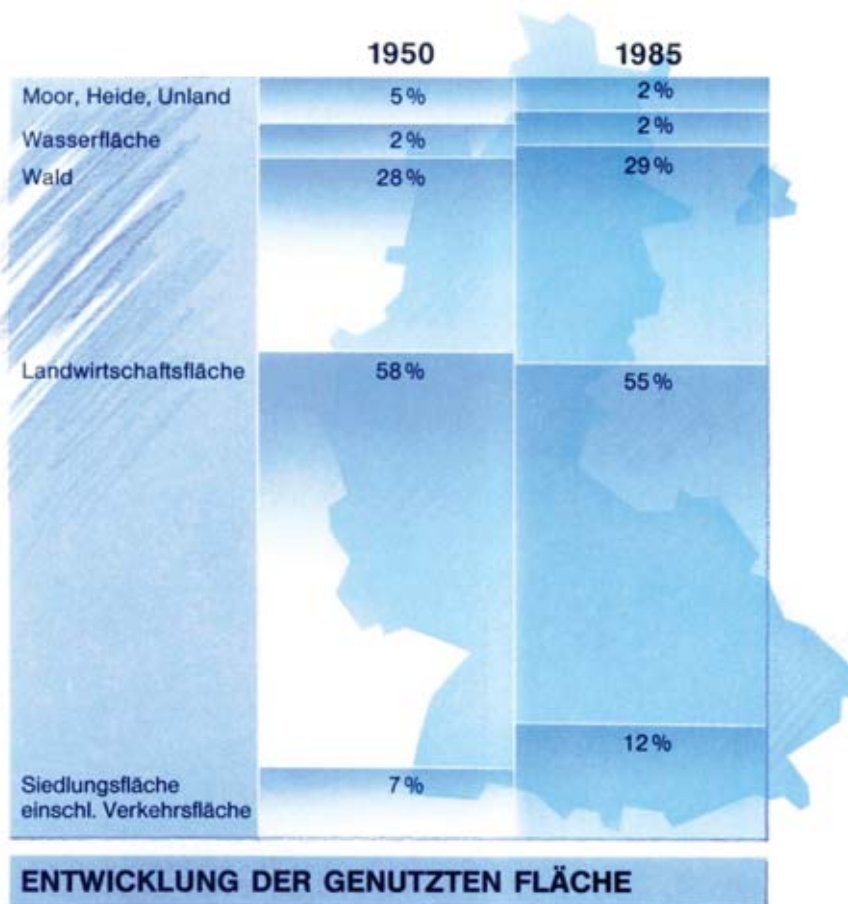


weitergehender Abwasserbehandlung sowie 31% chemisch oder chemisch-physikalisch behandelt in Vorfluter abgeleitet.

Unberührte Natur gibt es in der Bundesrepublik Deutschland allenfalls noch in den Naturschutzgebieten. Dies bedeutet jedoch nicht, daß die Fläche der Bundesrepublik Deutschland im übrigen von Asphalt und Gebäuden bedeckt ist. Die sogenannte Siedlungsfläche – das sind Flächen mit Häusern, Gebäuden, Fabriken, Gärten, Höfen, Sport- und Spielanlagen, Parks, Straßen, Schienen und Wegen – beträgt nur 12% der 248 000 qkm Gesamtfläche unseres Landes. Mehr als doppelt so groß, knapp 30%, ist die Waldfläche. Der weitaus größte Teil – 55% – wird von den Landwirten bearbeitet und besteht aus Feldern, Wiesen und Äckern. Kultivierte Natur gibt es also noch reichlich in der Bundesrepublik Deutschland.

Der Anteil der Siedlungsfläche mit 12% erscheint im Bundesdurchschnitt relativ gering. Zum einen bestehen jedoch

Über die Hälfte
der Fläche
unter dem Pflug



Luftverschmutzung

starke regionale Unterschiede im Siedlungsflächenanteil. Spitzenwerte bis über 70% des jeweiligen Gemeindegebietes erzielt die Siedlungs- und Verkehrsfläche, welche sich breitflächig von Braunschweig über Hannover, Bielefeld, die Ballungsräume von Rhein und Ruhr sowie Rhein-Main-Neckar und Stuttgart zieht. Regional höhere Konzentrationen der Siedlungsfläche finden sich auch in den Ballungsräumen Hamburg, Bremen, Saarland, Nürnberg und München. Zum anderen zerschneiden Verkehrslinien die verbliebenen zusammenhängenden Freiräume. In den genannten Ballungszentren konzentrieren sich die mit Leben, Wohnen und Arbeiten in Zusammenhang stehenden Umweltbelastungen, wie die Schadstoffbelastungen von Boden, Wasser und Luft.

Die Überwachung der *Luftverunreinigungen* ist Aufgabe der Bundesländer. Das Bundes-Immissionsschutzgesetz schreibt für die Belastungsgebiete die Feststellung des Standes und der Entwicklung von Luftverunreinigungen vor. Dies geschieht durch ein System von Luftmeßnetzen. Über diese Messungen hinaus betreiben einige Länder Meßstationen, ohne Belastungsgebiete ausgewiesen zu haben, sowie Stationen außerhalb von Belastungsgebieten. Die Netze wurden etwa in der Mitte der 70er Jahre eingerichtet und sind zum Teil aus früher bestehenden Netzen hervorge-

*Durch umweltfreundlichere
Produktionsverfahren hat sich
gegenüber den 60er Jahren der
Schadstoffausstoß insgesamt
verringert*

Foto: Bildagentur Schuster / Sommer



gangen. Die ausgewerteten Daten werden von den Behörden in Form von Monats- oder Jahresberichten veröffentlicht. Die seit Jahrzehnten am häufigsten überwachte Luftverunreinigung ist das Schwefeldioxid (SO_2). Rund 60% des emittierten SO_2 stammt von Kraftwerken, 20% aus Betrieben des Verarbeitenden Gewerbes und des Bergbaus. Stickoxide (NO_x) werden überwiegend als Stickstoffmonoxid (NO) emittiert und in der Atmosphäre je nach Wetterbedingungen und Ausmaß der Luftverunreinigung innerhalb von Minuten bzw. Stunden zu Stickstoffdioxid (NO_2) oxidiert. Kraftfahrzeugverkehr (über 60%) und Kraftwerke (25%) sind die wichtigsten Verursacher. Dreiviertel aller Kohlenmonoxid-Emissionen (CO) stammen aus dem Verkehrsbereich. Die privaten Haushalte erreichen immerhin rund 10%. Die in den Meßnetzen in ländlichen Gebieten gemessenen Schwebstaubkonzentrationen sind weitgehend natürlichen Ursprungs, wobei hierzu auch die - allerdings nur teilweise natürliche - Bodenerosion gehört. Die Schwebstaubkonzentrationen sind in den Ballungsräumen höher als in den ländlichen Gebieten, da dort die Emission von Staub zum natürlichen Anteil hinzutritt. Ein Drittel der Staubemissionen stammt aus Kraftwerken, Industrie und Verkehr.

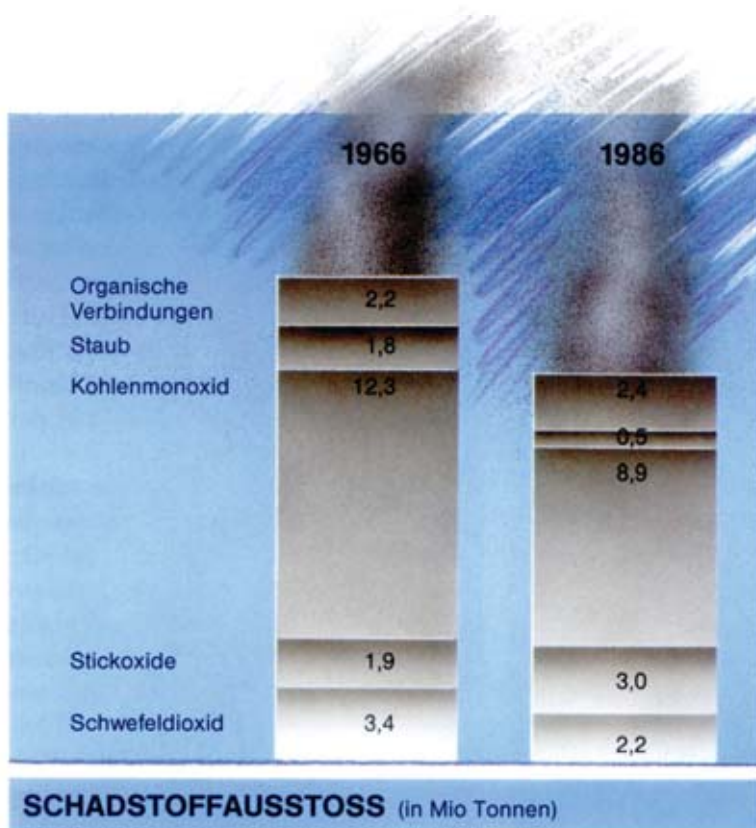




Foto: dpa

Waldsterben?

Seit Ende der 70er Jahre, insbesondere aber seit 1981, werden in der Bundesrepublik Deutschland großflächige *Waldschäden* beobachtet, die sich nicht in das Bild früherer Schäden einordnen lassen. Alle Indizien sprechen dafür, daß Luftverunreinigungen eine wesentliche Ursache dieser Schäden sind. Hinzu kommen natürliche Belastungen wie Schädlingsbefall, Wind- und Schneebruch, Trockenheit sowie Wildverbiß. Im Rahmen einer zwischen dem Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten und den Forstverwaltungen der Länder getroffenen Vereinbarung werden seit 1983 jährlich flächendeckende Erhebungen von Waldschäden durchgeführt. Seit 1984 wenden alle Länder ein einheitliches Stichprobenverfahren an. Der Gesundheitszustand des Waldes wird am Umfang des Nadel- bzw. Blattverlustes und am Ausmaß der Vergilbung der Nadel- bzw. Blattmasse der Bäume beurteilt.

Ökologie und Ökonomie

Wirtschaftliche Aktivitäten, insbesondere die industrielle Güterproduktion, Landwirtschaft und Verkehr wirken in vielfältiger Weise auf die Umwelt ein. Legt man bei der Betrachtung eine vereinfachte Darstellung der Verflechtungen zwischen Produkten und Konsum auf der einen und der natürlichen Umwelt auf der anderen Seite zugrunde, so ist der Mensch Bestandteil der Natur und damit von einer natürlichen Umwelt umgeben. Er nimmt Elemente dieser Umwelt für und durch seinen Konsum über vorgelagerte Produktionsstufen in Anspruch. Dabei nutzt er das natürliche Angebot von Luft, Boden und Wasser aus. Mit der Verwer-



Foto: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung

tung dieser Angebote schafft er allerdings auch zunehmende Umweltbelastungen, die zu möglichen Beeinträchtigungen der Lebewesen Mensch, Tier, Pflanze und Mikroorganismus führen können.

In früheren Zeiten war der Mensch integrierter Bestandteil der Ökosysteme. Entnahmen aus und Abgaben an die natürliche Umwelt wurden von dieser weitgehend kompensiert oder zumindest ohne schädliche Folgen für den Menschen absorbiert. Der Stoffkreislauf Entnahme-Verarbeitung-Konsum-Abgabe war mehr oder weniger geschlossen. Durch die zunehmende Zahl von Menschen, steigenden spezifischen Güterbedarf, erhöhte räumliche Konzentration und Mobilität sind die Ansprüche des Menschen an seine natürliche Umwelt gestiegen. Der technische Fortschritt verlangte eine Steigerung der Entnahmen. Dadurch wurden die Ökosysteme häufig quantitativ überfordert, weil die Entnahmen teilweise schneller erfolgten als die Regeneration möglich war.

Diese Wechselbeziehungen wurden über lange Zeit hinweg kaum beachtet. Durch die Verstärkung der menschlichen Eingriffe in diesen Tauschprozeß sind vielfältige Auswirkungen bis hin zu qualitativen Umbrüchen erkennbar, berechenbar und bedeutungsvoll geworden.

Die öffentliche Diskussion um den *Umweltschutz* wird häufig nur anhand mehr oder weniger spektakulärer Einzelfälle geführt. Neuerdings werden aber Überlegungen angestellt, inwieweit der wirtschaftende Mensch Grenzen erken-

Nach Zwischenlagerung auf Autosammelplätzen werden ein Großteil der in Schrottfahrzeugen enthaltenen Rohstoffe wiederverwendet

Links: 1988 war jeder zweite Baum in der Bundesrepublik Deutschland geschädigt

nen und respektieren muß, die sich unter anderem aus den Möglichkeiten der Umwelt zur Selbstregeneration ergeben.

Die Umwelt ist Grundlage der menschlichen Existenz schlechthin und seiner wirtschaftenden Tätigkeit. Auch dann, wenn der Mensch die Natur weder positiv noch negativ beeinflussen würde, wäre der Zustand der Umwelt für ihn von nicht zu unterschätzender Bedeutung. Umweltveränderungen, die spontan eintreten, wie kurzfristige Großwetterlagen mit Auswirkungen auf Ernten, Vulkanausbrüche, aber auch langfristige Entwicklungen der Lebensbedingungen, wie Klimaschwankungen, müssen intensiver beobachtet und in ihrem Zusammenhang mit dem Wirtschaftsgeschehen dargestellt werden.

Erst recht gilt dies, wenn die Quellen der Umweltveränderungen außerhalb des Bundesgebietes liegen und Konsequenz aus ungewollten Importen über Luft und Wasser sind.

Von der Kohle zur Kern- energie – auf der Suche nach alternativen Energieträgern

Wolfgang Bayer



*Vom jährlichen Stromverbrauch
in der Bundesrepublik können
450 Millionen Glühlampen
à 100 Watt ein Jahr lang brennen*

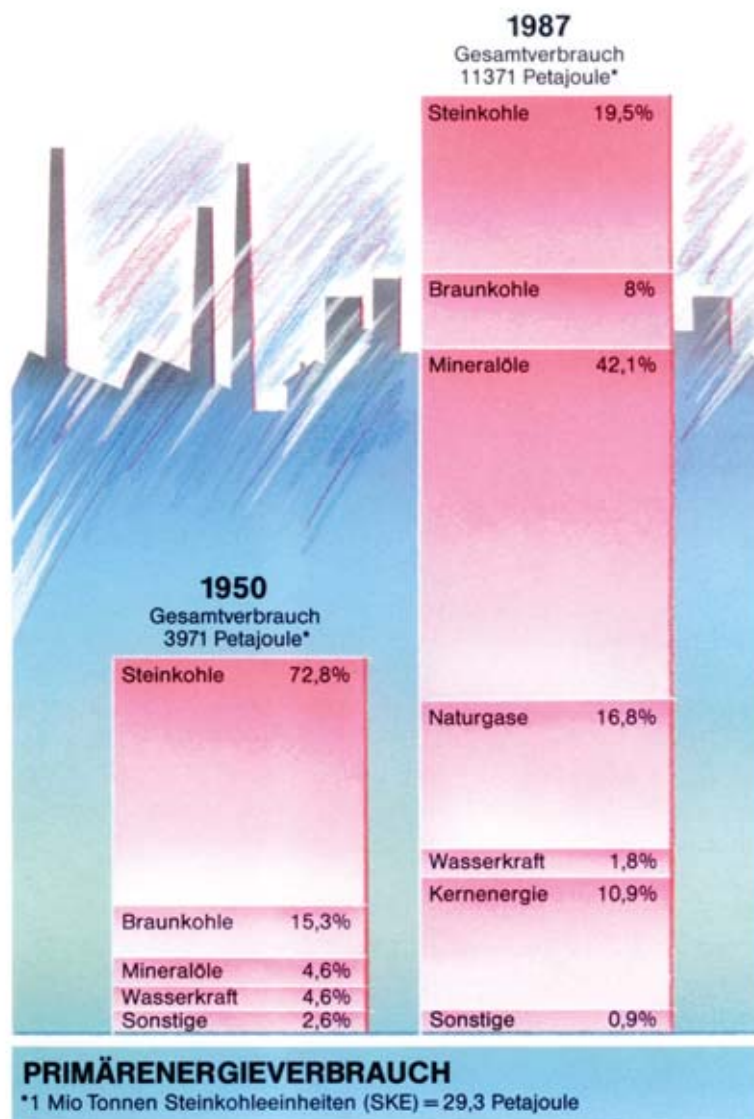
Foto: dpa

»Wo kommt der Strom her?« – »Aus der Steckdose.« Diese alte »Binsenweisheit« macht an der Zimmerwand halt. Sie zeigt aber, wie selbstverständlich uns die Nutzung des elektrischen Stroms geworden ist; sie ist es heute in allen Bereichen unseres täglichen Lebens.

Die Gewinnung der Energiestoffe, ihre Aufbereitung, ihr Transport, die Umwandlung in Endenergie für den Verbrauch und die Vermarktung der Endenergie obliegen der Energiewirtschaft. Sie stellt die Versorgung einer Volkswirtschaft mit Energie sicher. Der Energieverbrauch wird aus sogenannter Primärenergie gedeckt, die in der Natur vorkommt bzw. durch technisches Know-how vom Menschen nutzbar gemacht wird. Grundlage unserer Energieversorgung bilden nach wie vor die fossilen Primärenergieträger Erdöl, Kohle und Erdgas. Als nicht fossiler Brennstoff hat Uran in den letzten Jahren zunehmend an Bedeutung gewonnen. Technisch noch nicht realisierbar ist die Kernfusion. Zur dritten Kategorie der Primärenergieträger zählen die regenerativen oder unerschöpflichen Energieträger, wie Wind, Sonne, Wasserkraft, Gezeitenenergie, Wellenenergie, Meereswärme und geothermische Energie.

Aus Primärenergie wird durch Umwandlung Sekundärenergie (z.B. Benzin, Dieselöl, Koks, Gas, Strom, Fernwärme) gewonnen, die zum Verbraucher übertragen wird. Die tatsächlich genutzte Energie wird als Nutzungsenergie bezeichnet und wird beim Verbraucher meist durch nochmalige Umwandlung von Sekundärenergie gewonnen. Bei jeder Umwandlung entstehen unvermeidliche Umwandlungsverluste, die in hoch entwickelten Volkswirtschaften mit ihren verzweigten Energiegewinnungs-, Umwandlungs-, Verteilungs- und Verbrauchsstrukturen rund 40% des gesamten Primärenergieeinsatzes ausmachen.

Der Primärenergieverbrauch in der Bundesrepublik Deutschland stieg von 3971 Petajoule (PJ) 1950 zunächst



kontinuierlich pro Jahr um durchschnittlich 3%, ab 1966 bis 1973 durchschnittlich um 5% an. Danach war bis 1979 mit einer jährlichen Zuwachsrate von rund 1,3% ein geringerer Anstieg zu verzeichnen. Während von 1979 bis 1982 der Gesamtverbrauch jährlich um 4% zurückging, nahm er dann bis 1987 wieder durchschnittlich um 1,7% pro Jahr zu. Damit erreichte der Energieverbrauch 1987 11371 PJ, also nahezu das Dreifache gegenüber 1950.

Während das Mineralöl seinen Anteil am Primärenergieverbrauch seit Beginn der 60er Jahre auf über 50% steigern und bis Ende der 70er Jahre halten konnte, waren es 1987 nur noch 42%. Die Naturgase konnten ihren Verbrauchsanteil von 1,5% 1966 auf über 15% 1987 erhöhen. Der Anteil der Steinkohle am Primärenergieverbrauch verringerte sich zwischen 1966 und 1978 von 38% auf knapp 18%, stieg dann aber bis 1987 wieder auf knapp 20%. Mit geringfügigen Schwankungen trug die Braunkohle in diesem Zeitraum etwa 8% zur Deckung des Primärenergieverbrauchs bei. Die *Kernenergie* erreichte bis 1987 einen Verbrauchsanteil von fast 11%. Die *sonstigen Energieträger* spielten mit konstan-

Knapp ein Fünftel unserer Elektrizität wird in Braunkohlekraftwerken erzeugt – wie hier in einem Braunkohlekraftwerk bei Aachen

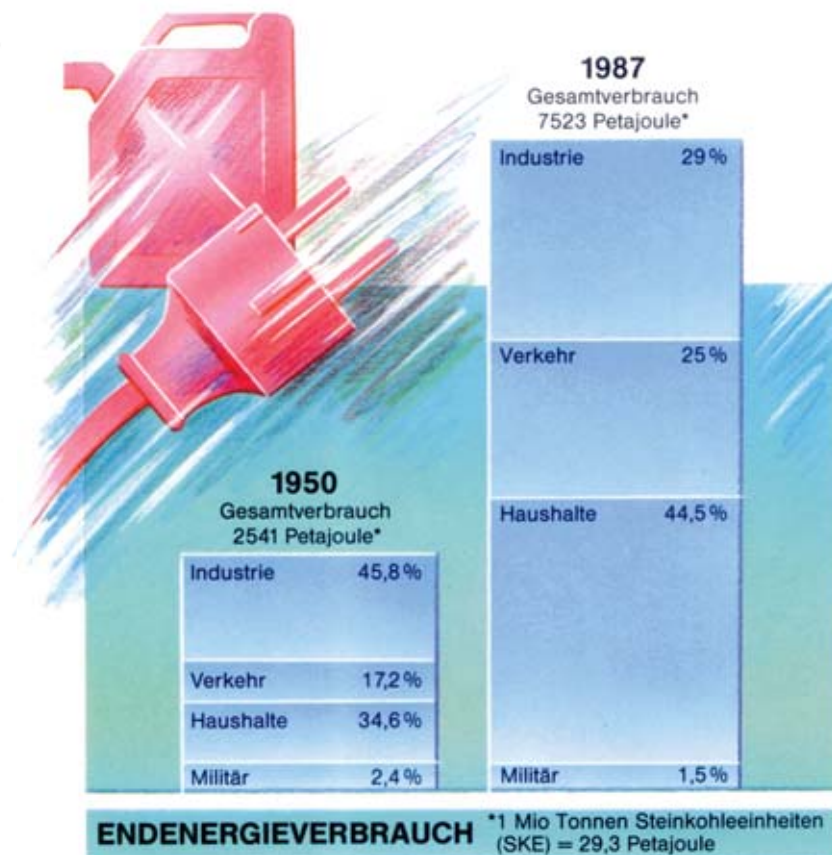
Foto: dpa



Die wichtigsten Energieverbraucher

ten 3% nur eine geringe Rolle. Der Beitrag anderer *regenerativer Energiequellen* außer der Wasserkraft ist heute noch sehr klein.

Industrie, Verkehr sowie Haushalte und Kleinverbraucher sind die drei großen Verwendungsbereiche für Energie. Ihre Rangfolge hat sich zwischen 1950 und heute geändert. Verbrauchte 1950 die *Industrie* fast die Hälfte (46%) der Endenergie, die Haushalte und Kleinverbraucher rund 35% und der *Verkehrssektor* 17%, so entfallen 1987 vom enorm gestiegenen Gesamtenergieumsatz allein auf die Haushalte und die Kleinverbraucher 44%, auf die Industrie nur noch 29% und auf den Verkehrssektor gut 25% der Endenergie. Rund drei Viertel dieser Energie wird auf dem Wärmemarkt verbraucht, den die öffentlichen Kraftwerke, die Wärmekraftwerke, die Heizungsanlagen der Industrie und der privaten Haushalte bilden. Ein Viertel wird für andere Zwecke, vorwiegend als Kraftstoff im Verkehrssektor und zum Teil als nicht energetischer Verbrauch im Chemiebereich, als Rohstoff verwendet. Faßt man private Haushalte, gewerbliche Kleinverbraucher, Handel und öffentliche Einrichtungen





Immerhin fast 5 % unserer Elektrizität wird mit Hilfe von Wasserkraft erzeugt – wie hier in einem Wasserkraftwerk an der Donau

Foto: Bildagentur Schuster / Kuchibauer



Alternative Energien werden zunehmend in der Öffentlichkeit diskutiert – hier Solarkraftwerk auf Pellworm

Foto: dpa (LBF-Nr.: SH 448 / 455)



Rund ein Drittel des Stroms wird heute durch Kernenergie erzeugt

Foto: Süddeutscher Verlag

gen zu einem Verbrauchsbereich zusammen, dann zeigt sich, daß sich deren Endenergieverbrauch insgesamt von 880 PJ im Jahre 1950 auf über 3350 PJ 1987 mehr als verdreifacht hat. Über 80% des Endenergieumsatzes werden dabei für die Raumheizung, 10% für die Warmwasseraufbereitung und der Rest für Licht und Kraft verbraucht.

Nachdem in den 50er und noch in den 60er Jahren überwiegend feste Brennstoffe verwendet wurden, dominieren heute Mineralöl und Erdgas. Allerdings nehmen die Anteile der Elektrizität stark zu. Fernwärme spielt mit 3 bis 4% eine untergeordnete Rolle.

Im Verkehrssektor wird rund ein Viertel der Endenergie verbraucht. Der Energieumsatz im Verkehrssektor hat 1987 fast 1870 PJ erreicht. Davon entfallen 88% auf den Straßenverkehr.

Im Personenverkehr ist der *Individualverkehr* mit den privaten Personenkraftwagen mit fast 80% der Verkehrsleistung weitaus größter Verkehrsträger. Wegen einer durchschnittlichen Besetzungszahl von unter zwei Personen je Fahrzeug ist der spezifische Energieumsatz des Personenkraftwagens denkbar ungünstig. Dementsprechend werden über 65% des Endenergieumsatzes im Verkehrssektor durch private Personenkraftwagen und Krafträder verbraucht. Diese Endenergie wird heute nahezu ausschließlich aus Mineralöl gewonnen. Der Anteil der Binnen- und Seeschifffahrt am Energieverbrauch ist nahezu konstant geblieben und liegt derzeit bei etwas über 8%.

Der *Luftverkehr* war in den letzten Jahrzehnten der Verkehrszweig mit den höchsten Zuwachsraten; abgesehen von einer durch die zweite Ölkrise bedingten Stagnation des Verkehrs von 1980 bis 1982 wurde ein kontinuierlich wachsendes Verkehrsaufkommen registriert. Durch vermehrten Einsatz modernster Fluggeräte stieg der Anteil am Endenergieverbrauch nur unwesentlich auf derzeit etwas über 7%. Obwohl der Anteil der Eisenbahn am gesamten Verkehr nahezu gleich geblieben ist, hat ihr Endenergiebedarf durch Elektrifizierung des Wagen- und Lokomotivenparks in den letzten 20 Jahren erheblich abgenommen und liegt bei etwas über 3%. Ob im Verkehrssektor, insbesondere im Straßenverkehr, alternative Kraftstoffe, Elektrizität oder sogar Solarenergie Bedeutung gewinnen können, ist derzeit nicht abschätzbar.

Unter allen Energieformen nimmt der elektrische Strom eine Sonderstellung ein: Er stellt die hochwertigste Energieform dar und ist mit geringem Aufwand in alle anderen benötigten Energieformen umwandelbar. Darüber hinaus läßt sich Strom durch ein elektrisches Leitungsnetz über große Entfernungen augenblicklich vom Erzeuger zum Ver-

Strom – eine
komfortable
Energieform



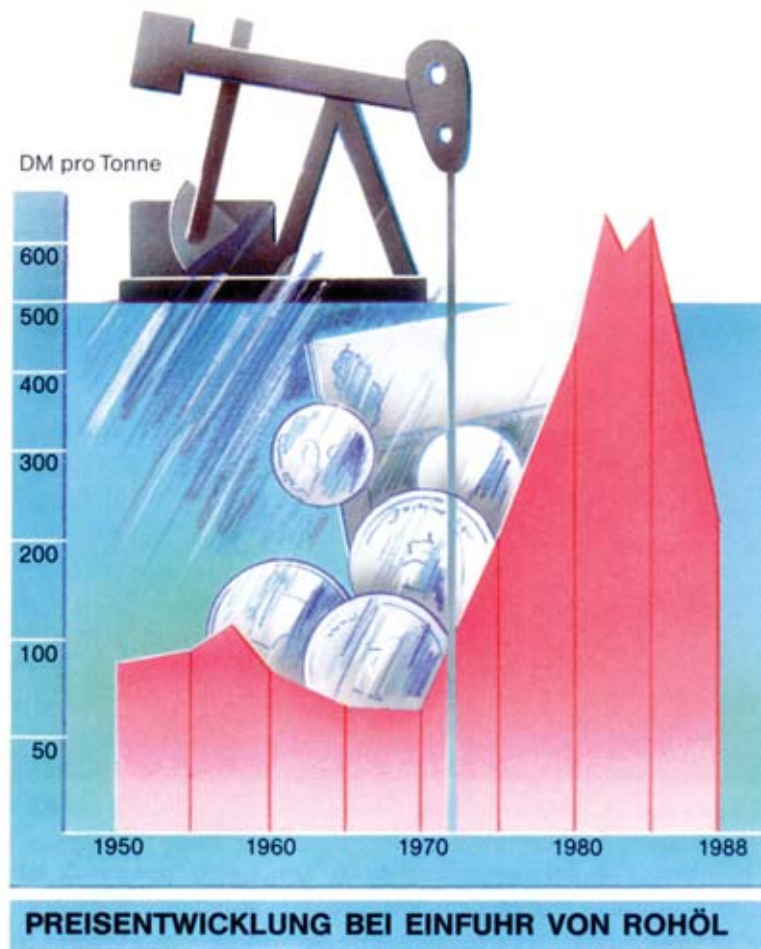
Insgesamt hat sich der Stromverbrauch seit 1950 in etwa verneunfacht

Foto: dpa

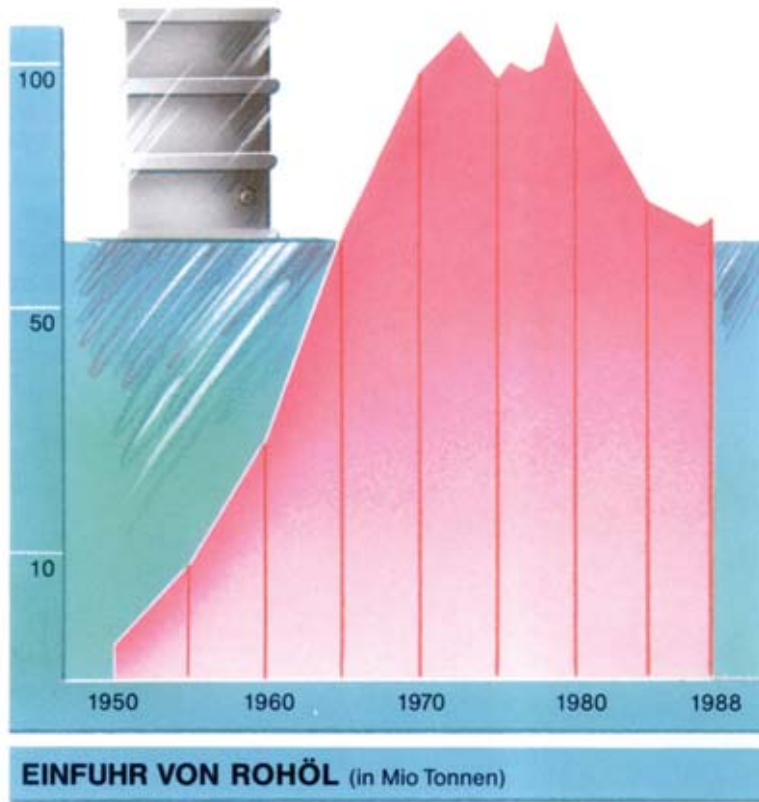
braucher mit geringen Verlusten transportieren und ist somit jederzeit verfügbar. Nachteilig ist, daß die Stromerzeugung und Stromverteilung eine aufwendige Infrastruktur in Form von Kraftwerken und Verteilernetzen erfordern und bei der Erzeugung relativ hohe Verluste entstehen. Strom selbst ist nur schlecht speicherbar; auch dies ist ein Nachteil. Bei steigender Gesamtrendenz des Strombedarfs sind die relativen mittleren jährlichen Zuwachsraten der Stromerzeugung in der Bundesrepublik Deutschland heute rückläufig, wobei in erster Linie der Rückgang des Strombedarfs in der Industrie dafür verantwortlich sein dürfte. Dennoch wird die hochwertige Energieform Strom sowohl für die Industrie wegen der universellen energietechnischen Einsatzmöglichkeiten als auch für den Privathaushalt aufgrund des konkurrenzlosen Komforts weiter von energiewirtschaftlicher Bedeutung bleiben; auch wenn für den Bereich der elektrisch betriebenen Haushaltsgeräte eher mit einer Stagnierung des Energiebedarfs zu rechnen ist, da hier regional Sättigungsgrenzen erreicht sind und die Industrie zunehmend energiesparende Geräte auf den Markt bringt.

Die bereits erwähnte Umorientierung der Energiewirtschaft vom bisher wichtigsten Energieträger Kohle auf Mineralöl setzte etwa Mitte der 50er Jahre ein. Diese Entwick-

Öl – das schwarze Gold aus der Nordsee



lung ist unter anderem auf die Entdeckung riesiger Ölfelder im Nahen Osten und in Nordafrika nach dem Zweiten Weltkrieg zurückzuführen, die zu extrem niedrigen Kosten erschlossen werden konnten. Dieses Öl drängte auf die westeuropäischen Märkte, da der US-Binnenmarkt für Rohöl und Rohölprodukte 1959 durch eine Importkontingentierung zum Schutz der heimischen Förderung abgeschirmt wurde. Niedrige Produktionskosten, niedrige Abgaben der Ölkonzerne an die Förderländer, die Ausnutzung weiterer ökonomischer Vorteile erleichterten das Vordringen des Mineralöls. Ca. 95% des in der Bundesrepublik Deutschland verarbeiteten Rohöls stammen aus Importen. In den letzten Jahren hat sich eine gewisse Verschiebung zugunsten der Versorgung mit Öl aus Westeuropa, insbesondere aus den britischen und norwegischen Ölfeldern, ergeben. Stammen noch Mitte der 70er Jahre 94% aller Rohölaufuhren aus Ländern, die sich in dem Kartell der erdölproduzierenden Länder (OPEC) zusammengeschlossen hatten, so deckt die



Die Abhängigkeit von den OPEC-Staaten nimmt ab: rund ein Drittel des Erdöls kommt heute schon aus der Nordsee – hier Erdöl-Bohrinsel »Stratford« B

Foto: dpa



Bundesrepublik Deutschland heute nur noch gut die Hälfte ihres Bedarfs an Rohöl durch Importe aus diesen Staaten. Eine bedeutende neue Ölquelle der deutschen Wirtschaft ist jetzt die Nordsee. Großbritannien liefert mehr als ein Viertel des benötigten Öls. Zählt man Norwegen hinzu, so kamen rund ein Drittel der bundesdeutschen Rohöleinfuhren aus Fördergebieten »vor der Haustür«.

Die Preisentwicklung verlief bis zur ersten Ölkrise in ruhigen Bahnen; 1974 erreichte sie mit damals kaum vorstellbaren 224 DM pro Tonne einen ersten Höhepunkt und 1981 mit rund 620 DM pro Tonne das bisherige Rekordergebnis. Veränderte Verbrauchergewohnheiten, günstige Dollarparität und die zuvor erwähnten Verschiebungen in der Anbieterstruktur haben 1988 ein Absinken des Preises auf den tiefsten Stand seit 1974 bewirkt.

Vom Zweirad zum Zweitwagen – eine Gesellschaft wird mobil

Sigrid Nicodemus und Siglinde Dorn

»10 km zähfließender Verkehr infolge starken Verkehrsaufkommens« – »Zwischen Frankfurt-Hoechst und Hattersheim 3 km Stau nach einem Verkehrsunfall« – »Wegen einer Veranstaltung im Innenstadtbereich ist der Verkehr zum Erliegen gekommen« – Solche Verkehrsfunkmeldungen gehören heute zum Alltag. Die *Entwicklung des Verkehrs* – sowohl des Personenverkehrs als auch des Güterverkehrs – auf Straßen und Schienen, auf dem Wasser und in der Luft zeichnet deutlich den »Zug der Zeit« seit Gründung der Bundesrepublik Deutschland nach.

In diesen vier Jahrzehnten hat der gesamte Personenverkehr – gemessen an der Zahl der beförderten Personen, um das Fünffache und der Güterverkehr – gemessen an der beförderten Gütertonnage – fast um das Fünffache zugenommen. Für die *erhöhte Mobilität* gibt es eine Reihe von Faktoren. In den Anfangsjahren der Bundesrepublik trat mit dem Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft zwangsläufig eine Belebung des Angebots an Transportgütern ein. Das



*Der Verkehr hat sich seit 1950
verfünffacht – besonders
»eindrucksvoll« immer wieder auf
den Autobahnen zu beobachten*

Foto: Bildagentur Schuster / Postl

Straßenverkehr in München 1956

Foto: bpk / Wolff & Titschler



Güterverkehrsaufkommen wurde in den folgenden Jahren immer größer, da der wirtschaftliche Ausbau die »Güterströme« innerhalb der Bundesrepublik, aber auch über ihre Grenzen hinaus weiter anwachsen ließ.

Die anhaltende Konzentration von Produktionsstätten und Dienstleistungsbetrieben in Industriegebieten bzw. im Zentrum von Großstädten und die Entwicklung von reinen Wohngebieten hat zur Konsequenz, daß die Entfernungen zwischen den Arbeitsstätten und den Wohnungen zunehmen und in den innerstädtischen Bereichen morgens der Berufsverkehr in Richtung Arbeitsplätze und abends zurück in die Wohngebiete fließt. So nutzten 1970 noch fast 40% der Arbeitnehmer kein Verkehrsmittel, weil sie den Arbeitsplatz zu Fuß erreichen konnten. 1988 dagegen konnte nur noch jeder fünfte Arbeitnehmer auf ein Verkehrsmittel verzichten.

Eine ähnliche Tendenz ist bei den Einkaufsfahrten zu erkennen. Viele Wege, die früher zu Fuß oder mit dem Fahrrad zurückgelegt wurden, werden heute mit dem Pkw erledigt. Infolge des Rückgangs der Einzelhandelsgeschäfte innerhalb der Wohngebiete und der Zunahme der Verbrauchermärkte auf der »grünen Wiese« vergrößerte sich im allgemeinen die Entfernung zwischen der Wohnung und den Geschäften für den täglichen Bedarf. Auch dadurch, daß immer mehr Reisen unternommen werden, hat der Verkehr stark zugenommen.

1950 waren in der Bundesrepublik Deutschland nur eine halbe Million Pkws zugelassen; mit knapp 30 Millionen gibt es heute über 50mal so viele. Die Autos, die 1950 auf Deutschlands Straßen fuhren, waren durch die geringe Produktion während des Krieges sehr veraltet. Zwei Drittel stammten



aus der Vorkriegsproduktion und waren damit 11 Jahre und älter. Die Infrastruktur insbesondere für den Fernverkehr war noch recht unzureichend: Autobahnen bestanden nur aus einzelnen z.T. unzusammenhängenden Autobahnabschnitten, die ebenso wie die Eisenbahnlinien überwiegend auf die Ost-West-Verbindung ausgerichtet waren. Für die neugegründete Republik hatte die Nord-Süd-Verbindung jedoch eine erheblich größere Bedeutung.

Zu niedrig war bei vielen das Einkommen, um sich ein Auto leisten zu können, aber das Motorrad erfreute sich als kostengünstigere Alternative in den fünfziger Jahren großer Beliebtheit. Hier zeigten sich die wirtschaftlichen Nachwirkungen des Krieges für die Deutschen noch sehr viel stärker als für ihre europäischen Nachbarn. In England, Frankreich, Schweden und der Schweiz lag die Anzahl der Pkw im Verhältnis zur Bevölkerungszahl 1952 noch um das zweifache höher als in der Bundesrepublik Deutschland, in den Vereinigten Staaten um mehr als das zehnfache.

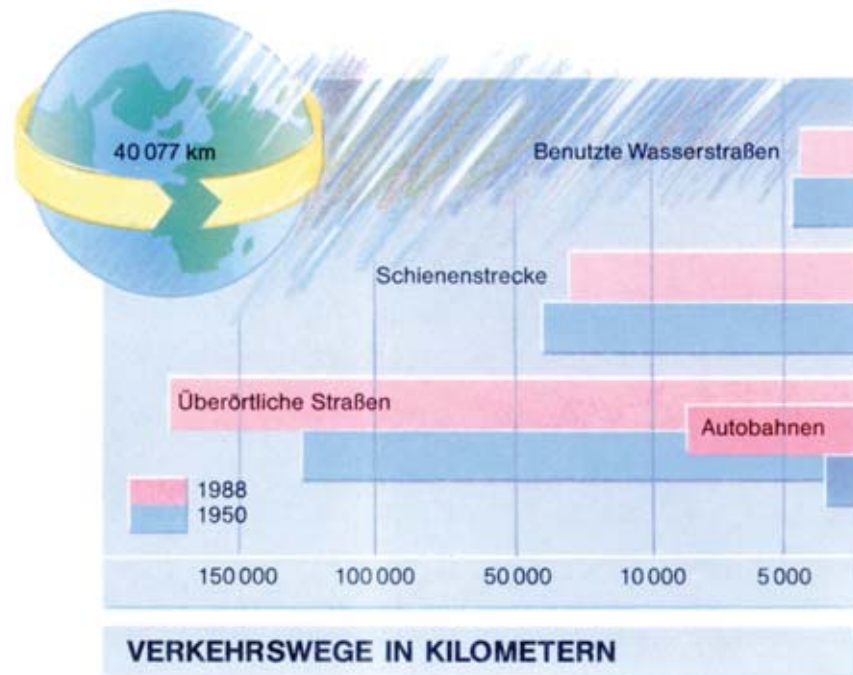
Schon Anfang der 50er Jahre wurde eine *Ausdehnung des Straßennetzes* gefordert, um der drastisch steigenden Zahl der Personen- und Lastkraftwagen gerecht zu werden, da schon im Jahre 1954 wieder mehr Pkw und Lkw im Bundesgebiet zugelassen waren als im Vorkriegsjahr 1939 im gesamten Deutschen Reich. Aus diesem Grunde wurde 1954 ein verkehrspolitischer Gesamtplan entworfen, um das Mißverhältnis zwischen dem schnell wachsenden Straßenverkehr und dem Straßenbau zu beseitigen. 1957 wurde ein Gesetz über den Ausbau der Bundesfernstraßen verabschiedet, in dessen Folge ein Autobahnnetz geschaffen wurde, das an die großen Fernverkehrsstraßen der Nachbarländer

Rechts: Fast noch eine Idylle – Autobahn 1956

Links: Staunen über einen Kabinenroller

Fotos: Süddeutscher Verlag

**Ausbau des
Straßennetzes**



im Norden, Süden und Westen anschließt. 1950 gab es 2100 km Autobahn im Bundesgebiet. Von 1950 bis 1960 wurde das Autobahnnetz lediglich um 400 km erweitert. Der starke Ausbau von *Fernstraßen* fand erst in den 60er und 70er Jahren statt. Heute steht den Autofahrern eine Strecke von rund 8700 Autobahnkilometern im Bundesgebiet zur Verfügung. Die Länge der Bundesstraßen – 1950 waren es 24300 km – ist dagegen prozentual nicht so stark angestiegen. In den letzten Jahren ist ihre Gesamtlänge sogar leicht gesunken, da zunehmend Bundesstraßen in Autobahnen umgewandelt werden. Heute beträgt die Länge der Bundesstraßen rund 31200 km. Die Bundesrepublik Deutschland ist mit diesem Straßennetz eines der wichtigsten Transitländer in Europa geworden.

Das Auto – der Deutschen liebste Kind

Ab 1957 ging die Zahl der Krafträder von 2,4 Millionen auf weniger als die Hälfte im Jahre 1963 zurück, während der Bestand an Pkw weiterhin aufgrund der schnellen Erhöhung des Pro-Kopf-Einkommens deutlich stieg. In dieser Folge wurden auch die Bundes-, Landes-, Kreis- und Gemeindestraßen qualitativ erheblich verbessert, verbreitert und ausgebaut. Kopfsteinpflaster begann als Straßenbelag zu verschwinden. Der Ausbau der Infrastruktur hielt jedoch mit der hohen Zunahme der Pkw niemals Schritt, so daß die durchschnittliche Verkehrsstärke auf allen Straßen zunahm. Weder die Energiekrise in den Jahren 1973/74 noch die der Jahre 1979/81, welche mit Kraftstoffpreiserhöhungen von

1 DM auf 1,50 DM verbunden waren, konnten diese Entwicklung aufhalten. Der Pkw verwandelte sich von einem Luxusgut zu einem Gebrauchsgut mit dem heute über zwei Drittel aller Haushalte ausgestattet sind. Jeder fünfte Haushalt ist sogar schon mit zwei oder mehr Pkw ausgestattet.

Für die *höhere Mobilität* sind die Haushalte zunehmend bereit mehr Geld auszugeben. Während 1963 noch 7% des privaten Verbrauchs in den Verkehrsbereich flossen, war der Anteil 1983 bereits doppelt so hoch. Der Anteil der Ausgaben für fremde Verkehrsleistung ging gleichzeitig um die Hälfte zurück.

Für die Attraktivität des Pkw gibt es viele Gründe. Ein Auto gibt die Möglichkeit zu jeder Zeit an jeden gewünschten Ort zu fahren, ohne daß man an einen festen Fahrplan gebunden ist. Es bietet zudem sehr viel mehr Komfort als die öffentlichen Verkehrsmittel. Eine Fahrt von Haus zu Haus ermöglicht, umfangreicheres Gepäck problemlos zu transportieren und von Witterungseinflüssen relativ unabhängig zu sein. Nur bei extremen Verhältnissen im Winter werden die öffentlichen Verkehrsmittel im allgemeinen bevorzugt. Durch das immer stärker eingeschränkte Angebot der Busse und der Bahn in ländlichen Regionen, insbesondere in den Abendstunden oder am Wochenende, wird das Auto oft unentbehrlich.

Durch den Einsatz des Pkw für den Berufsverkehr konnte der Zeitaufwand für das Erreichen der Arbeitsstätte zum Teil erheblich verringert werden. Während 1961 nur ca. 60% der Erwerbstätigen weniger als eine halbe Stunde für die Fahrt zur Arbeit benötigten, waren es 1978 84%. Seitdem ist dieser Anteil wieder rückläufig und lag 1988 bei ca. 80%, obwohl der Anteil der Autobenutzer weiter gestiegen ist. Dies ist zum einen auf die verstopften Straßen im Berufsverkehr und zum anderen auf die immer weiter steigenden Entfernungen zwischen Wohnort und Arbeitsstätte zurückzuführen.

Im Freizeit- und Urlaubsverkehr gewinnt das Auto besondere Bedeutung. Viele Sportmöglichkeiten wie Surfen, Segeln oder Skifahren erfordern eine umfangreiche Ausrüstung, die ohne Auto umständlich zu transportieren ist. Immer größerer Beliebtheit erfreuen sich Wohnwagen und Wohnmobile. Während 1960 nur 260 Wohnmobile und 13840 Wohnwagen in der Bundesrepublik Deutschland zugelassen waren, sind es heute 192487 Wohnmobile und 502264 Wohnwagen. Darin spiegelt sich der Wunsch nach Mobilität und Freiheit speziell in der Freizeit wider.

Da die Autos immer größer und schneller werden, kann man vermuten, daß sie nicht nur Gebrauchsgut sind, sondern auch als Statussymbol dienen. 1950 hatten noch zwei



Für schnelle Leute – ein sportlicher Flitzer

Foto: Volkswagen AG

Drittel des Bestandes einen Hubraum von weniger als 1500 cm³. Auch bei den heute noch knapp 40% Pkw mit weniger als 1500 cm³ Hubraum konnte durch die Entwicklung der Technik die Motorleistung gesteigert werden. Jeder siebte Pkw hat bereits einen Hubraum von 2000 und mehr cm³.

In zunehmendem Maße sind auch Seniorenhaushalte mit einem Pkw ausgestattet, da viele Personen der ersten Autofahrergeneration in das Rentenalter kommen. Haushalte mit einem Haushaltsvorstand von über 65 Jahren sind heute schon zu gut einem Drittel mit einem Auto ausgestattet, während der Anteil 1969 noch bei 15% lag.

Auch immer mehr Frauen nutzen den Pkw, da einerseits die Zahl der älteren Frauen, die niemals den Führerschein erworben haben, zurückgeht und andererseits unter den jüngeren Führerscheinanwärtern immer mehr Frauen sind.

Trotz des unbestrittenen Nutzens des Autos, seiner Annehmlichkeiten und seiner Bedeutung für Wirtschaftswachstum und materiellen Wohlstand, treten hierzulande auch immer mehr seine Schattenseiten zutage. Angeprangert werden seit Jahren der Flächenverbrauch für Verkehrswege, die Zerschneidung ökologisch intakter Naturräume, die Lärmbelastung und die Emission von Luftschadstoffen. Neben Stickoxiden sind hier unter anderem zu nennen: Kohlenwasserstoffe, Kohlenmonoxid, Staub, Schwermetalle, Ruß und Schwefeldioxid. Um diese Abgasbelastung zu senken, begann 1985 die Bundesregierung, die Ausrüstung der Pkw mit Katalysatoren steuerlich zu fördern. Dieser finanzielle Anreiz sowie das steigende Umweltbewußtsein in der Bevölkerung führten dazu, daß heute jedes 10. Auto der

amerikanischen Abgasnorm und etwa eine gleiche Anzahl Autos der nicht so strengen europäischen Abgasnorm entsprechen. Der Kraftstoffverbrauch und die Fahrleistungen steigen allerdings weiterhin.

Staus und zähfließender Verkehr sind auf den Fernstraßen rund um die Ballungsgebiete zum Alltag geworden, obwohl immer neue Fern-, Umgehungs- oder Verbindungsstraßen zur Entlastung der Verkehrsdichte gebaut werden.

Zahlreiche Großstädte sehen sich darüber hinaus der Gefahr eines totalen Verkehrszusammenbruchs während der rush hour gegenüber. Die Vorschläge zur Abhilfe sind sehr unterschiedlich. Sie reichen vom weiteren zügigen Ausbau der Straßen, der Steuerung des Verkehrs durch computerunterstützte Verkehrsleitsysteme, Tempolimit auf Autobahnen, der konsequenten Förderung der öffentlichen Verkehrsmittel, drastischer Erhöhung der Kraftstoffpreise, »Tempo-30-Zonen« in Wohngebieten bis zur Forderung nach »Autofreien Innenstädten«. Zusätzlich wird im Straßengüterverkehr die Forderung nach dem »umweltfreundlichen« Lkw sowie die Verlagerung von Teilen des Güterverkehrs auf die Schiene erhoben. Zumindest für den Berufsverkehr in den Ballungsräumen setzt sich immer mehr die Erkenntnis durch, daß durch den weiteren Ausbau des Straßenverkehrsnetzes der Flut der Autos nicht mehr abgeholfen werden kann.

Zu den bedauerlichen Begleiterscheinungen des heutigen Straßenverkehrs gehören die *Verkehrsunfälle*. In jedem Jahr sterben auf unseren Straßen Menschen in einer Anzahl, die der Einwohnerschaft einer kleineren Stadt entspricht. Daneben müssen auch die zahlreichen Verletzten berücksichtigt werden, die möglicherweise ihr ganzes Leben an den Folgeschäden leiden. Seit 1950 kamen in der Bundesrepublik über 520 000 Personen bei Straßenverkehrsunfällen ums Leben, fast 17 Millionen wurden verletzt.

Die Zahl der Todesopfer im Straßenverkehr ist in den Jahren 1950 bis 1970 in etwa parallel zum wachsenden Pkw-Bestand kontinuierlich von 6400 auf 19200 Tote jährlich gestiegen. Die hohe Zahl der Unfallopfer veranlaßte die Verkehrspolitik 1957 die allgemeine Geschwindigkeitsbegrenzung innerhalb geschlossener Ortschaften auf 50 km/h wieder einzuführen, nachdem 1953 die bis dahin geltende allgemeine Höchstgeschwindigkeit für Pkw im Straßenverkehr aufgehoben worden war. Jedoch konnte diese *verkehrspolitische Maßnahme* – aufgrund der zunehmenden Motorisierung im Straßenverkehr – nur einen insgesamt temporären Rückgang der Verunglückten bewirken; bereits 1959 erreichte die Zahl der Getöteten und Verletzten im Straßenverkehr ein neues Rekordergebnis. Das »schwär-

Der Straßenverkehr
fordert seinen Tribut

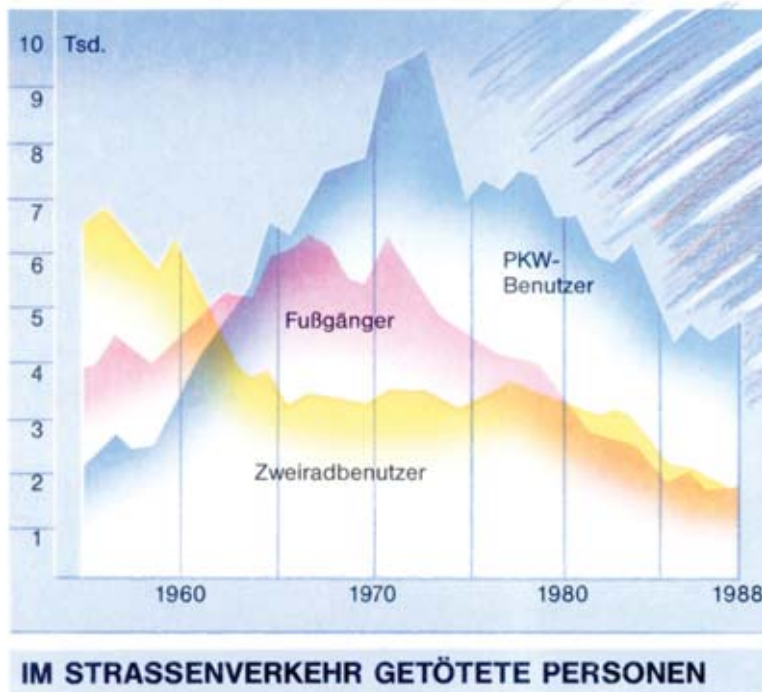
Die Verkehrssicherheit wird verbessert

zeste« Jahr der Verkehrssicherheit wurde 1970 mit 19 193 Getöteten und 531 795 Verletzten verzeichnet – bei insgesamt 1,4 Millionen von der Polizei erfaßten Unfällen. Ab diesem Jahr nahm trotz weiter steigendem Pkw-Bestand die Anzahl der Verletzten und der Getöteten ab. Zur Sicherung der Energievorräte wurde während der sogenannten »Ölkrise« 1973/74 ein zeitlich befristetes Fahrverbot für Kraftfahrzeuge am Sonntag, den 25. November und den drei darauffolgenden Sonntagen im Dezember 1973 sowie eine *Geschwindigkeitsbegrenzung* von 100 km/h auf Autobahnen und 80 km/h auf anderen Straßen außerhalb geschlossener Ortschaften für die Zeit vom 25. November 1973 bis zum 14. März 1974 angeordnet. Die Gefährdung der Mineralölversorgung warf die Frage auf, ob auch in Zukunft eine uneingeschränkte Benutzung des Kraftfahrzeugs möglich sei, was in jenem Zeitraum vermutlich zu einem bewußteren und besonneneren Fahrverhalten führte. 1987 wurde die niedrigste Zahl der Getöteten seit 1952 auf bundesdeutschen Straßen ermittelt, 1988 trat dagegen wiederum ein leichter Anstieg auf 8 213 Getötete im Straßenverkehr ein. In diesem Jahr wurde die Polizei insgesamt über 2 Millionen mal zu einem Unfall mit Sach- oder Personenschaden gerufen, dies war die höchste Unfallzahl seit Bestehen der Bundesrepublik. Die meisten Verkehrsunfälle (83%) waren Unfälle mit nur Sachschaden; bei 17% dieser Unfälle wurde allerdings mindestens eine Person verletzt oder getötet.

Zahlreiche Verkehrssicherheitsmaßnahmen haben dazu beigetragen, daß heute weniger Menschen im Straßenverkehr getötet werden, als zu Beginn der 70er Jahre. Neben Maßnahmen im Straßenbau, der Verbesserung des Rettungswesens, Verbesserungen in der Verkehrserziehung und der Weiterentwicklung der Fahrzeugtechnik, trugen vermutlich insbesondere folgende gesetzlichen Regelungen zum Rückgang der Verkehrstoten bei:

- Die zulässige Höchstgeschwindigkeit auf Straßen, die nicht mit mehreren Fahrstreifen für eine Richtung ausgerüstet sind, wurde außerorts auf 100 km/h festgelegt (Tempo 100 Großversuch; 01.10.1972 bis 31.12.1975, ab 01.01.1976 Dauerregelung)
- Einführung der 0,8 Promillegrenze für Alkohol im Straßenverkehr (26.07.1973).
- Erstmals in den Verkehr kommende Pkw und Lkw (bis 2,8 t Gesamtgewicht) sind an den äußeren Vordersitzen mit Sicherheitsgurten zu versehen (01.01.1974).
- Kraftfahrzeugen wird auch bei günstigen Verkehrsverhältnissen eine Richtgeschwindigkeit auf Autobahnen von nicht mehr als 130 km/h empfohlen (15.03.1974).
- Mitnahmeverbot von Kindern bis zum vollendeten 12. Le-

- bensjahr auf den Vordersitzen von Kraftfahrzeugen.
- Vorgeschriebene Sicherheitsgurte sind während der Fahrt anzulegen (nicht bußgeldbewehrt).
- Schutzhelmtragepflicht von Benutzern bei Fahrten mit motorisierten Zweirädern, die schneller als 40 km/h sind (nicht bußgeldbewehrt).
- Pkw und Lkw (bis 2,8 t Gesamtgewicht), die ab 01.04. 1970 erstmals zugelassen wurden, sind stufenweise bis zum 01.01.1978 mit Sicherheitsgurten auf den Vordersitzen auszurüsten (01.01.1976).
- Helmtragepflicht (nicht bußgeldbewehrt) auch für Benutzer von Mopeds und Mokicks (27.07.1978).
- Gurteinbaupflicht für alle neuen Pkw auf den Rücksitzen (01.05.1979).
- Verwarnungsgeld für Benutzer motorisierter Zweiräder (ausgenommen Mofas), die ohne Schutzhelm fahren (01.08.1980).
- Verwarnungsgeld für das Nichtanlegen der Sicherheitsgurte auf den Vordersitzen; Gurtanlegepflicht für Fondinsassen (ohne Bußgeldandrohung) (01.08.1984).
- Helmtragepflicht und Verwarnungsgeld auch für Mofafahrer (01.10.1985).
- Einführung des Stufenführerscheins für Motorradfahrer (01.04.1986).
- Verwarnungsgeld bei Nichtanlegen der Sicherheitsgurte auch auf Rücksitzen (01.07.1986).



- Einführung der Fahrerlaubnis auf Probe (01.11.1986).
- Verpflichtung von Motorradfahrern, auch am Tag mit Abblendlicht zu fahren (01.10.1988).
- Radfahrende Kinder bis zum vollendeten 8. Lebensjahr müssen Gehwege benutzen; beim Überqueren einer Fahrbahn müssen sie absteigen (01.10.1988).

Die größte Gruppe der Getöteten bilden heute Fahrer und Mitfahrer von Personenkraftwagen; jeder zweite Verkehrstote kommt in einem Pkw ums Leben. Vor 30 Jahren, als der Individualverkehr noch in stärkerem Maße vom Motorrad bestimmt war, gab es nur halb so viele getötete Pkw-Benutzer wie heute. Dagegen befanden sich mehr als doppelt so viele Fußgänger und mehr als dreimal so viele Zweiradfahrer und Mitfahrer unter den Toten. Auch hier haben die Sicherheitsmaßnahmen entschieden dazu beigetragen, daß die »schwächeren« Verkehrsteilnehmer im Straßenverkehr stärker geschützt sind. Vor allem durch Straßenbaumaßnahmen – wie z. B. den Bau von Fußgängerüber- und -unterführungen, die Schaffung von Fußgängerzonen und die Einrichtung verkehrsberuhigter Zonen – wurden die Fußgänger stärker von den Autofahrern »getrennt«.

Jüngere Verkehrsteilnehmer sind im Straßenverkehr nach wie vor besonders gefährdet: Mehr als 29% der Verunglückten gehören der Altersgruppe zwischen 18 und 24 Jahren an. Häufiger als andere Altersgruppen verunglücken die 18 bis 24jährigen am Steuer. Während ältere Verkehrsteilnehmer oder Kinder relativ häufiger mit dem Fahrrad oder als Fußgänger in Unfälle verwickelt werden, hat für die jüngeren Autofahrer der Pkw den besonderen Reiz des Neuen, an dem die Grenzen der Leistungsfähigkeit getestet werden können. Anfang der 60er Jahre waren viele 18jährige noch nicht im Besitz eines Pkw, inzwischen steht heute vielen jüngeren Verkehrsteilnehmern, sobald sie den Führerschein haben, ein eigener Pkw zur Verfügung. Diese Entwicklung hat sich in der Unfallbeteiligung jüngerer Pkw-Fahrer niedergeschlagen; der Anteil der unfallbeteiligten Pkw-Fahrer zwischen 18 und 21 Jahren hat sich von 1965 bis 1980 auf 17% verdoppelt. In den Folgejahren ist ein leicht rückläufiger Trend zu beobachten, der jedoch mit der geringeren Gesamtbevölkerung dieser Altersgruppe im Zusammenhang stehen könnte.

In den letzten Jahren ist der Anteil der an einem Unfall beteiligten älteren Pkw-Fahrer ebenfalls gestiegen. Immer mehr ältere Menschen sind im Besitz eines Führerscheins und nehmen aktiv am Straßenverkehr teil.

Männliche Verkehrsteilnehmer verunglücken in allen Altersjahrgängen bis 62 Jahre häufiger als Frauen. Erst ab diesem Alter wurden 1988 mehr Frauen als Männer im Stra-

ßenverkehr verletzt oder getötet, was auf die höhere Gesamtbevölkerungszahl der älteren Frauen zurückzuführen ist. In Zukunft werden sich diese Differenzen vermutlich bei einer aktiveren Verkehrsteilnahme der Frauen angleichen.

Die *Eisenbahnen* waren von den Kriegsfolgen besonders stark betroffen. Neben zahlreichen Gleisanlagen waren nahezu sämtliche Brücken über die großen Flüsse zerstört; ein reibungsloser Schienenverkehr wurde damit unmöglich. Vor der Teilung Deutschlands diente das Streckennetz der Bahn vor allem der Verbindung zwischen Ost und West, leistungsstarke Nord-Süd-Achsen fehlten dagegen. Der Fahrzeugbestand an Lokomotiven, Personen- und Güterwagen war stark beschädigt und nur noch zum Teil einsatzfähig. Bis zur Gründung der Bundesrepublik waren die größten Schäden jedoch wieder behoben, die Gleisanlagen wurden notdürftig repariert und Notbrücken über die Flüsse eingerichtet, so daß der Schienenverkehr wieder relativ reibungslos ablaufen konnte. Die Energieversorgung der Lokomotiven mit Kohle, die die Deutsche Bundesbahn in der unmittelbaren Nachkriegszeit vor große Probleme stellte, verlief 1949 fast wieder ohne wesentliche Störungen. Überfüllte Züge traten nur noch selten auf. Im Winter 1949/50 mußte der – ohnehin nur auf wenigen Strecken betriebene – elektrische Zugbetrieb wegen Strommangels eingeschränkt werden, zusätzlich wurde der Verbrauch von Kohle überprüft und überwacht.

Bei der Antriebsart der Züge setzte man in den Gründungsjahren der Bundesrepublik Deutschland auf die traditionellen Dampflokomotiven, die die Entwicklung der Ei-

Der Zug der Zeit: Dampflok und ICE



Trumpfkarte der Deutschen Bundesbahn: Intercity im 1-Stunden-Takt

Foto: Bildagentur Schuster / Siwik



*Der Zug der Zukunft: Intercity
Experimental*

Foto: dpa

senbahnen im 19. Jahrhundert getragen hatten. 1950 waren 95% der 13900 eingesetzten Lokomotiven bei der Bundesbahn und den privaten Eisenbahnen Dampflokomotiven. Lediglich 1,6% waren Diesellokomotiven und 4% Elektrolokomotiven. Eine wirtschaftlichere Verwendung der Energie, eine starke Steigerung der Kohlepreise sowie eine größere Zugkraft und Schnelligkeit der E- und Dieselloks bewirkten die allmähliche Umstellung auf die elektrische Zugbeförderung oder auf Dieselmotoren. Das elektrisch betriebene Streckennetz, das 1949 nur etwa 1560 km umfaßte, wurde systematisch erweitert. Der Elektrifizierungsgrad der Eisenbahnstrecken im Bundesgebiet betrug Ende 1970 bereits 27% des Gesamtstreckennetzes. Heute sind die wichtigsten Verbindungen fast alle elektrifiziert: von 30300 km Betriebsstrecken sind 11800 (39%) elektrifiziert und drei Viertel aller Betriebsleistungen werden auf elektrifizierten Strecken erbracht.

Die dampfenden Loks sind seit Mitte der 70er Jahre gänzlich aus dem Blickfeld verschwunden. Die letzten 59 Dampflokomotiven, die von der Deutschen Bundesbahn im regulären Zugbetrieb eingesetzt worden waren, wurden 1976 aus dem Verkehr gezogen. Seit 1950 hat sich die Zahl der Lokomotiven halbiert, heute sind noch 6663 Loks im Betrieb, von denen 39% E-Loks und 61% Dieselloks sind.

Durch die verstärkte Konkurrenz des Straßenverkehrs und der Binnenschifffahrt sah sich die Deutsche Bundesbahn gezwungen, ihr Gesamtstreckennetz zu verkürzen und zu rationalisieren. Bis zum Jahr 1987 wurde ein Fünftel des Gesamtstreckennetzes in einer Länge von 8273 km stillgelegt, so daß derzeit nur noch rund 30000 km Eisenbahn-

schiene befahren werden. Bisher sind durch diese *Schrumpfung des Streckennetzes* fast ausschließlich Nebenbahnen betroffen, die durch ihren schwachen Auslastungsgrad der Deutschen Bundesbahn Verluste erbracht haben. Auf den stillgelegten Strecken wurden die Bahnverbindungen beim Personenverkehr in der Regel durch Buslinien ersetzt.

Die Deutsche Bundesbahn konzentriert sich im übrigen auf die besonders gewinnträchtigen *Fernverkehrsstrecken*. Durch den Bau von Schnellbahnstrecken und den Einsatz neuer Zugsysteme, z. B. des ICE, und der Erweiterung des sogenannten »Airport-Expresses« hofft die Bundesbahn, ihre Attraktivität zu steigern.

Die *Schifffahrt* auf den Binnenwasserstraßen des Bundesgebietes war in den Anfangsjahren der Bundesrepublik erheblich gestört. Der größte Teil der Binnenflotte lag schwer beschädigt auf dem Grund der Flüsse und Kanäle. Zudem versperrten Brückentrümmer die Schifffahrtswege. Bis zum Jahr 1958 gelang es, die Wasserstraßen von Behinderungen so weit zu räumen, daß es wieder möglich war, die Wasserstraßen mit größeren Schiffen zu befahren. Mit steigendem Wirtschaftswachstum stieg zwangsläufig auch die Nachfrage nach Transportmitteln insbesondere für Massengüter, die traditionell besonders kostengünstig von Binnenschiffen befördert werden können. Ein einziges Binnenschiff kann die gleiche Gütermenge aufnehmen, die ein Güterzug mit 50 Waggons auf der Schiene oder 60 Schwerlastzüge auf der Straße transportieren würden.

Man begann daher, Ende der 50er Jahre die *Binnenwasserstraßen* systematisch zu verbessern und für Schiffe mit einer Traglast bis 1 500 t auszubauen. Die Kanalisierung der Mittelweser wurde 1960 abgeschlossen, die Kanalisierung des Mains erreichte 1962 Bamberg und die Kanalisierung der Mosel zu einer Großschifffahrtsstraße wurde im Mai 1964 auf deutschem Gebiet beendet. Für einen reibungslosen Schiffsverkehr besonders hemmend war in der damaligen Zeit der Engpaß des Mittelrheins, vor allem das »Binger-Loch«, das die Schifffahrt daran hinderte, in Monaten mit Niedrigwasser ihre Schiffe voll auszulasten. Ab 1963 begann man auch diesen Engpaß zu beseitigen. Die wichtigsten Ausbauprojekte von Binnenwasserstraßen waren in dieser Zeit außerdem die Kanalisierung des Neckars bis Plochingen, der Ausbau der Kanäle des Ruhrgebietes sowie die Regulierung der Donau unterhalb von Regensburg. Die Länge der benutzten Wasserstraßen im Bundesgebiet wurde durch diese Ausbaumaßnahmen nicht verändert; sie betrug 1965 4 409 km. Allerdings konnten nunmehr Schiffe mit einer größeren Traglast zum Einsatz kommen, was sich po-

Unterwegs auf Flüssen
und Kanälen

sitiv auf die beförderte Gütermenge auswirkte. In den 80er Jahren wurden zwei neue Wasserstraßen der Benutzung übergeben: Ab 1987 steht die Saar von der Mündung in die Mosel bis Dillingen als Binnenwasserstraße insbesondere für den Transport von Montangütern zur Verfügung. Der Bau des Main-Donau-Kanals, der sowohl aus Kostengründen als auch wegen möglicherweise gravierender Umweltschädigungen in der Öffentlichkeit stark umstritten ist, wurde 1986 für die Strecke von 95 km vom Main bis zur Stadt Roth fertiggestellt. Die verbleibende Lücke bis zur Donau hofft man bis zum Jahre 1992 zu schließen.

Das äußere Bild der Binnenschifffahrt auf Flüssen und Kanälen änderte sich im Laufe der letzten 40 Jahre sehr stark. In den 50er Jahren praktizierte man an einigen Stellen auf Rhein, Main und Weser noch Floßverkehr. 1950 wurden knapp 70000 t Holz im Floßverkehr auf deutschen Wasserstraßen befördert. 1955 gelangten immerhin noch fast 75000 t Holz als Floß an ihr Ziel, jedoch verlor der Floßverkehr sehr schnell an Bedeutung. Die letzten Flöße auf dem Rhein wurden 1964 eingesetzt. Die *Binnenschifffahrtsstatistik* führt als letztmaligen Nachweis das Jahr 1967 mit 1000 t in Berlin (West) an. Der Mangel an Treibstoff in der damaligen Zeit führte dazu, daß der im 19. Jahrhundert erbaute Ludwigskanal in Bayern noch Anfang der 50er Jahre als Schifffahrtsstraße für den Güterverkehr mit Erde, Kies und Futtermittel genutzt wurde, die kleinen Schiffe wurden getreidelt, d. h. mit Pferden gezogen.

Auch was Antrieb und Gestalt der verwendeten Binnenschiffe betrifft sind seit Gründung der Bundesrepublik Deutschland erhebliche Änderungen eingetreten. Zunächst waren noch einige kohlebefeuerte Seitenradschlepper im Einsatz, die viele Kähne hinter sich herzogen. Der Dieselschleppzug war jedoch die meist genutzte Antriebsart. Diese beiden Schiffstypen wurden mit Beginn der 50er Jahre allmählich durch Frachtschiffe mit eigener Triebkraft, den sogenannten Selbstfahrern, abgelöst. Die Motorgüterschiffe hatten den Vorteil, daß die Zeit für das Warten auf den Schlepper sowie für das Zusammenstellen und Auseinanderziehen der Schleppzüge entfiel. Schiffsneubauten erreichten höhere Tonnagen und wurden nun bis 1250 t Traglast gebaut. Vermehrt kamen Spezialschiffe und vor allem Tankschiffe zum Einsatz. 1950 waren erst 18% der deutschen Binnenflotte – bezogen auf den Gesamtfrachtraum – Selbstfahrer, 1960 war es bereits knapp die Hälfte (45%). Heute entfallen drei Viertel der Tragfähigkeit der deutschen Binnenflotte auf Gütermotorschiffe bzw. Tankmotorschiffe.

Zur besseren Bewältigung des höheren Frachtaufkommens wurde nach Vorbild der US-Schifffahrt auf dem Missis-

sippi im Oktober 1957 die Schubschiffahrt auf dem Rhein eingeführt. Bei dieser Transporttechnik werden Schiffe nicht mehr gezogen sondern geschoben. Eine Schubeinheit besteht in der Regel aus einem Schubboot und einem oder mehreren Schubleichtern, die das Schubboot vor sich her »schiebt«. Ihr Anteil an der Tragfähigkeit der deutschen Binnenflotte ist in der Folge kontinuierlich auf 18% angewachsen.

Im Gründungsjahr des Bundesrepublik Deutschland erfüllte die *Luftfahrt* einen historischen Auftrag: die Luftbrücke nach Berlin. Von dieser Ausnahmesituation abgesehen befand sich die Luftfahrt als Verkehrszweig allerdings noch im Anfangsstadium ihrer Entwicklung; 1950 wurde im wichtigsten Leistungssektor, dem Personenverkehr, nur rund 0,3 Millionen Passagiere gezählt.

Leistungsfähigere Propellerflugzeuge mit bis zu 70 Sitzen und die stark steigende Nachfrage nach schnellen Verkehrsverbindungen bescherten der Luftfahrt in der Folgezeit allerdings ungeahnte Steigerungsraten. Ab 1955 – es wurden bereits über zwei Millionen Fluggäste befördert – war daran auch wieder eine deutsche Fluggesellschaft beteiligt; die deutsche Lufthansa eroberte sich schnell ihren Platz und partizipierte voll an der stürmischen Entwicklung des Weltluftverkehrs.

Der große Durchbruch des Flugzeugs zum fast ausschließlichen Personenverkehrsmittel über weite Strecken gelang in den frühen 60er Jahren mit der Einführung der »Jets«, die der transkontinentalen Passagierschiffahrt keine Überlebenschancen mehr ließen; mit doppelter Geschwindigkeit

Der Traum vom Fliegen wird Wirklichkeit



*Über das Luftverkehrskreuz
Frankfurt läuft mehr als ein Drittel
des bundesdeutschen Flugverkehrs*

Foto: FAG-Foto: M. Skaryd
Freigegeben durch den Regierungspräsidenten in Darmstadt.
Nr.: 1995 / 79

gegenüber den älteren Fahrzeugen brachten diese Maschinen ihre Reisenden ohne Zwischenlandung über den Ozean. So ließ z. B. eine Boeing 707 mit bis zu 180 Passagieren bei viel höherem Komfort die Reisedauer von Deutschland nach New York im Vergleich zu Propellermaschinen von 13 Stunden auf etwas über 6 Stunden zusammenschrumpfen.

Die Überleitung vom Propellerflugzeug in das Jetzeitalter ließ in der Luftfahrt sowohl die Passagierzahl als auch die Frachtmenge innerhalb eines Jahrzehnts auf das Vierfache anwachsen, um 1970 eine Beförderungsleistung von 21 Millionen Fluggästen und 315 000 t Fracht zu erreichen.

Eine weitere entscheidende Entwicklungsstufe in der Luftfahrt trat in den 70er Jahren mit der Einführung von Großraumflugzeugen ein; die neuen »Jumbos« konnten über 400 Personen oder 100 t Fracht mehr als 9000 Kilometer weit fliegen, und die europäische Luftfahrtindustrie führte mit dem Airbus hochmoderne und leistungsfähige Mittelstreckenmaschinen ein. Die durch moderne Maschinen sinkenden Kosten je Passagierkilometer sowie die steigenden Einkommen ließen das Flugzeug für einen immer größeren Personenkreis zu einem attraktiven Verkehrsmittel werden und neben dem Linienverkehr den Pauschalflugreiseverkehr entstehen. Ende der 60er Jahre eingeführt, entwickelte sich diese auf Urlauberbeförderung spezialisierte Flugart schnell zum Massenverkehrsmittel für die Bundesbürgerinnen und Bundesbürger, die der Sonne entgegen eilen wollten. Die höhere Zuladungsfähigkeit der Flugzeuge ließ gleichzeitig die Luftfrachtbeförderung zu einer vielversprechenden Wachstumsbranche werden.

Die Luftfahrt blieb dadurch in den letzten Jahrzehnten der Verkehrszweig mit den höchsten Zuwachsraten; abgesehen von einer durch die zweite »Ölkrise« bedingten Stagnation des Verkehrs von 1980 bis 1982 wurden kontinuierlich wachsende Beförderungszahlen gemeldet. So stiegen innerhalb der letzten 20 Jahre das Passagieraufkommen um das Dreieinhalbfache und das Frachtaufkommen um beinahe das Vierfache, so daß 1988 dann 53 Millionen Personen und annähernd eine Million t Fracht »durch die Luft« befördert wurden.

Dreh- und Angelpunkt der Luftfahrt in der Bundesrepublik Deutschland war von Anfang an Frankfurt/Main; insbesondere im transkontinentalen Verkehr war die dominierende Stellung dieses Flughafens offensichtlich: Drei Viertel aller außereuropäischen Passagiere stiegen in Frankfurt ein. Im innereuropäischen Verkehr waren es noch ein Drittel und im Verkehr zwischen den Flugplätzen des Bundesgebietes ein Viertel aller Einsteiger. Im grenzüberschreitenden

Güterverkehr wurden sogar rund 80% der Luftfracht in Frankfurt eingeladen.

Die *rasante Luftverkehrsentwicklung* seit der Gründung der Bundesrepublik Deutschland ließ diesen damals vom Passagieraufkommen her kaum nennenswerten Verkehrszweig zum wichtigsten Fernverkehrsträger mit insgesamt 53 Millionen Passagieren im Jahr 1988 werden. Zwischen den Flughäfen des Bundesgebiets reisten 11 Millionen Personen. Wegen der luftfahrttypischen großen Reiseweiten hatten rund drei Viertel aller Fluggäste ein ausländisches Reiseziel; von den jeweils rund 20 Millionen ein- bzw. ausreisenden Fluggästen entfielen 73% auf den innereuropäischen Verkehr, 6% auf Afrikaflüge und 7% auf den Asienverkehr. Die meist frequentierte Fernflugroute blieb aber der Atlantik mit 14% aller Auslandspassagiere, wobei die USA als Ziel oder Ursprungsland mit jeweils 2,9 Millionen Ein- bzw. Aussteigern dominierte.

Die starke *Zunahme des Personenverkehrs* um das Fünffache seines Umfanges wird durch die Entwicklung des Pkw Verkehrs hervorgerufen, da mit Ausnahme des Luftverkehrs, der jedoch im Vergleich zu den anderen Verkehrsträgern mit gut 2% der beförderten Personen eine untergeordnete Rolle spielt, die anderen Verkehrszweige stagnierten oder sogar rückläufig waren. Die Gründe für die Attraktivität des Pkw und für die allgemein zunehmende Mobilität sind bereits dargestellt worden. Der öffentliche Straßenpersonenverkehr, zu dem neben dem Omnibusverkehr auch Straßenbahnen, Obusse, S-Bahnen und U-Bahnen zählen, hat es daher schwer, sich gegenüber dem Auto zu behaupten.

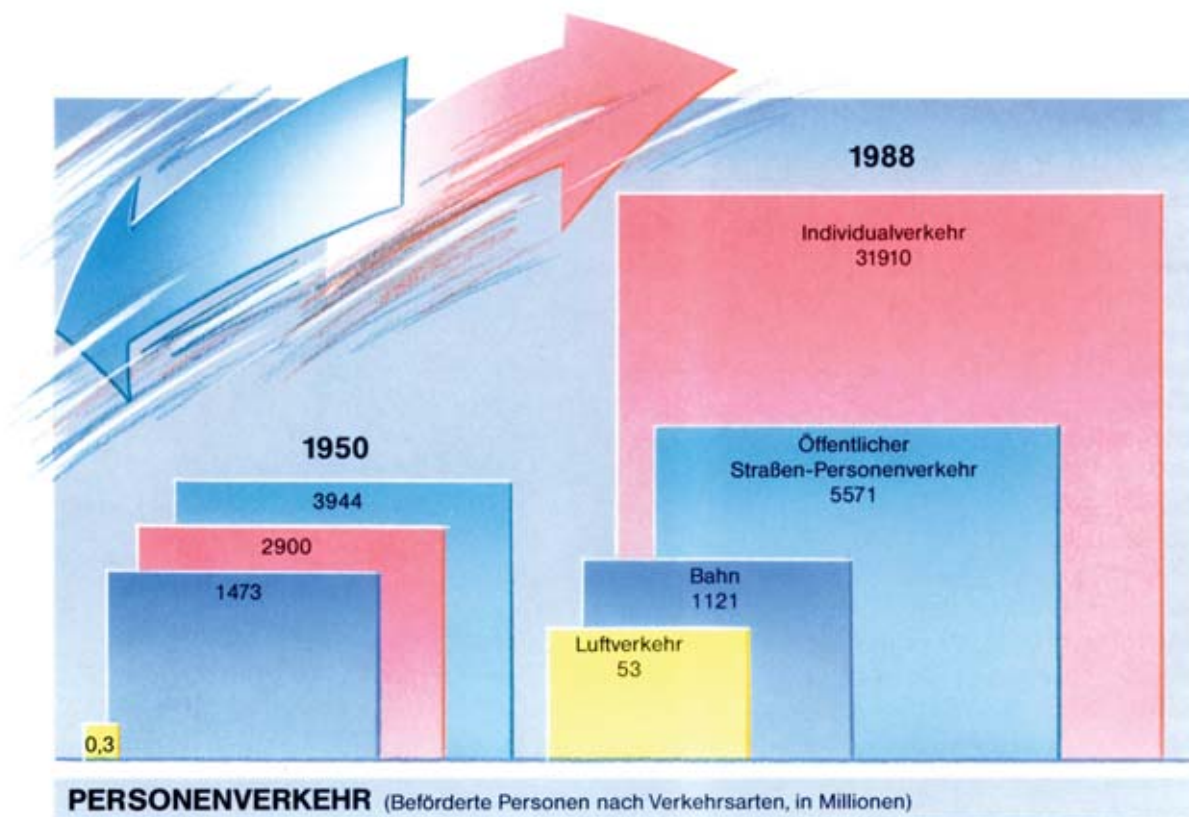
Für die Bahn kam erschwerend hinzu, daß das Schienennetz im Kriege stark zerstört wurde und insbesondere auf den Verkehr in Ost-West Richtung bzw. in Richtung Berlin ausgerichtet war. Die während der Aufbaujahre erforderliche Umorientierung, verbunden mit der notwendigen Elektrifizierung der Bahnstrecken, machte riesige Investitionssummen notwendig, die oft nicht zur Verfügung standen. Dementsprechend ging die Anzahl der mit der Eisenbahn beförderten Personen kontinuierlich von ca. 1,5 Milliarden 1950 auf 1 Milliarde 1968 zurück.

Anders verlief die Entwicklung im *öffentlichen Straßenpersonenverkehr*, dieser konnte sich aufgrund der relativ niedrigen Zahl der Kraftfahrzeuge von 4,0 Milliarden beförderten Personen auf 6,6 Milliarden beförderte Personen im Jahre 1962 steigern. Doch immer öfter wurde anstelle der öffentlichen Verkehrsmittel das Auto genutzt, so daß auch in diesem Bereich die Zahl der beförderten Personen zurückging. Sowohl im öffentlichen Straßenverkehr als auch bei

Mobilität für alle :
die Entwicklung des
Personenverkehrs

der Eisenbahn wurden in den frühen 70er Jahren wieder mehr Fahrgäste gezählt. Dies ist auf das starke Ansteigen der Zahl von Schülern, Studenten und Auszubildenden zurückzuführen, was für den öffentlichen Straßenpersonenverkehr eine erhebliche Rolle spielt. Die Ursache der Expansion liegt hierbei auch darin begründet, daß infolge der Schul- und Gebietsreform immer mehr Auszubildende Schulen besuchten, welche nicht mehr zu Fuß oder mit dem Fahrrad erreicht werden konnten. Gleichzeitig wurden die länderspezifischen Regelungen der Schulwegkostenfreiheit teilweise erheblich ausgebaut.

Ab Mitte der 70er Jahre ging die Zahl der beförderten Personen im öffentlichen Straßenpersonenverkehr tendenziell wieder zurück, während sie bei der Bahn bis in die Gegenwart stagnierte. Nur in den Jahren 1975/74 und 1979/81 konnten beide Verkehrszweige infolge der durch die beiden Ölkrisen bedingten drastischen Kraftstoffpreiserhöhung ihre Beförderungsleistung kurzfristig steigern. Die Beförderungsleistung des öffentlichen Personenverkehrs ist heute wieder auf das Niveau von 1960 zurückgegangen. Die Bahn konnte trotz des Angebots besonderer Sparpreise, der Einführung des IC-Systems, der Erhöhung der Reisege-





Über Jahrzehnte bewährt – die Straßenbahn im Innenstadtverkehr

Foto: bpk / Hubmann

schwindigkeit sowie trotz vermehrten Werbeaufwands ihre Kundenzahl nicht erhöhen.

In den 50er und 60er Jahren prägte die Straßenbahn noch das Stadtbild von 87 Städten. Heute existiert sie nur noch in 31 Städten. Der Bestand von über 10 000 Straßenbahnwagen hat sich auf ein Drittel reduziert. Obusse, die ihre elektrische Antriebsenergie einer Fahrleitung entnehmen, aber nicht an Schienen gebunden sind, sind zur Rarität geworden. Von den ehemals 55 Unternehmen, die Obusse betrieben, sind nur zwei erhalten geblieben. Sie wurden in den Großstädten oft durch den Bau von Stadtbahnen als U- und S-Bahnen ersetzt, die den Vorteil haben, daß sie überwiegend mit einer vom Individualverkehr unabhängigen Gleisführung ausgestattet sind.

Der Schrumpfungsprozeß des öffentlichen Personennahverkehrs war in den dünn besiedelten Landregionen gegenüber den dichtbesiedelten Ballungszentren sehr viel drastischer. Betrachtet man das *Pendlerverhalten* der Erwerbstätigen 1988, so wird diese Tendenz deutlich. Während in Städten mit 200 000 Einwohnern und mehr nur jeder zweite Arbeitnehmer mit dem Pkw zur Arbeit fährt, sind es in den Städten mit weniger als 5 000 Einwohner fast drei Viertel der Erwerbstätigen.

Deutlich unterschiedliche Pendlergewohnheiten lassen sich noch zwischen Männern und Frauen feststellen. Während sieben von zehn Männern mit dem Pkw zur Arbeit fahren, ist es bei den Frauen nur jede Zweite. 1978 lag der Anteil der Männer, die mit dem Auto zur Arbeit fahren, mit ca. 40% mehr als zweimal so hoch wie bei den Frauen. Der

Ohne U-Bahnen wäre der Verkehr in den Metropolen nicht zu bewältigen – hier U-Bahn-Station Rathaus Spandau in Berlin (West)

Foto: Bildagentur Schuster / Waldkirch



**Brummis tragen
die Hauptlast
des Güterverkehrs**

einem Haushalt zur Verfügung stehende Pkw wird anscheinend noch immer vorwiegend vom Ehemann genutzt. Demgegenüber treffen Schülerinnen die gleiche Wahl des Verkehrsmittels wie Schüler und Studentinnen wie Studenten. Der Anteil der Fahrten mit dem Pkw liegt mit 8% zwar noch relativ niedriger, ist jedoch in den letzten Jahren infolge der immer längeren Ausbildungswege und dem höheren Anteil älterer Schüler und Studenten kontinuierlich angestiegen.

Analog zum Personenverkehr verlief die Entwicklung im *Güterverkehr*. Transportzuwächse kamen hier fast ausschließlich dem Straßenfernverkehr (einschließlich des grenzüberschreitenden Nahverkehrs) zugute, der seine Position im Gütertransport innerhalb der letzten Jahre beständig ausbauen konnte: Seit 1960 ist das Transportaufkommen im *Straßengüterfernverkehr* kontinuierlich von 103 Millionen t auf 437 Millionen t gewachsen und hat sich somit vervierfacht.

Begünstigt wurde diese Entwicklung durch den gesamtwirtschaftlichen Strukturwandel. Überdurchschnittlich angewachsen ist in den letzten Jahrzehnten das Transportaufkommen von Fahrzeugen, Maschinen, sonstigen Halb- und Fertigwaren, chemischen Erzeugnissen sowie Nahrungs- und Futtermitteln. Diese hochwertigen Güter werden überwiegend vom Straßenfernverkehr befördert und haben am Gesamttransportaufkommen in diesem Verkehrszweig einen Anteil von 68%. Um die Entwicklung auf den Straßen insgesamt beurteilen zu können, muß auch der Straßengüternahverkehr innerhalb der Bundesrepublik Deutschland erwähnt werden, in dem mengenmäßig mehr Güter befördert werden als in allen anderen Verkehrszweigen zusam-

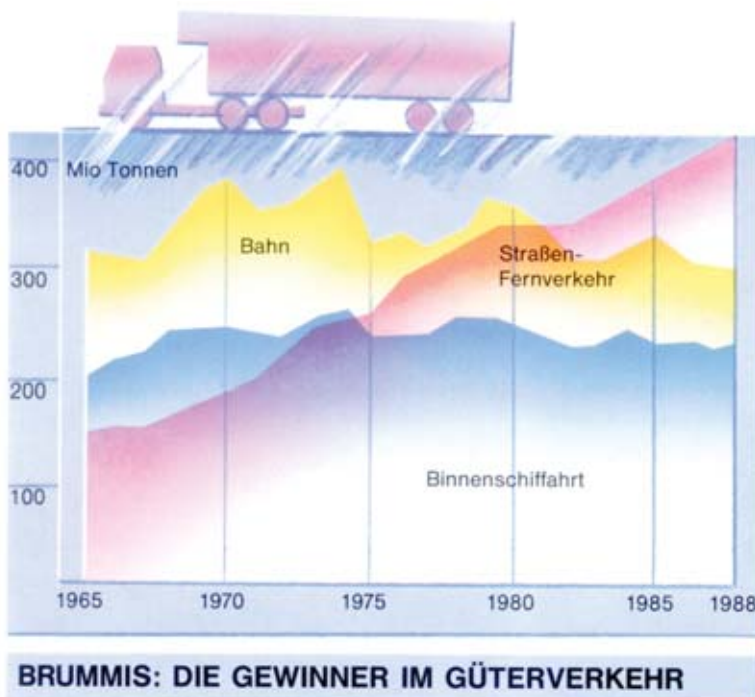


Vielseitig einsetzbar auf Schiene, Straße und Wasser – der Container ist aus dem modernen Gütertransport nicht mehr wegzudenken

Foto: dpa

men. Bis Ende der 70er Jahre verlief die Entwicklung hier ähnlich wie im Straßenfernverkehr, es konnten hohe Transportzuwächse realisiert werden. Seit Anfang der 80er Jahre stagniert allerdings das Beförderungsaufkommen, was vermutlich mit der Verteilerfunktion des Nahverkehrs zusammenhängt. 1988 wurden rund 2,2 Milliarden t Güter im Nahverkehr auf der Straße befördert.

An der wirtschaftlichen Entwicklung in der Bundesrepu-



blik konnte die Bahn nicht in gleicher Weise partizipieren wie der Straßenverkehr. Die per Bahn beförderte Gütermenge ist heute ebenso groß wie 1960. Ein Vergleich zeigt: Damals wurden knapp 200 Millionen t mit der Bahn transportiert, 1988 waren es lediglich knapp 300 Millionen t.

Neben der regionalen Verschiebung der Produktionsstandorte spielte der gesamtwirtschaftliche Strukturwandel dabei eine wichtige Rolle. Traditionell befördern die Eisenbahnen Güter des Montanbereichs. 1988 waren 57% aller von den Eisenbahnen beförderten Güter Erze und Metalle oder Kohleerzeugnisse. Die Eisenbahnen sind daher besonders abhängig von der Entwicklung in diesem Wirtschaftszweig.

1950 wurden in der Binnenschifffahrt 72 Millionen t Güter befördert. Infolge der oben erwähnten Ausbaumaßnahmen der Binnenwasserstraßen wuchs das Beförderungsaufkommen in diesem Verkehrszweig sehr schnell an. 1966 wurden erstmals mehr als 200 Millionen t Güter im Jahr auf Flüssen und Kanälen transportiert. In den letzten Jahren stagnierte dagegen das Transportaufkommen, 1988 beförderten die Binnenschiffer 233 Millionen t Güter auf bundesdeutschen Wasserstraßen, davon über 80% im Rheinverkehr. Aufgrund der starken Witterungsabhängigkeit der Binnenschifffahrt – sowohl bei Hoch- als auch bei Niedrigwasser ist der Schiffsbetrieb Beschränkungen unterworfen – schwankt die jährliche Transportmenge teilweise erheblich.

Ebenso wie die Eisenbahn ist die *Binnenschifffahrt* ein klassischer Massengutverkehrsträger. Sie kann große Gütermengen über weite Entfernungen zu vergleichsweise geringen Frachtkosten transportieren. Kriterien wie etwa die Transportgeschwindigkeit spielen hierbei nur eine untergeordnete Rolle. Rund die Hälfte des Transportaufkommens in diesem Verkehrszweig nimmt die Beförderung von Steinen und Baustoffen sowie von Erzen und Metallen einschließlich der Metallabfälle ein. Ebenfalls von Bedeutung ist der Transport von Mineralölerzeugnissen, der seit Anfang der 50er Jahre stark angestiegen ist. Eine entgegengesetzte Entwicklung fand im Kohletransport statt, heute ist nur noch jede zehnte beförderte Tonne auf den Binnenwasserstraßen Kohle.

Von der Sommerfrische zum Massentourismus – Reisen als Teil des modernen Lebens

Christine Flachmann

Das Bildungsideal der Aufklärungszeit beinhaltet Reisen als eine Möglichkeit der Bildung. Aus unserer heutigen Sicht ist diese Erkenntnis jedoch sicherlich zu erweitern: Reisen bringt Erholung, Reisen macht Spaß, Reisen fördert Geschäftsverbindungen.

Im Anstieg der Reisen und in den *Veränderungen des Reiseverhaltens* der Bundesbürgerinnen und Bundesbürger in den letzten vier Jahrzehnten spiegelt sich der allgemeine soziale und wirtschaftliche Wandel in der Bundesrepublik Deutschland wider. So wurde die Entwicklung des Tourismus und das Verhalten der bundesdeutschen Urlauber durch eine Reihe von Fakten im Zeitablauf geprägt, zum einen nahm die Dauer sowohl der tagtäglichen Freizeit als auch die des Jahresurlaubs zu. Während noch im Jahre 1948 in der Bundesrepublik Deutschland eine wöchentliche Arbeitszeit von mindestens 48 Stunden die Regel war, liegt die Wochenarbeitszeit für viele heute schon unter 40 Stunden.

Mehr Freizeit =
mehr Reisezeit



*Karibik-Strand – der Urlaubstraum
vieler Touristen*

Foto: dpa

Gab es vor 40 Jahren im Durchschnitt 12 Tage Mindesturlaub, so sind es heute 29 Tage. Die Möglichkeiten der Arbeitszeitverkürzung wie Job-Sharing und die höhere Flexibilisierung der allgemeinen Arbeitszeitstruktur (Teilzeitarbeit) haben die Möglichkeiten der Nutzung von Freizeit- und Fremdenverkehrseinrichtungen gesteigert. Auch vom früheren Eintritt in den Ruhestand und von der Reisefreudigkeit der junggebliebenen Rentnerinnen und Rentner, die in den nächsten Jahren immer größer werden wird, profitiert der Tourismus. Noch in den 50er Jahren bestimmte die Arbeitszeit nahezu ausschließlich den Tagesablauf. Heute zeigt sich eine deutliche Verlagerung zum Freizeitbereich hin. Die Zunahme der jährlichen Freizeit hat dazu geführt, daß die Reiseintensität der Bevölkerung kontinuierlich gestiegen ist. Anfang der 60er Jahre unternahm nur jeder Vierte eine Urlaubsreise, heute ist es mehr als jeder Zweite. Dabei ist eine Zunahme von Zweit- und Drittreisen bzw. von Kurzurlaubsreisen zu verzeichnen.

Zum anderen stieg in dieser Zeit das durchschnittliche Haushaltseinkommen und dadurch der Wohlstand für breite Bevölkerungsschichten kontinuierlich an, wobei ein immer größerer Anteil des Haushaltseinkommens für Freizeit und Urlaub ausgegeben werden konnte.

Der *Tourismus* ist heute eine wichtige Komponente unseres gesellschaftlichen Wertesystems und ein Charakteristikum unseres Lebensstils. Die Grundwerte einer freien Gesellschaft, wie die Betonung der Freiheit des Individuums und Weltoffenheit, waren günstige Voraussetzungen für die Ausweitung des Fremdenverkehrs. Zudem ist das Bedürfnis nach einer sinnvollen Freizeitgestaltung gestiegen, bei dem auch der Urlaub als Form der Regeneration und Erholung einen immer größeren Stellenwert einnimmt. Erfolgserlebnisse werden nicht mehr allein nur bei der Arbeit gesucht, zumal in vielen Bereichen die Automatisierung und die vielfach als anonym empfundene Arbeitsumwelt zu einer Entfremdung zwischen den Beschäftigten und ihren Produkten geführt hat. Die Zufriedenheit der Menschen hängt vermehrt von Erfolgserlebnissen außerhalb des Arbeitsprozesses ab. Alle diese Fakten haben dazu beigetragen, daß immer mehr Bundesbürgerinnen und Bundesbürger reisen. Seit den 50er Jahren hat sich die Anzahl der Bundesbürger, die eine oder mehrere Reisen im Jahr unternehmen, verdreifacht. Einst gingen 9,3 Millionen Deutsche auf Reisen, heute sind es 31,6 Millionen.

Eine zunehmende *Liberalisierung der Reisemöglichkeiten* erleichterte dabei den »Aufbruch in fremde Länder«: Innerhalb der Europäischen Gemeinschaften war eine größere Freizügigkeit im Paß- und Meldewesen zu beobachten, und



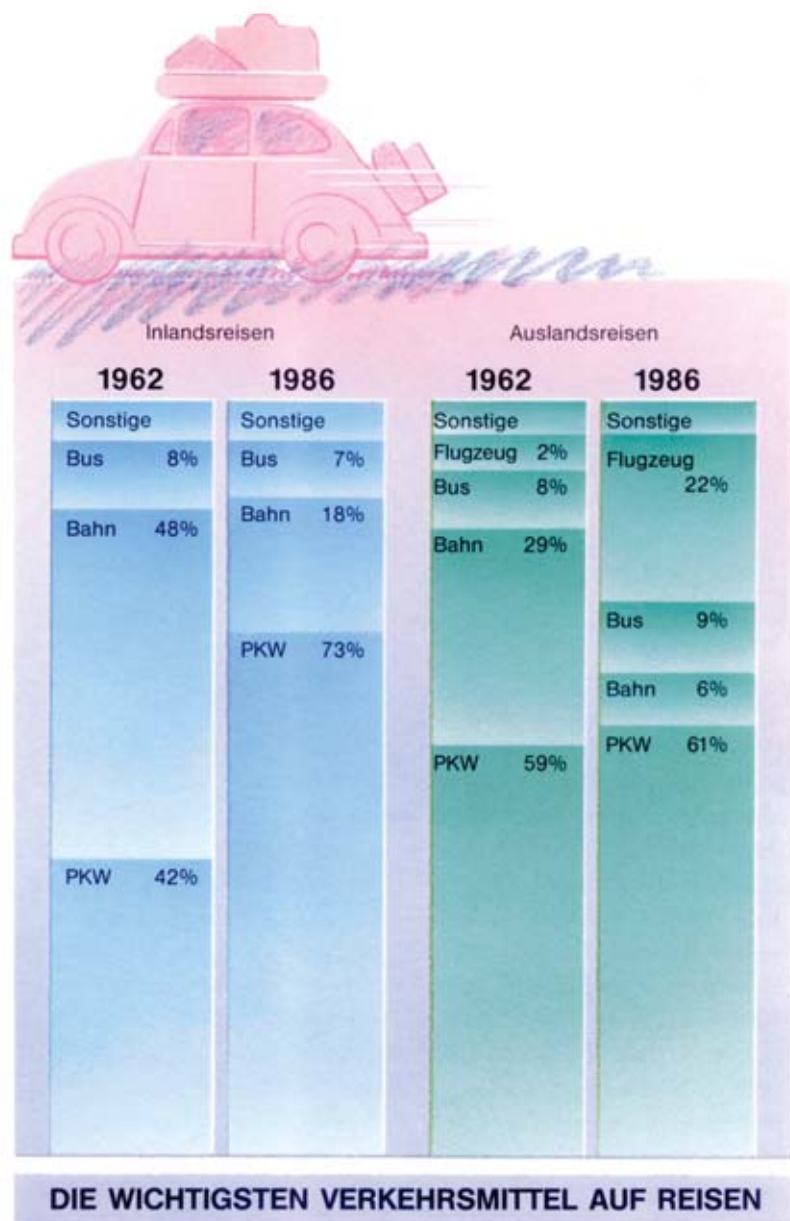
Die Urlaubsplanung begann auch 1952 mit dem Studium von Reiseprospekten

Foto: Ullstein

der Visumzwang wurde weitgehend abgebaut. Internationale Finanzierungs- und Kreditsysteme, wie z. B. das »Eurocheque-System«, machten eine Auslandsreise einfacher und das Mitführen einer »Reisekasse« sicherer. Ebenfalls zur Sicherheit des Touristen gibt es heute ein Reiserecht, das den Reiserücktritt sowie Leistungsmängel regelt, sowie ein breites Angebot an Reiseversicherungen (Gepäck-, Unfall-, Kranken-, Haftpflicht- und Reiserücktrittsversicherung und Rückführungsdienste).

Die Vorbereitung des Urlaubs ist einfacher geworden: ein großes Sortiment an Reiseführern, Straßenkarten, Werbeprospekten etc. steht heute über nahezu jedes Land der Welt zur Verfügung. Viele Reisewünsche werden durch die Länderberichte in Rundfunk und Fernsehen geweckt. Informations- und Servicestellen der in- und ausländischen Frem-

denverkehrsämter informieren jedermann über Reiseweg, Reiseziel und Unterkunft. Weitere Barrieren, in fremde Regionen vorzudringen, wurden dadurch abgebaut. Kommerzielle Reisebüros entwickelten leicht verständliche Angebotskataloge und Prospekte, die jedem Reiseinteressierten eine gewisse Marktübersicht und -transparenz verschafften, was ebenfalls den Zugang zu den Urlaubszielen und die internationale Mobilität erleichtert hat. Sprachkenntnisse, die früher weniger ausgebildet waren, sind heute kaum noch »Hemmschwellen« für Auslandsreisen. In den wichtigsten Tourismuszentren kann man sich in Deutsch oder Eng-



lich verständlich machen; Grundkenntnisse der englischen Sprache werden heute jedem Schüler vermittelt.

Die Staaten der Erde sind durch schnellere Nachrichtenübermittlung näher zusammengedrückt; über Telefon oder Telex ist eine Kontaktaufnahme jederzeit möglich. Das hat dazu beigetragen, daß die internationalen Verflechtungen im Dienst- und Geschäftsverkehr gestiegen sind. Der internationale Handel hat zu einem deutlichen Anstieg der Geschäftsbeziehungen und damit des Geschäftsreiseverkehrs geführt.

In den letzten vier Jahrzehnten war zudem eine ständig wachsende Motorisierung zu beobachten, die die Entstehung und Ausbreitung des Massentourismus weiter begünstigt hat. Die *Mobilität der Bevölkerung* ist seit dem Zweiten Weltkrieg stark gestiegen. 1950 kamen auf 1 000 Einwohner 40 motorisierte Fahrzeuge, im Jahre 1988 waren es 570. Insgesamt erhöhte sich die Anzahl der Personennwagen von 540 000 im Jahr 1950 auf 28,9 Millionen im Jahr 1988. Damit stieg die Bedeutung des Pkw für Urlaubsreisen. Einher mit dieser Entwicklung ging der Ausbau eines dichten Straßen- und Autobahnnetzes wodurch die Erschließung abgelegener Gebiete für den Reiseverkehr möglich wurde. Im Eisenbahnverkehr hat die technische Entwicklung zu schnelleren Reisen und zur Erweiterung des Aktionsradius der Urlauber beigetragen.

Eine weitere Grundlage für den modernen Massentourismus wurde in den 50er Jahren durch die Einführung der Großraum-Jets geschaffen. Nach dem Zweiten Weltkrieg verbrachte die Mehrzahl der Bundesbürgerinnen und Bundesbürger den Urlaub im eigenen Land. Anfang der 60er Jahre breitete sich der Reiseverkehr auf die angrenzenden ausländischen Reisegebiete aus. Heute zieht es bereits zwei Drittel der Bundesbürger ins Ausland, wobei neben südeuropäischen Reisezielen zunehmend Fernreisen bevorzugt werden.

Die zunehmende Motorisierung der Bevölkerung hat in den letzten Jahrzehnten nicht nur zu einem immer stärkeren *Anschwellen der Reiseverkehrsströme* geführt; auch in der Wahl des Verkehrsmittels für Urlaubsreisen hat sich ein grundlegender Wandel vollzogen. Die Bedeutung der Eisenbahn bei Inlands- und Auslandsreisen hat stark abgenommen. Stattdessen wird besonders bei Inlandsreisen Urlaub immer häufiger mit dem eigenen Auto angetreten, ein Grund für die zunehmende Belastung unserer Straßen in den Hauptreisemonaten. Geht die Reise ins Ausland, so entscheiden sich immer mehr Urlauber für das Flugzeug, das sie bequem und schnell an ihre Reiseziele bringt.

Motorisierung
ermöglicht
Massentourismus

Mit Goggomobil und Zelt
ins Grüne –
Urlaubsvergnügen 1955

Foto: Ullstein



Bettenberg und Touristenschwemme

Erst der wirtschaftliche Aufschwung der 50er und 60er Jahre kurbelte den Tourismus wieder an. In den Städten begann der Wiederaufbau und Neubau von Hotels, in ländlichen Gebieten erfolgte der Um- und Ausbau von Gasthöfen, die ersten Infrastrukturprojekte, wie z. B. Schwimmbäder und Kurhäuser entstanden. Vor allem in den traditionellen Urlaubsregionen – an der Nord- und Ostsee sowie in den Alpen – wurden Gasthöfe, Pensionen und Hotels rasch wieder aufgebaut.

Zwischen 1950 und 1960 verdoppelte sich die *Beherbergungskapazität* in der Bundesrepublik Deutschland. 1952 wurden rund 461 400 Betten angeboten, 1960 waren es bereits 988 200 Betten. Bis 1970 kamen noch weitere 500 000 Einheiten hinzu. 1980 wurde die Zwei-Millionen-Grenze überschritten. Heute gibt es ungefähr 1,8 Millionen Betten im Beherbergungsgewerbe, wobei allerdings das Angebot von Häusern mit weniger als neun Betten seit 1981 in der Statistik nicht mehr enthalten ist. Einschließlich dem Bettenangebot in diesen kleineren Häusern und den in Privatquartieren, würde die Zwei-Millionen-Grenze weit überschritten.

Nachdem in den 50er und 60er Jahren vor allem der Neu- und Ausbau von Beherbergungskapazitäten in den traditionellen Unterkunftsformen wie Hotels, Pensionen, Gasthöfen im Vordergrund stand, traten in den 70er Jahren *neue Betriebsarten im Beherbergungsgewerbe* auf; dazu gehörten das »Hotel garni« sowie Ferienhäuser und -wohnungen. In den 80er Jahren entstanden zudem im Rahmen größerer Bauprojekte Feriencentren. Gleichzeitig verloren andere Be-

triebsformen an Attraktivität, besonders Pensionen, deren Zahl zwischen 1960 und 1988 um mehr als die Hälfte abnahm. Insgesamt gab es 1960 gut 42200 Beherbergungsbetriebe, deren Anzahl sich bis 1980 um mehr als ein Viertel auf 56000 erhöhte.

1988 gab es ungefähr 48000 überwiegend kommerzielle Beherbergungsbetriebe. Diese aktuellsten Zahlen berücksichtigen allerdings nicht mehr die privaten Beherbergungsbetriebe, deren Einbeziehung die Gesamtzahl der Betriebe auf etwa 60000 erhöhen würde. Seit 1960 hat sich zudem die Betriebsgrößenstruktur stark gewandelt. 1960 kamen auf einen Beherbergungsbetrieb 26 Betten, 1970 32 Betten, 1980 38 Betten und 1988 37 Betten, wiederum ohne Privatquartiere. Im Hotelgewerbe war die Tendenz zu größeren Betriebseinheiten besonders drastisch. 1960 wurden in Hotels durchschnittlich 18 Betten gezählt, 1970 35 Betten, 1980 45 Betten und 1988 55 Betten.

Neben der Differenzierung der Übernachtungsmöglichkeiten, die sich seit dem Aufkommen des Tourismus herausgebildet haben, ist noch eine weitere Differenzierung des touristischen Angebots in den letzten Jahren zu beobachten. Das Angebot für Reisende beschränkt sich heute nicht mehr nur auf Übernachtung und Essen, sondern es bietet oft viel mehr: eigene Sport- oder »Trimm-dich« Einrichtungen, Sauna, Solarium, medizinische Kureinrichtungen, Räume für Konferenzen, Tagungen o.ä. Teilweise ist das Vorhandensein dieses zusätzlichen Angebotes ausschlaggebend bei der Wahl einer Unterkunft. Dementsprechend beliebt sind die neuen Tourismusformen wie Club- und Action-Urlaub, Studienreisen, Ferien auf dem Bauernhof, Sprachreisen, Abenteuer- und Singlereisen. Mit der Zeit verbesserte sich auch das Angebot an touristischer Infrastruktur wie Freizeit-Parks, Museen, historische Bauwerke und Denkmäler, attraktive Wintersportorte u. a.

Ebenso wie im Beherbergungssektor gibt es seit 1950 eine große Anzahl von Wieder- und Neueröffnungen im Gaststättengewerbe, das ebenfalls – besonders in Reisegebieten und Großstädten – vom Tourismus profitiert. Das *Gastgewerbe* hat sich dabei in den letzten vier Jahrzehnten zu einem wichtigen Arbeitgeber entwickelt. 1985 wurden fast 840000 Beschäftigte in 187000 Unternehmen gezählt. Für die Beschäftigungssituation im Gastgewerbe ist ein hoher Anteil an Frauen kennzeichnend. Der Anteil der Teilzeitkräfte und der ausländischen Arbeitnehmer ist größer als im Durchschnitt der übrigen Wirtschaftsbereiche.

Bei der Entstehung der Bundesrepublik Deutschland waren zunächst Inlandsreisen besonders beliebt. Zwischen 1952 und 1988 vervierfachten sich die Übernachtungszahlen

Inländische Reisegebiete nach wie vor beliebt

im deutschen Fremdenverkehr von 59 Millionen auf 234 Millionen. Die Übernachtungen von Inländern waren dabei 1988 mit 204 Millionen dominierend. Bis Anfang der 80er Jahre gingen mehr als 90% der Übernachtungen auf das Konto von Inländern. Erst in den letzten acht Jahren konnte der Ausländeranteil bei den Übernachtungen ausgeweitet werden. Er betrug 1988 rund 15%. Gründe für diese Entwicklung dürften vor allem in der Zunahme des internationalen Geschäftstourismus und in den verstärkten Werbemaßnahmen der Bundesrepublik Deutschland im Ausland liegen. Unmittelbar nach dem Krieg kamen die meisten ausländischen Gäste aus den Ländern der Besatzungsmächte. Spitzenreiter waren die Vereinigten Staaten, gefolgt von Großbritannien und Nordirland. Frankreich folgte den Niederlanden an vierter Stelle und dies blieb bis in die 70er Jahre so. 1980 hatten die Niederländer dann die Briten überrundet. Immer mehr Gäste kamen aus den südeuropäischen Ländern. Die Zuwanderung von ausländischen Arbeitnehmern aus Spanien, Italien und Portugal führte zu einem vermehrten Zustrom von Verwandten- und Bekanntenbesuchen aus diesen Ländern.

Traditionelle Hauptzielgebiete von Inlandsreisen der Bundesbürger sind das Alpengebiet sowie die Küstenregionen an der Nord- und Ostsee. Auch der Schwarzwald ist ein beliebtes Reisegebiet für längere Urlaubsreisen; daran hat sich in den letzten vier Jahrzehnten wenig geändert. In den letzten Jahren haben von der Attraktivität dieser Fremdenverkehrsregionen allerdings angrenzende Reisegebiete sowie weniger bekannte Fremdenverkehrsorte profitiert.

Die Belastung traditionsreicher Urlaubsorte mit den damit verbundenen Folgeerscheinungen, wie hohen Preisen, Verstädterung der Fremdenverkehrsorte infolge zunehmender Bebauung z.B. mit Ferienwohnungen und Zweitwohnsitzen, hat dazu geführt, daß benachbarte, aber bislang weniger stark besuchte Orte und Reisegebiete stärker frequentiert werden. Neben den Alpen und der Küste, die eher für längere Urlaubsaufenthalte bevorzugt werden, führen die kürzeren Reisen vor allem in die den großen Ballungszentren nahe liegenden Mittelgebirge wie Harz, Eifel, Sauerland und Taunus.

Pauschalreisen

Neben der starken Zunahme der Inlandsnachfrage gewann der *Auslandstourismus* im Laufe der Jahre zunehmend an Bedeutung. In den 60er Jahren wurde das Tourismusangebot im Ausland stark erweitert. Flugtourismus und Pauschalreisen, bei denen Reise und Unterkunft zusammen gebucht werden, waren neben den bereits genannten Gründen für diese Entwicklung ausschlaggebend. Als große und schnelle Flugzeuge auf den Markt kamen, sanken die Flug-



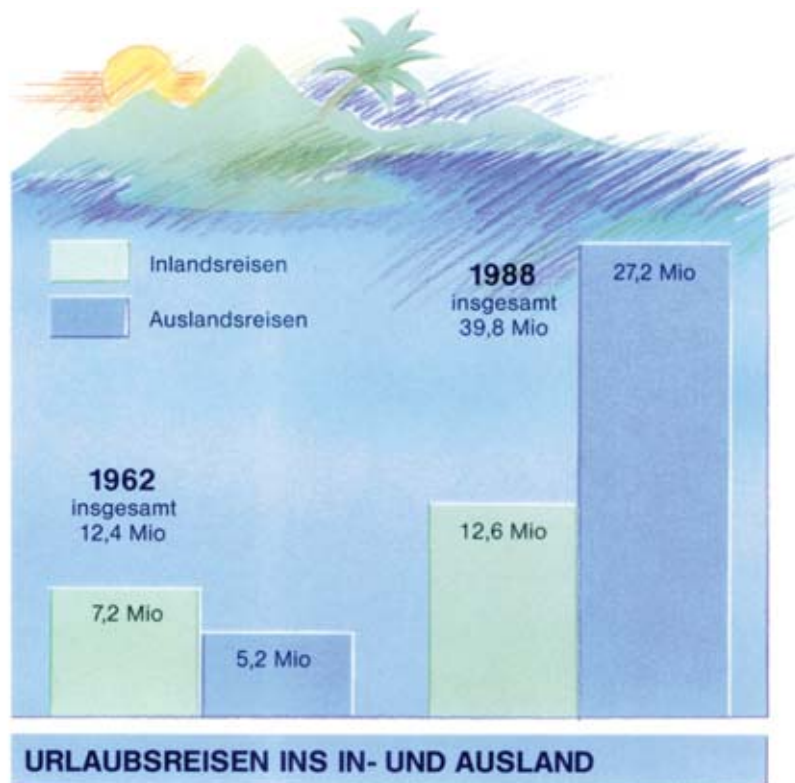
Seit eh und je erfreut sich die deutsche Nordseeküste großer Beliebtheit

Foto: Bildagentur Schuster / Rangnow

preise deutlich. Zu Beginn der 60er Jahre etablierten sich die ersten Charter-Flugunternehmen, die noch preiswertere Flüge anboten. Strapaziöse Anreisen wurden verkürzt. Auf der Anbieterseite stieg allerdings die Kapitalintensität beträchtlich, wodurch Konzentrationsprozesse beschleunigt wurden. Parallel zu der Entwicklung im Flugverkehr wurde der Schiffstourismus und vor allem Kreuzfahrten ab Mitte der 50er Jahre immer beliebter.

Flug- und Schiffsreisen wie auch Pauschalreisen mit Bus und Bahn wurden und werden von Reiseveranstaltern organisiert und durch Reisebüros vertrieben. Nach der Gründung der Bundesrepublik Deutschland traten Reiseveranstalter auf den Markt, die bereits in der Weimarer Republik existiert hatten; daneben traten neue Anbieter hinzu. In den 60er Jahren begannen einige große Versandhäuser sich auf dem Reisemarkt zu etablieren. Als Reaktion darauf schlossen sich immer mehr mittlere Unternehmen zu Reiseveranstaltergruppen zusammen. Trotz der Konzentrationstendenzen bei den Reiseveranstaltern blieb die bisherige Struktur erhalten: Bei den Reisevermittlern überwiegen kleine und mittlere Betriebe. Die Anzahl der Arbeitsstätten im Bereich Reiseveranstaltung und Reisevermittlung hat sich zwischen 1970 und 1987 vervierfacht: 1970 wurden 2566 Arbeitsstätten mit 19490 Beschäftigten gezählt, 1987 waren es 9180 Arbeitsstätten mit 44300 Beschäftigten. Dabei haben die Hälfte aller Arbeitsstätten nur zwei bis vier Beschäftigte. 2165 Arbeitsstätten haben sogar nur einen Beschäftigten.

Flug-, Schiffs- und Busreisen haben in starkem Maße den *Veranstaltertourismus* beeinflusst, zumal solche Reiseformen



individuell nur mit hohem Aufwand zu realisieren sind. Nach Angaben des Studienkreises für Tourismus nahmen 1970 erst 18% aller westdeutschen Touristen ein Reisebüro in Anspruch, 1988 waren es mit 35% bereits doppelt so viele. Die Aufgaben der Reisebüros reichten dabei von der bloßen Beratung über die Organisation einzelner Reisebestandteile

Flug Flight	nach to	über via	planm. scheduled	verspätet delayed
LH 500	SAO PAULO-RIO		1020	
LH 686	TEL AVIV		1020	
LH 1892	BARCELONA		1020	
LH 696	LARNACA		1025	
LH 1392	WARSCHAU		1025	
AA 071	SAN FRANCISCO-DALLA		1030	
RO 275	AMSTERDAM		1030	
DL 023	DALLAS		1035	
LH 556	KINSHASA-DOUALA		1035	
LH 450	LOS ANGELES		1040	
PA 636	BERLIN		1040	
TW 741	PHOENIX-NEW YORK		1045	

**Abflug
Departures**

*Im Minutenabstand
in die ganze Welt*

Foto: Bildagentur Schuster / Gregor

bis hin zum Komplettangebot. Der Anteil der Pauschaltouristen bei den Urlaubs- und Erholungsreisen ist seit den 70er Jahren ständig angewachsen: 1970 reisten 15% »pauschal organisiert«, 1980 waren es 17% und heute sind es 20%.

Der *Pauschalreiseverkehr* bietet einem ganzen Wirtschaftszweig Einkommen und Beschäftigung. Diese Organisationsform des Tourismus wird dabei heute vor allem für den Urlaub in entferntere europäische Reiseländer und für Fernreisen in Anspruch genommen. Hauptreiseland für Pauschalflugreisende ist Spanien; über die Hälfte aller Pauschalflugreisen gehen dorthin. Der Pauschalflugreiseverkehr ermöglicht aber auch den Urlaub in afrikanischen, asiatischen und amerikanischen Staaten und in Australien. Viele Entwicklungsländer sind erst durch den Pauschalflugreiseverkehr touristisch erschlossen worden.

Die Bundesbürger haben sich in den letzten vier Jahrzehnten zu einer der reisefreudigsten Nationen entwickelt. Am *internationalen Tourismus* haben sie einen hohen Anteil. 1987 waren zum Beispiel ein Fünftel aller Touristen in Kenia Bundesbürger, ebenso in Tunesien. Auf den Malediven und in Sri Lanka waren die Bürgerinnen und Bürger der Bundesrepublik Deutschland 1987 mit 28% bzw. 25% am Touristenstrom beteiligt. Nach Israel fahren jährlich etwa 180000 Bundesbürger und nach Thailand 148000. Betrachtet man die absoluten Zahlen, so führen aber – außerhalb Europas – als Zielreiseland immer noch die Vereinigten Staaten. Fast eine Million Reisende werden hier jährlich aus der Bundesrepublik Deutschland registriert, viermal mehr als in Kanada. Auch Reiseländer in Mittel- und Südamerika, wie Mexiko, Brasilien oder Cuba, verzeichnen viele Besucher aus der Bundesrepublik Deutschland. Jährlich besu-

Bundesbürger in alle Welt

Beliebtestes ausländisches Reiseziel ist nach wie vor Italien – hier der vollbesetzte Strand von Riccione

Foto: dpa



Zum Ferienprogramm gehören auch Studienreisen, so zum Beispiel zur Akropolis nach Athen

Foto: Bildagentur Schuster / Jagschies



chen rund 80000 Bundesbürger den australischen Kontinent.

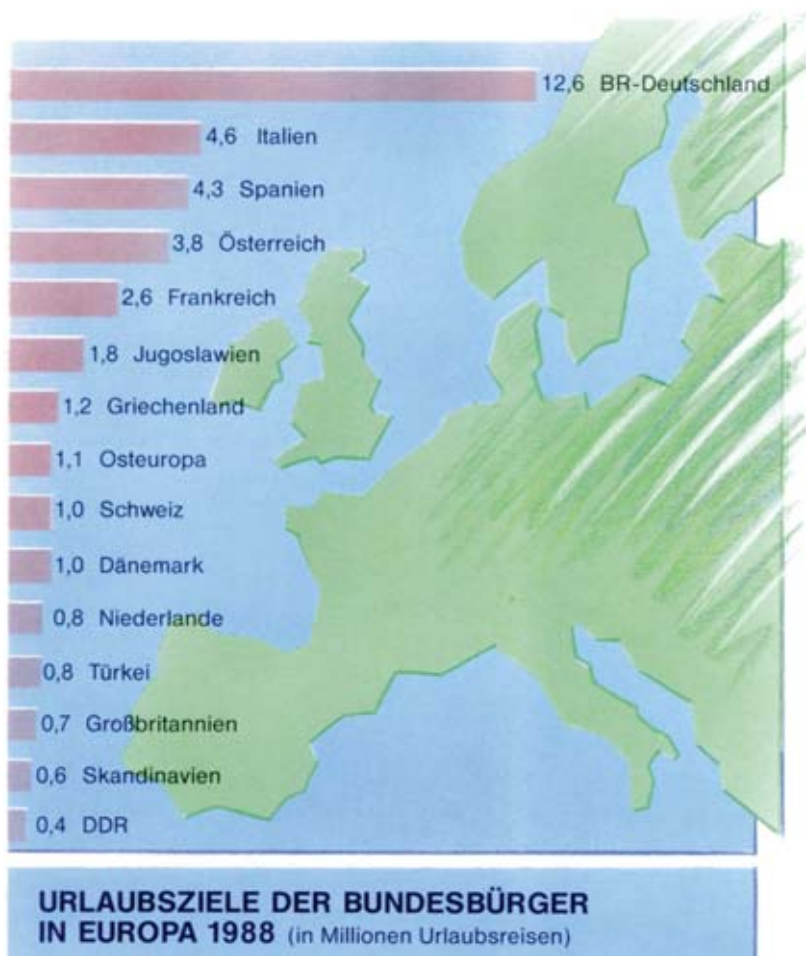
Die Tendenz, häufiger ins Ausland zu reisen, zeigt sich seit den 60er Jahren. 1962 fuhren 5,2 Millionen Bundesbürger ins Ausland, 1988 waren es 27,2 Millionen, also fünfmal so viel. Die Inlandsreisen stiegen dagegen nur von 7,2 Millionen auf 12,6 Millionen. Zwei Drittel aller Reisen führen ins Ausland. Bei den europäischen Zielländern der deutschen Urlauber hat sich im Verlauf der Jahre ein Süd-Nord-Gefälle herausgebildet. Betrachtet man die touristischen Zielländer der Bundesbürger zudem im einzelnen, kann man eine *unterschiedliche Attraktivität verschiedener europäischer Staaten* für deutsche Urlauber erkennen, allerdings mit gewissen Schwankungen waren Österreich und Italien in den 50er und 60er Jahren die wichtigsten Reiseziele, favorisierten die Deutschen in den 80er Jahren vor allem auch Spanien, Frankreich und Griechenland. Neuerdings erfreut sich auch die Türkei steigender Beliebtheit. Damit zählen die Staaten Südeuropas mittlerweile zu den am meisten frequentierten Reiseländern der bundesdeutschen Urlaubsreisenden.

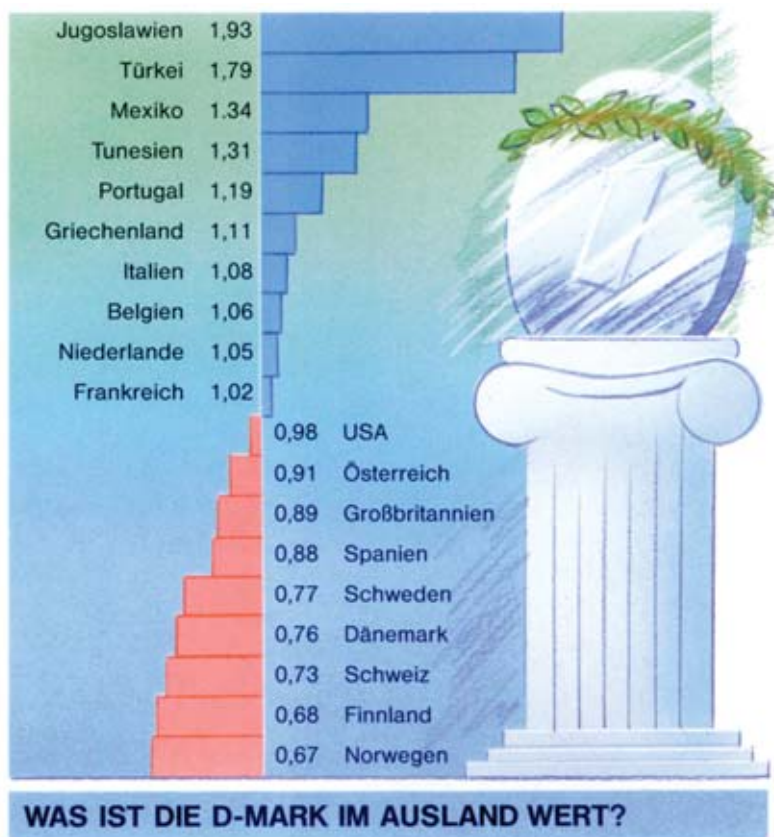
Die beliebtesten Ferienzeile im Ausland – Österreich, Italien und Spanien/ Portugal – vereinigten 1985/86 nach den Ergebnissen des Mikrozensus 53% der Auslandsreisen der Bundesbürger auf sich. Spitzenreiter war dabei Österreich mit einem Anteil von 19%, dicht gefolgt von Italien mit 18% und Spanien/Portugal mit 16%. Andere wichtige Zielländer waren Jugoslawien (9%) und Frankreich (7%). Alle übrigen Zielländer hatten einen Anteil von jeweils weniger als 5%.

Für Urlaubs- und Geschäftsreisende, die ins Ausland fahren, sind die Lebenshaltungskosten des jeweiligen Landes von besonderem Interesse. Dazu muß die Kaufkraft der D-Mark im Ausland bekannt sein, die dem Reisenden sagt, wieviel er für eine Mark im Reiseland seiner Wahl kaufen kann, d.h. wie viele inländische Geldeinheiten erforderlich sind, um die gleichen Gütermengen bestimmter Qualität im Inland zu erwerben, die man im Ausland für eine ausländische Geldeinheit erhält. Diese Kaufkraft wird einerseits aus den Devisenkursen und andererseits aus den jeweiligen Preisen derjenigen Waren und Dienstleistungen errechnet, die von deutschen Urlaubs- und Geschäftsreisenden üblicherweise gekauft werden.

Gegenüber anderen Währungen ist die D-Mark im Zeitablauf stabil geblieben, wodurch die Lebenshaltungskosten in anderen Ländern für die deutschen Urlauber oft niedrig waren. Ein Grund mehr, in den letzten vier Jahrzehnten verstärkt, Auslandsreisen zu unternehmen.

Günstige
Wechselkurse –
günstige
Auslandsreisen





Nach Angaben der Deutschen Bundesbank haben sich die Ausgaben im Reiseverkehr allein im Zeitraum 1971 bis 1987 fast vervierfacht. 1971 flossen 11,8 Milliarden DM ins Ausland, 1980 gaben die Bundesbürger 31,5 Milliarden DM und 1987 42,4 Milliarden DM im Ausland aus. Die Ausgaben wurden dabei 1987 zu mehr als drei Viertel im Reiseverkehr mit europäischen Staaten getätigt. Italien (7,1 Milliarden DM), Österreich (6,8 Milliarden DM) und Spanien (5,2 Milliarden DM) waren die Länder, die vom Reiseverkehr mit der Bundesrepublik Deutschland am meisten profitierten. Außerhalb Europas sind es die Vereinigten Staaten, die seit Jahren die höchsten Einnahmen aus dem Reiseverkehr mit der Bundesrepublik Deutschland haben.

Den hohen Reiseausgaben standen 1971 Einnahmen in Höhe von nur 4,6 Milliarden DM gegenüber. Bis 1987 konnten die Einnahmen allerdings auf 13,9 Milliarden DM gesteigert werden. Einnahmequelle für die Bundesrepublik Deutschland waren in den 70er Jahren vor allem Reisen von Franzosen, Niederländern und Österreichern in die Bundesrepublik Deutschland. In den 80er Jahren haben allenfalls die Einnahmen aus dem Reiseverkehr mit Dänemark und den Vereinigten Staaten an Bedeutung gewonnen.



*Beliebt bei Jugendlichen –
Rucksackurlaub*

Foto: Bildagentur Schuster / Swik

Seit dem Zweiten Weltkrieg hat sich der Tourismus zu einem *Massenphänomen* entwickelt, an dem alle sozialen Schichten teilhaben. Vor allem die sozial- und wirtschaftspolitischen Maßnahmen, wie tariflich geregelte Arbeitszeiten und Urlaubsansprüche sowie steigende Löhne und Gehälter, sorgten dafür, daß in den vier Jahreszeiten nach dem Zweiten Weltkrieg für viele Bevölkerungsschichten ein Erholungsurlaub zeitlich durchführbar und finanziell erschwinglich wurde.

Nur jeder vierte Arbeiter leistete sich 1962 eine Urlaubsreise, zwanzig Jahre später war es bereits nahezu jeder zweite. Die Reisefreudigkeit der Angestellten stieg zwischen 1962 und 1981 von 50% auf 67%, die der Auszubildenden hat sich innerhalb von neun Jahren von 31% (1972) auf 35% (1981) erhöht.

Aus dem Altersaufbau der Bundesrepublik Deutschland resultieren ebenfalls Veränderungen im Tourismus. So ist die Teilnahme an Nah- und Fernreisen für die Mehrzahl der Jugendlichen zwischen 14 und 25 Jahren zum selbstverständlichen Bestandteil ihrer Freizeit geworden. Das Deutsche Jugendherbergswerk ist dabei eine der wichtigsten Institutionen für die jungen Menschen. Die Anzahl der Ju-

Massenphänomen Tourismus

gendherbergen und die Zahl der Übernachtungen spiegeln die Entwicklung des *Jugendtourismus* wider.

Nach dem Zweiten Weltkrieg zählte man 275 Jugendherbergen, in denen 1,2 Millionen Übernachtungen gezählt wurden. Bereits im Verlauf der 50er Jahre expandierte der Jugendtourismus so stark, daß 1956 bereits 711 Jugendherbergen und 7,7 Millionen Übernachtungen registriert wurden. In den 60er und 70er Jahren ging dann die Zahl der Jugendherbergen zurück; dennoch wurde 1979 eine Rekordzahl von 11,3 Millionen Übernachtungen in Jugendherbergen gemeldet. Die sinkenden Geburtenraten treffen nun in zunehmenden Maße den Jugendtourismus, so daß die Bettenkapazität in den Jugendherbergen bereits reduziert werden mußte.

Immer mehr treten kleinere Unternehmen auf, die »alternative« Reisen anbieten. Wichtige Formen des Jugendtourismus sind Schul-, Sprach- und Bildungsreisen, Jugendaustausch sowie Hobbyreisen, ferner reine Freizeit- und Erholungsreisen.

Der Abnahme des Anteils jüngerer Menschen an der Bevölkerung steht ein wachsender Anteil älterer Menschen gegenüber. Diese Senioren, empfinden die Freiheit des Reisens als großen Zugewinn und erfüllen sich mit der Buchung einer Reise einen lange ersehnten Wunsch. Die Teilnahme am Ferntourismus wird vielen Menschen, die vor dem Zweiten Weltkrieg geboren sind, heute erst möglich, während jüngere Menschen das Reisen heute als selbstverständlich ansehen. Charakteristisch für den *Seniorentourismus* ist, daß er auch in der Vor-, Nach- und Zwischensaison stattfindet, da die sich zumeist im Ruhestand befindenden älteren Menschen nicht an Schul- oder Betriebsferien in den Sommermonaten gebunden sind. Drei Fünftel aller älteren Reisenden verbringt ihren Urlaub in den »klassischen« Reisegebieten im Alpenraum sowie an der Nordsee- und Ostseeküste. Im Vergleich zu anderen Altersgruppen führt ein hoher Anteil ihrer Reisen in die DDR, was die häufig noch engen verwandtschaftlichen Bindungen der älteren Bundesbürgerinnen und Bundesbürger zu Bürgerinnen und Bürgern der DDR widerspiegelt.

Der Ausbau der Sozialversicherung hat einem weiteren Personenkreis ermöglicht, am Tourismus, konkret: am *Kur-tourismus*, teilzunehmen. So ist bereits seit 1957 der Präventivgedanke der Kur im Rentenversicherungsrecht gesetzlich verankert. Neben der Wiederherstellung der Gesundheit werden Kuren als Vorbeugungsmaßnahmen angesehen. 1960 nutzten bereits ca. drei Millionen Menschen die Möglichkeit, eine Kur zu machen, diese Zahl stieg bis 1970 auf 4,5 Millionen an. Bis 1980 kamen nochmals zwei Millionen

Kur-
tourismus

Kurgäste hinzu, 1987 betrug die Anzahl der Kurgäste 8,2 Millionen. Charakteristisch für das Kur- und Bäderwesen ist die lange Aufenthaltsdauer, die in den 60er Jahren bei durchschnittlich 18 Tagen lag. Ende der 70er und Anfang der 80er Jahre wurden die Möglichkeiten, Kuren zu beantragen, teilweise eingeschränkt (Rentenanpassungs-, Krankenversicherungs-, Kostendämpfungsgesetz usw.). Das verursachte allerdings nur einen kurzfristigen und geringen Rückgang der Kurgastzahlen, dafür aber einen Rückgang der durchschnittlichen Aufenthaltsdauer, die heute bei 14 Tagen liegt. Immer mehr Gäste zeigen gesundheitsbewußtes Verhalten im Urlaub und nutzen intensiv die natürlichen Heilfaktoren der Kurorte. Das attraktive Spektrum der Kurorte mit ihren Angeboten für Gesundheit, Fitneß und Erholung wird bei den Privatzählern sehr geschätzt.

An die weitere Entwicklung des Tourismus sind unterschiedliche Erwartungen geknüpft. Die Touristikbranche erhofft sich von mehr Freizeit und veränderten Arbeitszeiten ein höheres Reiseaufkommen. Dies könnte sich darin zeigen, daß die Bundesbürger mehrmals im Jahr Urlaub machen, vermehrt Kurzreisen, aber auch zunehmend Ausflüge in die Naherholungsgebiete unternehmen. Der zunehmende technische Fortschritt, der fast alle Bereiche, des privaten und geschäftlichen Lebens durchdringt, wird sich ebenfalls auf den Tourismus auswirken. Weitere Verbesserungen im Transportwesen, wie schnellere Großraumflugzeuge und Eisenbahnstrecken, werden die Reisezeiten verkürzen.

Im Bereich der Tourismusindustrie führt der technische Fortschritt in der Bürokommunikation zu neuen Beratungs- und Reservierungsmethoden wie START, Btx, EDV usw. Um konkurrenzfähig zu bleiben, hat ein starker Verdrängungswettbewerb bei den Reiseveranstaltern stattgefunden, verbunden mit einer steigenden Zahl von Konkursen und einer zunehmenden Konzentration. Kleinere und mittlere Unternehmen haben es immer schwerer, sich gegenüber den großen Reiseveranstaltern zu behaupten.

Zunehmend rücken die ökologischen und sozialen Folgekosten der Wachstums-Branche Tourismus in den Mittelpunkt von Analysen. Seit einiger Zeit gibt es beeindruckende Fallstudien über den Umfang der Umweltschäden, die durch den Tourismus verursacht werden. Aufgrund dieser Erkenntnisse wird deshalb mehr und mehr alternativer oder *sanfter Tourismus* gefordert. Die Diskussion der Umweltfolgen des Tourismus hat vereinzelt schon Einfluß auf das Verhalten von Touristen gehabt und zur Berücksichtigung von Umweltaspekten bei einzelnen Projekten z. B. bei der Planung von Ferienparks, beigetragen.

Zukünftige Entwicklungen

Trotz der zunehmenden Kritik am Tourismus ist jedoch kaum zu erwarten, daß die Bundesbürgerinnen und Bundesbürger weniger verreisen werden. Streß und Hektik des Alltags, die Verstädterung, die Anonymität des Lebens in den Großstädten sowie die Sterilität einzelner Stadtbilder oder Wohnanlagen werden weiterhin bei vielen Menschen das Bedürfnis nach Natur, Landschaft, nach neuen zwischenmenschlichen Begegnungen und Erholung wachhalten.

Vom Kino zum Heimkino – Möglichkeiten der Freizeitgestaltung

Walter Schwab und Volker Kordsmeyer

Nie zuvor hatten die Bundesbürger soviel Freizeit wie heute – nie zuvor verfügten sie über ein derart breitgefächertes Angebot an Möglichkeiten zur Gestaltung ihrer Freizeit.

Was für den einen der Fußballplatz, Illustrierte und Videofilm sind – das können für den anderen Kino- und Theaterbesuch, Buch und Museum sein.

Neben der Arbeitszeit hat die Freizeit einen wirtschaftlich und gesellschaftlich hohen Stellenwert erreicht.

In den ersten Nachkriegsjahren verlangte der Wiederaufbau zunächst von jedem Einzelnen die volle Konzentration auf die Sicherung der materiellen Lebensgrundlagen Ernährung, Bekleidung und Wohnung. Die 6-Tage-Arbeitswoche war die Regel. Zur täglichen Arbeitszeit kam ein hoher Zeitaufwand für den Weg zum Arbeitsplatz und zurück, der oft



*Jugendliche in einem Straßencafé
1956*

Foto: bpk / Timpe

auch bei größeren Entfernungen zu Fuß oder mit dem Fahrrad zurückgelegt wurde. Das Netz der öffentlichen Verkehrsmittel mußte erst wieder aufgebaut werden. Ein eigener Pkw stand zunächst nur wenigen Privilegierten zur Verfügung.

Die Mitarbeit am Wiederaufbau vermittelte ein Selbstwertgefühl, das oft durch das Leben in Lagern und ausgebombten Städten, vor allem aber durch Flucht, Vertreibung, Kriegsgefangenschaft und Besatzungszeit abhanden gekommen war. Die Arbeit ließ vieles vergessen, sie schuf neue Werte und brachte Anerkennung. Erst als sich durch den Marshallplan und die soziale Marktwirtschaft das »Wirtschaftswunder« Anfang der 50er Jahre abzuzeichnen begann, als man auf das inzwischen Erreichte zurückblicken konnte, setzte eine Rückbesinnung auf andere Werte ein, die außerhalb der Arbeitswelt lagen. Die Freizeit, die zunächst nur als Erholungszeit zur Wiedererlangung der vollen Arbeitskraft gesehen wurde, trat nach und nach gleichberechtigt neben die Arbeitszeit.

Die Trennlinie zwischen Arbeitszeit und Freizeit war von Anfang an unscharf und ist es geblieben. So ist z. B. ein Großteil des Wohnraumes nach dem Kriege durch Feierabendarbeit geschaffen worden. Die tarifvertraglich geregelte Arbeitszeit kann daher nur sehr bedingt als Gradmesser für die im Verlauf der Jahrzehnte zweifellos zunehmende Freizeit herangezogen werden. Die Einführung der 5-Tage-Woche um die Mitte der 50er Jahre sowie der dann beginnende gleitende Übergang zur 40-Stunden-Woche haben die Möglichkeiten, das kulturelle Angebot in seiner ganzen Vielfalt intensiver zu nutzen, zweifellos erhöht. Andererseits haben gerade die ersten Nachkriegsjahre gezeigt,

»Freizeitbewegungen«
– damals Hula Hoop
heute Aerobic

Foto: Ullstein



Foto: dpa





Mit Phonokoffer und Thermosflasche – junges Paar beim Picknick 1964

Foto: Ullstein

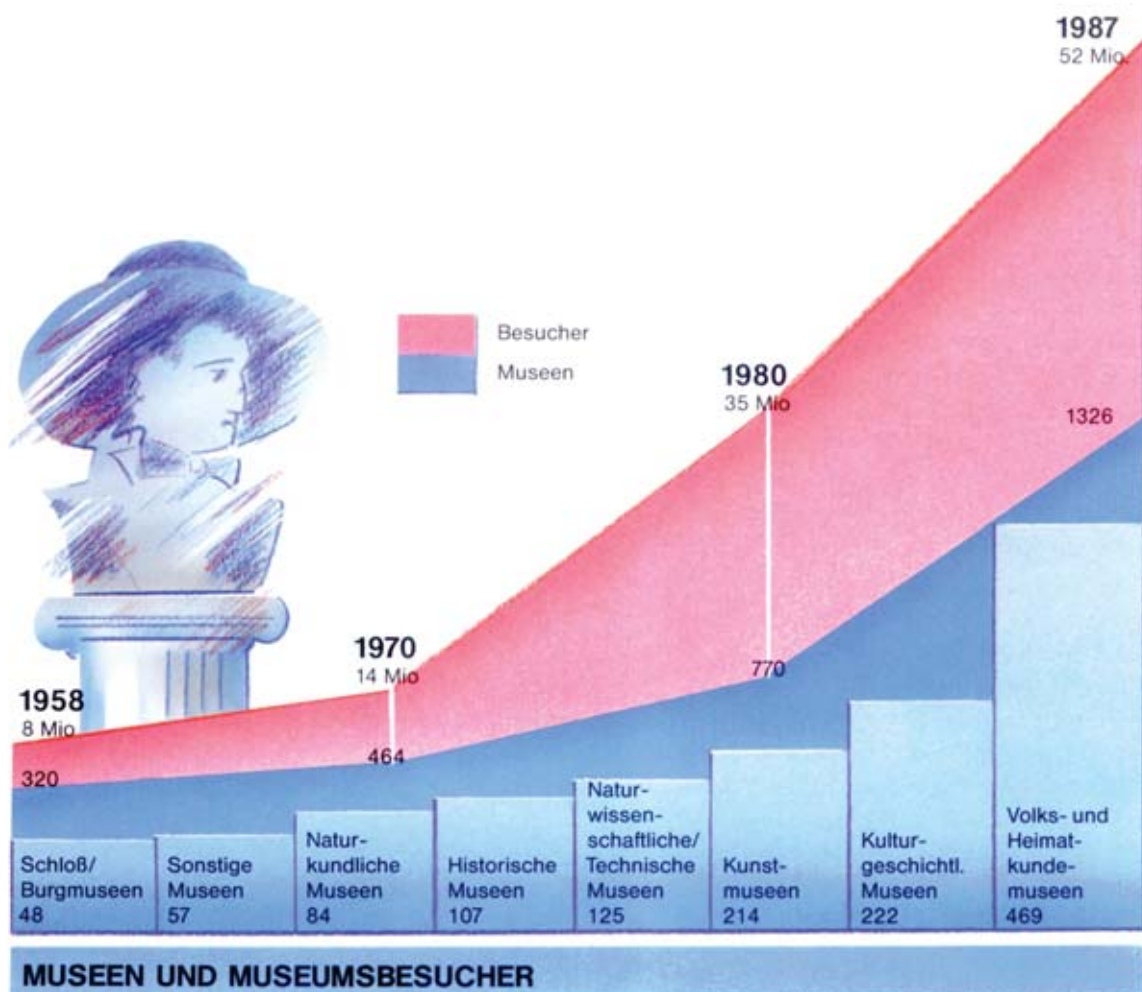
daß das kulturelle Engagement einer Gesellschaft gerade dann besonders groß sein kann, wenn die insgesamt verfügbare Freizeit nur knapp bemessen ist. Die nach wie vor sehr hohe Bedeutung von Kultur wird heute weniger deutlich, nachdem wir uns mit zunehmender Freizeit neue Betätigungsfelder erschlossen haben, so daß die kulturelle Seite unseres Lebens nicht mehr das vorherrschende Gegenstück unserer beruflichen Welt ist. Dennoch hat nach Meinungsumfragen die Teilnahme am kulturellen Leben der Gemeinschaft für viele eine besondere Bedeutung.

Daneben darf auch das erhebliche wirtschaftliche Gewicht der Kultur nicht verkannt werden. Die früher verbreitete Meinung, daß der Sektor Kultur überwiegend nur Fördermittel aus öffentlichen Haushalten empfangt, ohne wesentlich zur Entstehung von Einkommen und Beschäftigung beizutragen, erweist sich bei genauerer Betrachtung als falsch. Neuere Untersuchungen kommen zu dem Ergebnis, daß in unserem Lande derzeit mehr als 680 000 Personen mit der Schaffung, Verbreitung und Bewahrung von Kunst und Kultur befaßt sind und dabei einen Beitrag von 40 Milliarden DM zur Entstehung von Einkommen im Inland schaffen. Vergleiche mit anderen Wirtschaftszweigen zeigen, daß der Kultursektor ebensoviele Arbeitsmöglichkeiten wie das Ernährungsgewerbe bietet und soviel Einkommen schafft wie die Energieversorgung.

Nachfolgend sollen die Veränderungen aufgezeigt werden, die sich im Zuge der 40jährigen Entwicklung von der Nachkriegsgesellschaft zur Industrie- und Freizeitgesellschaft auf einzelnen Gebieten des Kultur-, Unterhaltungs- und Sportsektors ergeben haben.

Wachsender Besucherandrang in den Museen

Die Museen erfreuen sich bereits seit Jahrzehnten eines geradezu sprunghaft steigenden Besucherinteresses. Als Ursachen hierfür werden u. a. der steigende Bildungsstand der Bevölkerung, die nicht zuletzt durch die Medien gesteigerte Weltoffenheit, aber auch das wachsende Bedürfnis vieler Menschen nach Identitätsfindung gesehen. So haben im Jahre 1958, als die Zahl der Museumsbesucher 8 Millionen erreichte, selbst Optimisten sicher nicht den für 1987 ermittelten Wert von 52 Millionen Besuchern erwartet. Dabei muß natürlich auch berücksichtigt werden, daß diese Besucherzahlen ohne eine entsprechende *Ausweitung des Museumsangebots* nicht erreichbar gewesen wären. Allein die Zahl der Museen in Gemeinden mit 20000 und mehr Einwohnern stieg von 320 im Jahre 1958 auf 1326 im Jahre 1987. Entscheidend war jedoch zweifellos, daß es den Museen gelang, das Publikum in gekonnter Weise anzusprechen. So erleben viele Ausstellungen in letzter Zeit geradezu einen Besucheransturm.



Das größte Interesse gilt dabei den Volks- und Heimatkundemuseen, die im Jahre 1987 20% aller Museumsbesucher anzogen; dies ist insbesondere auf die Angst vor dem Verlust regionaler Identität, auf das Gefühl, Heimat zu verlieren, zurückzuführen.

19% aller Museumsbesuche galten 1987 den Kunstmuseen. Naturwissenschaftliche und technische Museen, in die 15% aller Museumsbesuche führten, und naturkundliche Museen, die von 5% der Museumsbesucher besichtigt wurden, stellen problemorientiert Technik in ihrem kultur- und sozialgeschichtlichen Zusammenhang bzw. die natürliche Umwelt des Menschen und ihre Bedrohung dar. In den Schloß- und Burgmuseen, für 13% besonders interessant, sowie den historischen und archäologischen Museen, die von 11% besucht wurden, können sich die Besucher geschichtliches Wissen in der unmittelbaren Begegnung mit den Zeugnissen der Geschichte aneignen.

Das Theater hat wie kein anderer Kulturzweig das Leben der Bürger von der unmittelbaren Nachkriegszeit bis zur Gegenwart als ein Spiegel der »Volksseele« begleitet. Bereits kurz nach dem Zusammenbruch des Dritten Reiches, als die meisten großen Bühnen zerstört oder stark beschädigt waren, spielte wieder eine Vielzahl von kleinen Theaterensembles vor vollen »Häusern«, die oft nur aus provisorisch hergerichteten Gasthaus- oder Gemeindesälen sowie Schulräumen bestanden. Das Aufatmen der Überlebenden sowie das Bedürfnis, den eigenen leidvollen Erfahrungen und einer trostlosen Umgebung wenigstens vorübergehend zu entfliehen, äußerte sich in einem ungewöhnlichen Interesse am Theater. Die vorherrschende Stimmung dieser Zeit wird durch eines der damals gespielten Theaterstücke treffend wiedergegeben: »Wir sind noch einmal davongekommen«.

In den Wiederaufbau der 50er Jahre wurden bald die großen Schauspielhäuser mit einbezogen. Zur allseits angestrebten Normalisierung gehörte die Wiederherstellung des kulturellen Lebens, wie es vor dem Kriege gewesen war. Innerhalb dieses kulturellen Lebens fiel dem Theater eine dominierende Rolle zu. Entsprechend hoch fiel der auf die Theater entfallende Anteil an den kulturbezogenen Wiederaufbauetats des Staates und der Gemeinden aus. Die großen Schauspielhäuser wurden meist in der gleichen aufwendigen Weise wie einstmals wiedererrichtet. Es entstanden auch neue Häuser, zum Teil in Gestalt von modernen Repräsentationsbauten mit einer sehr aufwendigen Bühnentechnik. Hinzu kamen die hohen Ausgaben für die Subventionierung des nach dem Vorbild der Vorkriegszeit wiederaufgebauten Theaterbetriebs, der oft die Hälfte des Kulturetats der Gemeinden verschlang. Im Interesse des kulturellen

Das Theater – Spiegel der Volksseele

Ansehens ihrer Stadt waren die meisten Stadtväter jedoch immer wieder zu Zugeständnissen bereit.

Kritik am Theater wurde erst laut, als im Verlauf der Studentenbewegung Ende der 60er Jahre das Theatersystem und sein Beitrag zu den aktuellen Problemen in Frage gestellt wurde. Diese Kritik ist seitdem nicht mehr verstummt. Dies liegt vor allem daran, daß es den Theatern bisher nicht gelungen ist, mehr als 8 bis 10% der gesamten Bevölkerung als Publikum zu gewinnen. Dieser Personenkreis geht im Durchschnitt 3 bis 4 mal pro Jahr ins Theater. Ein beträchtlicher Teil der öffentlichen Kulturausgaben kommt damit nur einem relativ kleinen Teil der Bevölkerung zugute, der von Kritikern oft als »Bildungsbürgertum« und »Kunstschickeria« apostrophiert wird, die sich auf Kosten der Allgemeinheit »Musentempel« leistet. Eine solche nur nach Verteilungsgesichtspunkten vorgenommene Bewertung wird dem Theater sicher nicht gerecht. So zählen nach Meinungsumfragen gerade diejenigen Menschen, die nur selten ins Theater kommen, den Theaterbesuch zu den Dingen in ihrem Leben, die sie keinesfalls missen möchten.

Mit dem Abschluß der bundesdeutschen Aufbauphase Anfang der 60er Jahre war auch die Expansion der Besucherzahlen an ihre Grenzen gestoßen. Die Theater zählten in der Spielzeit 1949/50 erst 11 Millionen Besucher, 1961/62 waren es fast 21 Millionen. Dann setzte jedoch eine Stagnation ein, der ab 1965/66 ein Publikumsrückgang folgte. Dieser Besucherschwund konnte trotz vieler Versuche bislang nicht aufgeholt werden. Seit Anfang der 70er Jahre schwankt die Zahl der Besucher öffentlicher Theater zwi-



*Moderne Musicals
sind eine Bereicherung
der Kulturszene –
hier ein Ausschnitt
aus dem Musical Cats*

Foto: dpa

schen 16 und 18 Millionen. In der Spielzeit 1986/87 besuchten noch 16 Millionen Besucher eine Theaterveranstaltung, so wenige wie Anfang der 50er Jahre. Oper und Ballett standen für 37% der Besucher auf dem Programm, Schauspiel für 35%, Operette und Musical für 16%.

Ein Blick in die *Aufführungsstatistik* bundesdeutscher Bühnen zeigt, daß in der Nachkriegszeit im deutschsprachigen Schauspiel eindeutig die Klassiker-Inszenierungen dominierten. Dies schließt zwar nicht aus, daß phasenweise bestimmte Gegenwartstücke im Blickpunkt des Interesses standen. Längerfristig überwogen jedoch in den Spielplänen der Theater – sicher auch aufgrund der Erwartungen des Publikums – die klassischen Texte. So waren zwischen 1947 und 1975 die am häufigsten inszenierten Schauspiele: »Minna von Barnhelm« (Lessing), »Faust« (I, II, Urfaust; Goethe), »Der zerbrochene Krug« (Kleist) und »Maria Stuart« (Schiller). Auch im Musiktheater dominierten altbekannte Werke. In der Oper gehörten »Die Zauberflöte« (Mozart), »Die Hochzeit des Figaro« (Mozart) und »Carmen« (Bizet), in der Operette »Die Fledermaus« (Strauß), »Die lustige Witwe« (Lehar) und »Das Land des Lächelns« (Lehar) sowie bei den Musicals »My fair Lady« (Loewe) zu den meistgespielten Werken.

Die Bedeutung des Buches für unsere Gesellschaft läßt sich sicher nicht nur unter mengenmäßigen Gesichtspunkten beurteilen. Dennoch ist es wichtig zu wissen, daß die Bundesrepublik Deutschland nach den USA und der Sowjetunion der drittgrößte Bücherproduzent – gemessen an der Zahl der Buchtitel – ist. 1987 wurden 65 700 Titel aufgelegt, das zweithöchste Jahresergebnis nach 1980. Dabei stand die Belletristik eindeutig im Vordergrund. Jeder siebte Buchtitel war eine Übersetzung aus einer fremden – insbesondere der englischen – Sprache. Insgesamt wurden seit Anfang der 50er Jahre in der Bundesrepublik Deutschland fast 1,4 Millionen Buchtitel veröffentlicht.

Das Wissen um die Bedeutung der Medien in einer Demokratie veranlaßte die Westalliierten bereits kurz nach Kriegsende, in ihren Besatzungszonen ein Pressewesen nach angelsächsischem Vorbild aufzubauen, das sich insbesondere durch Liberalität und Meinungsvielfalt auszeichnen sollte. Die Erlaubnis, eine Zeitung oder Zeitschrift zu verlegen, erhielten nur politisch unbescholtene Personen. Man mißtraute insbesondere den in der Kriegs- und Vorkriegszeit bereits tätigen Verlegern, die man mit einem Berufsverbot belegt hatte. Sie konnten erst nach Aufhebung des Lizenzzwanges im September 1949 an ihre Schreibtische zurückkehren. Es kam dann innerhalb kurzer Zeit zu einer Vielzahl von Verlagsgründungen, wobei man insbesondere

Wir sind weltweit
der drittgrößte
Bücherproduzent

Vielfalt der Presse

Schon 1949 gab es wieder eine große Vielfalt an Zeitungen und Zeitschriften.

Heute kommen allein an Publikumszeitschriften in jeder Sekunde eines Erscheinungstages 1230 Exemplare auf den Markt



Foto: Süddeutscher Verlag



Foto: Bildagentur Schuster / Waldkirch

die für die frühere deutsche Presselandschaft typischen Zeitungen mit nur regionaler Bedeutung erneut einrichtete. Obwohl diese Zeitungen oft wieder in der gewohnten Zusammenarbeit mehrerer Verlage bei der überregionalen Berichterstattung erstellt wurden, während sich die Redaktion der einzelnen Zeitung jeweils auf die Ausarbeitung des regionalen oder lokalen Teils beschränkte, gab es doch eine außerordentliche Pressevielfalt: Fast an jedem Ort bestand die Auswahl zwischen mehreren Tageszeitungen mit lokaler Berichterstattung. Dies änderte sich im Laufe der 50er und 60er Jahre grundlegend. Die auf betriebswirtschaftliche Überlegungen zurückgehende Zusammenarbeit auf redaktionellem und technischem Gebiet führte bald zu Unternehmenszusammenschlüssen bzw. zum Aufkauf von Zeitungsverlagen. Der damit einsetzende Konzentrationsprozeß im Pressewesen wurde von der Öffentlichkeit zunehmend mit Sorge betrachtet, weil die Zahl der Stadt- und Landkreise, in denen nur noch eine Zeitung mit lokaler Berichterstattung erschien, immer weiter anstieg.

Das Konzentrationsgeschehen in der Tagespresse ab Mitte

der 50er Jahre bis zur Gegenwart wird aus folgenden Daten erkennbar: Die Zahl der Verlagsbetriebe, die Tageszeitungen herausgeben, verringerte sich um etwa 40%. Von den Redaktionen, die mindestens den allgemeinen politischen Teil ihrer Zeitung (»Zeitungsmantel«) im wesentlichen selbst redigieren, blieben nur 56% übrig. Die Anzahl der Kreise und kreisfreien Städte, in denen die Einwohner sich überwiegend nur aus *einer* Tageszeitung über das aktuelle örtliche Geschehen unterrichten können, hat sich dagegen fast verdoppelt; in diesen »Ein-Zeitungs-Kreisen« lebt heute etwa ein Drittel unserer Bevölkerung. Allerdings haben sich die Konzentrationsvorgänge in der Tagespresse seit Mitte der 70er Jahre deutlich verlangsamt. Im gleichen Zeitraum erhöhte sich die Verkaufsauflage um insgesamt mehr als 50%.

Gut eine halbe Stunde täglich informiert sich durchschnittlich jede Bundesbürgerin und jeder Bundesbürger aus der Tageszeitung über das aktuelle Geschehen in aller Welt. Entgegen vielen Befürchtungen hat damit das Aufkommen des Fernsehens die Presselektüre nicht verdrängt oder eingeschränkt, denn schon seit Mitte der 60er Jahre gehören für die Bundesbürger 30 Minuten Zeitungslektüre täglich dazu. An der Spitze der Mediennutzung stand im Jahre 1980 der Hörfunk: 2 Stunden und 15 Minuten täglich hört man Radio; 2 Stunden und 5 Minuten sitzt man vor dem Fernseher. Das Fernsehen konnte den ersten Rang, den es noch im Jahre 1970 belegte, nicht behaupten. Insgesamt wurden im Jahre 1980 die tagesaktuellen Massenmedien täglich fast 5 Stunden genutzt. Gegenüber 1964 wurde damit der tägliche Medienkonsum um 50% gesteigert. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, daß seither auch die tägliche Freizeit deutlich zugenommen hat.

Die trotz Pressekonzentration immer noch breite Zeitungspalette wird ergänzt durch ein außerordentlich vielfältiges Angebot an *Zeitschriften*. Dies war erstaunlicherweise schon in den ersten Nachkriegsjahren so, als das Papier noch knapp war und die technischen Voraussetzungen für die Herstellung von Presseerzeugnissen weitgehend fehlten. Die Freude vieler Autoren, endlich wieder frei schreiben zu dürfen, äußerte sich damals in einem hohen Anteil an Zeitschriften mit kulturellem und politischem Inhalt. Heute liegen dagegen die Fachzeitschriften an erster Stelle, wenn man von der Zahl der Titel ausgeht. Betrachtet man die Auflagezahlen, dann nehmen erwartungsgemäß die Publikumszeitschriften den Spitzenplatz ein; bei ihnen verdreifachte sich die verkaufte Auflage je Erscheinungstag seit Anfang der 50er Jahre von durchschnittlich 32 Millionen auf über 100 Millionen Exemplare. In jeder Sekunde eines Er-

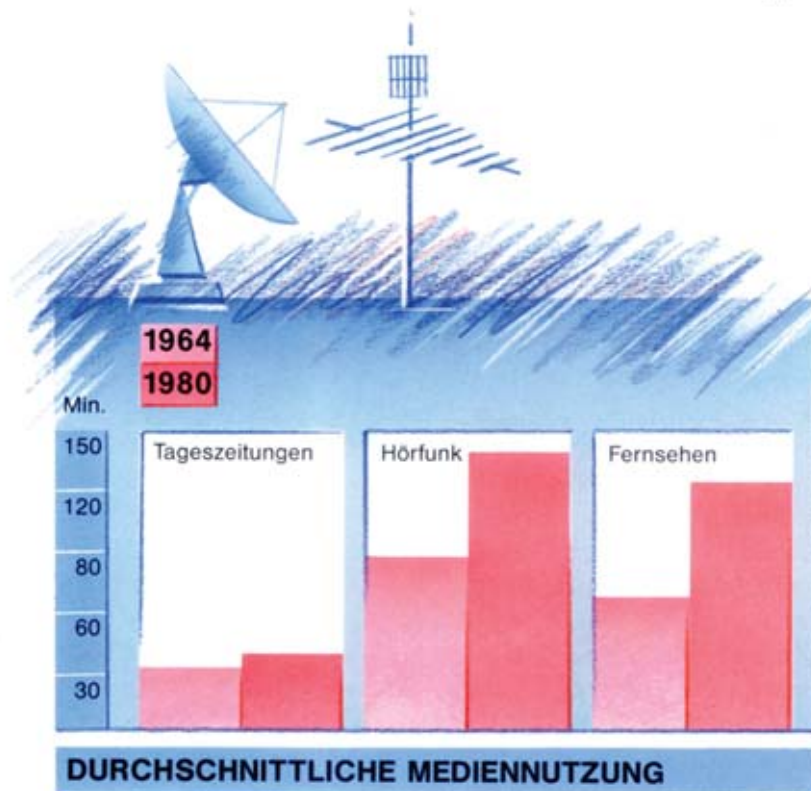
Zeitbudget
für Medien-
nutzung

Die Welt kommt ins Haus – Hörfunk und Fernsehen

scheinungstages kommen damit heute 1 230 Publikumszeitschriften auf den Markt.

Nach der langen Zeit, in der die Deutschen vom national-sozialistischen Staatsrundfunk außer mit politischer Propaganda mit nur wenigen, gefilterten und meist verfälschten Nachrichten versorgt worden waren, nahmen sie die ersten Informationen aus der freien Welt, die ihnen der Hörfunk in den westlichen Besatzungszonen bot, begierig auf. Hier war auf Initiative der westlichen Alliierten ein *Rundfunksystem* aufgebaut worden, das nicht dem Staat oder den politischen Parteien, sondern einer demokratischen Öffentlichkeit gegenüber verpflichtet sein sollte.

Die technischen Möglichkeiten des Hörfunkprogramms waren dadurch begrenzt, daß man im Europäischen Rundfunkabkommen von Kopenhagen im Jahre 1948 für Deutschland lediglich acht Mittelwellenfrequenzen vorgesehen hatte, die oft durch Überreichweiten ausländischer Sender gestört wurden. Die Folge war, daß man sich in der Bundesrepublik Deutschland intensiver als anderswo um die Entwicklung des Ultrakurzwellen(UKW)-Rundfunks bemühte. Die neue Technik ermöglichte einen qualitativ hochwertigen und weitgehend störungsfreien Empfang. Sie wurde bereits 1949 eingeführt. Das Engagement, die Professionalität und der Einfallsreichtum der für die Hörfunkpro-



gramme Verantwortlichen und ihrer Mitarbeiter sicherten diesem Medium bald einen herausragenden Platz in der Gunst des Publikums, den es auch nach der Einführung des Fernsehens behaupten konnte. In den 70er Jahren sprach man sogar von einer Wiederentdeckung des Hörfunks.

Die Grundversorgung der Bevölkerung mit Hörfunk wird heute durch 9 öffentlich-rechtliche Landes- bzw. Mehr-Länder-Rundfunkanstalten gewährleistet. Außerdem verbreiten 2 Anstalten des Bundesrechts entsprechend ihrem gesetzlichen Auftrag deutsch- und fremdsprachige Programme »für Deutschland und Europa« (Deutschlandfunk) und »für das Ausland« (Deutsche Welle). Die beiden deutschsprachigen Programme der amerikanischen Rundfunkanstalt RIAS BERLIN sind für Berlin und Deutschland bestimmt. Die Rundfunkanstalten arbeiten in der Arbeitsgemeinschaft der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten in der Bundesrepublik Deutschland (ARD) zusammen.

Das inländische Hörfunkangebot der ARD-Anstalten umfaßte 1987:

- 34 deutschsprachige Hörfunkprogramme einzelner Landesrundfunkanstalten,
- 3 verschiedene gemeinsame Nachtprogramme der Landesrundfunkanstalten,
- 1 gemeinsam finanziertes Programm in verschiedenen Sprachen für Ausländer in der Bundesrepublik Deutschland,
- 3 deutschsprachige Programme von Deutschlandfunk und RIAS BERLIN.

Der Gesamtumfang dieses inländischen Programmangebots belief sich 1987 auf rund 280 000 Programmstunden. Den weitaus größten Teil davon stellten die Hörfunkprogramme der Landesrundfunkanstalten mit 254 000 Stunden, von denen 60% Musiksendungen, 34% Wortbeiträge, 1% Werbefunk und 5% Ausländerprogramme waren. Um die Programmstunden eines Jahres nacheinander zu hören, bräuchte *eine* Person etwa 32 Jahre – Tag und Nacht. Hörfunk total.

Die Einführung des *Fernsehens* in der Bundesrepublik Deutschland ab 1951 zählt – selbst bei kritischer Würdigung dieses neuen Informationsmediums – zu den Ereignissen, die unser Leben nachhaltig verändert haben. Mit der Ergänzung des Hörfunks durch das »lebendige« Bild sind uns buchstäblich »die Augen geöffnet worden«. Das Fernsehen bringt uns allabendlich »die Welt ins Haus«, wir fühlen uns mit den Geschehnissen in aller Welt unmittelbar verbunden. Infolge der Faszination, die von dieser neuen Art der Informationsvermittlung ausgeht, widmen wir dem Fernsehen

oft mehr Zeit als wir eigentlich wollen. Mit durchschnittlich mehr als 18 Stunden pro Woche – bezogen auf die gesamte Bevölkerung ab 14 Jahre – beansprucht das Fernsehen einen nicht unerheblichen Teil unserer Freizeit.

Das Fernsehangebot der ARD-Anstalten umfaßte 1987:

- das ARD-Gemeinschaftsprogramm Erstes Deutsches Fernsehen mit 3800 Sendestunden,
- die Fernsehregionalprogramme mit insgesamt 5800 Programmstunden,
- die III. Fernsehprogramme (incl. Schulfernsehen) mit 18800 Stunden Sendeleistung,
- das gemeinsame Satellitenprogramm EINS PLUS.

Hinzu kommt das Angebot des im Jahre 1961 gegründeten Zweiten Deutschen Fernsehens (ZDF) mit 4400 Stunden Hauptprogramm, 2200 Stunden Musikkkanal und 2700 Stunden 3SAT-Programm. Außerdem gestalten ARD und ZDF gemeinsam ein bundesweites Vormittagsprogramm mit 1000 Sendestunden. Zum Konsum dieses Angebots der öffentlich-rechtlichen Fernsehanstalten bräuchte *ein* Bundesbürger über 4 Jahre – wiederum Tag und Nacht. Wie bescheiden nimmt sich da noch das Programmangebot des Jahres 1960 aus: Die ARD-Anstalten strahlten insgesamt 4100 Stunden Programm aus; das ZDF existierte noch gar nicht.

Infolge des öffentlich-rechtlichen, vom Staat unabhängigen Charakters sowie ihrer über Jahrzehnte hinweg unangefochtenen Monopolstellung werden an die Rundfunkanstalten von allen Seiten besonders hohe Anforderungen hinsichtlich der Objektivität und der Ausgewogenheit ihrer Programme – vor allem der Fernsehprogramme – gestellt. Geprägt durch einen Reichsrundfunk, der im Dritten Reich die Feststellungen, Beschlüsse und Anordnungen »von oben« verkündete, verlangen gerade die älteren Bundesbürgerinnen und Bundesbürger von einem unabhängigen Rundfunk nahezu Unfehlbarkeit. Unter diesem Erwartungsdruck ist den Rundfunkanstalten in unserem Land, verglichen mit anderen westlichen Ländern, mehr oder weniger unfreiwillig eine besondere Autorität bei der Kommentierung politischer wie auch anderer Vorgänge in unserer Gesellschaft zugewachsen. Diese Autorität verbindet sich beim Rundfunk mit einem gewissen »Handicap« im Vergleich zu den Tageszeitungen. Für den Rundfunkhörer wie auch für den Fernsehzuschauer ist es schwieriger, zwischen Information und Meinungsbeitrag zu unterscheiden. Im Gegensatz zur Tageszeitung hat er hier das »Layout« nicht vor Augen. Die Zukunft wird zeigen, inwieweit private Rundfunkgesellschaften mit einem zusätzlichen journalistischen Angebot

auf dem Gebiet des Hörfunks und des Fernsehens zur Ausgewogenheit und zur Vielfalt der verbreiteten Informationen und Meinungen beitragen können.

Die derzeitigen privaten Fernsehprogramme (insbesondere SAT1 und RTL plus) werden noch zur Hälfte mit Kino- und Fernsehfilmen sowie mit TV-Serien bestritten, die durch hohe Einschaltquoten ein breites Publikum für Werbespots anziehen und so die Existenzgrundlage der Privatanbieter sicherstellen. Auf die Programmkategorie »Information und Bildung« entfallen dagegen nur rund 10%, bei ARD und ZDF dagegen mehr als 30%. Die privaten Fernsehanstalten haben jedoch inzwischen auf dem Gebiet des Sports gezeigt, daß sie mit zunehmender Finanzkraft in der Lage sind, neue Programmschwerpunkte aufzugreifen. Die hohen Einschaltquoten bei gut gemachten Informationssendungen könnten für sie durchaus ein Grund sein, auf diesem Gebiet neue Wege zu beschreiten.

Im Bereich des Hörfunks ist mit einer schnelleren Ausbreitung der privaten Sendeanstalten zu rechnen. Ihre Programme können ohne Kabelanschluß oder Parabolantenne empfangen werden. Aufgrund neuer internationaler Vereinbarungen haben die einzelnen Länder der Bundesrepublik Deutschland zudem zusätzliche flächendeckende Frequenzen zugeteilt bekommen, die für den privaten Hörfunk auf regionaler und lokaler Ebene genutzt werden können. Zu den Gründern der privaten Hörfunkgesellschaften zählen vielfach Verlage, vor allem Zeitungsverlage. Sie sehen im regionalen und lokalen Hörfunk eine Ergänzung ihrer Tätigkeit, zumal ihre Anzeigenkunden oft einen Teil ihres Werbeetats auf die neuen Hörfunksender verlagert haben.

Die Privaten
sind im Kommen



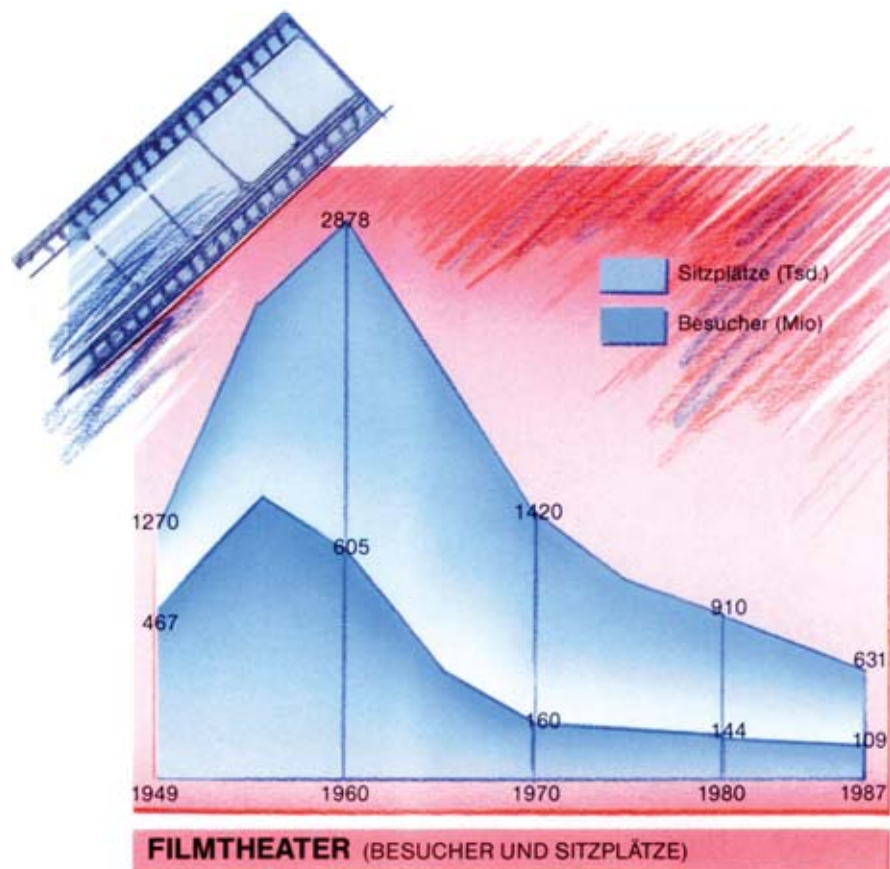
Konkurrenz für das Kino –
Videofilme für zuhause

Foto: dpa

Kino in der Krise

Das vielfältige Spielfilmangebot des allabendlichen Fernsehprogramms läßt es kaum glaubhaft erscheinen, daß ein Kinobesuch vor 40 Jahren durchaus ein besonderes Ereignis sein konnte, gleichbedeutend mit einem Theater- oder Konzertbesuch. *Kinofilme*, die heute im Rückblick wegen ihrer anspruchslosen Thematik oder ihrer geringen künstlerischen Qualität sehr kritisch gesehen werden, boten in den 50er Jahren für viele die einzige Ablenkung von einer tristen und belastenden Wirklichkeit. Die Traumwelt der Heimat-, Operetten- und Kostümfilm wie »Schwarzwaldmädel«, »Das Weiße Röhl« und »Sissi« hatten insofern eine wichtige »Ventilfunktion«, die heute kaum mehr verstanden werden kann.

Die Filmtheater hatten daher auch in den 50er Jahren ihren größten Publikumszuspruch. 1956 wurden an den Kinokassen 818 Millionen Besucher gezählt; im Schnitt ging also jede Bürgerin und jeder Bürger mehr als 15 mal jährlich ins Kino. Den Filmtheaterbesuchern standen dabei fast 2,7 Millionen Sitzplätze zur Verfügung. Mit dem Aufkommen des Fernsehens mußten die Filmtheater jedoch einen deutlichen Besucherrückgang verkraften. 1965 wurden noch 294





In den 50er Jahren hatten die Filmtheater ihren größten Publikumszuspruch – dennoch war ein Kinobesuch damals ein besonderes Ereignis

Foto: bpk / Timpe

Millionen Eintrittskarten an den Kinokassen verkauft; auf jeden Bundesbürger entfielen somit fünf Vorstellungen im Jahr. Die Zahl der Sitzplätze verringerte sich auf 2,1 Millionen. Die Abwärtsentwicklung hat sich in den Folgejahren fortgesetzt, so daß sich die Filmtheater seit Jahren in einer wirtschaftlich und strukturell schwierigen Lage befinden. Viele Kinos mußten schließen, wenn es nicht gelang, die großen Kinosäle in Filmcenter mit mehreren Spielstätten umzuwandeln. 1987 lag die Zahl der Filmtheaterbesucher noch bei 108 Millionen, die der Sitzplätze bei 631 000. Im Schnitt ging man weniger als zweimal im Jahr ins Kino. Wie sich die weiter wachsende Konkurrenz durch Kabel- und Satellitenfernsehen, Video, Pay-TV usw. zukünftig auf den Filmbesuch auswirken wird, läßt sich derzeit noch gar nicht abschätzen.

Der Sport als »wichtigste Nebensache der Welt« bewegt die Menschen auch in Notzeiten. Dies zeigte sich nach Kriegsende, als das sportliche Leben trotz zahlreicher Einschränkungen und Verbote bald wieder in Gang kam. Ein Kontrollratsbeschluß aus dem Jahre 1945 hatte zwar alle sportlichen Organisationen aufgelöst, er erlaubte jedoch gleichzeitig die *Neugründung von lokalen Sportorganisationen*. In kurzer Zeit hatte so jede Gemeinde wieder ihren Sportverein, dem man als aktiver Sportler oder als Zuschauer beitreten konnte. Natürlich stand dabei der Fußball im Vordergrund. Am Sonntag strömten die Männer in großer Zahl zum Fußballplatz. Der praktische Sportbetrieb

Sport – die »wichtigste Nebensache der Welt«



Foto: dpa



Foto: Bildagentur Schuster / Borda



Foto: Bildagentur Schuster / Sonderegger



Foto: Bildagentur Schuster / Waldkirch

förderte auch die überregionale Zusammenarbeit, die unter Umgehung der Kontrollratsbestimmungen aufgenommen wurde. Im Jahre 1950 kam es schließlich zur Gründung des Deutschen Sportbundes.

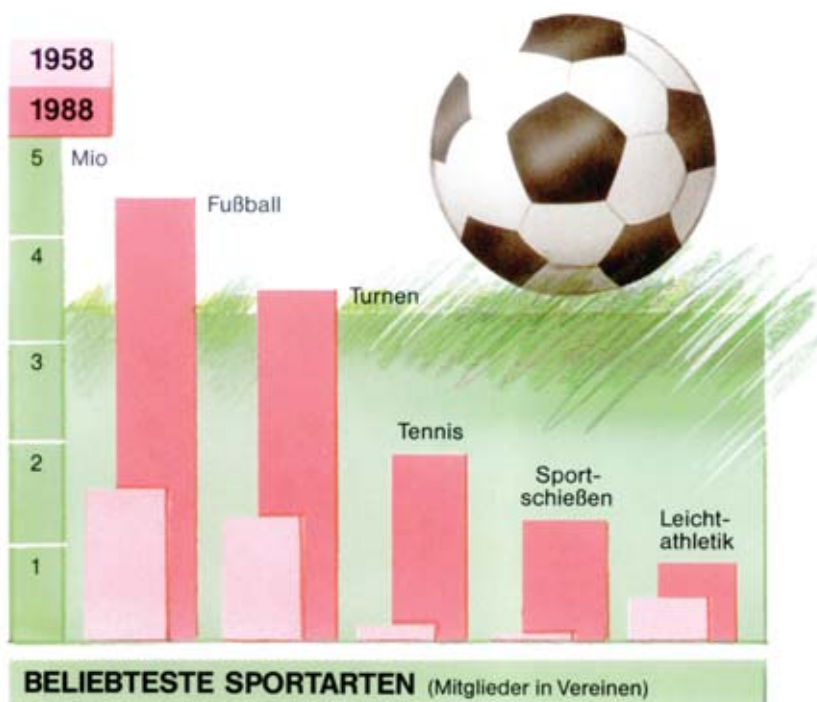
In einer Zeit, in der kaum von einem Nationalgefühl der Deutschen gesprochen werden konnte, wurde eine deutsche *Fußball-Nationalmannschaft* aufgebaut, die bald Maßstäbe setzte. Wenn sie unter ihrem Trainer Sepp Herberger und mit ihrem Spielführer Fritz Walter antrat, dann war dies tatsächlich ein »nationales« Ereignis, das zunächst vor allem am Radio, später auch am Bildschirm verfolgt wurde. Als diese Mannschaft im Jahre 1954 Fußballweltmeister wurde, kannte der Jubel der deutschen Fußballgemeinde keine Grenzen mehr.

Nicht zuletzt durch die Ausbreitung des Fernsehens rückten weitere Sportarten in das Gesichtsfeld der Deutschen. Der Fußball hat jedoch bis heute seine Spitzenposition behaupten können. Dies gilt nicht nur für die Zuschauerzahlen, sondern auch für die Sportler in den Vereinen. 4,8 Millionen Fußballer kämpften 1988 – von der Bundesliga bis zur C-Klasse – um Punkte und Tore. Daneben behaupteten sich aber auch Turnen (3,8 Millionen Mitglieder), Tennis (2 Millionen), Sportschießen (1,3 Millionen) und Leichtathletik (800 000). Im Vergleich zu 1958 haben sich insbesondere Tennis (1958: 140 000) und Sportschießen (1958: 50 000) zu Volkssportarten entwickelt. Insgesamt gehörten 1988 dem

Linke Seite:

Sportlichen Freizeitaktivitäten sind keine Grenzen gesetzt – in den Bergen, auf dem Wasser oder im Schnee

Ob aktiv oder passiv – Fußball ist die beliebteste Sportart



Deutschen Sportbund 18 Millionen Mitglieder an; damit hat sich ihre Zahl gegenüber 1958 vervierfacht. Der Deutsche Sportbund kam auch einem großen Ziel näher: Sport für alle; für die jungen und alten, die kranken und gesunden, die schwachen und starken Menschen.

Daneben darf nicht übersehen werden, daß die Bundesbürgerinnen und Bundesbürger in den letzten Jahren zunehmend Sport außerhalb der traditionellen Sportvereine betreiben. Millionen spielen Tennis in kommerziell ausgerichteten Tenniscentern, trainieren in Fitneß-Studios oder joggen ganz einfach nach Feierabend durch den Wald. Über ihre genaue Zahl, wie auch über die Gesamtzahl der Sportzuschauer in den Sportstadien oder vor den Fernsehschirmen liegen keine gesicherten Ergebnisse vor.

Vom Bildungsnotstand zur Akademikerschwemme – Bildung für alle

Walter Schwab und Hermann Voit

»Bildung macht frei!« Unter diesem Motto wurden im 19. Jahrhundert zahlreiche kulturelle und Bildungseinrichtungen ins Leben gerufen. Grundsätzlich hat diese Aussage auch in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts noch ihre Gültigkeit; ihre Umsetzung im politischen Alltag war jedoch in den vergangenen 40 Jahren oft von Auseinandersetzungen mit meist kontroversen Schlagworten geprägt, an denen sich die markanten Entwicklungslinien des Bildungswesens aufzeigen lassen: Bildungsnotstand und Studentenberg, Lehrermangel und Lehrerarbeitslosigkeit, Bildungsreform und Zwangsförderstufe, Lehrstellenmangel und Jugendarbeitslosigkeit, Numerus clausus und Akademikerschwemme.

Das Bildungswesen der Bundesrepublik Deutschland befindet sich weitgehend in öffentlicher Trägerschaft; Schulen und Hochschulen sind in der Regel staatliche oder kommunale Einrichtungen. Im Grundgesetz von 1949 ist das Prinzip der Staatlichkeit des Bildungswesens festgeschrieben. Es trägt wesentlich dazu bei, die oft widersprüchlichen und auch partikularen Interessen einzelner gesellschaftlicher Gruppen und Institutionen im Bildungsbereich abzufangen und auszugleichen. Es gibt aber kein staatliches Bildungsmonopol, weil nichtstaatliche Träger, wie Privatschulen bzw. private Internate oder Landschulheime ebenfalls zugelassen sind; sie stehen aber unter Aufsicht des Staates. Der Anteil privater Schulen und Hochschulen im gesamten Bildungswesen ist jedoch sehr gering.

Gemäß der bundesstaatlichen Ordnung der Bundesrepublik Deutschland liegt die Kompetenz für das Bildungswesen als Teil ihrer Kulturhoheit bei den Ländern. Da der Wiederaufbau der staatlichen Ordnung nach 1945 von den Ländern ausging, sind bis heute die Verfassungsartikel der Länder, ihre Schulgesetze und Erlasse maßgebend für die Ausgestaltung des Bildungswesens. Es gibt daher kein für die gesamte Bundesrepublik Deutschland geltendes Schulgesetz. So werden Fragen der Schulaufsicht und Schulverwaltung, Formulierung von Erziehungszielen und Lehrplänen oder Vorgaben für die Lehrerausbildung und Lehrer-

Kultur ist Sache
der Bundesländer

*Erste Begegnung mit dem Schulalltag in den 50er Jahren
zum Teil noch in ein- und zweiklassigen Volksschulen*

Foto: Süddeutscher Verlag



fortbildung von den einzelnen Ländern als innere Schulangelegenheiten selbständig geregelt.

Die *Kulturhoheit der Länder* hat im Verlauf der Nachkriegsgeschichte zu einer Vielgestaltigkeit im Schulbereich geführt, deren Auswirkungen unterschiedlich bewertet werden. Einerseits wird die erkennbare Uneinheitlichkeit des Schulwesens kritisiert, weil je nach Wirtschaftsstruktur, Besiedelungsdichte und Schulangebot eines Bundeslandes unterschiedliche Bedingungen für die Schulbildung bzw. Schullaufbahn der Kinder gegeben sind; andererseits wird auf die positiven Folgen des Kulturföderalismus verwiesen, der im bildungspolitischen Wettstreit der Länder untereinander Chancen für die Weiterentwicklung der Schulformen und für die Durchführung von schulpädagogischen Modellvorhaben eröffnet. Es steht wohl außer Frage, daß bei einem vom Bund zentralistisch organisierten Bildungswesen stets die Gefahr einer allen Beteiligten abträglichen Gleichschaltung bestünde.

Von Anfang an waren sich die Bundesländer durchaus über die Notwendigkeit einer überregionalen Zusammenarbeit im Bildungsbereich einig. Als Instrument der Koordinierung der Bildungspolitik haben die Länder bereits im Jahr 1948 die *Ständige Konferenz der Kultusminister* (Kultusministerkonferenz) geschaffen. In der Vergangenheit hat die Kultusministerkonferenz mit einer Vielzahl von Beschlüssen und Empfehlungen zu einzelnen Schularten sowie mit Vereinbarungen über Prüfungen und Schulabschlüsse zum Aufbau eines möglichst einheitlichen Bildungswesens in der Bundesrepublik Deutschland beigetragen. So berei-



Die Schulreformen in den 60er Jahren führten zu zentral gelegenen Schulen mit großen regionalen Einzugsgebieten

Foto: Bildagentur Schuster / Ege

tete die Kultusministerkonferenz das Abkommen der Ministerpräsidenten der Länder zur Vereinheitlichung auf dem Gebiet des Schulwesens vom 28. Oktober 1964 (*Hamburger Abkommen*) vor. Es enthält Vereinbarungen über die einheitliche Bezeichnung der Schulen, die Organisationsformen der allgemeinbildenden Schulen, ihre Fremdsprachenfolge, die Dauer der Vollzeitschulpflicht, die Anerkennung von Prüfungen, die Möglichkeiten der Einleitung von Schulversuchen, die Feriendauer und Staffelung der Sommerferien.

In der Bundesrepublik Deutschland werden allgemeinbildende und berufliche Schulen unterschieden. Die *allgemeinbildenden Schulen* vermitteln als Vollzeitschulen die grundlegenden Bildungsinhalte und Lerntechniken und werden im Rahmen der allgemeinen Vollzeitschulpflicht (neun bzw. in Berlin und Nordrhein-Westfalen zehn Schuljahre) grundsätzlich von allen Kindern nach Vollendung des sechsten Lebensjahres besucht. Die Dreiteilung der allgemeinbildenden Schulen, die sich an die Grundschule anschließen, in Hauptschulen, Realschulen und Gymnasien bzw. Gesamtschulen ist ein wesentliches Strukturmerkmal des heutigen Schulwesens der Bundesrepublik Deutschland, welches sich in den unterschiedlichen Zielorientierungen dieser drei Schularten widerspiegelt. In einigen Bundesländern ist seit mehreren Jahren die fünfte und sechste Klassenstufe zur sogenannten Förder- oder Orientierungsstufe zusammengefaßt, die für alle Schüler den gemeinsamen Bildungsweg der Grundschule fortführt und somit einen späteren Übergang auf eine weiterführende Schule ermöglicht. Nach dem meist

Schulsystem der Bundesrepublik Deutschland

vierjährigen Besuch der Grundschule kann die Schülerin oder der Schüler zur Realschule gehen, wo er bis zum Abschluß sechs Jahre braucht oder zum Gymnasium überwechseln, das er dann bis zum Abitur 9 Jahre besucht. Ohne Übergang in die höher bewertete Schullaufbahn an einer Realschule oder eines Gymnasiums verbleibt der Schüler auf der Hauptschule, die er mit Beendigung der allgemeinen Schulpflicht nach der neunten bzw. zehnten Klassenstufe verläßt. An den Hauptschulbesuch schließt sich in der Regel die berufliche Ausbildung an, deren schulisch-theoretischer Teil meist in den Berufsschulen erfolgt.

Die Grundstruktur des *gestuften Bildungswesens* der Bundesrepublik Deutschland hat sich seit ihrer Gründung kaum geändert, wenn die Einführung einzelner neuer Schulformen außer acht gelassen wird. Diese haben aber wesentlich zur verbesserten Durchlässigkeit zwischen den traditionellen Schularten beigetragen. Im Gegensatz dazu stehen die quantitativen Entwicklungen in diesem Bereich, die zu einem enormen Ausbau der Schulen und Hochschulen geführt haben. Es ist bei solchen Überlegungen zu berücksichtigen, daß sich die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen des Bildungsbereichs in den vergangenen 40 Jahren grundlegend gewandelt haben. Entscheidende Einflüsse gingen dabei einerseits von der demographischen Entwicklung aus, andererseits spielten das geänderte Bildungsverhalten der Bevölkerung und die gleichzeitigen bildungspolitischen Reformmaßnahmen des Staates eine große Rolle.

Geburtenentwicklung und ihre Folgen

Der *Altersaufbau der Bevölkerung* ist gekennzeichnet durch die geburtenstarken Jahrgänge der 60er Jahre mit rund einer Million Neugeborenen pro Jahr und die nachfolgenden geburtenschwachen Jahrgänge mit ca. 600 000 Neugeborenen im Durchschnitt der Jahre 1974 bis 1985. So ist die Zahl der Lebendgeborenen von 1950 bis 1964 um 31% gestiegen und erreichte mit fast 1,1 Millionen im Jahr 1964 den Nachkriegshöchststand. Von Mitte der 60er Jahre bis 1978 ist die Zahl der Geburten um 46% auf den bisher tiefsten Stand von 576 000 Neugeborenen gesunken. Zeitversetzt ergaben sich hierdurch unterschiedliche Jahrgangsstärken bei den Schülern, Auszubildenden (Lehrlingen) und Studenten.

Entsprechend der rückläufigen Geburtenentwicklung veränderte sich mit zeitlicher Verzögerung die Gesamtzahl der Schülerinnen und Schüler an den allgemeinbildenden Schulen. Sie betrug 1950 mehr als 7,6 Millionen Schüler, verringerte sich dann bis 1960 um etwa 1 Million, stieg aber in den folgenden Jahren wieder ständig an und erreichte 1976 ihren Höchststand mit über 10 Millionen; seitdem ging die Schülerzahl wieder kontinuierlich zurück und lag 1988 bei etwa 6,7 Millionen.

Der Rückgang der Schülerzahlen an allgemeinbildenden Schulen hatte insbesondere für den Bestand der Hauptschule (früher Volksschuloberstufe) einschneidende Auswirkungen. Heute besteht die Gefahr, daß sie sich im Vergleich zu den übrigen weiterführenden Schulen zur »Restschule« entwickelt. So hat sich der Schülerbestand an *Grund- und Hauptschulen* (früher *Volksschulen*) seit 1950 nahezu halbiert; er betrug 1988 nur mehr als 3,4 Millionen Schüler. Die Volksschule alter Art faßte die Grundschule und die Volksschuloberstufe in einer Schule zusammen, bei den heutigen Hauptschulen handelt es sich in der Regel um selbstständige Schulen. Zu den organisatorischen Besonderheiten der früheren Volksschule gehörte ihr Aufbau nach der Klassigkeit der einzelnen Schulen. Die Volksschule als Regelschule mußte, um die Schulpflicht allgemein zu verwirklichen, auch in den kleinsten meist ländlichen Gemeinden präsent und selbst für entlegenste Wohnplätze erreichbar sein; deshalb wurden dort, wo die Schülerzahl zu gering waren, mehrere Schuljahrgänge in einer Schülerklasse zusammengefaßt. Der Extremfall war die einklassige Volksschule (ländliche »Zwergschule«), in der die Schülerinnen und Schüler von acht Schuljahrgängen in einer Klasse von einem Lehrer gemeinsam unterrichtet wurden. Noch 1961 war fast jede zweite Volksschule in der Bundesrepublik Deutschland ein- oder zweiklassig, allerdings besuchten nur knapp 16% aller Volksschüler diese Schulen.

Im Zuge der Anfang der 60er Jahre einsetzenden *Schulreformmaßnahmen* wurden insbesondere die Landvolksschulen modernisiert und für ihre letzten Klassenstufen bzw. die gesamte Hauptschule »Mittelpunktschulen« eingerichtet. Dies bedeutet, daß die Kinder aus den verstreuten Landgemeinden mit Schulbussen in die zentral gelegene Schule befördert werden, in der sie dann ähnliche Bildungsmöglichkeiten haben wie die Stadtschulkinder. Aufgrund dieser Reformmaßnahmen hat sich die Zahl der Volksschulen bzw. Grund- und Hauptschulen in den vergangenen 40 Jahren um fast ein Drittel verringert; sie betrug 1988 rund 19600. Außerdem wurde im Zuge der verbesserten Lehrerversorgung die Klassenstärke der Grund- und Hauptschulen erheblich reduziert. 1950 saßen im Durchschnitt noch 44 Schüler in einer Volksschulklasse, 1987 waren es nur gut 21. Von der früheren Volksschuloberstufe unterscheidet sich die heutige Hauptschule durch die generelle Verlängerung der Schulbesuchsdauer von früher vier auf fünf bzw. sechs Jahre und vor allem durch die Anhebung ihres Bildungsniveaus, z. B. durch die Einführung einer Pflicht-Fremdsprache und des Faches Arbeitslehre.

Die *Realschulen* (früher Mittelschulen) erlebten in den

Gleiche
Bildungschancen
in Stadt und Land

*Frontalunterricht,
wie er früher üblich war –
Unterricht in einer Volksschule 1950*

Foto: bpk / Fietitz



vergangenen vier Jahrzehnten – relativ gesehen – den stärksten Aufschwung. Ihre Schülerzahl hat sich bis 1988 (875200 Schüler) fast vervierfacht, wobei ihr Höchststand infolge der beschriebenen Geburtenentwicklung bereits im Jahr 1979 mit über 1,3 Millionen erreicht wurde. Im Zuge der rasanten Expansion der Realschulen ist ihre Zahl seit 1950 um das Vierfache gestiegen und betrug 1988 knapp 2600. In gleicher Weise wurde die Lehrerschaft an Realschulen zahlenmäßig erweitert; heute unterrichten dort mehr als neunmal soviel vollbeschäftigte Lehrer wie 1950. Die Realschule entwickelte sich so zur bevorzugten Aufstiegsschule für Kinder aus traditionell bildungsfernen Bevölkerungsschichten. Der Realschulabschluß (früher »Mittlere Reife«), der nach 10 Schuljahren erworben wird, bildet die Grundlage für zahlreiche mittlere Berufslaufbahnen in Industrie, Handel und Gewerbe sowie in der Verwaltung. Außerdem bietet die heutige Realschulbildung zugleich die Möglichkeit zur Weiterqualifizierung für ein Studium durch den weiteren Besuch der Fachoberschule, des Fachgymnasiums oder des Übertritts in ein Gymnasium in Aufbauform.

Von den höheren Schulen wurden die *Gymnasien* in den letzten Jahrzehnten am stärksten ausgebaut. Die Zahl der Gymnasiasten hat sich seit 1950 mehr als verdoppelt und betrug 1988 knapp 1,6 Millionen. Auch hier ist infolge der beschriebenen Geburtenentwicklung zu berücksichtigen, daß die Zahl der Gymnasiasten im Jahr 1980 bei über 2,1 Millionen lag, seitdem aber weisen die Gymnasien sinkende Schülerzahlen auf. Entsprechend dem quantitativen Ausbau der Gymnasien hat sich die Zahl der Gymnasialleh-



Aufgelockerter Unterricht in einer zweiten Grundschulklasse heute

Foto: Bildagentur Schuster / Ege

rer um das Vierfache auf rund 122400 im Jahr 1988 erhöht. In Normalform umfaßt das Gymnasium neun oder sieben Klassenstufen, je nachdem ob ein Übergang vom vierten Grundschuljahr oder von der Orientierungs- bzw. Förderstufe erfolgt. Bildungsziel ist die allgemeine Hochschulreife, das Abitur, zugleich vermittelt es auch die Voraussetzungen für die Ausbildung in nichtwissenschaftlichen, gehobenen Berufen, die erhöhte Qualifikationsanforderungen stellen. Dennoch ist das Gymnasium von 1988 nicht mehr dasselbe wie das Gymnasium von 1950. Die Oberstufe des Gymnasiums mit den Jahrgangsstufen 11 bis 13 wurde auf Beschluß der Kultusministerkonferenz im Jahr 1972 umfassend reformiert, wobei ein nach Grund- und Leistungskursen differenziertes Kurssystem eingeführt wurde, das den Schülerinnen und Schülern vor allem eine individuelle Schwerpunktbildung ermöglichen soll. Das Unterrichtsangebot gliedert sich in einen Pflicht- und einen Wahlbereich und zielt auf eine stärkere Erziehung der Schüler zu selbständiger und vertiefter Arbeit ab. Damit soll die Studierfähigkeit der künftigen Studienanfänger erhöht werden.

Um die im traditionellen dreigliedrigen Schulwesen auftretenden Probleme besser meistern zu können, wurde seit Mitte der 60er Jahre die Errichtung von *Gesamtschulen* als gemeinsame Einheitsschulen für alle Kinder gefordert. Mit dem Gesamtschulkonzept verband sich die pädagogische und bildungspolitische Überzeugung, eine Schulform zu entwickeln, die strukturell wie inhaltlich den neuen gesellschaftlichen Anforderungen besser entsprach und die allgemeine Durchlässigkeit des Schulsystems erhöhte. Damit

sollte auch die Forderung nach mehr Chancengleichheit für Kinder aus sozial benachteiligten Bevölkerungsschichten verwirklicht werden.

Die integrierten Gesamtschulen vermeiden eine vorzeitige Festlegung auf bestimmte Bildungsgänge und fassen alle Schülerinnen und Schüler nach Jahrgangsstufen zusammen. Sie vereinigen im Grunde die Bildungsangebote der Orientierungsstufe, der Hauptschule, der Realschule und des Gymnasiums in einer übergreifenden Schulform, an der der Unterricht in der Regel im gemeinsamen Klassenverband (Kerngruppe) bzw. in differenzierten Kursgruppen erteilt wird. Es können somit die jeweiligen Abschlüsse der genannten Schularten des gegliederten Schulwesens erworben werden. Zur Zeit existieren integrierte Gesamtschulen in Berlin, Bremen, Hamburg, Hessen und Nordrhein-Westfalen als Regel- oder Angebotsschulen und sind eine normale Schulart neben den anderen Schularten; in den übrigen Bundesländern befinden sich die Gesamtschulen noch im Versuchsstadium.

Als Gesamtschulen mit besonderer pädagogischer Prägung sind die privaten, staatlich anerkannten Freien Waldorfschulen, die der Pädagogik Rudolf Steiners folgen, ausgerichtet. 1988 gab es rund 290 integrierte Gesamtschulen mit etwa 210 000 Schülerinnen und Schüler und 103 Freie Waldorfschulen mit 46 600 Schülerinnen und Schülern.

Berufliche Bildung

Auf dem Gebiet des beruflichen Schulwesens wurden seit 1950 einige neue Schulformen errichtet und Reformmaßnahmen durchgeführt, die als Antwort der Bildungspolitik auf die wirtschaftliche Entwicklung, die gewandelte Arbeitswelt und die gestiegenen Qualifikationsanforderungen der Wirtschaft zu betrachten sind. In den ersten Nachkriegsjahren kannte man nur drei berufliche Schularten: Berufsschulen, Berufsfachschulen und Fachschulen.

Für die überwiegende Zahl der Jugendlichen beginnt die berufliche Ausbildung im Anschluß an die Vollzeitschulpflicht. Die *Berufsschule* ist die Pflichtschule für alle Jugendlichen bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres, die sie zur Ergänzung ihrer beruflichen Ausbildung in den Betrieben oder neben ihrer praktischen Arbeitstätigkeit für durchschnittlich acht bis zehn Stunden pro Woche besuchen. Die organisatorische Form der Berufsschule war lange Zeit von der Wirtschaftsstruktur und vom Schüleraufkommen ihres Einzugsbereichs bestimmt. Anfang der 50er Jahre gab es noch eine Vielzahl kleinerer Berufsschulen, hauptsächlich in ländlichen Gebieten, die keinen fachlichen Ausbau aufwiesen und nur gemischtberufliche oder allgemeine Klassen bilden konnten. Anhand der stark verringerten Zahl von Berufsschulen, rund 1500 waren es 1988 gegenüber etwa

6 700 im Jahr 1950, wird der Konzentrationsprozeß deutlich, welcher in den vergangenen vier Jahrzehnten stattgefunden hat und zur Gründung von Berufsschulzentren führte. Die Berufsschule kann jedoch ihrer berufspädagogischen Aufgabe nur dann gerecht werden, wenn sie die Schülerinnen und Schüler mit gleichen oder verwandten Berufen in Klassen zusammenfaßt und ihren Unterricht auf die speziellen beruflichen Erfordernisse ausrichtet. So sind sie in den Groß- und Mittelstädten meist auf Berufsgruppen spezialisiert und in Fachklassen z.B. für Elektroberufe oder Handelsberufe gegliedert; es kommt auch vor, daß mehrere Branchen zusammengefaßt und z.B. gewerbliche, kaufmännische, hauswirtschaftliche Berufsschulen gebildet werden. Für Berufe mit sehr kleiner Schülerzahl gibt es teilweise auch zentrale Berufsschulen, in denen die Schüler in internatsmäßigen Lehrgängen berufsspezifisch unterrichtet werden.

Die Zahl der Berufsschüler entwickelte sich ungefähr entsprechend der Schülerbewegung bzw. der Schulabsolventenzahlen, wobei Anfang bis Mitte der 80er Jahre mit durchschnittlich 1,8 Millionen die meisten Berufsschüler gezählt wurden. 1988 lag ihre Zahl mit über 1,6 Millionen nur knapp über der von 1950.

Zu den jüngsten Reformmaßnahmen auf dem Gebiet der beruflichen Schulen gehört die Einführung des *Berufsvorbereitungsjahres* und *Berufsgrundbildungsjahres*. Das Berufsvorbereitungsjahr ist ein besonderer einjähriger Bildungsgang, in dem Jugendliche nach Beendigung der Vollzeitschulpflicht und ohne betriebliche Ausbildungsstelle auf eine berufliche Tätigkeit vorbereitet werden. Ferner bietet das Berufsvorbereitungsjahr die Chance, den versäumten Hauptschulabschluß nachzuholen. Beim Berufsgrundbildungsjahr handelt es sich um die erste Stufe der Berufsausbildung, die meist in Vollzeitschulen absolviert wird. Das Berufsgrundbildungsjahr hat die Aufgabe, allgemeine und berufsfeldübergreifende fachtheoretische und fachpraktische Lerninhalte zu vermitteln. Der erfolgreiche Besuch des Berufsgrundbildungsjahres wird meist auf die spätere betriebliche Berufsausbildung angerechnet; zugleich kann ein qualifizierter Hauptschul- oder Realschulabschluß nachträglich erworben werden.

Die heutigen *Berufsfachschulen*, die teilweise an die Tradition der früheren Handels- und Gewerbeschulen oder der Haushaltungsschulen anknüpfen, sind berufliche Vollzeitschulen, die in der Regel freiwillig nach Erfüllung der Vollzeitschulpflicht zur Berufsvorbereitung oder auch zur vollen Berufsausbildung ohne vorherige praktische Ausbildung besucht werden können. In den einzelnen Bundesländern

haben sich vielfältige Formen und Typen von Berufsfachschulen herausgebildet, die sich nach Zulassungsbedingungen, Schulbesuchsdauer, beruflichen Bildungsgängen und erreichbaren Abschlußqualifikationen oft erheblich unterscheiden. Hervorzuheben sind die Berufsfachschulen, die zu einem Abschluß in einem anerkannten Ausbildungsberuf führen und eine Lehre somit voll ersetzen und solche, die einen ausschließlich schulischen Berufsabschluß vermitteln, wie z. B. technische Assistenzberufe oder bestimmte Büro- und Handelsberufe. Der erfolgreiche Abschluß einer Berufsfachschule verleiht in bestimmten Fällen die Fachschulreife und berechtigt zum Besuch der Fachoberschule. Die Berufsfachschulen haben entsprechend ihrem vielfältigen und differenzierten Bildungsangebot seit 1950 einen überdurchschnittlichen Aufschwung erfahren und ihre Schülerzahl mehr als verdreifacht; 1988 wurden sie von rund 285 300 Schülerinnen und Schülern besucht.

Als eine der wesentlichen Neuerungen im beruflichen Schulwesen kann die Einrichtung der *Fachoberschulen* bezeichnet werden, die erst 1969 durch einen Grundsatzbeschluß der Kultusministerkonferenz geschaffen wurden. Ziel der Fachoberschule ist es, allgemeine, fachtheoretische und fachpraktische Kenntnisse und Fähigkeiten zu vermitteln und zur Fachhochschulreife zu führen. Sie umfaßt die Schuljahrgänge 11 und 12, wobei während des 11. Schuljahrgangs eine praktische Ausbildung stattfindet. Bewerber mit abgeschlossener Berufsausbildung können unmittelbar in den 12. Schuljahrgang eintreten. Die Fachoberschulen sollen insbesondere den mehr praktisch veranlagten Schü-

Für die meisten Jugendlichen beginnt der Eintritt in den Beruf mit einer betrieblichen Ausbildung, die von Berufsschulunterricht begleitet wird – hier eine Auszubildende in einer Lehrwerkstatt bei VW in Wolfsburg

Foto: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung



lern und Berufstätigen den Weg zu einem Fachhochschulstudium eröffnen, das auf die Übernahme von gehobenen Führungspositionen in der Wirtschaft vorbereitet. Die Fachoberschulen erfüllen damit neben den Gymnasien eine wichtige, zu einem Studium weiterqualifizierende Funktion.

Die schon seit langem bestehenden *Fachschulen* bauen gewöhnlich auf einem bereits erlernten Beruf auf und stellen so den eigentlichen Endpunkt eines beruflichen Ausbildungsweges dar. In der Regel sind sie Meisterschulen eines Gewerbes oder andere gehobene Ausbildungseinrichtungen, wie etwa die Technikerschulen. Statt der abgeschlossenen Berufsausbildung wird auch eine langjährige praktische Arbeitserfahrung oder eine besondere fachspezifische (künstlerische) Befähigung als Zugangsvoraussetzung anerkannt. Die Fachschulen vermitteln als Voll- und Teilzeitschulen eine erweiterte und vertiefte Fachbildung und qualifizieren für höherwertige, verantwortungsvollere Berufspositionen in Industrie und Handel, Gewerbe und Verwaltung. Da der Unterricht häufig in Abendkursen stattfindet, nutzen vor allem Hauptschulabgänger in späteren Jahren neben der beruflichen Tätigkeit diese Form einer beruflichen Fortbildung. Trotz Neugründungen verwandter Schulformen ist die Schülerzahl an Fachschulen im Vergleich zu 1950 konstant geblieben und betrug 1988 rund 105 000.

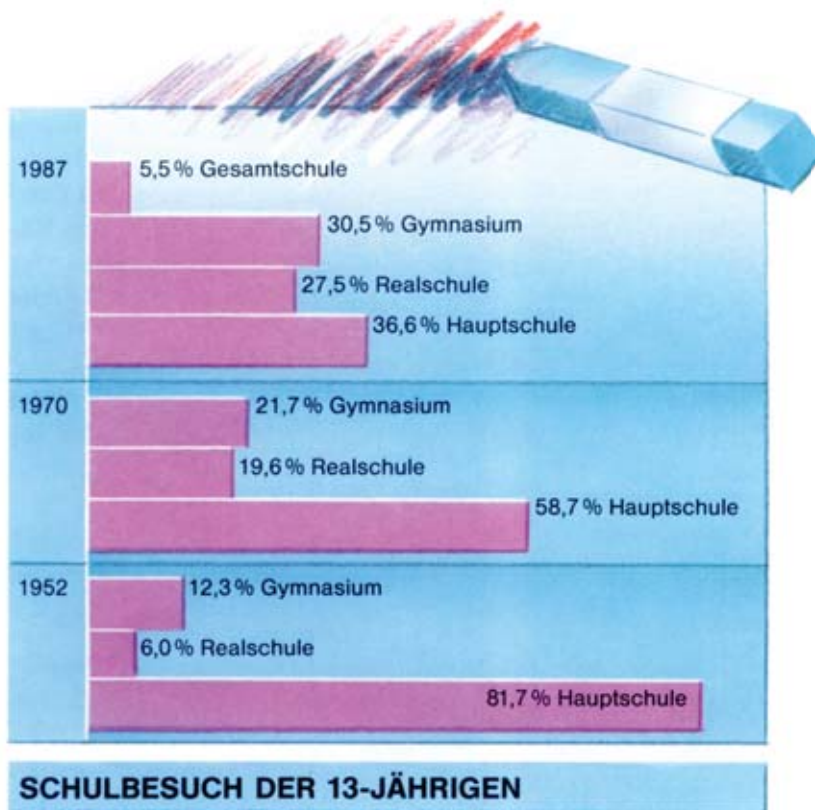
Der Gedanke, das Bildungswesen zu reformieren, kam bereits mit der »Wiedergründung« der Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland auf; konkrete Maßnahmen wurden aber erst ergriffen, als von der Bildungsforschung der Zusammenhang zwischen dem Bildungsstand einer Bevölkerung und dem Wirtschaftswachstum anhand international vergleichender Studien aufgezeigt wurde. Eine breite Öffentlichkeit, die soeben erst am eigenen Leibe erfahren hatte, welche Bedeutung dem wirtschaftlichen Stand einer Nation zukommt, erfuhr mit Erschrecken, daß sich die Bundesrepublik Deutschland in bezug auf den Ausbildungsstand ihrer Arbeitskräfte sowie hinsichtlich ihres Nachwuchses an Akademikern und sonstigen qualifizierten Arbeitskräften, aber auch im Hinblick auf die Bildungsausgaben im Vergleich mit den europäischen Nachbarn fast an letzter Stelle befand. Der unter vielen Opfern mühsam erreichte wirtschaftliche Wohlstand schien plötzlich in Gefahr. Die staatliche Planung wie auch die politischen Parteien nahmen sich der Forderungen an, die im Interesse des wirtschaftlichen und sozialen Fortschritts vor allem auf einen Ausbau des Bildungswesens zielten. Die große Koalition schuf 1969 durch eine Grundgesetzänderung die »Gemeinschaftsaufgaben« von Bund und Ländern auf dem Gebiet der Bildungsplanung sowie des Aus- und Neubaus von Hochschu-

Bildungsreformen –
eine gesellschafts-
politische
Notwendigkeit

len und Hochschulkliniken. Sie bildeten die rechtliche Grundlage sowohl für die Mischfinanzierung von Bund und Ländern im Hochschulbereich als auch für die bildungspolitische Offensive des Bundes, die u. a. in der Einrichtung der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung zum Ausdruck kam.

Im Mittelpunkt aller Überlegungen stand eine *Bildungsreform*, die auf die Ausschöpfung der Begabungsreserven in der Bevölkerung abzielte und dem Ideal der sozialen Chancengleichheit aller Bürgerinnen und Bürger dienen sollte. Mittels einer intensiven öffentlichen Bildungswerbung wurden vor allem die Eltern der bisher bildungsfernen Bevölkerungsgruppen aufgefordert, ihre Kinder auf weiterführende Schulen mit höherqualifizierenden Abschlüssen zu schicken. Während Anfang der 50er Jahre der größte Teil der Schülerinnen und Schüler bis zum Ende der allgemeinen Schulpflicht an der Volksschule verblieb, d. h. im Anschluß an die vier Grundschuljahre zur Volksschuloberstufe überwechselte, besucht heute nur noch jeder dritte Schüler die Hauptschule. In der Mehrzahl melden die Eltern ihre Kinder nach Beendigung der Grundschule an einer Realschule, einem Gymnasium oder einer Gesamtschule an. Im Verlauf einer Orientierungsphase von zwei Jahren (5. und 6. Klasse) – oft im Rahmen einer schulartunabhängigen Orientierungs- oder Förderstufe – kann festgestellt werden, ob sie den Anforderungen der jeweils gewählten Schulart gewachsen sind. Spätestens von der siebten Klasse ab sollte dann jeder Schüler die seinen Fähigkeiten und Neigungen entsprechende Schulart gefunden haben. Die endgültige Verteilung eines Schülerjahrgangs nach Schularten kann somit erst nach Abschluß der Orientierungsphase – also zu Beginn der achten Klasse bzw. bei den 13jährigen Schülern – ermittelt werden, weil dann die Übergänge in die weiterführenden Schulen in allen Bundesländern vollzogen sind und die Schüler noch der Vollzeitschulpflicht unterliegen.

Aus der Verteilung der 13jährigen Schüler auf die einzelnen Schularten geht deutlich hervor, daß sich der Schulbesuch seit 1950 von den Hauptschulen auf die Realschulen, Gymnasien oder Gesamtschulen verlagert hat. Fast zwei Drittel der Schüler dieses Alters besuchen heute weiterführende Schulen, die entweder direkt über das Gymnasium oder über eine berufspraktische Ausbildung in Verbindung mit dem Besuch der Fachoberschulen oder beruflichen Gymnasien zur Hochschul- bzw. Fachhochschulreife führen. Dieser Trend zu qualifizierteren Schulabschlüssen kommt vor allem im »Drang zum Abitur« zum Ausdruck. Berechnet man den Anteil der Schulabgänger mit allgemeiner Hochschulreife an der gleichaltrigen Bevölkerung (Abiturienten-

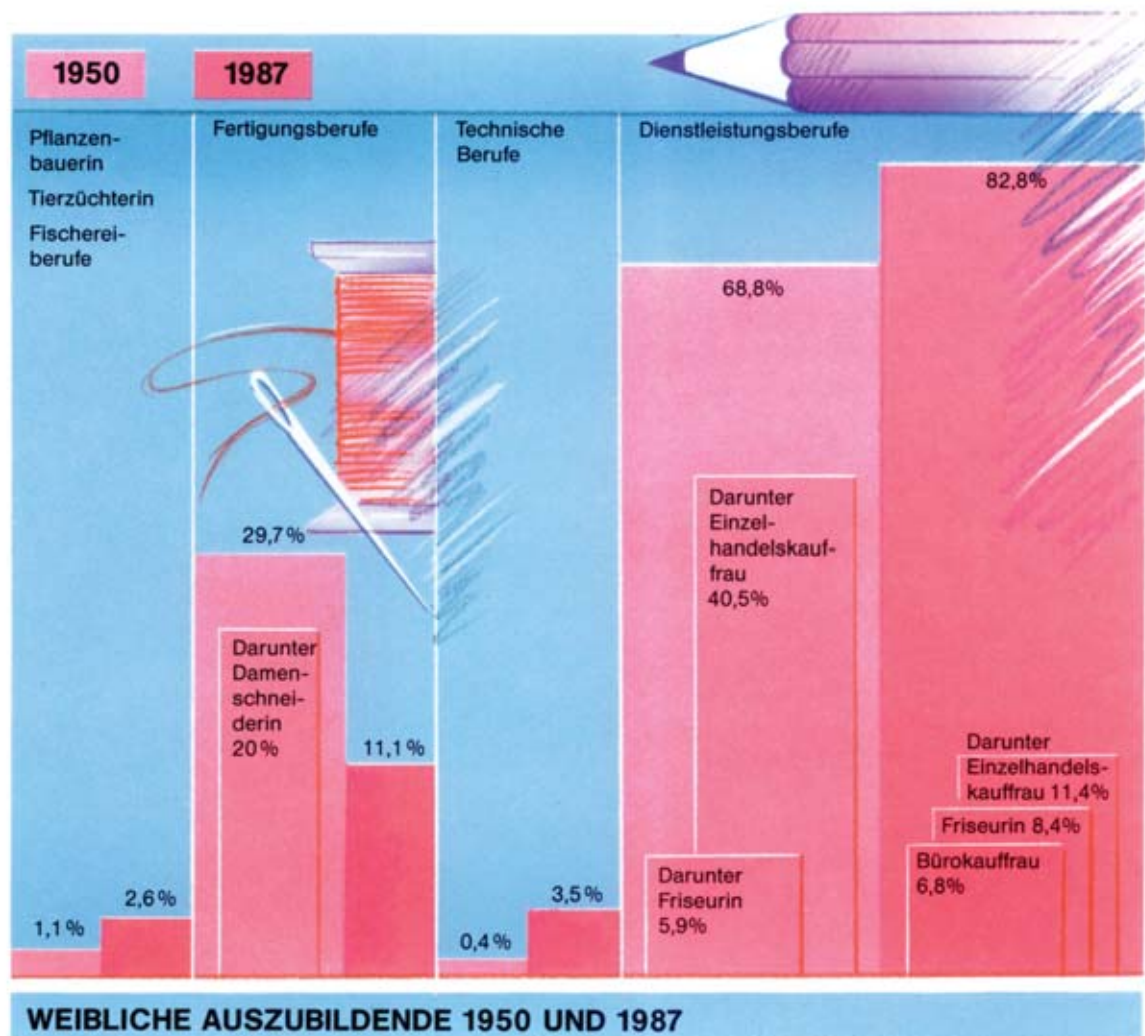


quote), dann zeigt sich, daß 1952 im Schnitt etwa 4 % der 19- bis unter 22jährigen das Abitur erworben hatten, während dies 1987 bereits über 21 % dieses Alters erreichten. Der *Erfolg der Bildungswerbung* läßt sich auch am stark gewachsenen Anteil der jungen Frauen an den Abiturienten ablesen. Machte 1951 der Anteil der Abiturientinnen noch weniger als ein Drittel (31,7 %) aus, erreicht er heute genau die Hälfte.

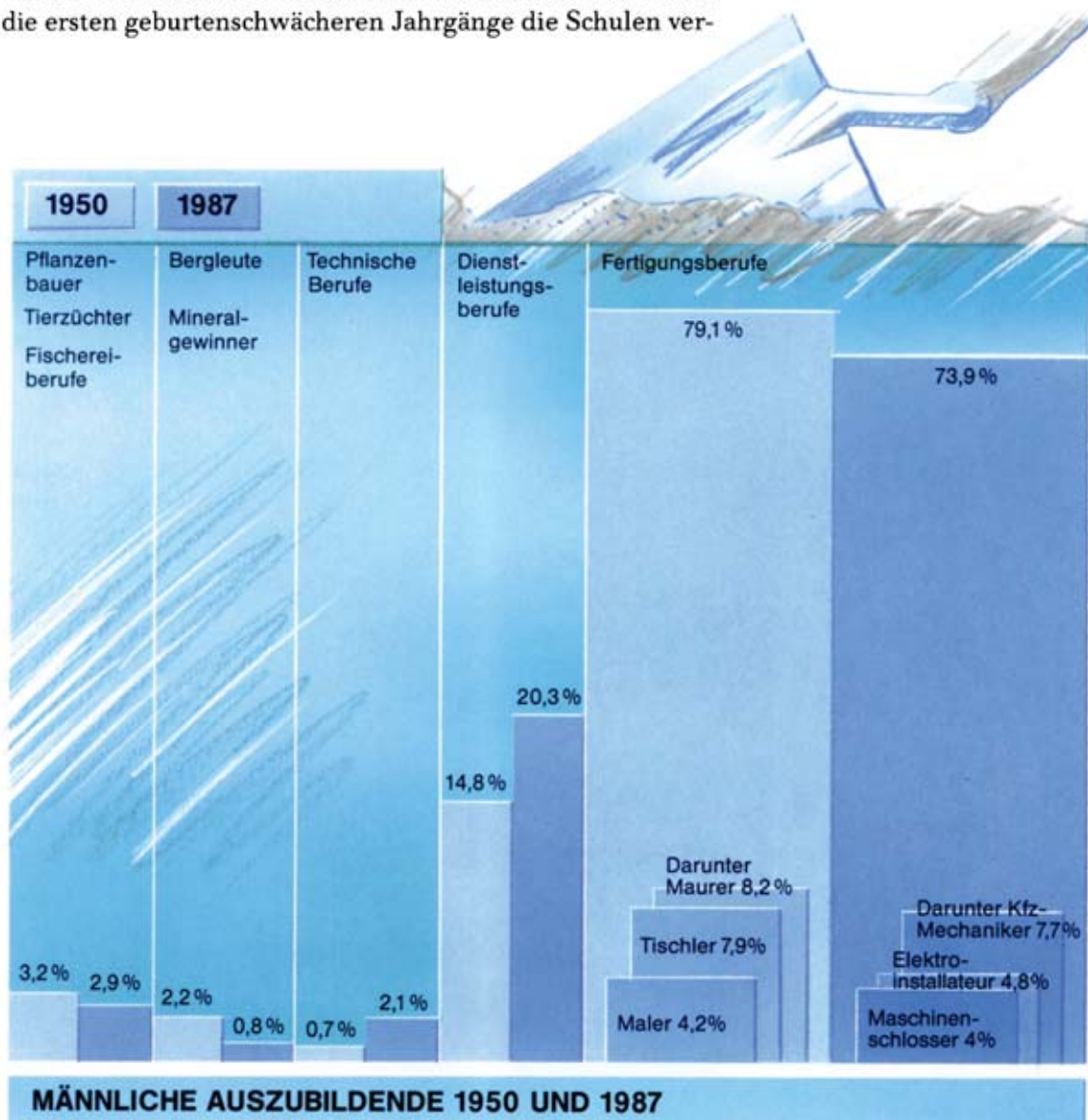
Den aufgrund dieser Bildungswerbung Anfang der 70er Jahre zusätzlich gewonnenen Hochschulabsolventen standen infolge des weiter steigenden Bedarfs der Wirtschaft und der öffentlichen Verwaltung an qualifizierten Arbeitskräften buchstäblich »alle Türen offen«. Ihre Erfahrung, daß eine moderne Industriegesellschaft für diese überdurchschnittlich Begabten und Qualifizierten – unabhängig von ihrer Herkunft – auch berufliche Spitzenpositionen bereithält, hat das Bildungsverhalten der gesamten Bevölkerung in der Bundesrepublik Deutschland nachhaltig verändert. Insbesondere die traditionelle Zurückhaltung breiter Bevölkerungskreise gegenüber einer weiterführenden, höheren Bildung ist gewichen.

Qualifizierte
Schulabschlüsse
eröffnen berufliche
Chancen

An dieser veränderten Einstellung haben auch die später einsetzenden Schwierigkeiten der Jungakademiker bei der Suche nach einer geeigneten Anfangsstellung nichts geändert, als seit Anfang der 80er Jahre die weiter steigende Zahl von Hochschulabsolventen mit den Auswirkungen einer wirtschaftlichen Rezession zusammentraf. Als Reaktion auf die Meldungen von einer zu befürchtenden »Akademikerschwemme« haben die Abiturienten meist nur den Beginn ihres Studiums hinausgezögert, um den Abbau des »Studentenberges« abzuwarten, der sich infolge der bereits genannten geburtenstarken Jahrgänge der 50er und frühen 60er Jahre und verlängerter Studienzeiten aufgebaut hatte. Gleichzeitig hofften sie, daß die Zulassungsbeschränkungen für das Studium von besonders gefragten Fächern (den so-



genannten »Numerus-clausus-Fächern«) bei später rückläufigen Studienanfängerzahlen wieder aufgehoben würden. Zur Überbrückung der Wartezeit bis zum Studienbeginn, aber auch um die Berufschancen nach dem Studium zu verbessern, entschieden sich immer mehr Abiturienten für die Aufnahme einer betrieblichen Berufsausbildung (früher Lehre), nach Möglichkeit bei einer Bank oder einer Versicherung, aber auch im kaufmännischen Bereich von Großbetrieben. Sie verdrängten dabei oft die traditionellen Bewerber um diese Ausbildungsstellen, die Schulabgänger mit Realschul- oder Hauptschulabschluß. Die demographisch bedingte *Knappheit an betrieblichen Ausbildungsplätzen* wurde hierdurch noch verschärft. Erst als ab dem Jahr 1985 die ersten geburtenschwächeren Jahrgänge die Schulen ver-



ließen, hat der Druck auf den Lehrstellenmarkt wieder nachgelassen.

Ende 1988 standen knapp 1,7 Millionen Jugendliche in einer betrieblichen Ausbildung, das waren etwa 60% eines Altersjahrgangs der 16- bis 18jährigen. Jeder zweite (49,9%) von ihnen hatte seinen Ausbildungsplatz im Bereich von Industrie und Handel, das Handwerk bildete mehr als ein Drittel (34,9%) aus. Gegenüber 1950 hat sich die Zahl der männlichen Auszubildenden um die Hälfte erhöht, während die Zahl der weiblichen Auszubildenden auf das Drei- bis Vierfache angestiegen ist. Die *Verteilung der Auszubildenden* auf die verschiedenen Berufe hat sich in den letzten 40 Jahren erheblich verändert. Während 1950 bei den männlichen Auszubildenden der Nachwuchs für Maurer, Tischler und Maler dominierte, stehen heute die künftigen Kraftfahrzeugmechaniker, Elektroinstallateure und Maschinenschlosser an vorderster Stelle. Bei den weiblichen Auszubildenden haben sich die früher am stärksten besetzten Ausbildungsberufe vom Produktionsbereich, (z.B. Damenschneiderin) in den Dienstleistungsbereich, (z.B. Verkäuferin, Bürokauffrau, Friseurin) verlagert. Die starke Häufung bei den jeweils beliebtesten Ausbildungsberufen ist an sich erstaunlich, wenn man berücksichtigt, daß den Jugendlichen derzeit rund 400 anerkannte Ausbildungsberufe zur Auswahl angeboten werden.

Ansturm auf die Universitäten

Der *Hochschulbereich* ist seit 1960 bis zur Mitte der 70er Jahre sprunghaft ausgebaut worden. So wurde die Zahl der Stellen für das wissenschaftliche und künstlerische Personal an den in das Hochschulbauförderungsgesetz einbezogenen



Der Zustrom zu den Universitäten hält an – überfüllte Hörsäle kennzeichnen seit Jahren die Situation an den Hochschulen

Foto: dpa

staatlichen Hochschulen zwischen 1960 und 1975 von 19 100 auf 78 100 vervierfacht und liegt heute bei rund 82 000.

Die Ausgaben der öffentlichen Haushalte für Bildung und Wissenschaft stiegen in diesem Zeitraum auf das Sechsfache, wobei sich der Anteil der Hochschulen von 19% auf 24% erhöhte. Inzwischen haben diese Ausgaben die 90 Milliarden-DM-Grenze überschritten (Schätzung für 1988: 92,3 Milliarden DM). Der Anteil der Hochschulen ist dabei weiter auf 27% angestiegen.

Während die Studenten in den 50er Jahren überwiegend in den traditionellen Universitätsstädten anzutreffen waren, haben wir heute ein nahezu flächendeckendes Angebot an Hochschulorten. Die jeweilige Zahl der Hochschulen – 1987 waren es 244 – sagt dabei wenig aus, weil die Hochschulen im Verlauf der Jahrzehnte oft umstrukturiert, zu größeren Einheiten zusammengefaßt und dann wieder durch Neugründungen ergänzt wurden. Die Neugründungen betrafen vor allem den Fachhochschulbereich, der seit 1970 – zunächst durch die Umwandlung der früheren Ingenieurschulen und Höheren Fachschulen – eingerichtet worden ist.

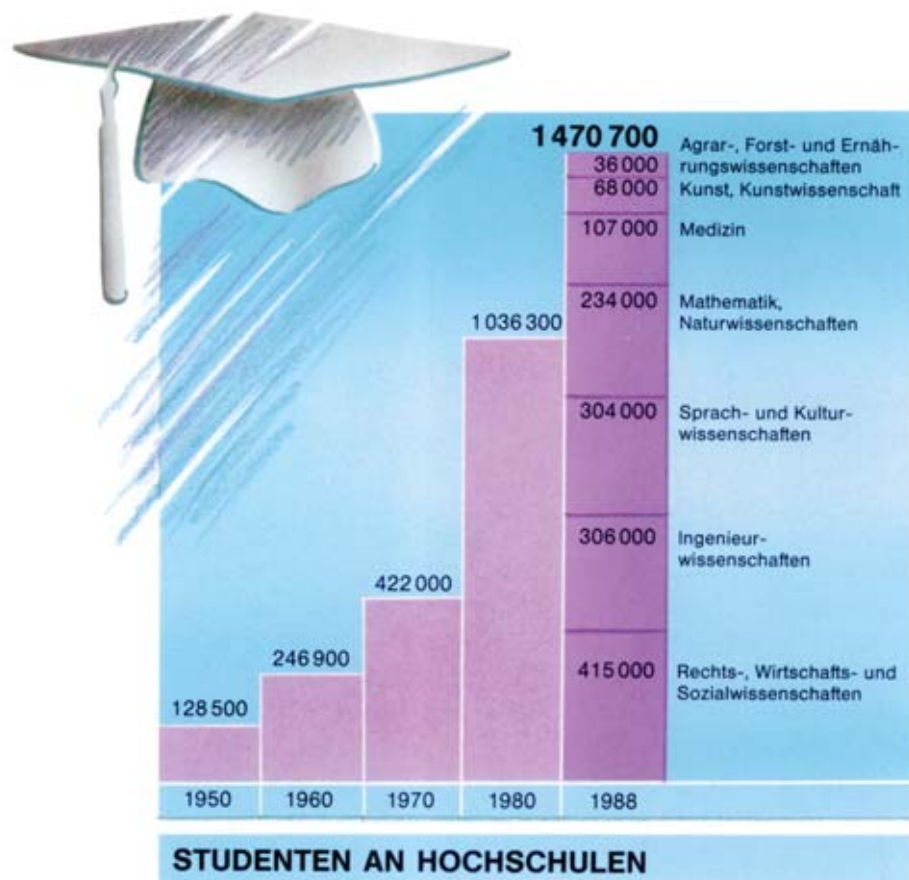
Die Gesamtzahl der Studentinnen und Studenten hat sich seit 1960 nahezu verfünffacht und liegt heute bei rund 1,5 Millionen. Nahezu ein Viertel von ihnen studiert an Fachhochschulen, wenn man die Ausbildung der Anwärter für den gehobenen öffentlichen Dienst (Inspektorenanwärter) hinzurechnet, die an verwaltungsinternen Fachhochschulen durchgeführt wird.

Derzeit werden an den Hochschulen des Bundesgebietes von Deutschen rund 150 000 Prüfungen pro Jahr abgelegt.



Über 7 Milliarden DM geben der Bund und die Länder für Forschung an den Universitäten aus (1978) – hier ein Blick auf ein Raster-Elektronenmikroskop

Foto: Süd-Chemie AG, München



Hiervon entfallen drei Viertel auf Diplomprüfungen an Universitäten und Fachhochschulen, der Rest auf Lehramtsprüfungen und Doktorprüfungen. Die Zahl der Studenten, die derzeit im Verlauf eines Jahres ihr Studium erfolgreich abschließen, liegt dreimal so hoch wie um 1960.

Der Ausbau unseres Bildungswesens in den letzten drei Jahrzehnten hat sicher nicht alle Erwartungen erfüllt; er hat jedoch bewirkt, daß ein großer Teil der nachgewachsenen Generation Bildungsabschlüsse vorweisen kann, die früher nur einer kleinen Elite vorbehalten waren. Von ihrer künftigen Bewährung im internationalen Wettbewerb wird der Lebensstandard der Bundesbürgerinnen und Bundesbürger in den kommenden Jahrzehnten entscheidend bestimmt werden.

Vom Wiederaufbau zu einer hohen Lebensqualität – der Staat als Serviceeinrichtung für den Bürger

Hans Rehm

Wer ist der Staat? Der Staat – das sind wir, alle Bürgerinnen und Bürger. Daher kommen auch uns die Zahlungen, die wir in Form von Steuern und Abgaben an den Staat leisten wieder auf andere Art und Weise zugute; zugute als Leistungen des Staates für das Wohlergehen der Bürgerinnen und Bürger. Ein Kreislauf also – von Nehmen und Geben. Auf diesen einfachen Nenner läßt sich »Unser Staat als Service für den Bürger« bringen.

Die vielfältigen staatlichen Leistungen von Bund, Ländern und Gemeinden haben in den Jahren 1949 bis 1989 den Rahmen für eine stabile, sozial ausgewogene Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland geschaffen. Die Aufgaben unseres Staates haben – wie auch bei den europäischen Nachbarn – im Laufe dieser Jahre einen starken Wandel erfahren. Mußte nach dem Krieg zunächst der Aufbau der Bundesrepublik Deutschland im weitesten Sinne gesi-



Die Ausgaben des Staates

chert und die Bedingungen für die soziale Integration der Vertriebenen und Flüchtlinge sowie den Ausgleich der Kriegsschäden geschaffen werden, so war es später im wirtschaftlichen Aufschwung notwendig, für den verstärkten Bildungs- und Ausbildungsbedarf Einrichtungen bereitzustellen und sie mit qualifiziertem Personal auszustatten. Tiefgreifende strukturelle Veränderungen in Wirtschaft und Bevölkerung, wie z. B. Energieverteuerung, »Umformung« der Alterspyramide und der Weg zur Dienstleistungsgesellschaft, die europäische Integration sowie die zunehmende Belastung unserer Lebensgrundlage »Umwelt« durch Emissionen stellen heute den Staat vor ganz neue Aufgaben und erfordern von ihm weitreichende ausgabenintensive Maßnahmen.

Die wachsenden Anforderungen an den Staat haben in zunehmendem Maße Mittel für seine Aufgabenerfüllung gebunden. Die sogenannte *Staatsquote*, das ist der Anteil der öffentlichen Ausgaben (Gebietskörperschaften ohne Sozialversicherung) am Bruttosozialprodukt, war in den Jahren des Aufbaus der Bundesrepublik Deutschland relativ konstant (1950: 28,5% / 1970: 29,1%). Anfang der 70er Jahre benötigte der Staat dann in zunehmendem Maße Mittel, um die Probleme des strukturellen Wandels zu bewältigen. Die öffentlichen Ausgaben sind in dieser Zeit deutlich stärker gewachsen als das Bruttosozialprodukt (Staatsquote 1973: 30,2%). Erst in der zweiten Hälfte dieses Jahrzehntes konnte das Wachstum der Staatsausgaben und das Wachstum der Wirtschaft wieder allmählich in Einklang gebracht werden (Staatsquote 1988: 30,4%). Im gesamten Zeitraum von 1950 bis 1988 sind die Ausgaben von Bund, Ländern und Gemeinden von 28,1 Milliarden DM auf 645,7 Milliarden

Sie sorgen für unsere Sicherheit

Fotos: dpa



den DM gestiegen. Die Größenordnung läßt sich daran verdeutlichen, daß das Ausgabenvolumen des Jahres 1950 rund 8,7 Millionen durchschnittlichen Jahresarbeitsverdiensten entsprach und 1988 fast 17 Millionen.

Wie haben sich die Ausgaben des Staates in den 40 Jahren seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland im einzelnen entwickelt?

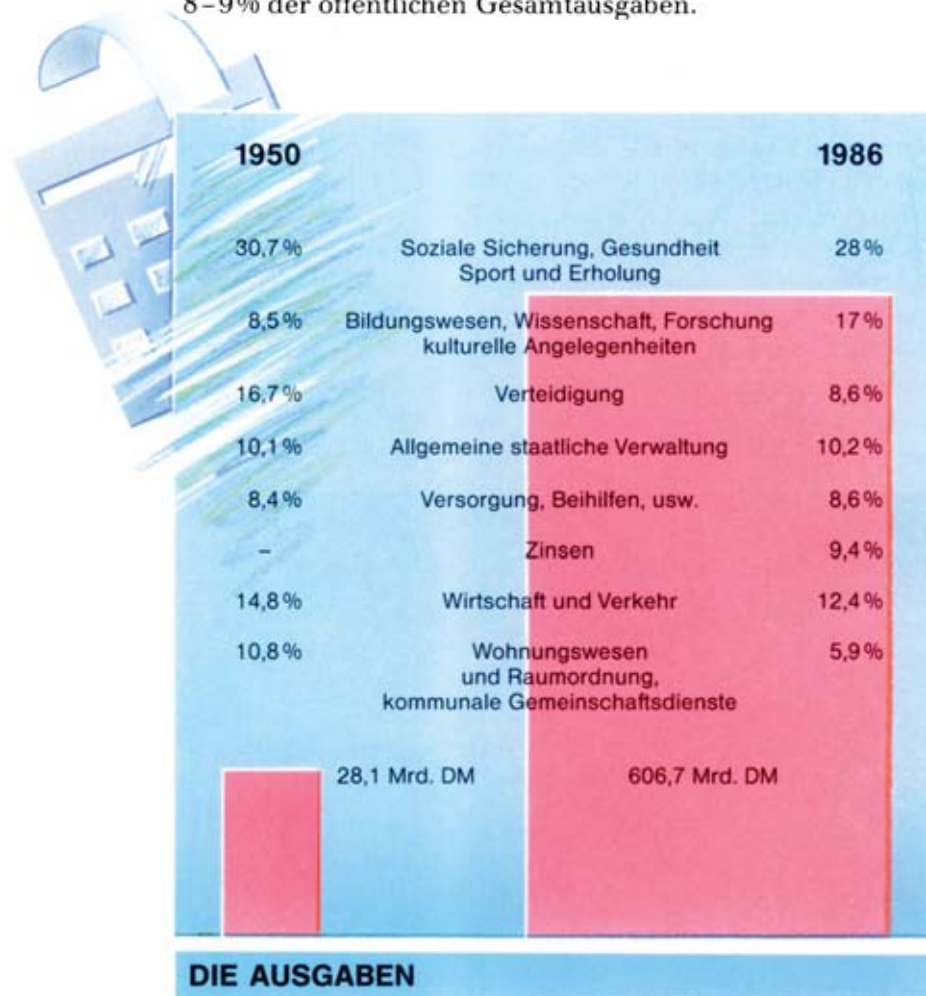
In den ersten Jahren nach dem 2. Weltkrieg entstanden den öffentlichen Haushalten hauptsächlich Ausgaben aus den *Kriegsfolgelasten*, der *Wiedergutmachung* sowie der sozialen und wirtschaftlichen *Eingliederung* der Heimkehrer, Flüchtlinge und anderer notleidender Menschen. Bis zum Jahr 1959 mußten hierfür jährlich regelmäßig über ein Viertel des gesamten öffentlichen Budgets der Gebietskörperschaften eingesetzt werden. Rechnet man die Leistungen für die Versorgung ehemaliger Beamter, Soldaten und sonstiger Reichsbediensteter hinzu, so erhöht sich dieser Anteil auf über 30% aller öffentlichen Ausgaben.

Der *Wiederaufbau* der zerstörten Städte und Verkehrswege erforderte von den öffentlichen Haushalten erhebliche Aufwendungen; über 15% der gesamten Etats mußten in den ersten Jahren hierfür eingesetzt werden. Gleich nach dem Kriege hatten die noch erhaltenen Kindergärten, Schulen, Hochschulen, Krankenhäuser, aber auch die Einrichtungen des Sports wieder ihren Betrieb aufgenommen. Zerstörte Einrichtungen mußten wieder aufgebaut und ebenfalls mit dem notwendigen Fachpersonal besetzt werden. Im Jahr 1950 wendeten Bund, Länder und Gemeinden über 3 Milliarden DM und damit mehr als 10% ihres Haushaltsvolumens für Einrichtungen und Maßnahmen der Erziehung, Bildung, Wissenschaft, Forschung, Kultur und des Sports auf.

Durch staatliche
Ausgaben möglich
gemacht –
der Wiederaufbau



Ein ganz erheblicher Teil der öffentlichen Mittel wurde in den ersten Jahren nach Kriegsende natürlich durch die *Verteidigungslasten* gebunden, 1950 mit knapp 5 Milliarden DM fast 17% aller Ausgaben. Zum größten Teil handelte es sich dabei um Leistungen für die Besatzungstreitkräfte, die ausschließlich vom Bundeshaushalt zu tragen waren. Sie sind im darauffolgenden Jahr nochmals kräftig angewachsen und machten dann über ein Fünftel aller öffentlichen Mittel und sogar über ein Drittel des gesamten Bundesbudgets aus. 1952 nahmen die Besatzungslasten leicht und im Jahr danach sogar deutlich ab. Die *Gründung der Bundeswehr* führte insgesamt zu keiner zusätzlichen Erhöhung des Verteidigungsaufwands, da die sogenannten »Besatzungskosten« in den Folgejahren deutlich zurückgingen. Insgesamt entfielen auf die Verteidigung in der Zeit bis Anfang der 60er Jahre etwa 12% aller öffentlichen Ausgaben. Bis gegen Ende des Jahrzehntes nahm ihr Anteil wieder deutlich ab und hält sich seither konstant bei etwa 8–9% der öffentlichen Gesamtausgaben.



Mit der Gründung der Bundesrepublik Deutschland – und zum Teil auch schon vorher – hatte auch das *öffentliche Leben* wieder einen Neuanfang genommen: Die politische Führung, die öffentlichen Verwaltungen aller Ebenen, das Rechtswesen und die Einrichtungen und Regelungen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung schafften sehr schnell wieder das notwendige stabile Fundament. Bereits 1950 gaben die öffentlichen Haushalte rund 10% ihrer Mittel für diese Aufgaben aus, wobei sich der Anteil in den folgenden Jahren kaum verändert hat.

Anfang der 60er Jahre geht von dem zunehmenden Aus- und Fortbildungsbedarf der jungen Menschen, der sich in einem rapiden Anstieg der Studentenzahlen zeigt, eine erhebliche Wirkung aus, die die Struktur der öffentlichen Ausgaben noch weit bis ins nächste Jahrzehnt beeinflusst.

Bei nachlassendem Wirtschaftswachstum wurde der *Ausbau des Bildungswesens* zunehmend als notwendige Investition in den künftigen Fortschritt und damit in den Wohlstand der Gesellschaft erkannt. Da politisch auch die Voraussetzungen für eine möglichst gleiche Verteilung der Bildungschancen angestrebt wurden, gewannen die öffentlichen Ausgaben für Schulen, Hochschulen sowie die Wissenschaft und Forschung außerhalb von Hochschulen immer mehr an Priorität. Sie haben in der Zeit von 1950 bis 1970 ihren Anteil an den Ausgaben der öffentlichen Haushalte nahezu verdoppelt (1950: 2,1 Milliarden DM oder 7,4% der Ausgaben/ 1970: 27,6 Milliarden DM oder 14,1% der Ausgaben). Die wirtschaftlichen Probleme der Ölkrise 1973/74 führten auch in den öffentlichen Haushalten zu einer Verknappung der Mittel und bremsten das kräftige Wachstum der Ausgaben von Bund, Ländern und Gemeinden für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Entwicklung abrupt ab. Ihr Anteil am öffentlichen Budget ging von 15,7% im Jahre 1974 ständig zurück bis auf unter 14% im Jahre 1986. Mit entscheidend war natürlich auch der deutliche Rückgang der Schülerzahlen. Die zunehmende Zahl von Studienanfängern und das politische Bestreben, der Jugend im Hinblick auf den Wettbewerb in einem geeinten Europa auf möglichst breiter Basis eine qualifizierte Hochschulausbildung zu ermöglichen, haben im Jubiläumsjahr in der Bundesrepublik Deutschland 1989 wieder zum Umdenken bei den Hochschulausgaben geführt. Bund und Länder wollen gemeinsam durch verstärkte Investitionen im Hochschulbereich diesem Ziel Rechnung tragen und die notwendigen Kapazitäten schaffen.

Auch bei den öffentlichen Ausgaben für die *soziale Sicherung* hat sich 1975 ein deutlicher Entwicklungsbruch ergeben. War bis 1974 der Anteil dieser Ausgaben am Gesamt-

Ausbau
des Bildungswesens

Sozialleistungen –
ein dicker Brocken

Verantwortung für unsere Umwelt

Zu den größten Arbeitgebern in der Bundesrepublik zählen die Bundespost und die Bundesbahn. Bei der Bahn arbeiten 276 000 Menschen (1987). Die Post beschäftigt 515 000 Personen (1987).

Foto: Bildagentur Schuster / Dr. Müller



budget von Bund, Ländern und Gemeinden stetig bis auf unter 20% zurückgegangen, so schnellte er 1975 auf 23,6% hoch. Die Mehrbelastung ergab sich allerdings in erster Linie aus der Einführung eines direkten Kindergeldes im Rahmen des Familienlastenausgleichs anstelle der steuerlichen Förderung der Kinder durch Freibeträge. In den Folgejahren, insbesondere Anfang der 80er Jahre, erfuhren die öffentlichen Haushalte jedoch in einigen Bereichen wieder deutliche Entlastung u. a. durch die rückläufige Zahl der Kinder und der Kriegsoffer. Sie waren im Interesse einer Verminderung ihrer stark gewachsenen Defizite auch zu Kürzungen bestimmter Sozialleistungen gezwungen. Die hohe Belastung aus der Arbeitslosigkeit konnte dadurch mehr als ausgeglichen werden, so daß das Gewicht der Sozialausgaben in den öffentlichen Haushalten bis 1986 sogar wieder auf 21,6% aller Ausgaben (ohne die Ausgaben der gesetzlichen Sozialversicherung) zurückging.

Die aktive Wirtschaftstätigkeit der 50er und 60er Jahre hatte der Bundesrepublik Deutschland zunehmenden Wohlstand gebracht, immer mehr aber auch zu einer *Belastung der Lebensgrundlagen* durch Emissionen geführt. Seit Beginn der 70er Jahre war der Staat daher zusehends gefordert, Maßnahmen und Regelungen zum Schutz der Umwelt zu treffen. Da für die Lasten der Beseitigung und Vermeidung von Umweltschäden in erster Linie das Verursacherprinzip gilt, spiegeln sich die umfangreichen Aktivitäten der öffentlichen Haushalte im Umweltschutz nur zum Teil in ihren Ausgaben wider. Der Staat trifft schützende Regelungen, finanzieren muß jedoch der tatsächliche oder mögliche Emissionsverursacher. Direkt durch Ausgaben belastet sind die öffentlichen Haushalte in erster Linie aus ihrer Verant-

Foto: Bildagentur Schuster / Dr. Müller



wortung für die Beseitigung von Abwasser und Abfällen, Maßnahmen des Lärmschutzes, der Reaktorsicherheit, des Strahlenschutzes und Bodenschutzes. Daneben ergeben sich in den öffentlichen Haushalten aber auch Belastungen in Form von Einnahmeausfällen, wenn für umweltschützende Maßnahmen privaten Haushalten oder Unternehmen Steuervergünstigungen gewährt werden, z. B. Kfz-Steuernachlaß bei Katalysator-Fahrzeugen, Abschreibungen für Umweltschutzinvestitionen. Die Beseitigung bestehender Schäden sowie die Vermeidung weiterer Zerstörung unserer Umwelt werden zu einer der wichtigsten Aufgaben von Bund, Ländern und Gemeinden.

Auch die Entwicklung der öffentlichen Einnahmen ist in den Jahren von 1949 bis 1989 durch eine deutliche Verlagerung der Schwerpunkte gekennzeichnet. Den größten Teil seiner Dienstleistungen stellt der Staat seinen Bürgerinnen und Bürgern unentgeltlich zur Verfügung. Alle können diese Leistungen in gleichem Maße, z. B. das Schulangebot, oder doch zumindest in dem Maße, wie sie diese benötigen, z. B. Verkehrsverbindungen, beanspruchen. Viele Leistungen des Staates, Außenpolitik oder Verteidigung, nutzen nur der Gemeinschaft als Ganzes, die Bürger persönlich können sie nicht direkt in Anspruch nehmen. Die Finanzierungen der öffentlichen Ausgaben erfolgt deshalb im Sinne einer gleichmäßigen Lastenverteilung konsequent zum größten Teil aus Steuereinnahmen (1986: 76,8% aller öffentlichen Einnahmen), die in der Regel nicht gezielt für eine spezielle Aufgabe zweckgebunden eingesetzt werden, sondern allgemeines Deckungsmittel für alle Staatsausgaben sind.

Bestimmte öffentliche Leistungen kann der Bürger oder die Bürgerin aber auch gegen ein spezielles Entgelt direkt in

Die Einnahmen des Staates

Links: Hier fließt u. a. das Geld der Gemeinden hin

Rechts: Auch eine Aufgabe der Gemeinden – die Beseitigung des täglich anfallenden Mülls

Foto: Bildagentur Schuster / Müller



Foto: dpa



Anspruch nehmen. In diesen Fällen muß eine bestimmte Gebühr für die gewünschte Dienstleistung des Staates bezahlt werden, z. B. für das Ausstellen eines Personalausweises, für die Benutzung einer öffentlichen Einrichtung – sei es Theater, sei es Schwimmbad, sei es Kindergarten – oder auch für die Inanspruchnahme der Müllabfuhr. Insgesamt machen diese Gebühren und ähnlichen Entgelte knapp 10% der öffentlichen Einnahmen aus; die kommunalen Haushalte alleine, die in relativ großem Umfang unmittelbar Leistungen der Versorgung und Entsorgung für den Bürger erbringen, beziehen sogar gut ein Fünftel ihrer Einnahmen aus Gebühren und Entgelten. Verglichen mit den Aufbaujahren der Bundesrepublik Deutschland hat sich das Gewicht dieser Einnahmen nahezu verdoppelt.

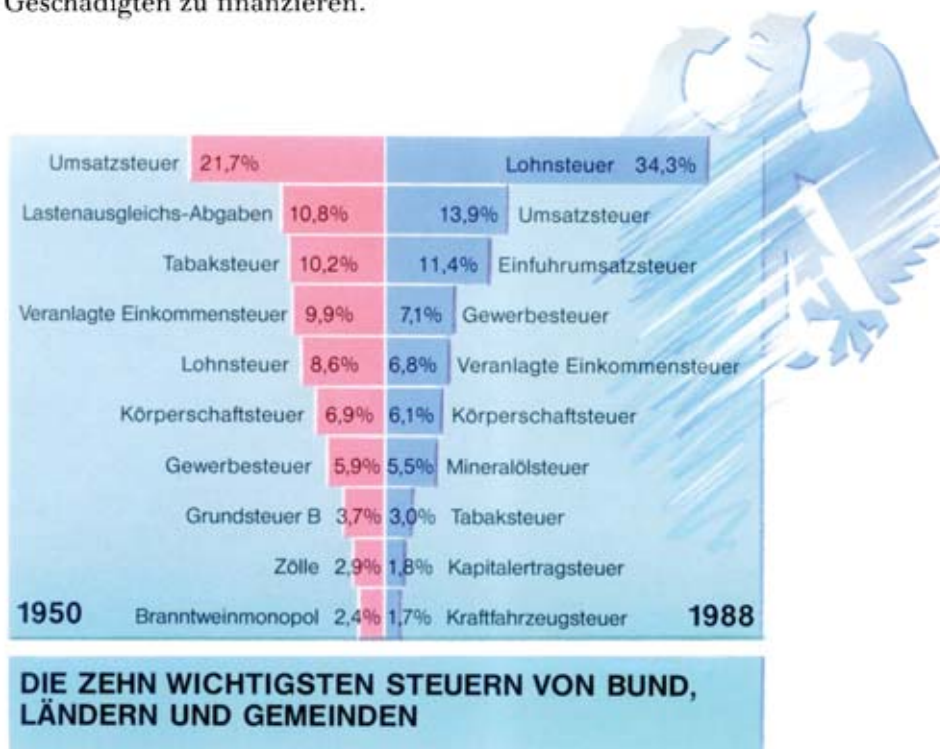
Der Anteil der Steuern an den gesamten staatlichen Einnahmen betrug in den ersten Jahren der Bundesrepublik Deutschland knapp 80%, ist dann im Zuge des kräftigen Wirtschaftswachstums der Aufbaujahre bis auf über 82% gestiegen und bis Mitte der 70er Jahre auf diesem Niveau geblieben. Die nach dem Ölpreisschock 1973 nachlassende Wirtschaftskraft ließ auch die Steuereinnahmen schwächer fließen, so daß ihr Deckungsbeitrag in den öffentlichen Haushalten stetig und Anfang der 80er Jahre sogar sehr deutlich auf drei Viertel aller Einnahmen zurückging. Die 1982 langsam einsetzende wirtschaftliche Erholung stärkte wieder die Steuerkraft. Aufgrund der verschiedenen Maßnahmen zur Steuerentlastung der Bürger und der Wirtschaft blieb der Anteil der Steuereinnahmen in den öffentlichen Haushalten jedoch konstant bei knapp 77%. Die für 1990 vorgesehene dritte Stufe der Steuerreform wird eine weitere kräftige Steuerentlastung bringen, per Saldo in den öffentlichen Haushalten jedoch zu keinem Einnahmeneinbruch führen, da die außerordentlich gute Wirtschaftsentwicklung die Steuern trotzdem reichlich fließen läßt.

Die zehn wichtigsten Steuern

Das höchste Aufkommen erbringen heute die Steuern auf das persönliche Einkommen (*Lohnsteuer* und veranlagte *Einkommensteuer*). Im Jahr 1988 betrug es 200 Milliarden DM, was rund 40% aller Steuereinnahmen entspricht. Die Lohnsteuer, die der Arbeitgeber für jeden Berufstätigen unmittelbar vom Verdienst abzieht (und an das Finanzamt abführt), bringt dabei mit 168 Milliarden DM den größten Ertrag. Ein Viertel des Gesamtsteueraufkommens leisten Bürger und Wirtschaft als Verbraucher von Gütern und Diensten in Form der *Umsatzsteuer* (1988: 67,7 Milliarden DM) sowie der *Einfuhrumsatzsteuer* (1988: 55,6 Milliarden DM). Deutlich niedriger liegt der Finanzierungsbeitrag der übrigen Steuerarten, nämlich der *Körperschaftsteuer* als Einkommenssteuer der Unternehmen (1988: rund

30 Milliarden DM), der Steuer auf Kapital und Ertrag von Handel und Gewerbe (*Gewerbesteueraufkommen* 1988: 34,4 Milliarden DM) sowie der *Mineralölsteuer* auf Heizöl und Kraftstoffe (1988: rund 27 Milliarden DM). Zu den Steuereinnahmen der öffentlichen Haushalte tragen in nennenswertem Umfang daneben noch die Raucher (*Tabaksteuer* 1988: 14,6 Milliarden DM oder rund 3% des Steueraufkommens), die Autofahrer, Motorradfahrer und sonstigen Kraftfahrer (*Kfz-Steuer* 1988: 8,2 Milliarden DM oder 1,7%) sowie die Bürgerinnen und Bürger bei, die ihr Geld sparen oder in sonstiger Form ertragbringend anlegen (*Kapitalertragssteuer* 1988: 8,7 Milliarden DM oder 1,8%).

In der Aufbauphase der Bundesrepublik Deutschland ergab sich aufgrund der wirtschaftlichen Ausgangslage eine ganz andere Zusammensetzung des Steuerbudgets. Am ertragreichsten war damals mit über einem Fünftel aller Einnahmen die Umsatzsteuer. An zweiter Stelle lagen im Jahre 1950 mit gut 10% des gesamten Steueraufkommens schon die Lastenausgleichsabgaben. Sie dienten der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Eingliederung der Menschen, die durch den Krieg oder die Folgen des Krieges (Vertreibung) ihr Hab und Gut verloren hatten. In den dreißig Jahren bis zum Auslaufen der Abgaben 1980 wurden von den Abgabepflichtigen insgesamt über 121 Milliarden DM aus ihrem Vermögen aufgebracht, um diese Leistungen an die Geschädigten zu finanzieren.



Da nach den Jahren der Entbehrung und Not des Krieges wieder ausreichend Tabak für die geliebte Zigarette und Pfeife vorhanden war, entstanden auch für die Staatskasse ganz beträchtliche Einnahmen. Die Tabaksteuer erbrachte im Jahre 1950 über 10% des gesamten Steueraufkommens, sogar noch etwas mehr als die veranlagte Steuer auf das Einkommen (9,9%). Auch das Branntweinmonopol rangierte mit einem Anteil von 2,4% noch unter den zehn aufkommensstärksten Steuern. Da viele Bürgerinnen und Bürger kein oder nur ein niedriges Einkommen bezogen, kam der Lohnsteuer Anfang der 50er Jahre eine deutlich geringere Bedeutung zu (8,6%) als heute. Ihre Spitzenstellung hat sie erst dadurch erlangt, daß im Zuge der wirtschaftlichen Aufwärtsentwicklung schließlich Vollbeschäftigung erreicht wurde und immer mehr Einkommen in den Progressionsbereich des Lohnsteuertarifs hineingewachsen sind.

Die wirtschaftliche Stärkung in den 50er und 60er Jahren spiegelt sich auch deutlich im wachsenden Aufkommen der Mineralölsteuer und der Kfz-Steuer wider. War ihre Bedeutung 1950 noch verschwindend gering, so erreichte der Anteil der Mineralölsteuer infolge der zunehmenden Motorisierung und auch durch die wachsende Bedeutung von Mineralöl als Heiz- und Brennstoff 1968 sogar 8,2% des gesamten Steueraufkommens. Der Anteil der Kfz-Steuer hat sich von 1,7% in 1950 auf 2,7% in 1968 nahezu verdoppelt. Auch die Gewerbesteuer hat ihr Gewicht (7,1 % aller Steuereinnahmen 1988) erst durch den wirtschaftlichen Wiederaufbau bis Anfang der 60er Jahre erlangt. 1950 lagen sie noch bei knapp 6% des gesamten Steueraufkommens. Die Körperschaftsteuer erbringt zwar 1988 mit 6,1% etwa den gleichen Anteil an den Steuereinnahmen wie 1950 (6,9%). In den einzelnen Jahren folgte das Aufkommen dieser Steuer jedoch sehr elastisch der Entwicklung der Unternehmensgewinne und spiegelt daher deutlich die verschiedenen Wachstumsphasen der Wirtschaft wider.

Seit Anfang der 70er Jahre leisten auch die öffentlichen Haushalte ihren direkten *Steuerbeitrag zur europäischen Integration*. 1971 sind neben einer Reihe kleinerer Abgaben insgesamt die Zölle auf die Europäischen Gemeinschaften als eigene Einnahmequelle übergegangen und ab 1975 steht den Europäischen Gemeinschaften außerdem ein Anspruch auf einen festen Anteil am inländischen Umsatzsteueraufkommen als Eigenmittel zur Finanzierung ihrer Aufgaben zu. Ab 1988 erhalten die EG aufgrund des wachsenden Finanzbedarfs noch zusätzlich am jeweiligen Sozialprodukt der Mitgliedsstaaten bemessene Mittel hinzu. EG-eigene Einnahmen aus der Bundesrepublik Deutschland, die der

Bund aus seinen Steuereinnahmen aufzubringen hat, erreichten dadurch in diesem Jahr insgesamt 23,7 Milliarden DM oder fast 5% des gesamten inländischen Steueraufkommens.

Die öffentlichen Haushalte schaffen durch ihre Investitionen (Infrastruktur) auch die notwendigen Voraussetzungen für eine stabile wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung künftiger Generationen. Soweit die laufenden Haushaltsmittel einer Periode nicht ausreichen, diese Investitionen zu finanzieren, können Bund, Länder und Gemeinden auch am Kreditmarkt Mittel aufnehmen und die Rückzahlung dieser Gelder in künftigen Jahren leisten, denen auch die Nutzung der Investitionen zugute kommt. Bund und Länder können sich darüber hinaus auch Mittel am Kreditmarkt beschaffen, wenn sie aus ihrer Verantwortung für eine stetige gesamtwirtschaftliche Entwicklung in konjunkturellen Schwächephasen fehlende private Nachfrage durch verstärkte staatliche Ausgaben kompensieren müssen. Eine wieder florierende Wirtschaft wird dann über wachsende Steuererträge die Mittel aufbringen, die nötig sind, die aufgenommenen Kreditverpflichtungen des Staates wieder abzutragen.

Entsprechend dem vorrangigen Ziel, die Ausgaben und Einnahmen eines Jahres möglichst auszugleichen, war die Verschuldung der öffentlichen Haushalte in den Anfangsjahren der Bundesrepublik Deutschland relativ gering. Von den knapp 18 Milliarden DM öffentlichen Schulden im Jahre

Kreditaufnahme des Staates



Mit öffentlichen Investitionen werden die Voraussetzungen für eine positive wirtschaftliche Entwicklung geschaffen – hier Großbaustelle des Rhein-Main-Donau Kanals, der nach Fertigstellung von der Nordsee bis zum Schwarzen Meer reichen wird

Foto: dpa

1950 waren allein 17 Milliarden DM sogenannte Ausgleichsforderungen in erster Linie gegen den Bund, die im Zuge der Gelderstattung entstanden waren. Eine nennenswerte aktive Neuverschuldung gab es daneben Anfang der 50er Jahre nicht. Auf jeden Bundesbürger entfielen damit rein rechnerisch lediglich rund 360 DM öffentliche Schulden. Auch die kräftige Erhöhung im Jahre 1954 um mehr als 7 Milliarden DM auf 33,7 Milliarden DM ergab sich fast ausschließlich aus der Anerkennung von ehemaligen Reichsverpflichtungen (Altschulden), insbesondere aus dem sogenannten Londoner Abkommen des Jahres 1953. Diese Schulden, die überwiegend auf US-Dollar oder Pfund Sterling lauteten, wurden in den Folgejahren sukzessive abgetragen und schlagen heute nur noch mit einem ganz geringen Betrag von 0,3 Milliarden DM zu Buche.

Gegen Ende der 50er Jahre rückten die öffentlichen Haushalte zunehmend von der Politik des strengen Haushaltsausgleichs ab und orientierten ihre Ausgaben und Einnahmen stärker an konjunkturpolitischen Erfordernissen. Bei nachlassendem Wirtschaftswachstum wurde eine Erhöhung der Haushaltsdefizite und damit auch eine verstärkte Verschuldung in Kauf genommen. In Phasen des Aufschwungs wurden die wachsenden Einnahmen zur Tilgung der Schulden eingesetzt. Da die Schuldenaufnahme in den meisten Jahren dennoch die Schuldentilgung überstieg, wuchs der Stand der öffentlichen Schuldverpflichtungen von Jahr zu



Jahr weiter an. Bis Mitte der 60er Jahre erreichte er über 72 Milliarden DM und damit den vierfachen Betrag des Jahres 1950.

Das Gesetz zur Förderung von Stabilität und Wachstum (Stabilitätsgesetz) aus dem Jahr 1967 machte die Sicherung eines stetigen Wirtschaftswachstums den öffentlichen Haushalten direkt zur Aufgabe und gab dem Staat zugleich die wichtigsten Instrumente einer stabilitätsorientierten Haushalts- und Finanzpolitik vor. Bis Mitte der 70er Jahre gelang es den öffentlichen Haushalten auch, tatsächlich die Entwicklung ihrer Haushaltsdefizite dem Konjunkturverlauf anzupassen und die Neuverschuldung in den Aufschwungsphasen zu reduzieren. Ab 1975 öffnete sich jedoch die Schere zwischen den Einnahmen und Ausgaben der öffentlichen Haushalte immer weiter. In steigendem Umfang mußte auf Fremdmittel zurückgegriffen werden, so daß es zu einem außerordentlich kräftigen Anwachsen der Schuldverpflichtungen auf insgesamt 900 Milliarden DM zum Jahresende 1988 kam, das sind fast 15 000 DM je Bundesbürger. Zwar ist es den öffentlichen Haushalten ab Anfang der 80er Jahre gelungen, durch strenge Ausgabendisziplin die jährliche Neuverschuldung zu reduzieren. Ein Abtragen der Schuldverpflichtung insgesamt war jedoch nicht möglich, so daß die laufenden jährlichen Zinsbelastungen 1988 mit 60,5 Milliarden DM ein Volumen erreichten, das sogar höher ist als die Nettokreditaufnahme und den Spielraum für notwendige andere Ausgaben des Staates zunehmend einengt. Sollen die Haushalte der Gebietskörperschaften für die Zukunft noch ausreichend finanzierbar sein, so müssen sie eine sparsame Ausgabenpolitik verfolgen und alle Finanzierungsmöglichkeiten ausschöpfen. Zusätzliche Einnahmen bei guter wirtschaftlicher Entwicklung müssen gezielt zum Abbau der Schulden eingesetzt werden.



Foto: tpk / Hubmann

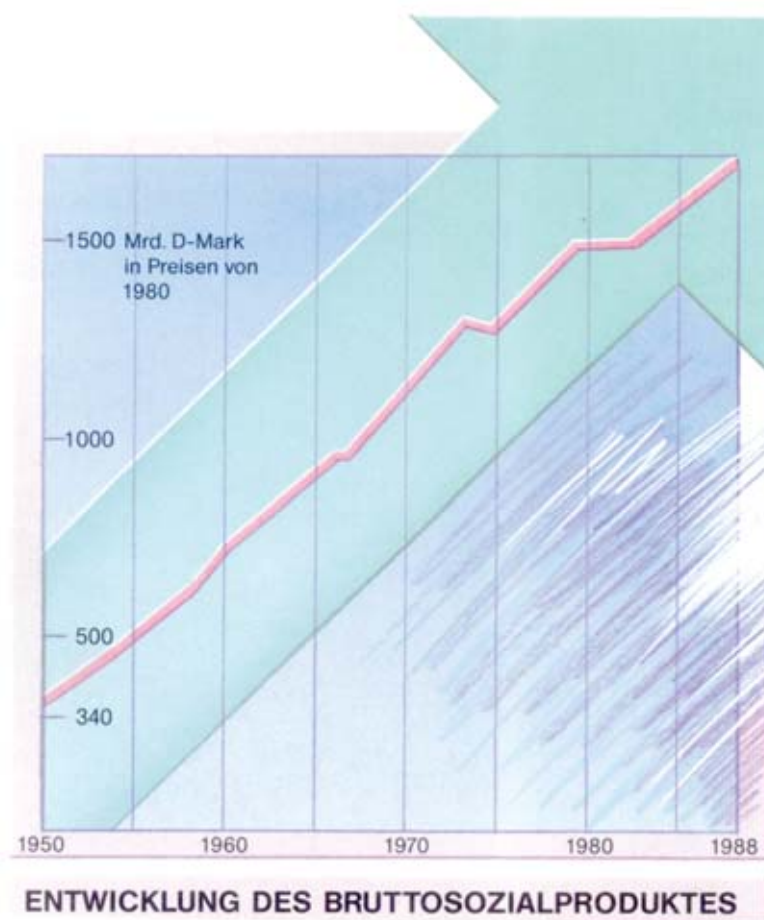
Vom Wirtschaftswunder zur führenden Industrienation – die gesamtwirtschaftliche Entwicklung

Dr. Karl Schoer und Veronika Spies

Linke Seite:
So fing es an – nach der
Währungsreform erhält jeder
40 DM, im Volksmund auch
„Kopfgeld“ genannt

Die Währungsreform im Jahre 1948 war der Startschuß für einen damals beispiellosen wirtschaftlichen Aufschwung, der bereits in den 50er Jahren als *Wirtschaftswunder* bezeichnet wurde. Innerhalb weniger Jahre entwickelte sich die Bundesrepublik Deutschland zu einem führenden Industriestaat.

Das Bruttosozialprodukt, der umfassendste Ausdruck für die von den Bewohnern eines Landes erbrachte wirtschaft-



liche Leistung, war 1988 mit 2122 Milliarden DM knapp zwanzigmal so hoch wie 1950. In dieser Zunahme schlägt sich allerdings auch der Anstieg des allgemeinen Preisniveaus nieder. Seit 1950 haben sich die Preise in der Bundesrepublik im Durchschnitt vervierfacht. Bereinigt man die Angaben über das Bruttosozialprodukt rechnerisch um den allgemeinen Preisanstieg, dann ergibt sich die reale Entwicklung. Danach ist die heutige wirtschaftliche Leistung nahezu fünfmal so hoch wie 1950.

Die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit ist sogar noch stärker gestiegen, denn der Wert der pro Arbeitsstunde hergestellten Waren und Dienstleistungen hat sich in den vergangenen vier Jahrzehnten real versechsfacht. 1950 arbeitete jeder Erwerbstätige im Durchschnitt 2472 Stunden pro Jahr. Das sind 47,5 Stunden pro Woche. Heute schafft eine Arbeitskraft die Wochenleistung von damals in 7,9 Stunden. Würden sich die Bundesbürger mit dem 1950 erreichten Einkommen zufrieden geben, dann müßten sie – rein rechnerisch – heute also nur noch einen Tag pro Woche arbeiten. Tatsächlich wurde der wirtschaftliche Fortschritt sowohl für eine Erhöhung der Einkommen als auch zur Verkürzung der Arbeitszeit genutzt. Die wirtschaftliche Leistung stieg seit 1950, wie bereits erwähnt, um das Fünffache, gleichzeitig verringerte sich die Arbeitszeit je Erwerbstätigen um rund ein Drittel.

Ein Arbeitsplatz des Jahres 1988 ist mit einem Arbeitsplatz aus der Gründungszeit der Bundesrepublik Deutschland nur in Ausnahmefällen vergleichbar. Neue leistungsfähigere Maschinen und Arbeitsgeräte wurden ent-

Wiederaufbau und Wirtschaftswunder

Zerstörung und Demontage der Industrie waren die Folge des Zweiten Weltkrieges

Foto: bpk/Pabel



wickelt und eingesetzt, die Arbeitsabläufe wurden effizienter organisiert und das Ausbildungsniveau der Erwerbstätigen verbesserte sich beträchtlich. All dies führte dazu, daß die menschliche Arbeit immer produktiver wurde. Die dahinter stehenden gewaltigen Veränderungen lassen sich unter anderem an den Kosten für die Ausstattung eines Arbeitsplatzes ablesen. So werden für die Einrichtung eines Arbeitsplatzes in der Privatwirtschaft heute im Durchschnitt nahezu 200 000 DM aufgewendet. 1950 betrugen die Kosten, gemessen in heutigen Preisen, noch weniger als 40 000 DM.

Die Wirtschaftsentwicklung seit 1950 verlief nicht gleichmäßig, sondern sie ging durch verschiedene, auch durch die weltwirtschaftlichen Bedingungen beeinflusste Phasen, die zudem von konjunkturellen Schwankungen überlagert wurden. Die Konjunkturzyklen hatten in etwa einen Rhythmus von vier bis fünf Jahren, wobei die Ausschläge sehr unterschiedlich waren. Trotz der Schwankungen nahm das reale Bruttosozialprodukt mit Ausnahme der Jahre 1967, 1975 und 1981/1982 von Jahr zu Jahr zu. Grob gesehen lassen sich folgende Phasen des Wachstums unterscheiden :

1. die Wiederaufbauphase in den 50er Jahren,
2. die Vollbeschäftigungsphase bis Anfang der 70er Jahre,
3. die Zeit der Energie- und Strukturkrise, bis Anfang der 80er Jahre,
4. die Erholungsphase ab etwa 1985.

In der Wiederaufbauphase der 50er Jahre nahm das Bruttosozialprodukt im Durchschnitt um rund 8% pro Jahr zu.



Heute prägen moderne Produktionsanlagen das Gesicht unserer Industriegesellschaft (Teilansicht des Hydrocrackers im Werk Scholven der RUHR OEL GmbH, Gelsenkirchen)

Foto: Veba Oel AG

Die anfangs bestehende hohe Arbeitslosigkeit – fast zwei Millionen Personen – wurde rasch abgebaut. Bei der Beurteilung des Wachstums in diesen Jahren darf nicht übersehen werden, daß das Ausgangsniveau sehr niedrig war. Es stand eine beträchtliche Zahl von gut ausgebildeten Arbeitskräften bereit, und auch die Kapazität der Produktionsanlagen war weit unterdurchschnittlich ausgelastet, so daß dem *Wirtschaftswachstum* von seiten der Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital kaum Grenzen gesetzt wurden. Hinzu kam ein großer, durch die Entbehrungen der Kriegsjahre angestauter *Nachholbedarf* bei den inländischen Verbrauchern. Auch das Ausland fragte zunehmend Güter aus der Bundesrepublik Deutschland nach.

In den 60er Jahren schwächten sich die jährlichen Wachstumsraten des Bruttosozialprodukts ab. Im Zeitraum 1960 bis 1973 belief sich die durchschnittliche jährliche Zunahme auf gut 4,5%. Sie war damit aber immer noch vergleichsweise hoch. Es war *Vollbeschäftigung* erreicht. Der zunehmenden *Arbeitskräfteknappheit* wurde durch massive *Anwerbungsaktionen im Ausland* begegnet. Die Zahl der ausländischen Arbeitnehmer nahm fast stetig zu und erreichte Ende 1973 mit zweieinhalb Millionen ihren Höchststand. Die Preise waren einigermaßen stabil und auch die Rezession des Jahres 1967, mit nur kurzzeitigem Rückgang des realen Bruttosozialprodukts, konnte das insgesamt harmonische Bild nicht stören, da dieser kleine Einbruch (–0,1% gegenüber dem Vorjahr) durch umso stärkere Zunahmen in den Folgejahren wettgemacht wurde.

Folge der Ölkrise

Stärkere Störungen der bisher nahezu stets aufwärts gerichteten Wirtschaftsentwicklung gab es in den 70er Jahren. Im Durchschnitt der Jahre 1974 bis 1982 betrachtet, lag die Zuwachsrate des Bruttosozialprodukts bei nur noch 1,5% pro Jahr. Zu Beginn der 70er Jahre wurden *Strukturveränderungen* deutlich, die sich in der Folgezeit verstärkten. In vielen Bereichen des Verarbeitenden Gewerbes kam der Wachstumsprozeß zum Stillstand oder es kam sogar zu einem Schrumpfungsprozeß. Außerdem beschleunigte sich der Preisanstieg erheblich. Als Folge des »ersten Ölchocks« 1973/74, der durch eine Verdreifachung der Rohölpreise innerhalb eines Jahres ausgelöst wurde, kam es zu einem kräftigen Wachstumseinbruch. 1975 ging das reale Bruttosozialprodukt um 1,6% zurück. Die Arbeitslosenzahl schnellte auf über eine Million in die Höhe. Der »zweite Ölpreisschock« zu Beginn der 80er Jahre – die Rohölpreise stiegen von 1979 bis 1981 um 125% – führte 1980 sogar erstmals dazu, daß der Wert der von der Bundesrepublik Deutschland importierten Güter und Dienstleistungen höher war als der Wert der Exporte. Die Preise zogen erneut deutlich an. Das reale

Bruttosozialprodukt nahm 1981 nicht zu und 1982 ging es um 1 % zurück. Die Zahl der *Arbeitslosen* stieg auf über zwei Millionen.

Nach dieser Krise stellte sich ab 1983 ein bis heute anhaltender wirtschaftlicher Aufschwung ein. Er wurde unter anderem durch weltwirtschaftliche Rahmenbedingungen, wie einer guten Konjunktur bei den wichtigsten Handelspartnern, weltweit geringen Preissteigerungen sowie besonders durch den *Ölpreisverfall* begünstigt. Es handelt sich, verglichen mit früheren Konjunkturzyklen, um einen ungewöhnlich langen Aufschwung, der allerdings ein vergleichsweise mäßiges Tempo aufweist, denn die durchschnittliche jährliche Zunahme des Bruttosozialprodukts für den Zeitraum 1983 bis 1988 beläuft sich nur auf rund 2,5 %. Obwohl seit dem letzten Tiefpunkt der Beschäftigung im Jahre 1983 rund 800 000 neue Arbeitsplätze entstanden sind, hat die Zahl der Arbeitslosen erst Mitte 1989 erstmals wieder die Zweimillionengrenze unterschritten. Die anhaltend ungünstige Lage auf dem Arbeitsmarkt wurde vor allem durch die Bevölkerungsentwicklung beeinflusst, da die stark besetzten Geburtsjahrgänge der 60er Jahre in den letzten 10 Jahren auf dem Arbeitsmarkt strömten.

Die Größe »Bruttosozialprodukt« erlaubt es, die in einer Volkswirtschaft erbrachte wirtschaftliche Leistung anhand einer einzigen griffigen Zahl darzustellen. Diese wird häufig auch zur Messung des Wohlstands einer Volkswirtschaft verwendet, da Produktionssteigerungen die Güterversorgung der Bevölkerung verbessern können. Bei der Ermittlung dieser Größe werden allerdings im wesentlichen nur Marktvorgänge, d. h. vor allem Käufe und Verkäufe von Waren und Dienstleistungen berücksichtigt. Diese Beschränkung auf Marktvorgänge entspricht auch dem eigentlichen Verwendungszweck des Bruttosozialprodukts, nämlich verlässliche Datengrundlage für kurz- und mittelfristige wirtschaftspolitische Entscheidungen zu sein. Sogenannte Nicht-Marktvorgänge aber lassen sich nur schwer und mit einem weitaus geringeren Genauigkeitsgrad statistisch erfassen. Für die Darstellung der Wohlstandsentwicklung können jedoch auch Nicht-Marktvorgänge von Bedeutung sein. Wichtige Beispiele sind die »Haushaltsproduktion« und der »Umweltverbrauch«.

Von Haushaltsmitgliedern durchgeführte Arbeiten im Haushalt wie Zubereitung von Mahlzeiten, Reinigung oder die Kinder- und Krankenbetreuung gehen nicht in die Berechnung des Sozialprodukts ein. Kauft der Haushalt dagegen entsprechende Dienstleistungen gegen Entgelt wie z. B. beim Besuch eines Restaurants, der Inanspruchnahme einer Wäscherei oder eines Kindergartens oder der Beschäftigung

Bruttosozialprodukt –
der richtige Maßstab
für den Wohlstand?

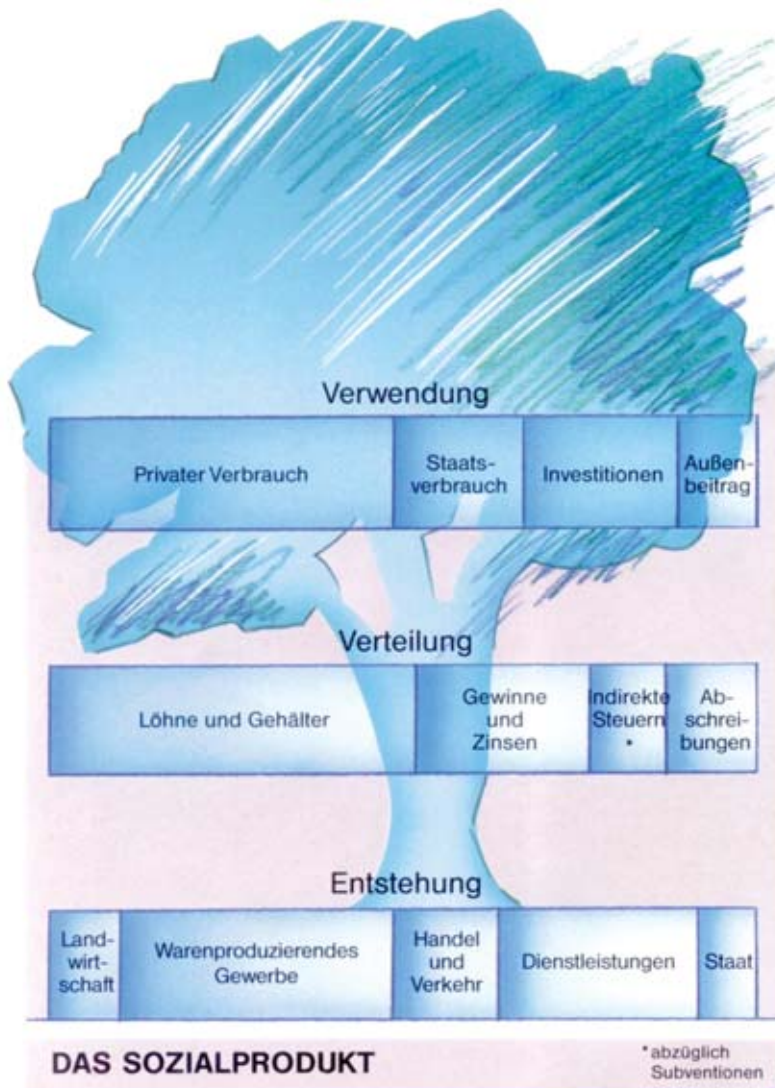
einer bezahlten Haushaltshilfe, dann werden diese im Sozialprodukt mitgezählt. Der Anteil der verheirateten Frauen, die einer bezahlten Erwerbstätigkeit nachgehen, ist seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland beträchtlich angestiegen, so daß im Durchschnitt weniger Zeit für die Verrichtung von Hausarbeit aufgewendet werden kann. Dies wurde erleichtert durch die zunehmende Verwendung moderner Haushaltsgeräte wie Staubsauger, Waschmaschinen und elektrischer Küchengeräte. Vermutlich hat die vermehrte Erwerbstätigkeit der Frauen aber auch dazu geführt, daß heute viele Waren und Dienstleistungen, die früher noch im Haushalt selbst produziert wurden, gekauft werden und damit, weil es sich um Marktvorgänge handelt, das Sozialprodukt erhöhen, ohne daß dem eine entsprechende Wohlstandsvermehrung gegenüber steht.



Die Expansion des Dienstleistungssektors zeigt sich in Bürohochhäusern – wie hier zum Beispiel im Finanz- und Bankenzentrum Frankfurt

Foto: dpa

Ein weiteres Beispiel für *die Bedeutung von Nicht-Marktvorgängen* ergibt sich aus dem Zusammenwirken von Produktion und Umwelt. In vielen Fällen führt die Produktion von Waren und Dienstleistungen zu Umweltschäden durch Verschmutzung von Luft, Boden oder Gewässern, mit indirekten negativen Folgen für die Gesundheit oder das Wohlbefinden der Bevölkerung. Das heißt, unter Wohlstandsgesichtspunkten wird im Produktionsprozeß Umwelt »verbraucht«. Der Wert der Produktion müßte aber um den Umweltverbrauch verringert werden. Da die Umwelt in der Regel kostenlos von den Produzenten genutzt wird, ihre Verwendung also keinen Marktvorgang auslöst, wird der Umweltverbrauch bei der Ermittlung des Sozialprodukts nicht abgezogen. Der tatsächliche Wohlstand wird also um den Wert des Umweltverbrauchs überhöht nachgewiesen.



Struktur unserer Wirtschaft verändert sich



Die genannten Unterschiede zwischen Wirtschaftswachstum – gemessen an der Sozialproduktentwicklung – und der Wohlstandsentwicklung wirken sich wahrscheinlich nur allmählich aus, so daß sie bei kurzfristigeren Untersuchungen vernachlässigt werden können. Im längerfristigen Vergleich dürfte das Bruttosozialprodukt den Zuwachs an Wohlstand jedoch überhöht darstellen. Das Statistische Bundesamt wird voraussichtlich in zwei bis drei Jahren für die Komponenten »Haushaltsproduktion« und »Umweltverbrauch« Berechnungsergebnisse vorlegen, die die traditionellen Angaben über das Sozialprodukt ergänzen. Die angestrebten Zahlenangaben über die Wohlstandsverluste, die eine Zunahme des Bruttosozialprodukts auch mit sich bringt, werden möglicherweise eine Neubewertung des zukünftigen oder des vergangenen Sozialproduktwachstums nahelegen.

Anhand des Sozialprodukts läßt sich, mit den genannten Einschränkungen hinsichtlich der Wohlstandsdarstellung, die Entwicklung der Volkswirtschaft global beschreiben. Weitere Einsichten erhält man durch eine differenziertere Betrachtung wirtschaftlicher Vorgänge. Unter drei möglichen Blickwinkeln kann der Wirtschaftsablauf untersucht werden. Das Bruttoinlandsprodukt bzw. die *Bruttowertschöpfung* – diese Begriffe unterscheiden sich nur geringfügig vom oben verwendeten Begriff Bruttosozialprodukt – gibt an, was in den einzelnen Wirtschaftszweigen durch den Einsatz von Arbeit, Kapital und unternehmerischer Leistung produziert wurde (Entstehung). Im Zuge der Produktion entsteht zugleich Einkommen, das im wesentlichen den Haushalten als Entgelt für ihren Beitrag zum Produktionsprozeß in Form von Löhnen und Gehältern sowie Gewinnen und Zinsen zufließt (Verteilung). Aus den empfangenen Bruttoeinkommen sind Abgaben an den Staat in Form von Steuern und Sozialabgaben zu entrichten. Ein Teil der Abgaben fließt an die Haushalte als Sozialleistungen, Renten, Pensionen oder Arbeitslosengeld wieder zurück. Der verbleibende Teil wird für die Finanzierung der Staats-tätigkeit aufgewendet. Die produzierten Waren und Dienstleistungen werden für verschiedene Zwecke eingesetzt (Verwendung). Die privaten Haushalte konsumieren (privater Verbrauch), der Staat stellt der Allgemeinheit bestimmte Dienstleistungen kostenlos zur Verfügung (Staatsverbrauch) und Unternehmen erweitern den Produktionsapparat (Investition). Der Außenbeitrag ist der Teil des Bruttosozialprodukts, der von Inländern nicht verwendet wurde. Er errechnet sich als Differenz zwischen dem Wert der Exporte und dem Wert der Importe.

Die Wirtschaft eines Landes läßt sich nach Wirtschaftszweigen untergliedern. Die einzelnen Wirtschaftszweige waren seit 1950 sehr unterschiedlich am Wirtschaftswachstum beteiligt. Gemessen in jeweiligen Preisen verminderte sich der Anteil des Bereichs *Land- und Forstwirtschaft* an der Bruttowertschöpfung von knapp 11% auf unter 2%. Der Anteil des *Warenproduzierenden Gewerbes* – das sind die Bereiche Energie- und Wasserversorgung, Bergbau, Verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe – ging von knapp 50% auf 41% zurück und die *Dienstleistungsbereiche* wie Handel, Verkehr, Staat und die Dienstleistungsunternehmen im engeren Sinn erhöhten ihren Anteil von knapp 40% auf 57%. Werden die Strukturveränderungen anhand der Verteilung der Erwerbstätigen auf die einzelnen Wirtschaftsbereiche gemessen, dann ergibt sich ein ähnliches Bild. Ende der 80er Jahre befinden sich danach 55% aller Arbeitsplätze im Dienstleistungsbereich. 1950 hatte der Anteil bei etwa einem Drittel gelegen.

Die Vermutung, daß sich die Nachfrage mit steigendem Versorgungsniveau der Bevölkerung verstärkt auf die Dienstleistungen (z.B. Mahlzeiten in Restaurants, Reisen, Bank- und Versicherungsdienstleistungen) richtet, während sich der Anteil von Nahrungsmitteln und industriellen Produkten verringert, wird durch die dargestellte Gewichtsverschiebung zugunsten des Dienstleistungssektors allerdings nur teilweise belegt. Wenn man die Preisentwicklung herausrechnet, d.h. bei Betrachtung der realen Größen, erscheinen die *Strukturverschiebungen* weitaus weniger dramatisch. Die wirtschaftliche Leistung des Bereichs Land- und Forstwirtschaft verdoppelte sich real, d.h. nach Abzug des Preisanstiegs für landwirtschaftliche Produkte. Die Leistung des Warenproduzierenden Gewerbes nahm um mehr als das Fünffache und die Leistung des Dienstleistungssektors um mehr als das Fünfeinhalbfache zu. Der Anteil der Land- und Forstwirtschaft an der gesamten *Bruttowertschöpfung* hat sich real seit 1950 von rund 6% auf gut 2% verringert. Unverändert bei 40% blieb der Anteil des Warenproduzierenden Gewerbes und die Dienstleistungsbereiche erhöhten ihren Anteil von 54% im Jahre 1950 auf 58% im Jahre 1988. Innerhalb des Dienstleistungssektors ist der Anteil des Bereichs Handel und Verkehr an der gesamtwirtschaftlichen Leistung unverändert bei etwa 16,5% geblieben. Der Anteil des Staates hat sich von 14% auf 12% vermindert. Nur der Anteil der sonstigen Dienstleistungsbereiche z.B. Gastgewerbe, Gesundheitswesen, freie Berufe, Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe vergrößerte sich spürbar von rund 24% auf fast 30%.

Der die Produktionskosten senkende technische Fort-

Auf dem Weg zur Dienstleistungsgesellschaft?



Zu Beginn der neunziger Jahre wird das bisher gewohnte Papiergeld schrittweise durch diese neuen Geldscheine ersetzt – nagelneu ein 200 Mark-Schein

Fotos: dpa

schritt war in den Dienstleistungsbereichen nicht in gleichem Maße möglich wie in der Land- und Forstwirtschaft und in der Industrie. Die Arbeitsproduktivität (Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen) stieg in der Land- und Forstwirtschaft seit 1950 fast um das Achtfache, das heißt, eine Arbeitskraft stellt heute im Vergleich zu 1950 die achtfache Menge an landwirtschaftlichen Produkten her. Im Warenproduzierenden Gewerbe war die Arbeitsproduktivität Ende der 80er Jahre etwa viereinhalbmal so hoch wie 1950. Dagegen nahm die Produktivität in den Dienstleistungsbereichen nur um das Zweieinhalbfache zu. Im Gegensatz zur Industrie und der Landwirtschaft konnte die Steigerung bei den Dienstleistungen nur durch sehr viel zusätzliches Personal erreicht werden. Folglich stiegen in diesem Bereich die Preise auch stärker als die für landwirtschaftliche oder industrielle Produkte.

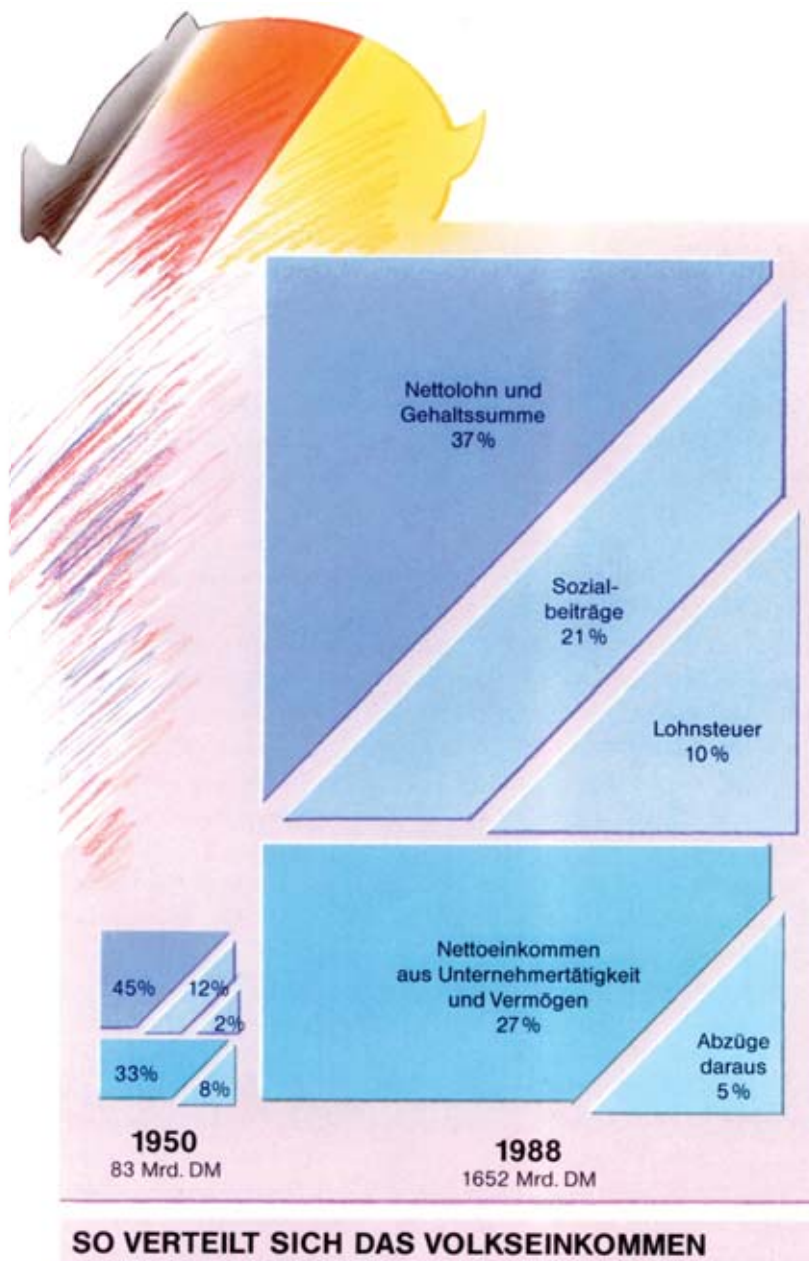
Die dargestellten Strukturveränderungen haben sich nicht gleichmäßig im Zeitablauf vollzogen. Nur der Anteil des Bereichs Land- und Forstwirtschaft an der gesamtwirtschaftlichen Bruttowertschöpfung in jeweiligen Preisen ist während des gesamten betrachteten Zeitraums nahezu stetig zurückgegangen. Der Anteil des Warenproduzierenden Gewerbes hat sich während der Wiederaufbauphase in den 50er Jahren zunächst erhöht. In den 60er Jahren ging er nur geringfügig zurück. Der Anteil des Dienstleistungsbereichs stieg in dieser Zeit nur wenig. Gemessen an der realen Bruttowertschöpfung nahm der Anteil des Warenproduzierenden Gewerbes erheblich kräftiger und auch noch während der 60er Jahre zu. Daran ist ablesbar, daß der Wirtschaftsaufschwung in den ersten beiden Jahrzehnten nach Gründung der Bundesrepublik entscheidend vom Warenproduzierenden Gewerbe getragen wurde. Erst im Zusammenhang mit den Krisenerscheinungen in den 70er bis Anfang der 80er Jahre kam es zu einem deutlichen Strukturwandel. Gemessen in jeweiligen Preisen verminderte sich der Anteil des Warenproduzierenden Gewerbes an der gesamtwirtschaftlichen Leistung beträchtlich, während der Anteil des Dienstleistungsbereichs deutlich anstieg. Ab Mitte der 80er Jahre veränderten sich die Anteile nur noch langsam. Auch heute ist der Anteil des Warenproduzierenden Gewerbes in der Bundesrepublik Deutschland, verglichen mit anderen entwickelten Industrieländern, recht hoch. Ursache dafür dürfte die starke Exportorientierung der Bundesrepublik Deutschland sein.

Das Volkseinkommen war 1988, ähnlich wie das Brutto-sozialprodukt, fast zwanzigmal so hoch wie 1950. Pro Kopf der Bevölkerung ist es von 1674 DM im Jahre 1950 auf 26892 DM im Jahr 1988 angestiegen. Das Volkseinkommen

Verteilung
des Volkseinkommens
auf Arbeitnehmer
und Unternehmer

umfaßt die Summe der Einkommen, die den am Produktionsprozeß Beteiligten zufließen (Löhne, Gewinne und Zinsen). Diese Größe unterscheidet sich vom Bruttosozialprodukt unter anderem um den Betrag der Abschreibungen, also dem Gegenwert des bei der Produktion aufgetretenen Verschleißes an Produktionsanlagen und Gebäuden.

Seit 1950 ist der Anteil der Lohneinkommen am gesamten Volkseinkommen – auch *Lohnquote* genannt – um zehn Prozentpunkte von 58,2% auf 68,2% gestiegen. Während der Wiederaufbauphase der 50er Jahre hatte der Anteil der



Löhne und Gehälter (Einkommen aus unselbständiger Arbeit) am gesamten Volkseinkommen nur geringfügig zugenommen. In den 60er und 70er Jahren stieg der Prozentsatz dann, abgesehen von geringen Unterbrechungen, beständig an und erreichte 1981 mit 74,4% seinen höchsten Stand. Die Zunahme dieser unbereinigten Lohnquote ist nicht gleichbedeutend damit, daß die Lohneinkommen je Arbeitnehmer schneller gestiegen sind als die Gewinn- und Vermögenseinkommen je Selbständigem, denn 1950 gehörte noch fast ein Drittel aller Erwerbstätigen zu den Selbständigen oder mithelfenden Familienangehörigen. Bis 1988 war dieser Anteil auf 12% zurückgegangen, d.h. der Anteil der Lohnbezieher ist angestiegen. Schaltet man den Einfluß, den die Änderung des Anteils der Selbständigenzahl auf die Entwicklung der Lohnquote hatte, rechnerisch aus, dann ergibt sich eine sogenannte »bereinigte Lohnquote«. Diese zeigt im Gegensatz zur »unbereinigten« 1988 gegenüber 1950 einen Rückgang um fast sechs Prozentpunkte an. Die Pro-Kopf-Lohneinkommen haben somit schwächer zugenommen als die Gewinn- und Vermögenseinkommen je Selbständigen.

Die Belastung der Lohneinkommen mit Lohnsteuer und Sozialabgaben, das sind vor allem die Beiträge zur Renten-, Kranken- und Arbeitslosenversicherung, ist seit 1950 kräftig angestiegen, so daß der Anteil der Nettolöhne und -gehälter am Bruttoeinkommen, der 1950 noch 76% betragen hatte, sich 1988 auf knapp 54% vermindert hatte. Dagegen hat sich die Belastung der Gewinn- und Vermögenseinkommen mit öffentlichen Abgaben seit 1950 sogar verringert. Die Gewinn- und Vermögenseinkommen umfassen auch Vermögenseinkommen, z.B. Zinsen, von Arbeitnehmer- oder Rentnerhaushalten und sind daher nicht mit den Einkommen der Unternehmerhaushalte gleichzusetzen. Zusätzlich zu den Einkommen aus ihrer Beteiligung am Produktionsprozeß erhalten die Haushalte soziale Leistungen in Form von Renten, Pensionen, Arbeitslosen-, Wohn- und Kindergeld, das heißt, ein Teil der an den Staat gezahlten Steuern und Sozialabgaben fließt wieder an die Haushalte zurück.

Das *verfügbare Einkommen*, das sich nach Berücksichtigung all dieser Umverteilungsvorgänge schließlich ergibt, kann letztendlich für Konsum oder Ersparnis verwendet werden. Die Haushalte der selbständig Erwerbstätigen erzielten 1988 im Durchschnitt ein verfügbares Einkommen von 133000 DM. Das verfügbare Einkommen der Arbeitnehmerhaushalte lag mit 51000 DM deutlich darunter. Noch niedriger war das Durchschnittseinkommen der Pensionärs- und Rentnerhaushalte (knapp 32000 DM) und der

Arbeitslosenhaushalte (knapp 26000 DM). Mit 27% sparten die Selbständigenhaushalte einen vergleichsweise hohen Teil ihres verfügbaren Einkommens, während die Sparquote der Arbeitnehmerhaushalte bei 10% und die der Rentnerhaushalte bei 6% lag. Bei den Arbeitslosenhaushalten überstiegen die Konsumausgaben im Durchschnitt das verfügbare Einkommen um 3%, so daß diese Haushalte entweder alte Ersparnisse auflösen oder sich verschulden mußten.

Das Bruttosozialprodukt des Jahres 1950 wurde – gemessen in jeweiligen Preisen – zu 65% für den *privaten Verbrauch* verwendet, 23% wurden investiert, 10% gingen in den Staatsverbrauch und 2% entfielen auf den Außenbeitrag (Überschuß der Exporte über die Importe). 1988 war der Anteil des privaten Verbrauchs am Bruttosozialprodukt (55%) und der der Investitionen (21%) deutlich geringer, während der Anteil des Staatsverbrauchs 19% und der Anteil des Außenbeitrags 6% ausmachte.

Vom gesamten privaten Verbrauch wurden 1950 etwa die Hälfte für Nahrungsmittel aufgewendet. 1988 hatte sich der Anteil auf weniger als ein Viertel vermindert. Eine ähnliche Entwicklung ist auch bei den Ausgaben für Bekleidung und Schuhe zu beobachten. Dagegen hat sich der Anteil der Ausgaben für Wohnungsmieten mehr als verdoppelt. Die Investitionen sind eine wichtige Voraussetzung für hohes Wirtschaftswachstum; ihr Anteil am Bruttosozialprodukt (*Investitionsquote*) ist stark konjunkturabhängig. Mitte der 60er Jahre war er mit fast 29% am höchsten. Im Vergleich zu anderen Industrieländern war die Quote in den 60er und 70er Jahren sehr hoch. Lediglich von Japan wurde diese Quote noch deutlich übertroffen. Der *Staatsverbrauch* – das ist der Wert von Dienstleistungen wie Ausbildung und Gesundheitsbetreuung, Rechtspflege, Aufrechterhaltung der Sicherheit und Verwaltung, die der Staat für die Allgemeinheit erbringt – ist, gemessen in jeweiligen Preisen, seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland sehr stark angestiegen. In konstanten Preisen (Preise von 1980) hat der Anteil des Staatsverbrauchs am Bruttosozialprodukt jedoch nur geringfügig von 19% auf 20% zugenommen. Damit werden unterschiedliche Preisentwicklungen für den Staatsverbrauch und die übrigen Komponenten des Bruttosozialprodukts deutlich. Der höhere Preisanstieg beim Staatsverbrauch ist eine Folge der vergleichsweise geringeren Möglichkeiten zur Einführung von produktionskostensenkendem technischen Fortschritt bei der Produktion staatlicher Dienstleistungen. Der Anteil des *Außenbeitrags* am Bruttosozialprodukt unterlag starken Schwankungen im Zeitablauf. Die Betrachtung der Bestandteile des Außenbeitrags verdeutlicht, daß die

Das Bruttosozialprodukt und seine Verwendung

außenwirtschaftliche Verflechtung der Bundesrepublik Deutschland seit 1950 enorm gestiegen ist. Der Wert der Importe, ausgedrückt in Prozent des Bruttosozialprodukts hat sich von knapp 11% auf fast 27% erhöht und der Wert der Exporte stieg von knapp 13% auf über 32%. Damit hatte die Bundesrepublik Deutschland Ende der 80er Jahre weltweit das höchste Exportvolumen. Mit deutlichem Abstand folgen an zweiter und dritter Stelle die Vereinigten Staaten und Japan.

Von Vollbeschäftigung und Arbeitslosigkeit – Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt

Dr. Karl Schoer und Veronika Spies

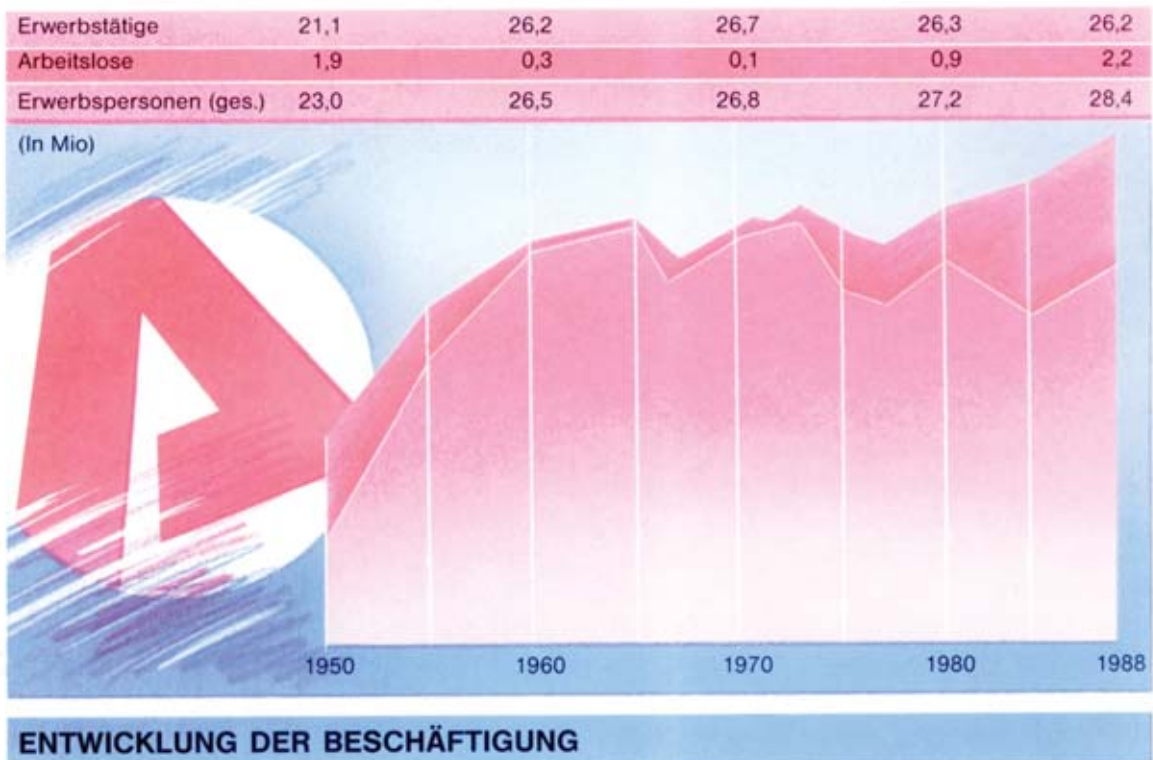
Die Lebensverhältnisse der Menschen werden entscheidend durch ihre direkte oder indirekte Beteiligung am Arbeitsmarkt geprägt, denn Art und Umfang der Erwerbstätigkeit bestimmen in der Regel das Einkommen, die soziale Stellung und damit den Lebensstandard einzelner Personen und ihrer Familienmitglieder. Langanhaltende hohe *Arbeitslosigkeit* birgt die Gefahr der Ausgrenzung einzelner Gruppen. Damit wird der gesamtgesellschaftliche Konsens in Frage gestellt. Vollbeschäftigung, das heißt, Übereinstimmung von Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt, ist also zu recht ein vorrangiges und allgemein akzeptiertes Ziel der Wirtschaftspolitik. Dieses Ziel ist während der vierzigjährigen Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, die durch Wachstums- und Exporterfolge, durch Preisstabilität sowie durch den Aufbau eines vorbildlichen Systems der sozialen Sicherung gekennzeichnet ist, über lange Strecken nicht erreicht worden. Entwicklung, Umfang und Art des Arbeitsmarktungleichgewichts in der Bundesrepublik seit ihrer Gründung werden im folgenden Abschnitt dargestellt. Zur Verdeutlichung einiger Entstehungsursachen von Arbeitslosigkeit werden in den anschließenden Abschnitten die Bestimmungsgründe für das Angebot und die Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt untersucht.

Die Zahl der Arbeitslosen ergibt sich als Differenz zwischen der Zahl der Personen, die einen Arbeitsplatz wünschen (Erwerbspersonen) und der Anzahl der Personen, die einen Arbeitsplatz besetzen (Erwerbstätige). Die Arbeitslosenzahl war seit Bestehen der Bundesrepublik erheblichen Schwankungen unterworfen. In der Wiederaufbauphase konnte die anfangs bestehende Arbeitslosigkeit rasch abgebaut werden. Es folgte eine lange Phase der Vollbeschäftigung, die durch eine bis heute andauernde Periode hohen Arbeitsmarktungleichgewichts abgelöst wurde. Im Jahr 1950 gab es fast zwei Millionen Arbeitslose in der Bundesrepublik Deutschland. Trotz der stark steigenden Erwerbspersonenzahl konnte die Arbeitslosigkeit bis zum Beginn der

Arbeitslosigkeit
und ihre Folgen

60er Jahre nahezu vollständig auf einen geringen Rest von gut 200 000 Personen abgebaut werden. Damit war das Ziel der Vollbeschäftigung praktisch erreicht. Abgesehen von einem vorübergehenden Anstieg auf knapp 500 000 im Jahr 1967 hielt sich die Arbeitslosenzahl bis 1973 in etwa auf diesem Niveau. Ab 1974 stieg die Arbeitslosenzahl deutlich an und überschritt 1975 die Millionengrenze. In den Folgejahren konnte sie nur geringfügig vermindert werden. 1982/83 nahm die Arbeitslosenzahl erneut auf über zwei Millionen zu und verharrte bis Herbst 1988 auf diesem hohen Niveau. Im Frühsommer 1989 wurde erstmals wieder die Zweimillionengrenze knapp unterschritten.

Bei der Arbeitslosenzahl von etwa zwei Millionen handelt es sich um den Bestand im Jahresdurchschnitt. Betroffen von Arbeitslosigkeit innerhalb eines Jahres ist eine weit größere Personenzahl. Pro Jahr treten etwa fünf bis sechs Millionen Fälle von Arbeitslosigkeit auf, die in der Regel nur wenige Monate andauert. Besonders problematisch unter gesellschaftspolitischen Gesichtspunkten ist die Dauerarbeitslosigkeit. Der Anteil der Arbeitslosen, die länger als ein Jahr arbeitslos ist, steigt bei längerer Dauer einer hohen Arbeitslosenzahl an und macht inzwischen fast ein Drittel aller Arbeitslosen aus. In dieser Gruppe sind insbesondere sogenannte Problemgruppen des Arbeitsmarktes wie Perso-





Zu den Aufgaben der Arbeitsämter gehört nicht nur die Auszahlung des Arbeitslosengeldes, sondern insbesondere die Vermittlung von Stellen und die Beratung der Arbeitssuchenden

Foto: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung

nen mit gesundheitlichen Einschränkungen, Personen ohne Berufsausbildung und ältere Arbeitnehmer stark vertreten.

Das Risiko, arbeitslos zu werden, ist zwischen den einzelnen Arbeitnehmergruppen sehr unterschiedlich verteilt. Es läßt sich in etwa anhand der Arbeitslosenquoten für die einzelnen Gruppen – Anteil der Arbeitslosen an der Zahl der abhängig beschäftigten Erwerbspersonen – ablesen. So müssen qualifizierte männliche Angestellte nur selten befürchten, ihren Arbeitsplatz zu verlieren. Dagegen sind Personen ohne Berufsausbildung, Frauen in Arbeiterberufen sowie Ausländer relativ oft von Arbeitslosigkeit betroffen. Am häufigsten sind ausländische Frauen arbeitslos. Auch der Wohnort hat Einfluß auf das Arbeitslosigkeitsrisiko. 1988 lag die durchschnittliche Arbeitslosenquote in den nördlichen Bundesländern und im Saarland über dem Bundesdurchschnitt, während sie in den südlichen Bundesländern unterdurchschnittlich war.

Arbeitslosigkeit führt in vielen Fällen zu starken psychischen Belastungen. Daneben ist der Verlust des Arbeitsplatzes für die Betroffenen aber auch mit einschneidenden finanziellen Einbußen verbunden. Die Einkommenslage der Arbeitslosen wird durch folgende Zahlen verdeutlicht: Im September 1988 bezogen 39% aller Arbeitslosen überhaupt keine Leistungen vom Arbeitsamt. Unter diesen Personen sind viele Berufsanfänger, die noch keine Gelegenheit hatten, durch Beitragszahlungen Leistungsansprüche zu erwerben. Sie sind meist auf Unterstützung von Angehörigen oder Sozialhilfe angewiesen. 39% der arbeitslos gemeldeten erhielten Arbeitslosengeld und 22% Arbeitslosenhilfe. Arbeits-

losenhilfe wird vor allem dann gewährt, wenn die Bezugsdauer von Arbeitslosengeld abgelaufen ist. Das durchschnittlich gezahlte Arbeitslosengeld belief sich auf 1035 DM pro Monat. Die Empfänger von Arbeitslosenhilfe erhielten im Durchschnitt 829 DM pro Monat. Im Vergleich dazu lag die durchschnittliche monatliche Nettolohn- und -gehaltsumme der beschäftigten Arbeitnehmer bei 2198 DM. Auch bei den Haushaltseinkommen – hier werden die Einkommen aller Haushaltsmitglieder berücksichtigt – schlagen sich diese Unterschiede nieder. 1988 hatten die Arbeitslosenhaushalte ein verfügbares Einkommen von 26000 DM. Das durchschnittliche Einkommen der Arbeitnehmerhaushalte betrug 51000 DM.

Kurzarbeit kann, wie Arbeitslosigkeit, als eine Erschei-

ARBEITSLOSENQUOTEN SEPTEMBER 1988				
Ausbildung	Universität Fachhoch- schule	Berufsfach-/ Fachschule	Betriebliche Ausbildung	Ohne Berufs- ausbildung
	5,5%	7,1%	5,6%	14,1%
Arbeiter und Angestellte	Angestelltenberufe		Arbeiterberufe	
	Männer	Frauen	Männer	Frauen
	3,7%	8,0%	9,4%	13,5%
Deutsche und Ausländer	Deutsche		Ausländer	
	Männer	Frauen	Männer	Frauen
	6,7%	9,5%	12,6%	17,7%
DAS RISIKO ARBEITSLOS ZU WERDEN				

nungsform der Unterbeschäftigung angesehen werden. Bei vorübergehendem Auftragsmangel haben die Unternehmen die Möglichkeit, statt Arbeitnehmer zu entlassen, ihre Belegschaft oder einen Teil der Belegschaft kürzer als tarifvertraglich vereinbart arbeiten zu lassen. Die dadurch entstehenden Verdienstaufschläge für die Arbeitnehmer werden vom Arbeitsamt durch die Zahlung des sogenannten Kurzarbeitergeldes teilweise ausgeglichen. Die Zahl der Kurzarbeiter ist stark konjunkturabhängig. Im Durchschnitt des Jahres 1960 gab es lediglich 3000 Kurzarbeiter. Erstmals stieg diese Zahl im Rezessionsjahr 1967 auf rund 140 000 an. In den darauffolgenden Jahren ging sie wieder zurück. 1975, parallel zum Anstieg der Arbeitslosenzahl, stieg die Kurzarbeit sehr stark an und betraf 1983 knapp 700 000 Arbeitnehmer. Bis heute ging die Kurzarbeiterzahl, entsprechend der günstigen konjunkturellen Entwicklung und anders als die Zahl der Arbeitslosen, die, wie wir gesehen haben, sich kaum änderte, auf gut 200 000 zurück.

Überbeschäftigung ist ebenfalls eine Form des Arbeitsmarktungleichgewichts. In diesem Fall können vorhandene Arbeitsplätze wegen Arbeitskräftemangel nicht besetzt werden. Es gibt Anzeichen dafür, daß dieser Zustand während der 60er und 70er Jahre teilweise erreicht wurde. Auch wenn noch Arbeitslosigkeit besteht, können in Teilbereichen des Arbeitsmarktes bereits Engpässe auftreten, weil Arbeitnehmer mit bestimmten für diese Teilbereiche erforderlichen Fachkenntnissen nicht mehr verfügbar sind. Ablesen läßt sich das Vorliegen von Überbeschäftigung in etwa an der Zahl der beim Arbeitsamt gemeldeten offenen Stellen. Allerdings wird dem Arbeitsamt erfahrungsgemäß nur ein kleiner Teil der offenen Stellen bekannt. In den 50er Jahren stieg die Zahl der gemeldeten offenen Stellen von rund 100 000 auf knapp 500 000 im Jahr 1960. Bis 1970 lag diese Zahl, mit Ausnahme des Jahres 1967, in der Größenordnung von 500 000 bis 800 000. In den nachfolgenden Jahren ging sie deutlich zurück und unterschritt in den Jahren 1983 und 1984 die Grenze von 100 000. Im Durchschnitt des Jahres 1988 lag sie bei 200 000.

Das Ausmaß der Überstunden kann ebenfalls Überbeschäftigung anzeigen. Überstunden dienen vor allem dazu, vorübergehende Auftragsspitzen auszugleichen. Die Zahl der geleisteten Überstunden kann aber auch ein Zeichen für Arbeitskräftemangel im allgemeinen oder in bestimmten Teilbereichen sein. In den 50er Jahren wurden im Durchschnitt je Arbeitnehmer zwischen 80 und 120 Überstunden pro Jahr geleistet. In den 60er Jahren erhöhte sich die Zahl, bis im Vollbeschäftigungsjahr 1970 rund 150 Überstunden erreicht wurden. Folgende Rechnung verdeutlicht die Grö-

Engpässe
am Arbeitsmarkt –
Überbeschäftigung

Das Angebot auf dem Arbeitsmarkt

Benordnung: Die Zahl der von allen Arbeitnehmern in diesem Jahr geleisteten Überstunden entspricht rein rechnerisch rund 1,5 Millionen Vollzeitarbeitsplätzen. 1988 wurden nur noch 63 Überstunden pro Jahr und Arbeitnehmer geleistet.

Die *Erwerbspersonen* stellen das Angebot auf dem Arbeitsmarkt dar. Die Zahl der Erwerbspersonen ist von rund 23 Millionen im Jahr 1950 bis Mitte der 60er Jahre um etwa 3,5 Millionen auf rund 26,5 Millionen angestiegen. Im Rezessionsjahr 1967 ging die Zahl zurück und stieg dann erneut auf gut 27 Millionen. Seit 1974 verminderte sich die Zahl der Erwerbspersonen leicht. Ab 1977 stieg sie auf den heutigen Wert von knapp 28,5 Millionen an.

Die Erwerbspersonenzahl wird im wesentlichen durch die sogenannte natürliche Bevölkerungsbewegung (Geburten und Sterbefälle), durch Zu- und Fortzüge vom und in das Ausland und durch die sogenannte Erwerbsneigung der einzelnen Bevölkerungsgruppen bestimmt. Mit Erwerbsneigung ist die Beteiligung der einzelnen Bevölkerungsgruppen am Erwerbsleben gemeint. So gehören Männer mittlerer Altersgruppen zu fast 100% der Gruppe der Erwerbspersonen an, das heißt, sie sind erwerbstätig oder wollen einer Erwerbstätigkeit nachgehen. Bei jüngeren Männern ist dieser Anteil geringer, weil noch viele Personen dieser Gruppe eine Schul- oder Universitätsausbildung durchlaufen und damit für eine Erwerbstätigkeit noch nicht zur Verfügung stehen. Entsprechend sind die Verhältnisse bei jüngeren Frauen. Ältere Personen scheiden oft aus gesundheitlichen Gründen frühzeitig aus dem Arbeitsmarkt aus. Vergleichsweise niedrig ist die Erwerbsbeteiligung bei verheirateten Frauen mit Kindern, da dieser Personenkreis häufig wegen familiärer Verpflichtungen keine Erwerbstätigkeit ausübt.

Die 50er Jahre waren vor allem durch die Zuwanderungen von rund 3,5 Millionen Menschen aus dem Gebiet der DDR und den ehemaligen Ostgebieten gekennzeichnet, die zu einem stetigen *Anstieg der Erwerbspersonenzahl* führten. Mit dem Erreichen von Vollbeschäftigung Anfang der 60er Jahre und dem gleichzeitigen Ausbleiben von weiteren Zuwanderungen aus der DDR wurden verstärkt zusätzliche Arbeitskräfte im Ausland angeworben. Die Zahl der ausländischen Arbeitskräfte stieg – nur unterbrochen im Rezessionsjahr 1967, als es vorübergehend zur massiven Abwanderung von Ausländern kam – kräftig an und erreichte 1973 mit 2,4 Millionen den bisherigen Höchststand. Allein durch den Zustrom der ausländischen Arbeitnehmer war es während dieser Phase der Vollbeschäftigung möglich, den Bedarf der Wirtschaft an Arbeitskräften hinreichend zu decken, denn die Erwerbsbeteiligung der deutschen Bevölkerung – das

heißt der Anteil der Erwerbspersonen an der Gesamtbevölkerung – ging beachtlich zurück. Die Gründe lagen in einer zunehmenden Verlängerung der Ausbildungszeiten, der Tendenz zum früheren Übergang in den Ruhestand sowie in einem deutlichen Anstieg der Geburtenrate während der 60er Jahre, dem sogenannten »Baby-Boom«. Die hohen Geburtenzahlen ließen den Anteil der Personen im erwerbsfähigen Alter an der Gesamtbevölkerung zurückgehen, die Tendenz zu höher qualifizierter Ausbildung verminderte die Zahl der Jugendlichen, die dem Arbeitsmarkt zur Verfügung standen. Durch den *steigenden Ausländeranteil* an den Erwerbstätigen kam es zu einer Umschichtung im Beschäftigungssystem. Während die deutschen Arbeitnehmer zunehmend die höher qualifizierten Positionen besetzten, rückten die hinzukommenden ausländischen Arbeitnehmer überwiegend auf Arbeitsplätze mit niedrigeren Qualifikationsanforderungen nach. So waren 1985 gut 56% aller ausländischen Arbeitnehmer ohne Berufsausbildung. Der entsprechende Anteil bei den Deutschen betrug nur knapp 25%.

Die schwierige Arbeitsmarktlage ab Mitte der 70er Jahre führte zunächst per Saldo zur Rückwanderung von Ausländern, teilweise durch politische Maßnahmen wie Anwerbestopp und Rückkehrprämien gefördert. Durch den Nachzug von Familienangehörigen der bereits in der Bundesrepublik ansässigen Ausländer wurde diese Entwicklung teilweise wieder ausgeglichen. Zusätzlich kamen allmählich die bereits in der Bundesrepublik geborenen Kinder der Ausländer in das erwerbsfähige Alter und traten somit als weitere Erwerbspersonen auf dem Arbeitsmarkt auf.



Der millionste Gastarbeiter aus Südosteuropa erhält im November 1969 aus der Hand von Josef Stingl, des Präsidenten der Bundesanstalt für Arbeit, ein Fernsehgerät als Begrüßungsgeschenk

Foto: Süddeutscher Verlag

Die Zahl der deutschen Erwerbspersonen nahm ab Mitte der 70er Jahre, trotz absoluten Rückgangs der Bevölkerungszahl, aufgrund steigender Erwerbsquoten zu. Gründe dafür waren der bis heute anhaltende steigende Anteil der Erwerbspersonen bei der Gruppe der verheirateten Frauen mit Kindern, mit der Folge, daß sich die Zahl der erwerbstätigen Frauen insgesamt von 1973 bis 1988 um rund 750 000 erhöhte. Darüberhinaus kamen ab Mitte der 70er Jahre die stark besetzten Geburtsjahrgänge der 60er Jahre in das erwerbsfähige Alter und strömten auf den Arbeitsmarkt. Demgegenüber waren die Jahrgänge, die altersbedingt aus dem Erwerbsleben ausschieden, unter anderem auf Grund der Kriegsergebnisse, relativ schwach besetzt, so daß sich die Erwerbspersonenzahl per Saldo kräftig erhöhte. Diese Entwicklung läuft mit Ende der 80er Jahre allmählich aus. In



Foto: Bildagentur Schuster / Wienke

den letzten Jahren setzte ein verstärkter Zustrom deutschstämmiger Aussiedler aus Osteuropa ein, der ebenfalls zur Erhöhung des Erwerbspersonenpotentials beitrug. Insgesamt nahm die Zahl der Erwerbspersonen seit 1973 um rund 1,5 Millionen zu. Um eine Zunahme der Arbeitslosigkeit zu verhindern, hätten also seit 1973 in diesem Umfang neue Arbeitsplätze entstehen müssen.

Die Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt

Die Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt läßt sich in etwa anhand der Zahl der Erwerbstätigen, das heißt der *Anzahl der besetzten Arbeitsplätze* ablesen. Während der Wiederaufbauphase von 1950 bis 1960 nahm die Zahl der Erwerbstätigen um über fünf Millionen zu. In den Jahren der Vollbeschäftigung von 1960 bis etwa 1973 stieg die Zahl insgesamt um rund 700 000 an. Danach ging sie bis 1982 um 1,2 Millionen zurück. Von 1982 auf 1983 nahm die Zahl um weitere



Foto: Bildagentur Schuster / Wienke

knapp 400 000 ab. Bis 1988 erhöhte sich die Zahl der Erwerbstätigen um gut 800 000.

Ein wichtiger Bestimmungsgrund für das Ausmaß und die Entwicklung der Nachfrage nach Arbeitskräften ist die Höhe und das Wachstum der Produktion. Gesamtwirtschaftlich wird die Produktion anhand des realen, das heißt um den allgemeinen Preisanstieg bereinigten Bruttoinlandsprodukts dargestellt. Das Bruttoinlandsprodukt ist der umfassendste Ausdruck der in einem Land erbrachten wirtschaftlichen Leistung. Es sind weitere Einflußgrößen zu be-

*Noch immer gilt das Sprichwort
»Handwerk hat goldenen Boden«:
1988 waren 3,6 Millionen Personen
im Handwerk beschäftigt.*



Foto: Bildagentur Schuster / Kasch

achten, nämlich die Produktivität (reales Bruttoinlandsprodukt je Arbeitsstunde) und die Arbeitsstunden je Erwerbstätigen. Der rechnerische Zusammenhang zwischen diesen Größen ergibt sich in etwa folgendermaßen:

Veränderung des Bruttoinlandsprodukts

./. Veränderung der Produktivität

= Veränderung der gesamtwirtschaftlichen Arbeitsstunden

./. Veränderung der tatsächlich geleisteten Arbeitszeit je Erwerbstätigen

= Veränderung der Erwerbstätigenzahl.

Das heißt zum Beispiel, daß die Nachfrage nach Arbeitskräften mit steigendem Bruttoinlandsprodukt sowie bei zurückgehender Arbeitszeit je Erwerbstätigen zu- und bei steigender Produktivität abnimmt. Die Entwicklung der vergangenen 40 Jahre ist in der folgenden Übersicht dargestellt:

Zeitraum	Durchschnittliche jährliche Zunahme in %				
	reales Bruttoinlandsprodukt	reales Bruttoinlandsprodukt je Arbeitsstunde (Produktivität)	gesamtwirtschaftliche Arbeitsstunden	tatsächlich geleistete Arbeitsstunden je Erwerbstätigen	Erwerbstätige
1950/60	8,2	7,3	0,9	-1,4	2,3
1960/73	4,4	5,3	-0,9	-1,1	0,2
1973/82	1,6	3,0	-1,3	-0,8	-0,5
1982/88	2,3	2,7	-0,3	-0,6	0,3

In der Tabelle sind die durchschnittlichen jährlichen Veränderungsraten, die sich für die jeweiligen Zeiträume ergeben, angegeben. Zur Abgrenzung der einzelnen Zeiträume gibt der Abschnitt über die gesamtwirtschaftliche Entwicklung nähere Erläuterungen. Die obigen Größen beeinflussen sich gegenseitig innerhalb bestimmter Grenzen. So kann zum Beispiel eine höhere Wachstumsrate zu einer höheren Produktivitätszunahme führen und Arbeitszeitverkürzung kann sowohl Ursache einer höheren Produktivitätszunahme als auch einer niedrigeren Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts sein.

In der Wiederaufbauphase der 50er Jahre war die durchschnittliche jährliche Zuwachsrate des Bruttoinlandspro-

dukts mit 8,2% sehr hoch. Die Zunahme der Produktivität war etwas niedriger, so daß sich insgesamt ein durchschnittlicher Zuwachs der gesamtwirtschaftlichen Arbeitsstunden von 0,9% ergab. Zusammen mit der hohen Arbeitszeitverkürzung von 1,4% pro Jahr ergab sich daraus eine durchschnittliche Zunahme der Arbeitskräftenachfrage von 2,3% pro Jahr, die weit über die Zunahme des Angebots an Erwerbspersonen hinausging, so daß die anfangs noch bestehende hohe Arbeitslosigkeit abgebaut werden konnte.

In der Vollbeschäftigungsphase von 1960 bis Anfang 1970 war die Zuwachsrate des Bruttoinlandsprodukts mit 4,4% im Durchschnitt schwächer, da die wirtschaftlichen Aktivitäten ja bereits ein recht hohes Niveau erreicht hatten. Größer war die Zunahme der Produktivität, so daß sich in dieser Periode bereits ein Rückgang der gesamtwirtschaftlichen Arbeitsstunden ergab. Nur aufgrund der auch in dieser Periode starken Verringerung der Arbeitszeit nahm die Beschäftigtenachfrage mit durchschnittlich 0,2% jährlich noch leicht zu. Diese Zunahme stimmte, über den gesamten Zeitraum betrachtet, in etwa mit der Angebotsentwicklung überein. Die hohe Zahl der offenen Stellen und der geleisteten Überstunden weist darauf hin, daß die Nachfrage nach Arbeitskräften während dieser Periode nur unzureichend befriedigt werden konnte.

In der Phase der Wachstumsschwäche von Mitte der 70er bis Anfang der 80er Jahre war der durchschnittliche Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts mit 1,6% pro Jahr gering und wurde von der Zunahme der Produktivität (3,0%) deutlich übertroffen, so daß die Zahl der gesamtwirtschaftlichen Arbeitsstunden im Durchschnitt spürbar zurückging (-1,3%). Die Arbeitszeitverkürzung (-0,8%) reichte nicht aus, um den Rückgang der Arbeitsstundenzahl auszugleichen. Die Zahl der Erwerbstätigen verringerte sich im Durchschnitt um 0,5% pro Jahr. Der starke Rückgang der Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt (-1,2 Millionen) während dieser Periode ging einher mit einer Zunahme des Angebots (+350 000). In der Aufschwungphase ab 1983 wuchs die Produktion wieder etwas schneller; da die Produktivität aber stärker zunahm, ging das Arbeitsvolumen gleichzeitig mit -0,3% pro Jahr noch zurück. Dieser Rückgang wurde durch eine Abnahme der Arbeitszeit je Erwerbstätigen um -0,6% mehr als ausgeglichen; die Zahl der Erwerbstätigen nahm in dieser Periode im Durchschnitt um 0,3% jährlich leicht zu. Die Zunahme der Nachfrage war aber immer noch schwächer als der Anstieg des Angebots. 1983 ging die Zahl der Erwerbstätigen noch einmal kräftig um fast 400 000 zurück, obwohl das Bruttoinlandsprodukt bereits wieder anstieg. Geht man vom letzten Tiefpunkt der Beschäftigung im Jahr

Präzisionsarbeit ist Kennzeichen für moderne Produktionsweisen – hier eine Elektrolaborantin bei der Leiterplattenprüfung und unten ein Facharbeiter an einer vertikalen Präzisionsdrehbank

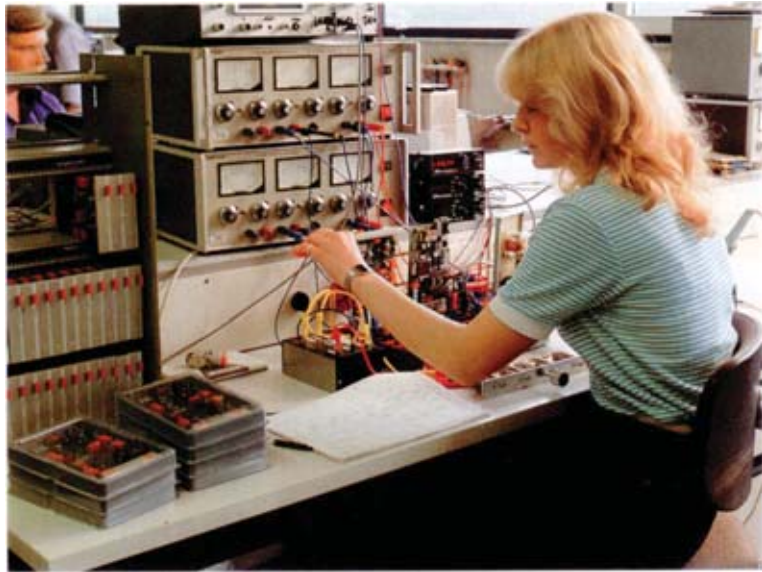


Foto: Bildagentur Schuster / Gerard

1983 aus, dann nahmen Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt bis 1988 jeweils um gut 800 000 zu.

Der heute noch bestehende hohe Sockel an Arbeitslosen hat sich seit 1973 aufgebaut. Über den gesamten Zeitraum von 1973 bis 1988 betrachtet, verringerte sich die Nachfrage, gemessen an der Zahl der Arbeitsplätze, aufgrund der Wachstumsschwäche, der relativ hohen Zunahme der Produktivität und der, verglichen mit den 50er Jahren, geringen Arbeitszeitverkürzung um knapp 800 000. Demgegenüber stieg das Angebot, insbesondere wegen des Hineinwachsens

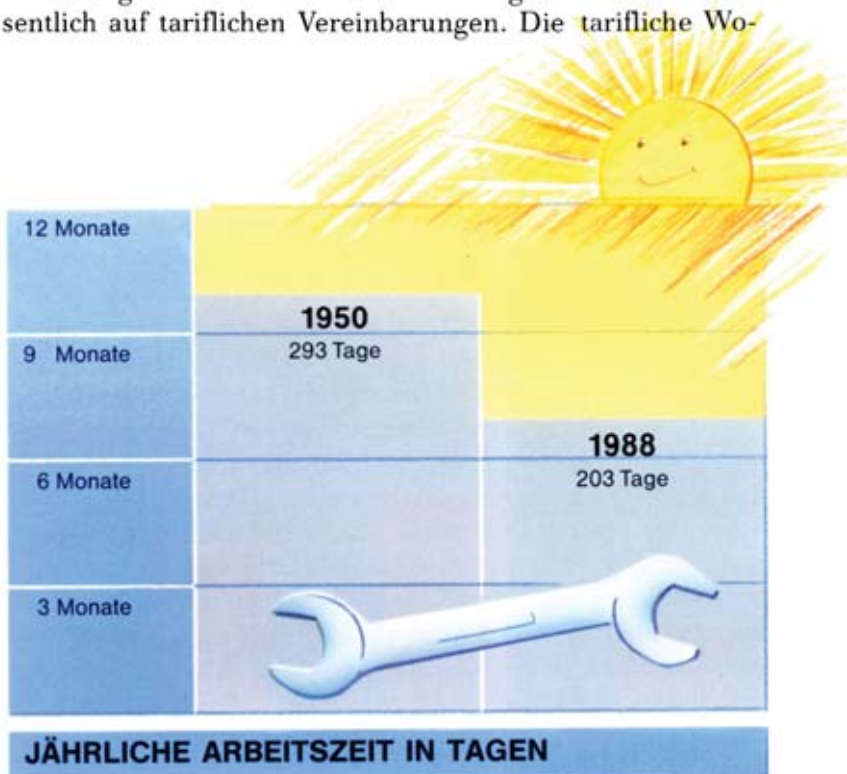
Foto: Bildagentur Schuster / Bramaz



stark besetzter Geburtsjahrgänge in das erwerbsfähige Alter und wegen der steigenden Erwerbsbeteiligung der Frauen um 1,2 Millionen.

Wie wir gesehen haben, ist die Zahl der in der Volkswirtschaft insgesamt geleisteten Arbeitsstunden nur in den 50er Jahren noch angestiegen und in den Zeitabschnitten danach beständig zurückgegangen. Die beträchtlichen *Arbeitszeitverkürzungen* seit 1950 haben vermutlich nicht unerheblich dazu beigetragen, Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt in Übereinstimmung zu bringen. Das Ausmaß der Beschäftigungseffekte durch Arbeitszeitverkürzung ist allerdings umstritten. Weniger kontrovers ist der sozialpolitische Nutzen dieser Maßnahmen. Der aufgrund des technischen Fortschritts vorhandene Spielraum zur Ausweitung der Produktion oder zur Verkürzung der Arbeitszeit wurde in nicht unerheblichem Maße zugunsten von mehr Freizeit genutzt. Im Durchschnitt betrug die tatsächliche jährliche Arbeitszeit eines beschäftigten Arbeitnehmers im Jahre 1950 2340 Stunden. Bis 1988 wurde diese Arbeitszeit um 31% auf durchschnittlich 1620 Stunden verringert. Rechnet man diese Stunden auf Arbeitstage von acht Stunden um, dann standen 1950 293 Arbeitstagen 72 freie Tage pro Jahr gegenüber. 1988 mußte nach dieser Rechnung im Durchschnitt nur noch an 203 Tagen gearbeitet werden gegenüber 162 freien Tagen. Der beträchtliche Freizeitgewinn beruht wesentlich auf tariflichen Vereinbarungen. Die tarifliche Wo-

Weniger Arbeit,
mehr Freizeit



chenarbeitszeit hat sich von 48 Stunden im Jahr 1950 auf durchschnittlich 39 Stunden im Jahr 1988 verringert. Der durchschnittliche tarifliche Jahresurlaub betrug 1950 9 Tage. Bis 1988 ist er auf 30,5 Tage angestiegen. Auch die Zunahme von Teilzeitbeschäftigung während der vergangenen vier Jahrzehnte schlägt sich in den Angaben über die durchschnittlich geleistete Arbeitszeit nieder. 1950 waren weniger als 1% aller Arbeitnehmer teilzeitbeschäftigt, bis 1988 war dieser Anteil auf 13% angestiegen. Immer noch wird Teilzeitarbeit fast ausschließlich von Frauen ausgeübt, so daß jede Dritte Arbeitnehmerin teilzeitbeschäftigt ist.

Die globale Betrachtung der Nachfrage nach Arbeitskräften stellt die Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt unzureichend dar. Arbeitslosigkeit kann nur dann vermieden werden, wenn die Fachkenntnisse und Fähigkeiten der Arbeitslosen annähernd mit den Anforderungen übereinstimmen, die die freien Arbeitsplätze stellen. Die Wirtschaft hat in den vergangenen Jahrzehnten einen beträchtlichen *Strukturwandel* durchlaufen, der hohe Anforderungen an die Ausbildung, die Anpassungsbereitschaft und die Lernwilligkeit der Erwerbstätigen stellte. Bestehende Berufe wurden bedeutungslos oder änderten ihr Profil, völlig neue Berufsbilder entstanden. Die Grundtendenz der in den letzten vier Jahrzehnten eingetretenen Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt läßt sich anhand einer groben Gliederung der ausgeübten Berufe ablesen. Mitte der 50er Jahre waren noch





Foto: Bildagentur Schuster / Krämer



Foto: Bildagentur Schuster / Bramaz

18% aller Erwerbstätigen in einem landwirtschaftlichen Beruf tätig, 44% gehörten Fertigungsberufen an und nur 38% übten einen Dienstleistungsberuf aus. Dagegen hatte sich Ende 1988 der Anteil landwirtschaftlicher Berufe auf 5% und der Anteil der Industriebetriebe auf 34% vermindert, während 61% aller Erwerbstätigen Dienstleistungsberufe ausübten. Nur mit immer besser ausgebildeten Beschäftigten war es möglich, die Produktion um ein Vielfaches zu steigern und den vielfältigen neuen Anforderungen gerecht zu werden. Der eindrucksvolle Anstieg des Ausbildungsstandes der Erwerbstätigen läßt sich an folgenden Zahlen ablesen. Mitte der 50er Jahre war noch fast die Hälfte aller Erwerbstätigen ohne Berufsausbildung (47%), 49% hatten einen beruflichen Bildungsabschluß (Anlernausbildung, Lehre oder Fachschule) und knapp 4% verfügten über eine Hochschul- oder Fachhochschulausbildung. Ende der 80er Jahre waren nur noch 21% aller Erwerbstätigen ohne Berufsausbildung, 68% hatten einen beruflichen Bildungsabschluß und der Anteil der Hochschul- und Fachhochschulabgänger war auf 11% angestiegen.

Die festzustellende Verschiebung zugunsten der Dienstleistungs- und zu Lasten der Fertigungs- und vor allem der landwirtschaftlichen Berufe beeinflusste auch die *Zusammensetzung der Erwerbstätigenzahl* nach der Stellung im Beruf, denn bei den Erwerbstätigen in den landwirtschaftlichen Berufen handelt es sich fast ausschließlich um Selbständige und unbezahlt mithelfende Familienangehörige. In den Fertigungsberufen dominiert die Gruppe der Arbeiter zahlenmäßig sehr stark, während es sich bei den Erwerbstätigen in den Dienstleistungsberufen überwiegend

Dienstleistungsberufen gehört die Zukunft – gegenwärtig arbeiten schon über 60% der Erwerbstätigen in diesem Bereich

um Angestellte und Beamte handelt. 1950 waren noch rund 16% aller Erwerbstätigen Selbständige, 15% waren mithelfende Familienangehörige, der Anteil der Arbeiter belief sich auf 49% und der der Angestellten und Beamten auf 21%. Ende der 80er Jahre lag der Anteil der Selbständigen nurmehr bei 8% und der der mithelfenden Familienangehörigen war sogar auf 2% zurückgegangen. Nur noch 40% aller Erwerbstätigen waren Arbeiter und zur Gruppe der Angestellten und Beamten gehörte fast jeder zweite Erwerbstätige (49%).

Insbesondere die Art der *Beteiligung von Frauen am Erwerbsleben* ist durch die genannten Umschichtungen stark beeinflusst worden. Mitte der 50er Jahre hatte noch ein Drittel aller erwerbstätigen Frauen den Status einer unbezahlt mithelfenden Familienangehörigen und nur 21% übten eine Angestellten- oder Beamtentätigkeit aus. Ende der 80er Jahre waren nur noch knapp 4% aller erwerbstätigen Frauen mithelfende Familienangehörige, dagegen aber 63% als Angestellte oder Beamtinnen beschäftigt. Generell dürfte die Erwerbstätigkeit der Frauen durch die Zunahme der Arbeitsplätze im Dienstleistungsbereich begünstigt worden sein. Anders als in der Industrie, wo die Arbeitszeit weitgehend dem einheitlichen starren Schema von 40 Stunden pro Woche und acht Stunden pro Tag entspricht, ist Teilzeitarbeit für Dienstleistungsunternehmen oft vorteilhaft, um tägliche oder wöchentliche Arbeitsspitzen auszugleichen und längere Öffnungszeiten abzudecken. Aus der Sicht der Frauen ist Teilzeitarbeit oft die einzige Möglichkeit, familiäre Verpflichtungen mit einer Erwerbstätigkeit zu verbinden.

Von 66 zu 9 Minuten Arbeit für 250 g Butter – Verdienste und Kosten der Lebenshaltung

Oswald Angermann und Günter Weinreich

K.F., 40 Jahre alt, Industriearbeiter, kommt mit seiner »Lohntüte« nach Hause. Vater G.F., 70 Jahre alt, Renter, früher Industriearbeiter, ist zu Besuch und betrachtet nachdenklich die Lohnabrechnung seines Sohnes: 19,32 DM steht dort als Bruttostundenlohn. Wie froh war er, G.F.,



Kaum noch vorstellbar: nach Aufhebung der Berliner Blockade im Mai 1949 drängen sich Berlinerinnen vor den mit Fleisch- und Wurstwaren gefüllten Schaufenstern

Foto: bpk



Schwierige Entscheidung: welche Sorte wird sich die Kundin wohl aus dem großen Angebot auswählen?

Foto: opa

Noch Anfang der 50er Jahre
gehörte er nicht in den Warenkorb
der Statistiker: VW Käfer

Foto: Süddeutscher Verlag



damals in der Zeit des Wiederaufbaus nach dem Zweiten Weltkrieg, bei der Geburt K.F.'s, eine Stelle als Industriearbeiter zu haben, wie stolz war er auf »seine« 1,33 DM Brutostundenlohn! Vater und Sohn F. verkörpern eine enorme Entwicklung:

1949 erhielt ein Industriearbeiter im Durchschnitt einen Bruttostundenlohn von 1,33 DM, im Jahr 1988 betrug der Lohn durchschnittlich 19,32 DM, d.h. 1988 wurde in jeder Arbeitsstunde das 15fache verdient wie 1950. Ausschlaggebend für die langfristige Verdienstentwicklung der Arbeitnehmer sind die Bruttowochenverdienste, da die Industriearbeiter heute wesentlich weniger Stunden pro Woche arbeiten als 1950. Die durchschnittlichen Bruttowochenverdienste der Arbeiter in der Industrie haben sich in den 40 Jahren seit Gründung der Bundesrepublik Deutschland beinahe verzweifacht.

Preisindex und Warenkorb

Will man beurteilen, wieviel Güter sich ein Industriearbeiter mit seinem Verdienst leisten kann, dann ist zu berücksichtigen, daß die Preise der Güter im Zeitablauf nicht stabil bleiben; heute sind viele Güter teurer, einige aber auch billiger als 1950. Als Maßstab für die Entwicklung der Preise kann der Preisindex für die Lebenshaltung der privaten Haushalte herangezogen werden.

Jeden Monat ermitteln Mitarbeiter der Statistischen Landesämter in 118 ausgewählten Berichtsgemeinden die Preisveränderungen für rund 750 Güter des privaten Verbrauchs, für den sogenannten *Warenkorb*. Für diese Waren und Dienstleistungen werden monatlich Preise für insgesamt fast 300 000 Einzelpositionen erhoben. Die Güter sind so ausgewählt, daß sie das gesamte Spektrum des privaten Verbrauchs repräsentieren und auch die Preisentwicklung für die unmittelbar nicht erfaßten Güterarten und -ausführungen mit dokumentieren können. Dazu gehören Nahrungs- und Genußmittel, verschiedene Typen von Mietwohnungen, Strom, Heizöl, Gas, Kleidung, Schuhe, Haushaltsge-

genstände, Kraftfahrzeuge, Benzin, Bus und Bahn, ebenso die Waren und Leistungen für Körper- und Gesundheitspflege, Bildung oder Freizeitgestaltung, um nur einiges zu nennen.

Die festgestellten Preisveränderungen, z. B. für Speisesalz oder für Benzin, gehen aber nicht mit dem gleichen Gewicht in den Index ein, sie werden vielmehr entsprechend ihrem Anteil an den gesamten Ausgaben aller privaten Haushalte für den privaten Verbrauch berücksichtigt. Der Ausgabenanteil für Benzin z. B. ist rund 135mal so hoch wie der für Speisesalz.

Der wirtschaftliche und soziale Wandel hat sich auch im Preisindex für die Lebenshaltung niedergeschlagen. Soll dieser Index die Preisentwicklung der Güter der Lebenshaltung, wie sie von den privaten Haushalten empfunden werden, korrekt widerspiegeln, dann muß der Warenkorb nach einer gewissen Zeit aktualisiert, der wirtschaftlichen Entwicklung angepaßt werden.

1950 beinhaltete der Warenkorb 249 Positionen, 1962 waren es 521 und 1980 schließlich 753. Das private Verkehrsmittel war beispielsweise 1950 das Fahrrad. 1958 kamen dazu Moped, Motorroller, Motorrad sowie ein Pkw mit 500 bis 999 ccm Hubraum und einer mit 1000 bis 1499 ccm. Der Warenkorb 1980 bzw. 1985 enthält rund 70 Kraftfahrzeuge mit zwei bzw. vier Rädern.

Über seinen unmittelbaren Zweck hinaus, die *Preisentwicklung* auf der Verbraucherstufe nachzuweisen, wird der Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte auch als allgemeiner Maßstab für die *Entwicklung der Kaufkraft des Geldes* herangezogen. Die prozentuale Veränderung des Preisindex für die Lebenshaltung gegenüber dem Vorjahresmonat bzw. dem Vorjahr wird häufig als Inflationsrate bezeichnet. Gemessen an dieser Rate waren die Preise für die Lebenshaltung 1988 im Durchschnitt etwa dreimal so hoch wie 1949.

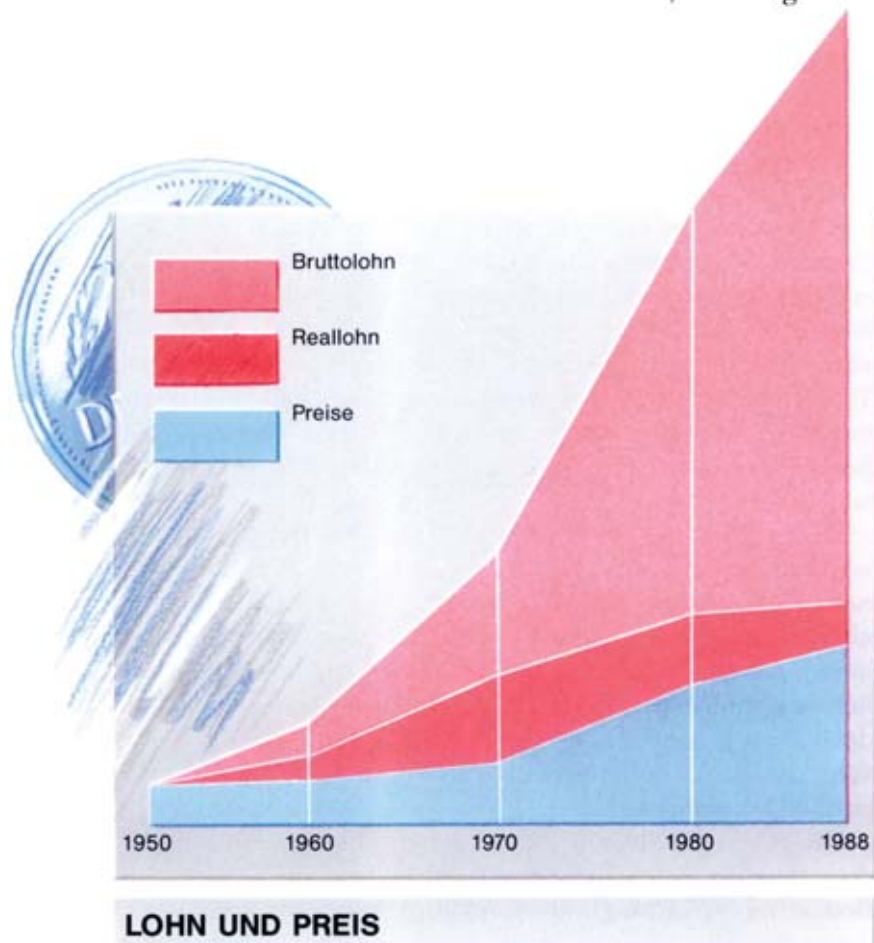
Bereinigt man den genannten Anstieg der Bruttowochenverdienste um den Preisanstieg, dann erhält man die sogenannte »Reallohnentwicklung«, d. h. eine Information darüber, wieviel mehr man sich heute tatsächlich vom Lohn leisten kann. Die Reallöhne sind von 1950 bis 1988 wesentlich langsamer gestiegen als die Bruttowochenverdienste, doch kann man sich heute immerhin dreieinhalb mal mehr vom Verdienst kaufen als im Gründungsjahr der Bundesrepublik Deutschland.

Die unterschiedliche Entwicklung der Preise und der Verdienste vollzog sich nicht gleichmäßig über den gesamten Beobachtungszeitraum. Bis zum Ende der 70er Jahre, mit Ausnahme des leichten Rezessionsjahres 1967, lag der Ver-

Was man verdient
und was man sich
dafür leisten kann

dienstanstieg immer über dem Anstieg der Preise. Von 1980 bis 1983 sind die Preise dann im Anschluß an die zweite Ölkrise in einer Zeit raschen Strukturwandels der Wirtschaft stärker angestiegen als die Arbeitnehmereinkommen. In diesen Jahren mußten die Arbeitnehmer im Durchschnitt einen realen Einkommensverlust hinnehmen. Dieser Kaufkraftverlust wurde jedoch von 1984 bis 1988 mehr als ausgeglichen, da die Verdienste jährlich um 3 bis 4% stiegen, während sich die Preisentwicklung zunehmend beruhigte. In den Jahren 1986 und 1987 blieb das Preisniveau praktisch stabil.

Anschaulicher als mit den abstrakten *Preis- und Reallohnindizes* läßt sich die Zunahme der Kaufkraft für den einzelnen Arbeitnehmer daran zeigen, welche Arbeitszeit damals und im Vergleich dazu im Jahr 1988 erforderlich war, um ein bestimmtes Verbrauchsgut zu erwerben, wie lange man damals arbeiten mußte und wie lange man heute arbeiten muß, um bestimmte Dinge des täglichen Bedarfs kaufen zu können. Während 1949 beispielsweise ein Arbeiter eine Stunde und sechs Minuten arbeiten mußte, um 250 g Butter



zu kaufen, waren es 1988 lediglich neun Minuten. 1949 kostete ein Stück Butter 1,28 DM, der Arbeiter verdiente aber nur 1,16 DM netto in der Stunde. Bis 1988 ist der Preis dieser Butter auf 2,15 DM gestiegen, der durchschnittliche Stundenlohn dagegen auf 13,79 DM.

	PREIS		BENÖTIGTE ARBEITSZEIT	
	1949	1988	1949	1988
250 g Markenbutter	1,28	2,15	1 Std. 6 Min.	9 Min.
1 kg Zucker	1,18	1,91	1 Std. 1 Min.	8 Min.
1 l Vollmilch	0,36	1,20	19 Min.	5 Min.
1 Ei	0,43	0,25	22 Min.	1 Min.
1 kg Schweinekotelett	4,47	10,67	3 Std. 51 Min.	46 Min.
1 kg Rindfleisch mit Knochen	3,06	9,79	2 Std. 38 Min.	43 Min.
1 kg Schweinebauchfleisch	3,93	7,28	3 Std. 23 Min.	32 Min.
2,5 kg Speisekartoffeln	0,37	2,47	19 Min.	11 Min.
250 g Bohnenkaffee	6,73	4,47	5 Std. 48 Min.	19 Min.
1 kg Mischbrot	0,46	3,18	24 Min.	14 Min.
1 kg Weizenmehl	0,53	1,25	27 Min.	5 Min.
1 kg Speisesalz	0,29	0,92	15 Min.	4 Min.
1 Paar Herrenschuhe besohlen	8,74	25,70	7 Std. 32 Min.	1 Std. 52 Min.
1 kWh Haushaltsstrom und Grundgebühr	0,16	0,31	8 Min.	1 Min.
1 l Superbenzin	0,40	1,02	21 Min.	4 Min.
1 Monat Tageszeitung	2,49	21,10	2 Std. 9 Min.	1 Std. 32 Min.
1 Monat Rundfunkgebühr	2,00	5,16	1 Std. 43 Min.	22 Min.
1 Einheit Telefongespräch	0,15	0,23	8 Min.	1 Min.

Durchschnittlicher Netto-Stundenverdienst eines Industriearbeiters:
1950 = 1,16 DM, 1988 = 13,79 DM

VERBRAUCHERPREISE AUSGEWÄHLTER WAREN UND DAFÜR BENÖTIGTE ARBEITSZEIT



Wie oben erwähnt, hat sich der Wochenverdienst nicht im selben Umfang erhöht wie der Stundenverdienst, weil sich nach 1949 die wöchentliche Arbeitszeit verringert hat. Während in den ersten Nachkriegsjahren die effektive Arbeitszeit im allgemeinen mit der tariflich vereinbarten 48-Stunden-Woche übereinstimmte, sind nach Gründung der Bundesrepublik Deutschland in den Aufbaujahren teilweise erheblich mehr Arbeitsstunden geleistet worden. 1950 wurden z. B. bereits 49,4 Wochenstunden bezahlt. Später wurde auch die effektive Arbeitszeit immer kürzer, 1988 betrug sie im Durchschnitt 40,5 Stunden.

Man könnte fast denken, dies wäre eine zwangsläufige Entwicklung. Die statistischen Ergebnisse zeigen jedoch, daß es zwischen 1950 und 1988 Einflüsse gab, die zeitweise eine Verlängerung der Arbeitszeit bewirkten. Dies dürfte vor allem konjunkturelle Gründe gehabt haben. In Zeiten eines Wirtschaftsaufschwungs wurde das zusätzlich notwendige Arbeitsvolumen auch durch Überstunden bereitgestellt. So stieg z. B. die Wochenarbeitszeit der Arbeiter bis 1955 auf 49,8 Stunden und lag damit über dem Niveau der ersten Nachkriegsjahre.

In den Folgejahren – Zeiten der Vollbeschäftigung – lag die Wochenarbeitszeit im allgemeinen bei 45 bis 46 Stunden. Im Rezessionsjahr 1967 ging sie auf 43,1 Wochenstunden zurück, um bis 1970 wieder auf 44,9 Stunden anzusteigen. Nach dem ersten Ölpreisschock (1973/74) war sie bis 1975 auf 41,2 Stunden zurückgefallen.

Diese Jahre haben eine entscheidende Wende in der ökonomischen Entwicklung bewirkt. Hier wurden die Grenzen des Wachstums bewußt, und ein neuartiger Strukturwandel setzte ein. Er ging in Richtung einer Stärkung der »Ange-



Nach Jahren des Mangels ist alles wieder da – Werbefahrzeug des Gemüse-Großmarkt Kreuzberg

Foto: bpk / Weinrother

botsseite«, d.h. Förderung des technischen Fortschritts. Nach und nach wurde mehr investiert, jedoch anders als in früheren Zeiten: Kapitalproduktivität und -rentabilität nahmen zu; die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft und damit die Exportquote stiegen. Die Kehrseite war jedoch, daß die Ansprüche an die Arbeitskräfte höher wurden, das geforderte *Qualifikationsniveau* nahm zu. Personen ohne qualifizierte Ausbildung waren immer weniger gefragt. Dadurch stieg die Arbeitslosigkeit. Hier setzte nun die Diskussion um die Verteilung der Arbeit durch Arbeitszeitverkürzung bei den Arbeitnehmern ein. Nach der zweiten Erdölkrise ging die tatsächlich geleistete Arbeitszeit 1979/80 dauerhaft auf 40 Stunden zurück. 1988 betrug sie im Durchschnitt 40,2 Stunden. Der Trend geht dahin, die Arbeitszeit deutlich unter die 40-Stunden-Grenze zu senken.

Interessant sind die Unterschiede in der Arbeitszeit zwischen Männern und Frauen. Von 1950 bis 1989 lag die durchschnittliche bezahlte Wochenarbeitszeit der Männer immer über der der Frauen, jedoch wurde der Abstand im Laufe der Zeit kleiner. 1950 arbeiteten die Männer im Durchschnitt noch 49,4 Stunden in der Woche, die Frauen 43,8 Stunden, d.h. die Männer arbeiteten fast sechs Stunden länger. 1988 betrug der Unterschied weniger als zwei Stunden (40,5 Stunden für die Männer, 38,9 Stunden für die Frauen).

An dieser Stelle darf der Einfluß der *Tarifparteien* nicht unerwähnt bleiben. Die Arbeitszeit war stets Bestandteil von Tarifverträgen. Selbst wenn die Entwicklung der Arbeitszeit nicht gleichmäßig war, die in Tarifabschlüssen festgelegte Arbeitszeit weist zwischen 1952 und 1988 eine kontinuier-



Zu dem heutigen Angebot zählen nicht nur Äpfel und Kohlrabi, sondern eine große Auswahl an exotischen Gemüsen und Früchten

Foto: Bildagentur Schuster / Hauck

Die einzelnen Posten der Haushaltsausgaben

liche Abnahme auf. 1952 waren 48 Stunden normal und Ende 1988 nur noch 39 Stunden in der Woche. Die Tarifentwicklung ging der Entwicklung der tatsächlichen Arbeitszeit immer etwas voraus, beide Werte haben sich im Zeitablauf jedoch immer mehr angenähert.

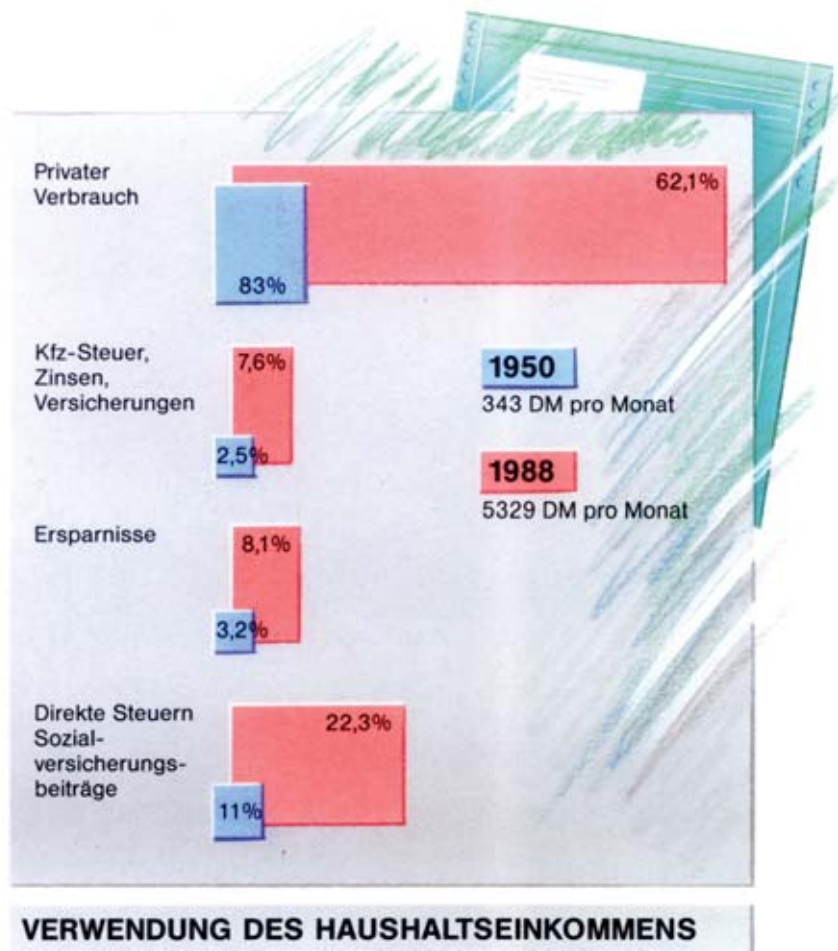
Nachdem die Verdienstentwicklung ausführlich beschrieben wurde, wenden wir uns nun den Ausgaben der Haushalte zu. Dabei ist zu beachten, daß sich die Angaben für Haushalte auf alle Einnahmen und Ausgaben eines Haushalts beziehen, also z. B. Einnahmen aus verschiedenen Quellen und unter Umständen von mehreren Haushaltsmitgliedern umfassen, während die Angaben über die Verdienste lediglich auf Lohn- und Gehaltsbezüge jeweils eines beschäftigten Arbeitnehmers bezogen waren.

Das durchschnittliche monatliche Bruttoeinkommen eines Vier-Personen-Arbeitnehmerhaushalts mit mittlerem Einkommen, das neben dem normalen Lohn oder Gehalt auch Sonderzahlungen des Arbeitgebers (Urlaubs- und Weihnachtsgeld, vermögenswirksame Leistungen), Leistungen des Staates (z. B. Kindergeld, Wohngeld), Einkommen aus Vermögen (Zinsen, Mietwert der Eigentümerwohnung u. ä.) sowie empfangene Zahlungen von haushaltsfremden Privatpersonen, von Unternehmen u. ä. enthält, war im Jahr 1988 mit 5 329 DM fast 16 mal so hoch wie 1950 (343 DM). Noch stärker sind freilich in dieser Zeit die Abzüge in Form von Lohnsteuer sowie Pflichtbeiträgen zur Sozialversicherung gestiegen: von 38 DM auf 1 187 DM, also auf mehr als das 30fache. Von jeweils 100 DM des Haushaltsbruttoeinkommens blieben 1988 netto nur 78 DM übrig, 1950 waren es noch 89 DM gewesen.

1950 wurden 83% des Haushaltsbruttoeinkommens für die eigentlichen Verbrauchsausgaben, also für Güter des täglichen Bedarfs, ausgegeben, knapp 3% für Zahlungen des Haushalts an Versicherungen, haushaltsfremde Personen und Institutionen, Zinsen u. ä. Nach Abzug von Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen blieben nur 3% des Haushaltsbruttoeinkommens für die Bildung von Vermögen und für die Rückzahlung von Schulden übrig. 1988 lag dieser Anteil dagegen bei 8%; auch der Anteil der an haushaltsfremde geleisteten Übertragungen (z. B. Zahlungen von Eltern an ihre auswärts studierenden Kinder; Geldgeschenke von Großeltern an ihre Enkel) war erheblich gestiegen (rund 8%). Geht man nicht von den Anteilen der verschiedenen Ausgabengruppen am Haushaltsbruttoeinkommen aus, sondern von der Höhe der Ausgabenbeträge, so war der Anstieg für die beiden genannten Ausgabengruppen noch deutlich höher als bei den Abzügen. 1988 wurde 39 mal so viel gespart wie 1950, für Versicherungen, Geld-

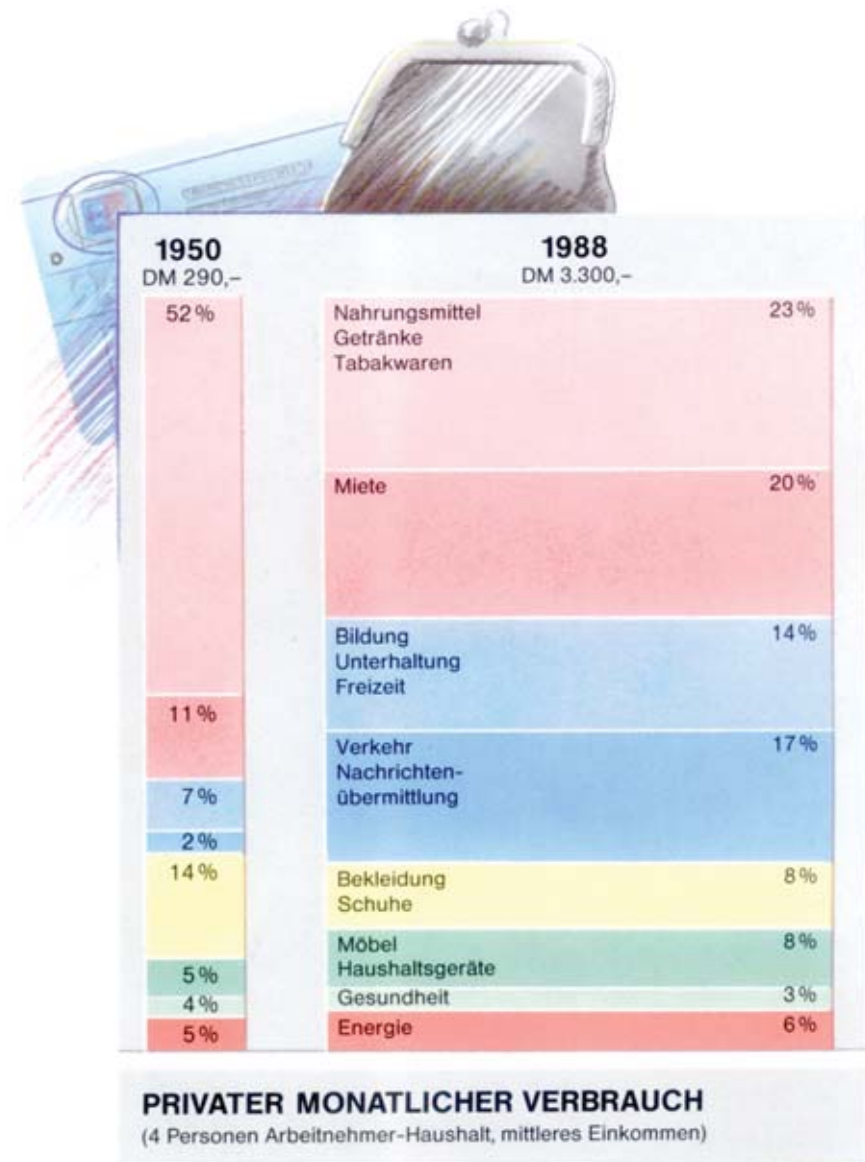
spenden u.ä. wurde 1988 sogar 47 mal so viel ausgegeben wie 1950.

Die Zusammensetzung der Verbrauchsausgaben – hier dargestellt am Beispiel eines Vier-Personen-Arbeitnehmerhaushalts mit mittlerem Einkommen, der selbstverständlich nicht repräsentativ für die Gesamtbevölkerung sein kann – hat sich in den letzten 40 Jahren entscheidend verändert. Am deutlichsten zeigt sich dies am Anteil der Ernährungsausgaben, auf die 1950 mehr als die Hälfte aller Verbrauchsausgaben entfiel, 1988 nur noch ein knappes Viertel. Nach dem bereits 1857 aufgestellten »Gesetz« des preußischen Statistikers Ernst Engel ist der Anteil der Ernährungsausgaben am Einkommen, das damals in der Regel mit der Summe der Verbrauchsausgaben übereinstimmte, ein Maßstab für die finanzielle Leistungsfähigkeit eines Haushalts: je ärmer er ist, desto mehr muß er für die Ernährung aufwenden. Der Rückgang des Anteils der Ernährungsausgaben ist danach ein deutliches Anzeichen für die wesentliche Verbesserung der wirtschaftlichen Verhältnisse des darge-



stellten Haushaltstyps. Allerdings hat sich gleichzeitig der Anteil der Ausgaben für die Wohnung (einschließlich eines Mietwerts für das Wohnen im eigenen Haus) verdoppelt (von gut 10% im Jahr 1950 auf 20% im Jahr 1988). Dieser Anstieg ist jedoch zu einem wesentlichen Teil auf eine Erhöhung der Wohnflächen und auf qualitative Verbesserungen der Wohnungsausstattung sowie auf die zunehmende Bedeutung des Wohnungseigentums auch für den hier dargestellten Haushalt zurückzuführen.

Ein weiteres deutliches Zeichen für die gestiegene finanzielle Leistungsfähigkeit der dargestellten Arbeitnehmerhaushalte ist die Entwicklung der Ausgaben für Verkehr und Nachrichtenübermittlung. 1950 entfielen darauf rund 2%





*Ein Blick in die Regale zeigt es :
Deutschland ist das Land der
Brotsorten*

Foto: dpa

der Ausgaben für den privaten Verbrauch, 1988 war der Anteil mit mehr als 17% über achtmal so hoch.

Der wichtigste Grund für die beträchtliche *Steigerung der Verkehrsausgaben* ist die ständige Zunahme des Bestands an Kraftfahrzeugen, insbesondere von Personenkraftwagen, auch bei den 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalten. 1950 wurde zwar die Ausstattung der Haushalte mit langlebigen Gebrauchsgütern noch nicht erhoben, aus Art und Höhe der Ausgaben für eigene Kraftfahrzeuge und ihren Unterhalt läßt sich aber schließen, daß die hier dargestellten Haushalte nur in Ausnahmefällen über ein eigenes Auto verfügten. 1988 hatte dagegen fast jede Familie einen Personenkraftwagen; allerdings handelte es sich dabei in etwa der Hälfte der Fälle um Wagen, die bereits gebraucht gekauft wurden. 8% der Haushalte besaßen Motor- oder Kleinkraftäder.

Schließlich spiegelt sich der beträchtliche *Zugewinn an Freizeit* in den vergangenen 40 Jahren nicht zuletzt in der



*Schönheit hat ihren Preis : Für
Bekleidung und Schuhe geben die
Bundesbürger im Durchschnitt 8%
ihres verfügbaren Einkommens aus*

Foto: Bildagentur Schuster / Waldkirch

wachsenden Bedeutung der Ausgaben für Freizeitgüter für das Haushaltsbudget wider. Anfang der 50er Jahre wurden nicht mehr als etwa 3% der Gesamtausgaben der hier dargestellten Arbeitnehmerhaushalte für den privaten Verbrauch von Freizeitgütern ausgegeben. 1988 wendeten diese Haushalte dafür im Durchschnitt 598 DM je Haushalt und Monat auf, also 18% der Ausgaben für den privaten Verbrauch. Etwa ein Viertel davon wurde für den Urlaub ausgegeben.

Mit Abstand am stärksten stiegen innerhalb der Verbrauchsausgaben von Vier-Personen-Arbeitnehmerhaushalten mit mittlerem Einkommen zwischen 1950 und 1988 die Ausgaben für Verkehr und Nachrichtenübermittlung. Sie waren 1988 fast 93 mal so hoch wie 1950. Etwa 21 bis 22 mal so hoch waren die Ausgaben für Bildung und Unterhaltung, Freizeit und persönliche Ausstattung, für Wohnungsmiete u. ä. sowie für Möbel, Haushaltsgeräte usw. Dagegen waren 1988 die Ausgaben für Nahrungs- und Genußmittel nur fünfmal so hoch wie 1950, für Bekleidung und Schuhe siebenmal so hoch. Die Gesamtausgaben für den privaten Verbrauch stiegen auf das 11,6fache des Wertes von 1950. Hätte man 1988 ausschließlich Waren der gleichen Art und Qualität in der gleichen Menge wie 1950 gekauft, hätte man nach dem Preisindex für die Lebenshaltung von Vier-Personen-Arbeitnehmerhaushalten mit mittlerem Einkommen nur dreimal so viel bezahlen müssen wie 1950. Die Zunahme der Ausgaben für den privaten Verbrauch insgesamt war also nur zu etwa einem Viertel auf Preissteigerungen zurückzuführen, drei Viertel waren durch Käufe von größeren Mengen oder von Waren besserer Qualität bedingt.

Dabei waren die Entwicklungen bei den verschiedenen Ausgabenposten des privaten Verbrauchs sehr unterschiedlich. Besonders krass sind die Unterschiede zwischen den Ausgaben für die Ernährung auf der einen Seite und für Verkehr und Nachrichtenübermittlung auf der anderen Seite. Bei den Nahrungs- und Genußmitteln war etwa die Hälfte der relativ bescheidenen Erhöhung der Ausgaben durch Preissteigerungen bedingt, bei den Ausgaben für Verkehr und Nachrichtenübermittlung lediglich 4%. Die außerordentlich hohe Wachstumsrate der Ausgaben ist hier also weitgehend darauf zurückzuführen, daß immer mehr Haushalte Kraftfahrzeuge, insbesondere Personen-Kraftwagen, gekauft haben und offensichtlich die Ansprüche der Haushalte hinsichtlich Größe und Komfort der Fahrzeuge ständig zugenommen haben.

Vom »Tante-Emma-Laden« zum Erlebniskauf – der Einzelhandel im Strukturwandel

Albrecht Krockow

»Handel ist Wandel«, diese kurze Formel wird durch die Entwicklung der letzten Jahrzehnte eindrucksvoll bestätigt. Tiefgreifende Veränderungen haben sich in den vergangenen 40 Jahren im Handel vollzogen, die in Wechselwirkung mit dem permanenten Wandel in Wirtschaft und Gesellschaft zu sehen sind. Überholte Strukturen haben sich zurückgebildet, neue Handelsbranchen und -betriebsformen haben an Bedeutung gewonnen. Während noch in den 50er Jahren Kleinbetriebe wie die fast schon legendären »Tante-Emma-Läden« das Straßenbild prägten, ist heute die Marktbedeutung der klassischen Einzelhandelsfachgeschäfte zugunsten der Filial- und Großbetriebe zurückgegangen. Gleichzeitig haben sich *neue Vertriebsstechniken* und *Organisationsformen* durchgesetzt.

Das heutige Erscheinungsbild des Einzelhandels ist das Ergebnis vielfältiger Entwicklungsprozesse. Dabei läßt sich grob zwischen angebots- und nachfrageseitigen Entwicklun-

Vor Gründung der Bundesrepublik Deutschland zeigte sich die Knappheit des Warenangebots in langen Käuferschlangen vor den Lebensmittelgeschäften

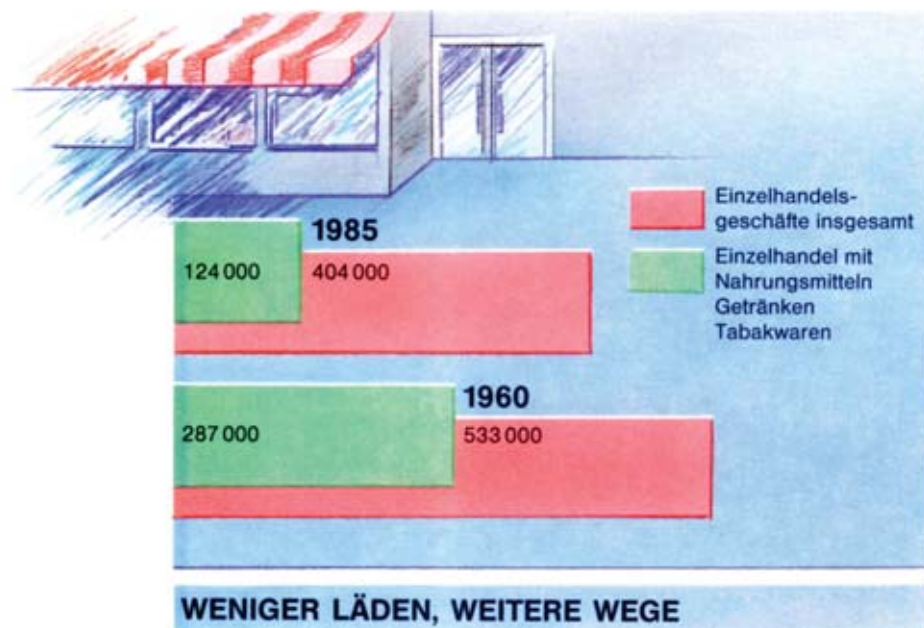
Foto: bpk

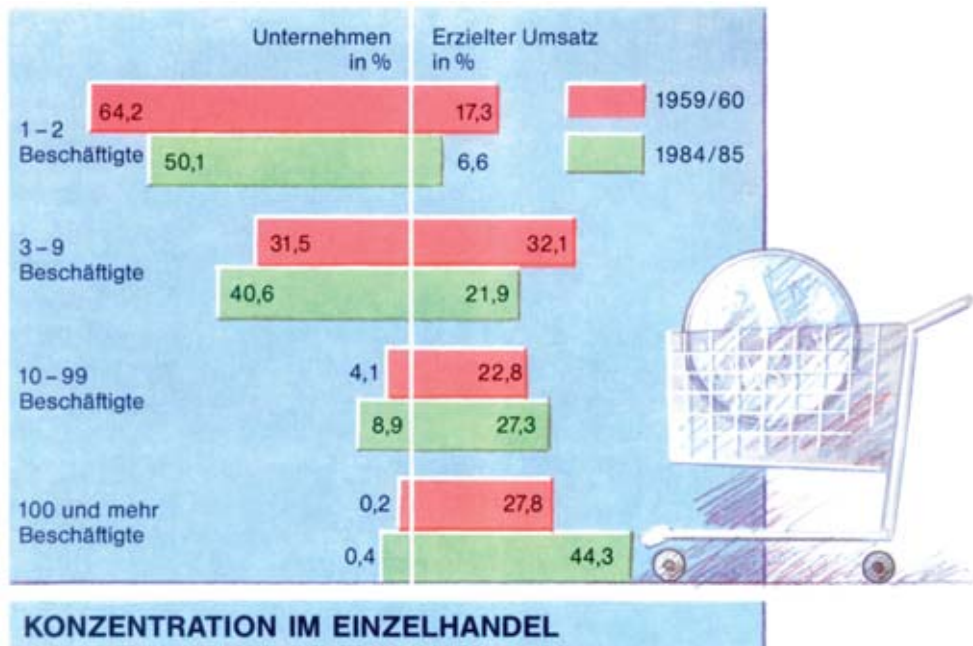


»Tante-Emma-Läden«
verschwinden –
Supermärkte
tauchen auf

gen unterscheiden. Natürlich müssen letztlich beide Komponenten im Zusammenhang gesehen werden. Die Strukturverschiebungen im Handel sind wesentlich durch *geändertes Konsumentenverhalten* beeinflusst worden, während auf der anderen Seite *neuartige Handelsangebote* Rückwirkungen auf die Verbrauchsgewohnheiten hatten.

In der wirtschaftlichen Wiederaufbauphase nach Kriegsende stieg die Zahl der Einzelhandelsunternehmen zunächst stark an. Das allgemeine wirtschaftliche Wachstum, steigende Einkommen, die Ausdehnung der Warensortimente in Breite und Tiefe, dazu technische Neuerungen, wie die allmählich einsetzende Motorisierungswelle oder die Unterhaltungselektronik mit dem noch jungen Medium Fernsehen, ließen die Nachfrage der Verbraucher ansteigen. Zudem trug die Liberalisierung gesetzlicher Vorschriften zur Ansiedlung neuer Einzelhandelsbetriebe bei. Doch bereits Anfang der 60er Jahre setzte infolge verstärkter Konkurrenz ein bis heute andauernder *Ausleseprozeß* ein, in dessen Folge die Zahl der Einzelhandelsgeschäfte – vor allem zu Lasten kleinerer Betriebe – drastisch abnahm. Rund 533 000 Einzelhandelsbetriebe wurden 1960 gezählt, 1985 waren es nur noch 404 000. Ausgelöst wurde dieser Konzentrationsprozeß durch Rationalisierungsmaßnahmen, insbesondere durch die Einführung der *Selbstbedienung*. Daher verringerte sich die Zahl der Geschäfte in erster Linie im Lebensmittelhandel, der überwiegend »problemlose« und damit »selbstbedienungsgerechte« Waren absetzt. In dieser Branche nahm die Zahl der Arbeitsstätten von 1960





bis 1985 um mehr als die Hälfte ab. Allein zwischen 1979 und 1985 ist die Zahl der Lebensmittelbetriebe nochmals um knapp 16000 oder rund 11% zurückgegangen. Unterscheidet man nach der Größe der Verkaufsfläche, so zeigt sich, daß ausschließlich Geschäfte mit weniger als 200 qm Verkaufsfläche aus dem Markt ausgeschieden sind, während die größeren durchweg Zuwachsraten verzeichneten. Da



Anfang der 50er Jahre hatte ihn jeder in seiner Nachbarschaft: den Kolonialwarenladen um die Ecke

Foto: Ullstein

Die Handelsriesen wachsen

auch 1985 noch zwei Drittel der verbliebenen rund 95000 Läden über eine Verkaufsfläche von weniger als 100 qm verfügten, ist ein weiterer Schrumpfungsprozeß absehbar.

Während vom »Ladensterben« fast ausschließlich kleinere Geschäfte betroffen waren, konnten die großen Handelsunternehmen und -verbundgruppen ihre Marktpositionen durch Übernahme kleinerer Unternehmen, aber auch durch Zusammenschlüsse untereinander sowie durch internes Wachstum ausbauen. In den letzten Jahren vollzogen sich *Konzentrationsvorgänge* zunehmend auch in verdeckter Form, z.B. in Form von Minderheitsbeteiligungen oder durch Bildung von Franchise-Vertriebssystemen, bei denen vertragliche Bindungen zwischen Produktherstellern und Handel bestehen. 1984 konnten die 150 größten Unternehmen des Lebensmitteleinzelhandels mehr als die Hälfte des Branchenumsatzes auf sich vereinigen. Die gleiche Zahl von Unternehmen hatte 1967 erst einen Anteil von einem Viertel. Berücksichtigt man noch, daß viele rechtlich selbständige Unternehmen unter einheitlicher Leitung zusammengefaßt sind, dann zeigt sich der Konzentrationsprozeß noch deutlicher. Ein Drittel der Umsätze mit Lebensmitteln entfiel 1984 allein auf die fünf größten Handelskonzerne, während es 1978 lediglich 19% waren. Neueste Untersuchungen belegen, daß sich diese Entwicklung seither verstärkt fortgesetzt hat.

Der mit der Konzentration verbundene *Strukturwandel* im Handel hat auch das Kräfteverhältnis zwischen Industrie und Handel verändert. Das Aufkommen großer Einkaufsorganisationen und Handelsunternehmen erhöhte den Wettbewerbsdruck in der Konsumgüterindustrie. Die Lieferanten sahen sich gegenüber dem Handel zu regelmäßigen Preiszugeständnissen in Form von Sonderrabatten und Nebenleistungen wie der Übernahme von Werbungskosten, kostenloser Preisauszeichnung und entgegenkommenden Zahlungsmodalitäten gezwungen.

Angesichts des deutlichen Rückgangs der Zahl der Lebensmittelgeschäfte stellt sich die Frage, ob und inwieweit sich die *Versorgungssituation der Bevölkerung* verschlechtert hat. Von einer generellen Ausdünnung oder gar Gefährdung der Nahversorgung kann derzeit sicherlich nicht gesprochen werden. Gleichwohl mag es einzelne Gemeinden oder Regionen geben, in denen die verbrauchernahe Versorgung Probleme bereitet. Betroffen sind dabei in erster Linie die weniger mobilen Bevölkerungsgruppen. Es darf jedoch nicht vergessen werden, daß der Versandhandel sowie der »fahrende« Handel zum Teil den Mangel an »Geschäften vor der Haustür«, d.h. in der unmittelbaren Nachbarschaft, ausgleichen. Darüber hinaus wirken sich gerade auf dem Lande

der höhere Grad an Eigenversorgung, Käufe direkt beim Erzeuger und Nachbarschaftshilfe entlastend aus.

Trotz rückläufiger Zahl der Arbeitsstätten im Einzelhandel hat die Gesamtzahl der Beschäftigten zwischen 1960 und 1985 um knapp ein Fünftel zugenommen. Sie ist allerdings seit 1980 um 5% zurückgegangen. Außerdem ist zu berücksichtigen, daß heute jede oder jeder dritte Beschäftigte im Einzelhandel nur »teilzeitarbeitet« und damit der Anteil der Teilzeitbeschäftigung erheblich zugenommen hat. Ursache hierfür ist einmal, daß viele selbständige Kaufleute ihren Geschäftsbetrieb aufgegeben haben. Zum anderen werden besonders in den neu entstandenen großflächigen Einzelhandelsarbeitsstätten viele zum Teil ungelernte Teilzeitarbeitskräfte beschäftigt. Traditionell ist der Anteil der Frauen überdurchschnittlich hoch. Sie stellen zwei Drittel der Arbeitnehmerschaft.

Die vom Einzelhandel erzielten Umsätze haben sich allein in den vergangenen 25 Jahren vervierfacht, ein gewiß beeindruckendes Ergebnis. Selbst real, also nach Abzug der inzwischen eingetretenen Preissteigerungen, sind die Erlöse auf das Doppelte angewachsen. Bei dieser Betrachtungsweise werden allerdings auch vorübergehende, konjunkturrell bedingte Eintrübungen der Ertragslage sichtbar. Besonders deutlich spiegelt sich in der Entwicklung der Einzelhandelsumsätze die gesamtwirtschaftliche Situation zu Beginn der 80er Jahre wider. In der wirtschaftlichen Schwächephase der Jahre 1981/82, in der die gesamtwirtschaftliche Leistung zurückging, nahmen die Einzelhandelsumsätze preisbereinigt deutlich ab, nachdem sie in den 60er und 70er Jahren nahezu ununterbrochen angestiegen waren.

Ein weiteres unübersehbares Kennzeichen des Strukturwandels im Einzelhandel ist das starke Anwachsen der Verkaufsflächen. Statistisch gesehen entfiel 1985 auf jeden Einwohner der Bundesrepublik Deutschland 1 qm Verkaufsfläche. Gegenüber 1968 bedeutet das eine Verdoppelung der pro Kopf verfügbaren Verkaufsfläche. Die durchschnittliche Verkaufsfläche je Ladengeschäft stieg in diesem Zeitraum von 84 auf 200 qm an. Diese *Verkaufsflächenexplosion* ist vor allem darauf zurückzuführen, daß mit der Vergrößerung der Handelssortimente und der zunehmenden Verbreitung der Selbstbedienung zusätzlicher Platzbedarf entstanden ist. Größere Verkaufsflächen bieten die Möglichkeit, Waren auf Paletten, Regalen oder anderen Auslagen übersichtlich zu präsentieren und den Käuferinnen und Käufern die Auswahl teilweise oder sogar vollständig selbst zu überlassen.

Gute Konjunktur
für den Einzelhandel

Verkaufsflächen
expandieren

Selbstbedienung, Discounter, Verbrauchermärkte – neue Betriebsformen entstehen

*Links: Aus Amerika zu uns
herübergekommen: das
Verkaufskonzept der
Selbstbedienung – hier das erste
Versuchsgeschäft in Augsburg*

*Rechts: In reich sortierten
Supermärkten findet heute der
Verbraucher alles was er für den
täglichen Bedarf braucht*

Mit der Expansion der Verkaufsflächen kamen neuartige *Großbetriebsformen* auf. Nachdem sich bereits in der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts die ersten Kauf- und Warenhäuser als großflächige Verkaufsstätten nach vorwiegend französischen und englischen, aber auch amerikanischen Vorbildern etabliert hatten, entstanden Mitte der 50er Jahre die ersten Supermärkte. Wenige Jahre später folgten die Verbrauchermärkte und die Selbstbedienungswarenhäuser. Gemeinsames Merkmal all dieser Geschäftstypen ist das Prinzip der *Selbstbedienung*. Das Sortiment ist nach dem Discountprinzip auf schnellen Warenumsatz zu knapp kalkulierten Preisen ausgerichtet, wobei auf Ladengestaltung und Dienstleistungen wie Bedienung und Beratung weitgehend verzichtet wird. Anders als die Supermärkte bieten aber Verbrauchermärkte und SB-Warenhäuser neben einem Lebensmittelvollsortiment eine breitgefächerte warenhaustypische Palette von Artikeln an. Sie sind so nicht nur im Lebensmittelhandel eine neue Konkurrenz, sondern auch für andere Einzelhandelsbranchen. Die *Verbrauchermärkte* und SB-Warenhäuser haben sich häufig in verkehrsgünstigen Lagen am Stadtrand oder auf der »grünen Wiese« angesiedelt und verfügen über weiträumige Kundenparkplätze.

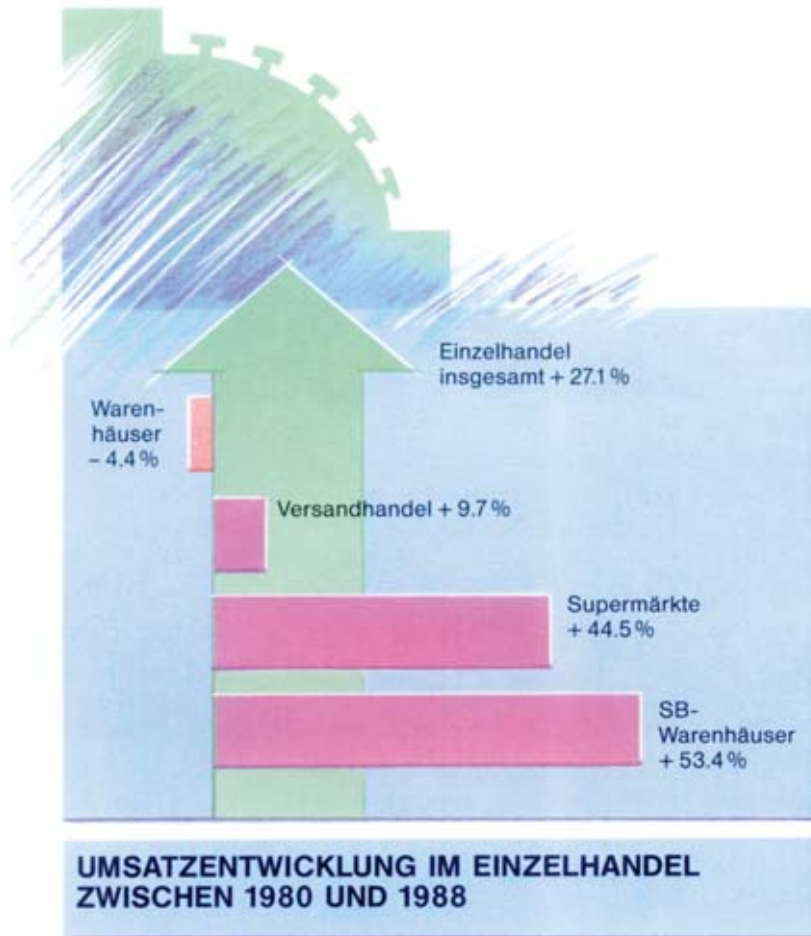
Mit den Verbrauchermärkten und SB-Warenhäusern entstanden in den 60er Jahren nach amerikanischem Muster die ersten Einkaufszentren, die sich in der Folgezeit zunächst rasch ausbreiteten. Allerdings waren einer weiteren Expansion durch die räumlichen Gegebenheiten von vornherein oft Grenzen gesetzt. Zudem wurde die Entwicklung durch gesetzliche Restriktionen gebremst.

Foto: Süddeutscher Verlag



Foto: Bildagentur Schuster / Schiller





Im Verlauf der 70er Jahre machten die *neuen Betriebsformen* auf der grünen Wiese, wegen ihrer Bauweise salopp als »Flachmänner« bezeichnet, mit ihrem breiten Warenangebot den angestammten Kauf- und Warenhäusern in den Innenstädten mehr und mehr Konkurrenz. Diese reagierten mit neuen Vertriebskonzepten. Verkaufsräume und Sortimente wurden attraktiver gestaltet, neue Dienstleistungen angeboten. Gleichzeitig wurden betriebsfremde Unternehmen integriert (shop-in-shop-Systeme) oder unrentable Abteilungen an andere Firmen abgegeben. Lagerhaltung und Verwaltung konnte durch die Einführung EDV-gestützter Warenwirtschaftssysteme rationalisiert werden. Vereinzelt wurden Niederlassungen geschlossen. Zudem erlangten die Innenstädte durch die Schaffung von Fußgängerzonen neue Anziehungskraft. Während im ersten Nachkriegsjahrzehnt die Stadtplanung eher autoorientiert war, wurde mit wachsender Motorisierung der Individualverkehr zunehmend als Belastung empfunden. Die autofreie City sollte zur Ver-

Die Konkurrenz
wird härter



Seit den 70er Jahren werden in den Innenstädten Fußgängerzonen eingerichtet, in denen der Einkauf ohne Verkehrs hektik wieder Freude machen soll – wie zum Beispiel in Wiesbaden

Foto: Bildagentur Schuster / Krämer

Einführung der Selbstbedienung

kehrsberuhigung beitragen und gleichzeitig die Einzelhandelsaktivitäten beleben. All diese Umstände konnten jedoch nicht verhindern, daß die Marktanteile der Warenhäuser zurückgingen.

Ein Betriebstyp, der in den letzten Jahren zunehmend an Bedeutung gewonnen hat und vermutlich auch weiterhin expandieren wird, ist der *Fachmarkt*. Es handelt sich dabei um Betriebe mit branchenmäßig tiefgegliedertem Warensortiment, die ihre Waren überwiegend im Wege der Selbstbedienung absetzen, bei Bedarf aber auch qualifizierte fachliche Beratung anbieten. Mittlerweile gibt es Fachmärkte in nahezu allen Branchen des Einzelhandels. Am bekanntesten sind die Drogeriemärkte sowie die Bau- und Heimwerkermärkte, die mit dem Do-it-yourself-Markt einen ganz neuen Nachfragebereich erschlossen haben. Die Fachmärkte haben inzwischen die Handelslandschaft nicht weniger stark verändert als seinerzeit die Super- und Verbrauchermärkte; sie halten in vielen Branchen bereits beachtliche Marktanteile. Der Drogeriebereich, in dem das Fachmarktkonzept schon in den 70er Jahren erfolgreich praktiziert wurde, verdeutlicht das eindrucksvoll. Während 1968 die selbstbedienungsorientierten Drogerien nach Zahl und Umsatz einen Anteil von rund 10% hatten, stellten sie 1985 schon 45% aller Drogerien und erwirtschafteten drei Viertel des gesamten Branchenumsatzes. Der zahlenmäßige Rückgang der Drogerien um mehr als die Hälfte zeigt das Ausmaß des *Verdrängungswettbewerbs*. Die Fachmärkte sind ein Beispiel für die sich wandelnde Sortimentspolitik des Einzelhandels. War das Sortiment früher durch Produktionsbereiche bestimmt, z. B. Textil- oder Möbelgeschäft, so richtet sich heute das Warenangebot mehr nach den Bedarfsbereichen des Verbrauchers, z. B. Wohnen oder Freizeit, aus.

Das Aufkommen der Selbstbedienung Ende der 50er Jahre zählte zu den wichtigsten Innovationen im Einzelhandel und war der eigentliche Auslöser für den bis heute anhaltenden tiefgreifenden Strukturwandel. Die Idee der Selbstbedienung war zu dieser Zeit keineswegs neu. Warenhäuser und Kleinpreisgeschäfte hatten bereits vorher Teilselbstbedienung oder Selbstvorauswahl durch den Kunden praktiziert. Auch anderweitig waren schon zahlreiche, allerdings nicht sehr erfolgreiche Versuche zur Rationalisierung des Verkaufsvorgangs unternommen worden. In den USA war die Selbstbedienung nach dem Krieg bereits weit verbreitet. Dennoch stellte sich der Handel zunächst nur zögernd um, da vielfach Beratung und Betreuung des Kunden als unverzichtbares Element des Verkaufs galten. Auch die Käufer mußten sich erst an die Anonymität der neuen, auf raschen Kundenfluß eingerichteten Selbstbedienungsge-

schäfte gewöhnen, wohingegen sich die Hersteller vor das Problem gestellt sahen, selbstbedienungsgerechte Verpackungen für die Waren zu entwickeln. Trotz anfänglicher Skepsis hat sich die Selbstbedienung vor allem im Lebensmittelhandel durchgesetzt, wo heute mehr als 80% des Umsatzes in Selbstbedienungsläden erzielt werden. Im Non-Food-Bereich ist die Bedeutung der Selbstbedienung dagegen weitaus geringer. In der Praxis haben sich vielfach Mischformen zwischen Selbstbedienung und »herkömmlicher« Bedienung herausgebildet. Dabei kann der Kunde beispielsweise selbst eine Vorauswahl treffen oder sich nur auf besonderen Wunsch beraten lassen.

Der Strukturwandel wurde nicht allein durch handelsinterne Faktoren hervorgerufen, er hatte seine Ursache auch in *Änderungen des Verbraucherverhaltens*. So ist beispielsweise das Vordringen der autoorientierten, großflächigen Einzelhandelsbetriebe außerhalb der Städte auf dem flachen Land erst durch die erhöhte Mobilität der Verbraucher ermöglicht worden. Der PKW-Bestand ist von 1950 bis heute auf mehr als das Fünffache angestiegen, so daß mittlerweile fast jeder zweite Einwohner ein Kraftfahrzeug besitzt. Das hat zur Folge, daß die Kunden nicht mehr in dem Maße wie früher auf den wohnortnahen Einkauf angewiesen sind. Aufgrund eines gestiegenen Preisbewußtseins sind sie bereit, größere Entfernungen hinzunehmen, wenn der Einkauf dadurch preisgünstiger wird. Dies gilt auch für die Deckung des alltäglichen Grundbedarfs. Gleichzeitig konnte die Häufigkeit des Einkaufens durch bessere Transportmöglichkeiten, sowie aufgrund der erhöhten Haltbarkeit vieler Pro-

Der bewußte
Verbraucher –
Wandel der Einkaufs-
gewohnheiten und
Verbraucherwünsche



*Wegen der Frische des Angebots
und der Atmosphäre beim Einkauf
erfreuen sich Märkte großer
Beliebtheit – hier ein Blick auf den
Münchner Viktualienmarkt*

Foto: dpa

dukte und der Verbreitung von Kühlschränken und Tiefkühltruhen verringert werden.

Änderungen des Verbraucherverhaltens haben ihre Ursache weiterhin in Verschiebungen der demographischen Struktur. So hat etwa der Anteil älterer Menschen in den zurückliegenden Jahrzehnten deutlich zugenommen. Von Bedeutung ist dabei nicht nur, daß Kaufpräferenzen vom Lebensalter beeinflußt werden. Mit der Altersstruktur ändert sich gleichzeitig die Struktur der Erwerbstätigen und damit das Einkommensgefüge. Einflüsse auf die Konsumentennachfrage ergeben sich ebenfalls aus dem gestiegenen Anteil der Ausländer an der Gesamtbevölkerung, der heute bei rund 7% liegt. Umgekehrt werden mehr und mehr Einzelhandelsgeschäfte und gastronomische Betriebe von Ausländern betrieben. Weiterhin ist von Bedeutung, daß die Gesamtzahl der Haushalte – trotz stagnierender Bevölkerungszahlen – bedingt durch die starke Zunahme der Einpersonenhaushalte angewachsen ist. 1988 war jeder dritte Haushalt ein Singlehaushalt, während es 1950 nur jeder fünfte Haushalt war. Da viele Waren nicht individuell, sondern haushaltsbezogen nachgefragt werden, beeinflußt die Haushaltsstruktur Art und Menge der benötigten Waren. Ein Singlehaushalt kauft anders ein als eine Großfamilie.

Neben der Struktur der Bevölkerung hat sich deren regionale Verteilung geändert: Hatte nach dem Kriege die großstädtische Bevölkerung zunächst zu Lasten ländlicher Gebiete zugenommen, so ist seit den 60er Jahren eine »Stadtflucht« zu beobachten; das städtische Umland gewann an Beliebtheit. Diese Entwicklung hat maßgeblich zur Ansiedlung neuer großflächiger Einzelhandelsbetriebe außerhalb der Großstadtzentren beigetragen. Allein zwischen 1979 und 1985 ist die Zahl der Ladengeschäfte außerhalb geschlossener Ortschaften um knapp 23% gestiegen; ihre Gesamtverkaufsfläche hat sich gleichzeitig mehr als verdoppelt. Die mittlere Verkaufsfläche dieser Betriebe überstieg damit 1985 die bundesdurchschnittliche Ladengröße um mehr als das Dreifache.

Ganz entscheidend ist das Konsumverhalten durch die *Einkommenssteigerungen* in den zurückliegenden Jahrzehnten geprägt worden. Daß in der Regel mit höherem Einkommen die Nachfrage nach Einzelhandelsgütern steigt, bedarf keiner besonderen Erwähnung. Allerdings wächst damit gleichzeitig die Sparneigung, so daß die zunächst enge Relation zwischen der Steigerung von Einkommen und Verbrauchsausgaben mit wachsendem Einkommensniveau an Bedeutung verliert. Doch beeinflussen steigende Einkommen nicht nur die Höhe der Gesamtausgaben, sondern auch deren Zusammensetzung. 1959 entfielen noch rund

38% der Käufe auf den Einzelhandel mit Nahrungsmitteln, 1984 war dieser Anteil auf 28% geschrumpft.

Aus gesamtwirtschaftlicher Sicht ist von Interesse, daß trotz der vielfältigen Umschichtungen im Budget der Verbraucher der Anteil der Einzelhandelsumsätze an den insgesamt getätigten Käufen privater Haushalte seit 1960 mit rund 45% in etwa konstant geblieben ist.

Neben demographischen und wirtschaftlichen Faktoren hat der *gesellschaftliche Wertewandel* die Verbrauchsnachfrage beeinflußt. Beispielhaft seien hier nur das steigende Umweltbewußtsein und die Änderung des Freizeitverhaltens genannt. Die Einstellung der Konsumenten gegenüber bestimmten Produkten und Formen des Einkaufs veränderte sich dadurch erheblich.

Gravierende Einflüsse auf die Entwicklung im Handel gingen von verschiedenen gesetzgeberischen Maßnahmen aus. Einen ganz entscheidenden Einschnitt bedeutete 1974 das Verbot der »Preisbindung der zweiten Hand«, also der Fixierung der Einzelhandelspreise durch die Markenartikelhersteller. Zwar hatte es in den vorangegangenen Jahren schon wiederholt ungesetzliche Preisunterbietungen gegeben, doch konnte diese Regelung aggressive *Preiswettkämpfe* bei den Markenartikeln weitgehend unterbinden, die ja häufig zum Kern des Sortiments gehörten. Die Aufhebung der vertikalen Preisbindung führte zu einer Verschärfung des Preiswettbewerbs, die einen Ausleseprozeß auf Seiten der Markenartikelhersteller einleitete. Im Handel sahen sich besonders mittelständische Unternehmen einem verstärkten Wettbewerbsdruck ausgesetzt, der einen Konzentrationsschub zur Folge hatte. Eindeutiger Nutznießer war der Verbraucher, zumal die Klassifizierung der Ware durch die Marke den direkten Preisvergleich ermöglichte.

Das Ausscheiden einer Vielzahl kleiner und mittlerer Unternehmen, die zunehmende Bedeutung großer Handelskonzerne und Verbundgruppen sowie das Tempo dieser Entwicklung haben bei den staatlichen Kontrollorganen Besorgnis hervorgerufen und gesetzgeberische Initiativen ausgelöst. So wurde beispielsweise die Baunutzungsverordnung mit dem Ziel geändert, die weitere Ansiedlung großflächiger Einzelhandelsbetriebe zu kontrollieren. Derzeit wird eine weitere Novellierung der auf das Jahr 1957 zurückgehenden kartellrechtlichen Vorschriften vorbereitet, die den Wettbewerbsrahmen im Handel verbessern und der Konzentrationsentwicklung entgegensteuern soll.

Abzuwarten bleibt, wie sich die Auflockerung der Bestimmungen zum Ladenschluß durch Einführung des »*Dienstleistungsabends*« auswirken wird.

Auf die zahlreichen Änderungen im Unternehmens-,

Rechtliche
Rahmenbedingungen
für fairen Wettbewerb
im Handel

Einzelhandel der Zukunft – Vielfalt an Betriebsformen und Angeboten

Steuer- und Arbeitsrecht mit direkter oder indirekter Wirkung auf den Handel sei hier nur am Rande verwiesen.

Ein Ende des *Wandels im Handel* scheint noch nicht in Sicht, zumal die Errichtung des europäischen Binnenmarktes ab 1993 den Trend zur Unternehmens- und Umsatzkonzentration europaweit noch verstärken dürfte. Gleichwohl werden sich auch in Zukunft kleine und mittlere Unternehmen am Markt behaupten können, wenn es ihnen gelingt, durch fachliche Kompetenz, qualifizierte Beratung und spezialisierte Dienstleistungen Gegengewichte zu den Preisvorteilen der Großunternehmen zu setzen. Der Verbraucher von morgen wird über mehr Freizeit verfügen. Einkaufen wird dadurch mehr und mehr als Freizeitbeschäftigung mit Erlebnis- und Unterhaltungswert angesehen. Das bedeutet aber auch, daß der Kunde – besonders beim Kauf höherwertiger Konsumgüter – größere Ansprüche an Service, Ladengestaltung und -atmosphäre stellen wird. Hier liegen die Chancen des klassischen Einzelhandels. Der Gemischt- oder Kolonialwarenladen alter Prägung wird freilich keine Bedeutung mehr haben.

Die Entwicklung der letzten 40 Jahre, die eine nie gekannte Vielfalt an Betriebstypen und Organisationsformen hervorgebracht hat, bietet trotz zunehmender Konzentration kaum Anlaß zu der Befürchtung, in wenigen Jahren würde das Handelsgeschehen von einigen wenigen Großkonzernen diktiert. Die sich immer schneller wandelnden Bedürfnisse und Gewohnheiten der Verbraucher lassen eher vermuten, daß das Einzelhandelsangebot künftig noch flexibler und reichhaltiger sein wird.

Welche Umwälzungen die Einführung der modernen Kommunikationstechnologien mit sich bringen wird, ist bislang noch nicht überschaubar. Das *Teleshopping*, also Warenbestellung über den häuslichen Bildschirm und Lieferung der Ware durch den Händler, hat sich in der Bundesrepublik Deutschland noch nicht durchgesetzt. Gleichwohl wird die Tendenz weiter dahin gehen, den Warenabsatz zu rationalisieren und für die Kunden komfortabler zu gestalten. Auf der Beschaffungsseite nutzt der Einzelhandel bereits heute die Rationalisierungs- und Leistungsvorteile der neuen Informationstechniken.

Vom Nahrungsmittelmangel zur Überschußproduktion – Landwirtschaft in der Krise?

Claudia Brunner

Landwirtschaft – die Assoziationen, die dieses Thema auslöst, sind vielfältig. Landwirtschaft – das ist ländliche Idylle, harte Arbeit, Naturverbundenheit, keine Freizeit, »Computer im Stall«, ökologischer Landbau, Urlaub auf dem Bauernhof – je nachdem, von welcher Warte aus man sie betrachtet.

Vieles hat sich in den vergangenen 40 Jahren in der Landwirtschaft, auf dem Bauernhof geändert. Fortschritt in der Technik, Weiterentwicklungen der züchterischen Möglichkeiten, Spezialisierungs- und Intensivierungsmaßnahmen brachten einen gewaltigen Anstieg landwirtschaftlicher Leistungen mit sich, die ein nicht erwartetes Ausmaß erreichten. Das heutige Bild der Landwirtschaft ist durch Überschüsse, Milliardenausgaben der EG zu deren Finanzierung, Einkommensrückstände der Bauern und zunehmende Gefahren für die Umwelt gekennzeichnet, kurzum: wir befinden uns in einer scheinbar ausgewogenen Situation, der die Politiker mit Ratlosigkeit, die Bauern mit Frustration und die Öffentlichkeit mit Unverständnis gegenüberstehen.

Der ursprüngliche Zweck und die Leistung einer funktionierenden Landwirtschaft – nämlich die Sicherstellung der Ernährung der Bevölkerung – ist angesichts dieser Probleme vielfach in Vergessenheit geraten. Dabei ist es gerade 40 Jahre her, daß sich Deutschland in der schwersten Ernährungskrise der modernen Geschichte befand. Was hat sich also seit dem Zweiten Weltkrieg getan, welche Faktoren waren es, die zum einen die Überschußproblematik, zum anderen einen tiefgreifenden Wandel der landwirtschaftlichen Produktionsstrukturen bewirkten, der hinsichtlich seiner Auswirkungen ohne Beispiel ist?

Krisen im Agrarbereich als Folge von Ungleichgewichten zwischen Erzeugung und Verbrauch hat es natürlich schon früher gegeben; auch das Problem der *Überproduktion* existiert nicht erst in jüngerer Zeit. Man denke beispielsweise an die Kontinentalsperre Napoleons zu Beginn des 19. Jahrhunderts, wodurch der Getreideexport nach Großbritannien reduziert wurde und das daraus resultierende Überangebot auf dem Festland die Preise drastisch verfallen ließ.

Krisen in der Landwirtschaft – nicht erst heute

*Heute nur noch ein seltener Anblick
– Feldarbeit als Handarbeit*

Foto: Süddeutscher Verlag



Eine ähnliche Situation trat gegen Ende des 19. Jahrhunderts ein, als Bismarck mit seinen Schutzzöllen die Notbremse gegen den durch die zügige Entwicklung des internationalen Transportwesens einsetzenden Importdruck auf Europa zog, um so einem Preisverfall als Folge eines potentiellen Überangebotes entgegenwirken zu können.

Überproduktion entwickelte sich auch im Zuge der Weltwirtschaftskrise 1929, nachdem die landwirtschaftliche Erzeugung durch die hohen Preise während des Ersten Weltkrieges übermäßig angekurbelt worden war. Immer wieder versuchten die jeweiligen Regierungen, Gleichgewichte zur Marktstabilisierung zu schaffen, sei es durch direkte Markteingriffe oder andere Maßnahmen wie z. B. der Festlegung der Brotpreise. Auch in der Phase des »Reichsnährstandes« mit seiner ideologischen Überhöhung der Landwirtschaft glaubte man, ein Instrumentarium gegen zukünftige Agrarkrisen geschaffen zu haben. Die Bestrebungen blieben – wie man heute weiß – erfolglos.

Bereits während des letzten Krieges setzte ein *enormer Produktionsschwund* ein, der nach dem Zusammenbruch in die schwere Ernährungskrise führte, die 1947/48 ihren tragischen Tiefstand erreichte. Rund 10 Millionen Heimatvertriebene und Zugewanderte mußten – bedingt durch die Abtrennung traditioneller Versorgungsgebiete im Osten – von der Hälfte der ursprünglichen landwirtschaftlichen Fläche zusätzlich ernährt werden. Das Chaos und die Hungersnot waren groß. Nur ein Teil der benötigten Nahrungsmittel konnte durch die eigene Erzeugung gedeckt werden. Insofern ist es verständlich, daß das primäre Ziel damaliger

Agrarpolitik in erster Linie auf die Leistungssteigerung der eigenen Landwirtschaft abgestimmt war. Produktions- und Produktivitätsentwicklung, Ausbau der Veredelungswirtschaft und vor allem Drosselung der Importe waren folgerichtig die Grundsätze der damaligen Regierung.

In den 40 Jahren seit der Gründung der Bundesrepublik Deutschland hat die Landwirtschaft eine enorme Steigerung ihrer Produktion erzielt, deren Wert sich in dieser Zeit vervierfacht hat. Interessant ist hierbei, daß diese Entwicklung nicht etwa auf eine übermäßige Vergrößerung vorhandener Kapazitäten zurückzuführen ist, sondern vielmehr auf eine *gewaltige Leistungssteigerung pro Einheit* (Fläche, Tier), die sogenannte Produktivität. Betrachtet man die Entwicklung beim Getreide im Zeitablauf stellt man beispielsweise fest, daß die Erntemengen seit damals um 160% – also weit mehr als das Doppelte – zugenommen haben, obwohl der Anbau nur unwesentlich (+7%) ausgedehnt worden ist. Die Steigerung beruht hauptsächlich auf einer Erhöhung der Hektarerträge um 150% bis zum heutigen Durchschnittswert von 57 Dezitonnen je Hektar (dt/ha), eine Folge züchterischen Fortschritts und verbesserter kulturtechnischer Verfahren. Ähnliches zeigt der Milchwirtschaftssektor, bei dem die Zunahme der Milchmengen nicht auf einer entsprechenden Vergrößerung der Viehbestände, sondern in erster Linie auf züchterische Erfolge, moderne Tierhaltung, ausgefeilte Fütterungsmethoden sowie auf die verbesserte veterinärmedizinische Betreuung der Tiere zurückzuführen ist. Der Anstieg der durchschnittlichen Jahresmilchleistung pro Kuh von damals 2470 Liter auf heute 4740 Liter verdeutlicht dies eindrucksvoll.

Diese *Produktivitätssteigerungen* lassen sich nicht erkennen, wenn man den geringen Anteil des landwirtschaftlichen Produktionswertes an der Gesamtwirtschaft ins Auge faßt. Er lag schon vor 40 Jahren unter 5% und ist bis heute auf nur 1% zurückgegangen. Mit anderen Worten, der relative Anteil der Landwirtschaft an der volkswirtschaftlichen Gesamtleistung hat abgenommen, obwohl ihr Beitrag zur Wertschöpfung absolut gestiegen ist. Die anderen Wirtschaftsbereiche konnten also in größerem Ausmaße expandieren. Bei einem Vergleich der Wirtschaftszweige muß jedoch berücksichtigt werden, daß die Landwirtschaft ganz anderen Gesetzmäßigkeiten des Wachstums unterliegt. Sie ist nämlich die einzige Wirtschaftsform, die nicht losgelöst von natürlichen Prozessen gesehen werden kann (Vegetationsphasen, wechselnde Jahreszeiten, Trächtigkeitsdauer usw.); zudem kommt neben den in der allgemeinen Wirtschaft üblichen Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital noch der Boden hinzu, der sich als Erzeugungsgrundlage

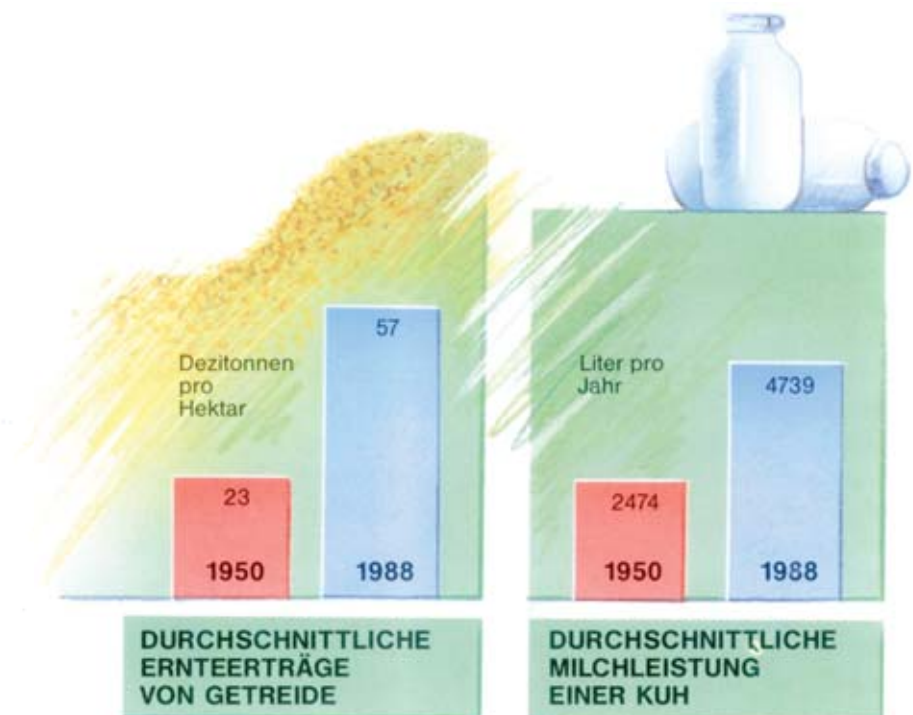
Steigerung
der Produktivität

Eine moderne Massentierhaltung ist ohne den Einsatz von Technik kaum denkbar – der Arbeitsaufwand beim Kühemelken ist durch Melkmaschinen enorm reduziert worden

Foto: Bildagentur Schuster / Bramaz



nicht vermehren läßt. Das wirtschaftliche Wachstum in der Landwirtschaft verläuft deswegen anders. Jedoch können wir in Anbetracht der unschwer zu erkennenden Produktionssteigerung der letzten 40 Jahre kaum von einem schrumpfenden Agrarsektor sprechen. Ausgehend von der Ernährungskrise der Nachkriegszeit und angesichts dessen,



daß wir uns nahrungsmäßig in einem wahren Schlaraffenland befinden, sollte deshalb – bei aller Kritik an den gegenwärtigen Mißständen – die einzigartige Leistung der Landwirtschaft in Erinnerung gerufen und anerkannt werden. Ein Landwirt vermochte um 1950 nur 10 Menschen mit Nahrungsmitteln zu versorgen; heute sind es 66!

Daß wir heute mehr produzieren, als wir verbrauchen, kurzum die Misere der Überproduktion haben, ist zum einen die Folge dieser ungeahnten Produktionssteigerung, zum anderen aber ein weltweit zu beobachtendes Verteilungsproblem.

Was ist hierunter eigentlich zu verstehen? Unter der Agrarstruktur versteht man den Aufbau der wirtschaftlichen, sozialen und rechtlichen Organisation des landwirtschaftlichen Sektors, der u. a. gekennzeichnet ist durch das Verhältnis der Produktionsfaktoren Arbeit-Boden-Kapital. Wenn nun von einem Wandel gesprochen wird, so deshalb, weil sich die gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen verändert und hierdurch Anpassungsprozesse in der Landwirtschaft ausgelöst haben.

Drei Faktoren bestimmen im wesentlichen das Ausmaß des *strukturellen Wandels*:

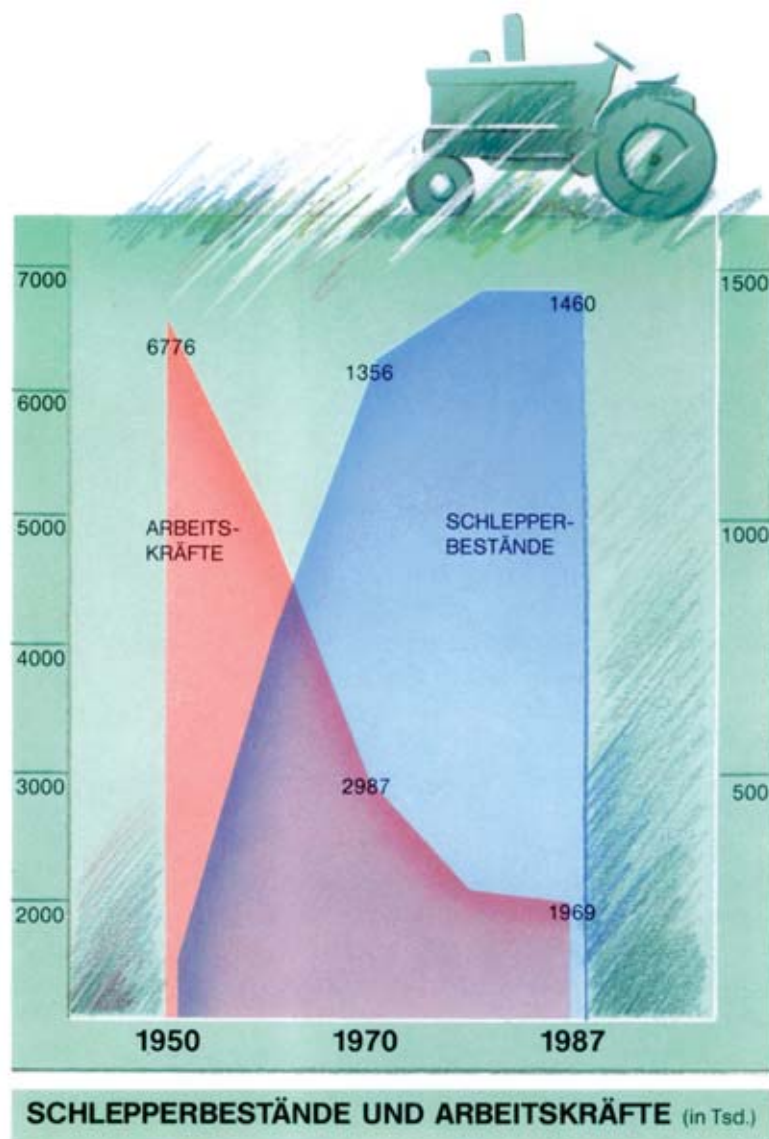
- Einkommensdisparitäten zwischen Landwirtschaft und übriger Wirtschaft
- Angebot an außerlandwirtschaftlichen Arbeitsplätzen
- Bereitschaft und Vermögen der in der Landwirtschaft Tätigen zur Anpassung.

Unter diesen Gesichtspunkten sollen die Rahmenbedingungen der Nachkriegsjahre diskutiert und die Auswirkungen in der Folge abgehandelt werden, ohne daß die einzelnen Entwicklungen losgelöst voneinander zu betrachten sind.

Vom Beginn der Industrialisierung an bis hin zu den ersten Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg vollzog sich der Fortschritt in der Landwirtschaft langsam und stetig, wobei die wirtschaftlichen Erfolge zumeist auf Erkenntnisse der biologischen Wissenschaften zurückzuführen waren (z. B. Züchtung, Düngung). Doch dann hielt mit zeitlich erheblichen Verzögerungen gegenüber der Industrie die Technik Einzug auch in die landwirtschaftlichen Betriebe, die die herkömmliche Wirtschaftsweise der Bauern grundlegend veränderte. In rasantem Tempo wurde die menschliche und tierische Arbeitskraft durch die motorische ersetzt, wodurch die bisher mühselige, körperliche Feld- und Hofarbeit deutlich erleichtert werden konnte. Noch um das Jahr 1950 gehörte das pflugziehende Zugtier zu dem weitverbreiteten Bild bäuerlicher Arbeit und auf 1,7 Millionen Betrieben kamen nur 117000 Traktoren zum Einsatz. Doch dann er-

Tiefgreifende
Veränderungen der
gesamtwirtschaftlichen
Rahmenbedingungen

Einzug der Technik
in die Landwirtschaft



folgte ein Boom in der Schlepperproduktion; innerhalb von 20 Jahren vergrößerte sich der Bestand auf 1,4 Millionen.

Seit dieser Zeit stagniert die Entwicklung, da der Bedarf – zumindest zahlenmäßig – gedeckt ist, wobei der Trend bei der Ersatzbeschaffung heute zu leistungsfähigeren Schleppern geht. Aufschlußreich stellen sich die Zahlen über den Alleinbesitz an Schleppern dar: 1949 hatten nur 4% aller Betriebe eigene Traktoren, 1960 waren es bereits 45% und heute sind es ca. 85%. Eine beachtliche Entwicklung, die natürlich weitreichende Folgen hatte: die Maschinen mußten zur Deckung der Kosten ökonomisch eingesetzt werden. Vergrößerung der Flächen und einheitlichere Produktionsweisen waren die Konsequenz.



Voraussetzung für ein wirtschaftliches Arbeiten sind heute riesige Investitionen für den einzelnen Landwirt

Foto: Bildagentur Schuster / Eigner

Die stürmische Entwicklung der Technik auf allen Gebieten der Wirtschaft löste nach dem Weltkrieg einen folgenreichen Prozeß an Wechselwirkungen zwischen Industrie und Landwirtschaft aus. Die aufstrebende Industrie konnte höhere Löhne bieten und hatte einen starken Bedarf an Arbeitskräften, was eine massive Abwanderung der Bevölkerung aus dem Agrarsektor bewirkte. Die Zahl der dort Beschäftigten lag um 1950 noch bei 6,8 Millionen und schrumpfte bis heute auf nur 2 Millionen. Der Verlust an Arbeitskräften zwang die Bauern wiederum zu verstärkten Mechanisierungs- und Rationalisierungsmaßnahmen in der Landwirtschaft. Man sollte also bedenken, daß der industrielle Aufschwung mit der Folge eines rapiden Anstieges des Sozialproduktes ohne die Bedarfsdeckung an Arbeitskräften aus dem Fundus der Landbevölkerung in dem Ausmaß nicht denkbar gewesen wäre.

Die *Tendenz zur Landflucht* ist natürlich nicht erst eine Erscheinung der Nachkriegsjahre, denn um 1800 waren noch drei Viertel aller Erwerbspersonen in der Agrarwirtschaft beschäftigt. Heute liegt ihr Anteil bei 5%. Jedoch waren von der Abwanderung bis zum Ersten Weltkrieg nicht die Bauern, sondern die ländliche Unterschicht, die unselbstständigen Landarbeiter betroffen, die aus sozialökonomischen Gründen eine bessere Existenz in der Stadt suchten, so daß die ursprünglichen betrieblichen Strukturen hiervon relativ unberührt blieben. In der Folgezeit hingegen, im Zuge des starken Wirtschaftswachstums, gaben auch Bauern nebst ihren Familienangehörigen ihre bisherigen Tätigkeiten zugunsten besserer Verdienstmöglichkeiten teilweise

Abwanderung der Arbeitskräfte in die Industrie

Aufkommen der Nebenerwerbs- landwirtschaft

oder ganz auf. Mit anderen Worten, die traditionellen Strukturen der ländlichen Arbeitsverfassung wurden grundlegend gesprengt: Die *Nebenerwerbslandwirtschaft* begann zu expandieren.

Hatten 1950 nur 17% der Familienarbeitskräfte, die seit Kriegsende den größten Teil aller Beschäftigten ausmachen, Nebenverdienste im außerlandwirtschaftlichen Bereich, so sind es heute bereits 46%. Familienfremde Arbeitskräfte gibt es heute kaum noch (9%), spielten vor 40 Jahren jedoch auch schon eine untergeordnete Rolle (18%).

Da die Altersstruktur der in der Landwirtschaft Beschäftigten sehr breit ist und zudem eine enge Verflechtung des Arbeitseinsatzes zwischen Haushalt und Betrieb besteht, hat die absolute Zahl der in der Agrarwirtschaft Tätigen einen geringeren Aussagewert über die tatsächliche Leistung als die entsprechenden Angaben der gewerblichen Wirtschaft. Daher wurden als Maßstab sogenannte Arbeitskrafteinheiten berechnet, die eine Vollbeschäftigung bei einem rein betrieblichen Arbeitseinsatz beschreiben. So waren vor 40 Jahren viermal so viel AK-Einheiten zur Bewirtschaftung einer Fläche von 100 ha nötig wie heute. Dies läßt zu einem Rückschlusse auf das Ausmaß der abgewanderten Arbeitskräfte zu, zum anderen kann daran die durch die Technisierung bedingte Steigerung der Arbeitsleistung verdeutlicht werden.

Weniger – aber größere Betriebe

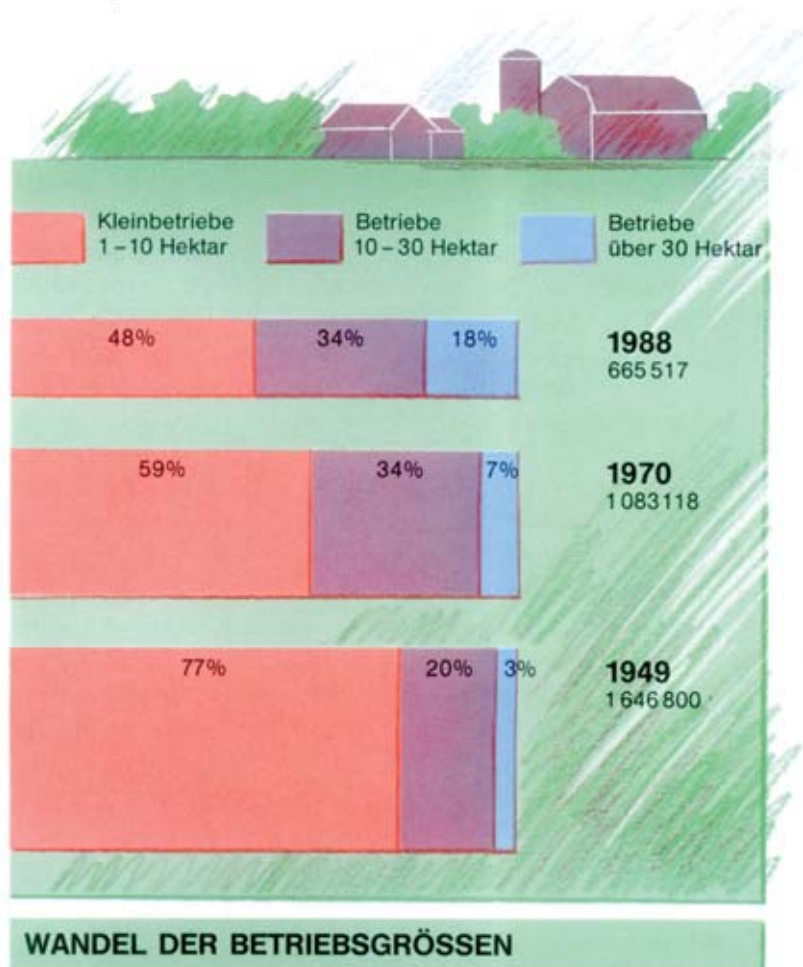
Im Zuge des Abwanderungsprozesses von ländlichen Arbeitskräften in andere lukrativere Wirtschaftsbereiche setzte ein Rückgang und eine Umstrukturierung der Betriebe ein. 1950 gab es noch 1,7 Millionen landwirtschaftliche Betriebe, wovon heute nur mehr 666 000 existieren. In erster Linie waren von der Abnahme kleinere Betriebe unter 10 Hektar betroffen, die von damals fast 80% auf heute knapp die Hälfte der Gesamtzahl zurückgingen. Die freiwerdenden Flächen wurden sodann aufgekauft oder gepachtet, so daß insgesamt größere Wirtschaftseinheiten entstanden. Die durchschnittliche Betriebsgröße stieg in 40 Jahren von 8 auf 18 Hektar an, ein Trend, der nicht zuletzt mangels gesicherter Hofnachfolge auch in Zukunft anhalten wird. Trotzdem können wir in der Bundesrepublik Deutschland noch guten Gewissens von der Existenz bäuerlicher Familienbetriebe sprechen, wenn auch die Großfamilie im herkömmlichen Sinn nicht mehr besteht. Nur 6% aller Betriebe sind größer als 50 Hektar, bewirtschaften allerdings etwas mehr als ein Viertel der gesamten landwirtschaftlich genutzten Fläche. Dagegen hat die »Masse« der kleineren Betriebe unter 10 Hektar heute nur ein Zehntel der Fläche unter dem Pflug.

Einkommens- entwicklung

Das Einkommen der in der Landwirtschaft Tätigen ist häufig Gegenstand kontrovers geführter wirtschaftspoliti-

scher Diskussionen. Es gilt als Maßstab für den Lebensstandard und wird deshalb als Orientierung dem in der übrigen Wirtschaft bestehenden Niveau gegenübergestellt. Hierfür gibt es nun verschiedene Modellansätze zur Beschreibung der Entwicklungen, denn es stellt sich als schwierig dar, das Einkommen von Selbständigen mit den Löhnen von Arbeitnehmern – also zwei unterschiedliche soziale Gruppen – zu vergleichen. Als Beispiel sollen hier die landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetriebe herangezogen werden, bei denen die Entwicklung des Gewinns je Familienarbeitskraft der des gewerblichen Lohnes gegenübergestellt wird.

Bis zum Beginn der 70er Jahre konnten sowohl die Landwirtschaft als auch die gewerbliche Wirtschaft einen zügigen und nahezu parallelen Einkommenszuwachs im Kielwasser der allgemeinen Produktivitätsentwicklung erleben. Doch Mitte der 70er Jahre stagnierte das Wachstum und in der Folge blieben die Steigerungsraten der landwirtschaftlichen Einkommen hinter dem stetigen Einkommenswachstum in der übrigen Wirtschaft deutlich zurück. Interessant sind die



Die Anzahl der landwirtschaftlichen Betriebe hat sich seit 1950 um mehr als die Hälfte verringert – hier ein typischer niedersächsischer Bauernhof in Osterholz-Scharmbeck/Oldenburg

Foto: dpa



jährlichen Schwankungen in der landwirtschaftlichen Gewinnhöhe, die im Gegensatz zu der nahezu linear verlaufenden Entwicklung des Vergleichslohnes die Abhängigkeit von natürlichen Produktionsbedingungen widerspiegeln.

Insgesamt gesehen konnte die Landwirtschaft in den letzten Jahren trotz der Produktivitätssteigerung in der pflanzlichen und tierischen Erzeugung nicht mit dem allgemeinen Einkommensniveau Schritt halten. Denn die Fortschritte kamen infolge drastisch sinkender Preise für Agrarprodukte nicht den Landwirten, sondern mehr dem nachgelagerten Bereich, wie zum Beispiel dem Handel, und nicht immer im erwarteten Ausmaß den Verbrauchern zugute. Diese Entwicklung stellte somit zahlreiche Landwirte, vor allem wenn sie kleinere oder mittlere Höfe bewirtschafteten, vor die Notwendigkeit, nach Möglichkeiten zur Einkommensverbesserung zu suchen. Hierzu zählte einmal die Aufstockung der Produktionsgrundlage durch Zukauf oder Zupacht von Land, denn auf größeren Einheiten kann kostengünstiger produziert werden. Zum anderen nahmen viele Betriebsinhaber neben ihrer Hofarbeit eine außerlandwirtschaftliche Erwerbstätigkeit auf und ermöglichten sich somit ein »zweites Standbein« zur Sicherung ihres Gesamteinkommens. So wurde in der Vergangenheit gerade der Weg zur sogenannten Nebenerwerbslandwirtschaft, deren Anteil bis heute auf 42% aller Betriebe gestiegen ist, zunehmend beschritten und dürfte auch in Zukunft je nach Situation auf dem Arbeitsmarkt von großer Bedeutung sein.

Die im Einkommensvergleich dargestellten Vollerwerbsbetriebe machen noch die Hälfte der Betriebe insgesamt aus

und bewirtschaften fast 80% der landwirtschaftlich genutzten Fläche in der Bundesrepublik Deutschland.

Wenn bisher von gesellschaftspolitischen und betriebswirtschaftlichen Zusammenhängen des Strukturwandels die Rede war, soll nun der eigentliche Output der Landwirtschaft, die Produktion und ihre Veränderungen im Zeitablauf, betrachtet werden. Denn der Anpassungsprozeß hat sich natürlich auch auf die Art der Bodenproduktion und tierischen Erzeugung ausgewirkt. Waren die Landwirte früher bemüht, viele Kulturarten anzubauen und die Tierproduktion möglichst vielseitig zu gestalten, setzten im Zuge der an die Industrie angelehnten Maßstäbe der *Rationalisierung* und *Arbeitsteilung* nun auch Spezialisierungen in allen landwirtschaftlichen Bereichen ein. Es ist heute kein seltenes Bild, daß der Bauer Milch, Eier und Kartoffeln selbst kaufen muß, weil er beispielsweise nur Mastschweine und Getreide produziert. Eine früher undenkbare Vorstellung!

Für den Ackerbau galten seit dem Einzug der Technik in die Landwirtschaft nunmehr andere Zielsetzungen: Wegen des *zunehmenden Maschineneinsatzes* wurden zum einen möglichst einheitliche große Flächen, zum anderen Kulturarten bevorzugt, die einen relativ geringen Arbeitsaufwand benötigten und leicht »mechanisierbar« waren. So werden beispielsweise Hackfrüchte heutzutage kaum noch angebaut. Speziell die sehr arbeitsintensive Kartoffel ging in ihrem Anbauumfang auf 17% der ursprünglichen Fläche zurück, wofür als Ursache auch die rückläufige Nachfrage der Konsumenten sowie der verminderte Einsatz in der Tierfütterung in Frage kommt.

Getreide stellte früher wie heute die Hauptgruppe der pflanzlichen Erzeugung dar und ist seit damals im Anbau nur geringfügig (+7%) ausgedehnt worden. Allerdings haben erhebliche Verschiebungen innerhalb der einzelnen Arten stattgefunden: Roggen, früher noch das klassische Brotgetreide, hat weitgehend an Bedeutung verloren, wenn es in letzter Zeit auch im Zuge des verstärkten Ernährungsbewußtseins wieder mehr Verwendung findet. Hafer wurde damals in großen Mengen verfüttert und hat bis heute stark an Anbauvolumen eingebüßt. »Abgelöst« wurden die beiden Getreidearten durch den Weizen und die Gerste, die beide ein vergleichsweise höheres Ertragspotential besitzen und somit in der Vergangenheit züchterisch stärker bearbeitet worden sind. Sie bilden heute schwerpunktmäßig die Basis in der menschlichen und tierischen Ernährung.

Interessant stellt sich eine Kulturart dar, die insbesondere aufgrund ihrer leichten Mechanisierbarkeit starke Ausbreitung gefunden hat: der »Silomais«. Er nimmt heute 13% der Ackerfläche ein und wird wegen seiner idealen Konservie-

Von der vielseitigen Agranproduktion zur Monokultur

*In der Öffentlichkeit kontrovers
diskutiert: Hühnerzucht in
Legebatterien*

Foto: Bildagentur Schuster / Stapelberg



rungeigenschaften als Futter in der Tierhaltung eingesetzt. Früher war das Verfahren der Silagebereitung, ein Gärverfahren zur Gewinnung eines haltbaren Futters, noch weitgehend unbekannt, so daß die Nutzung des Mais auf die Körnergewinnung, den sogenannten »Körnermais«, beschränkt war, der allerdings durch seine spezifischen Klimaansprüche nur in südlicheren Gebieten angebaut werden konnte. Erst durch die späteren Züchtungserfolge erfuhr er auch in mittleren Regionen der Bundesrepublik Deutschland zunehmende Ausbreitung.

Die Palette der angebauten Kulturarten hat sich in 40 Jahren also erheblich geändert und erst in jüngerer Zeit tauchen Pflanzen auf Deutschlands Äckern auf, die im Rahmen von speziellen agrarpolitischen Förderungsmaßnahmen wieder vermehrt kultiviert werden. Der Anbau von Lein (Flachs) etwa findet zunehmende Verbreitung, der mit dem Vordringen textiler Kunststoffe seiner aufwendigen Aufbereitungstechnik wegen als Kulturpflanze bei uns vollständig in Vergessenheit geraten war.

Einen starken Wandel hat es auch in den Strukturen der tierischen Produktion gegeben: *Weniger Tierarten*, aber dafür eine intensivere Haltung durch Erhöhung der Bestände waren das damalige Ziel eines ökonomisch wirtschaftenden Bauern. Während die Anzahl der viehhaltenden Betriebe im Laufe der Jahre beträchtlich zurückging, erhöhte sich der durchschnittliche Tierbestand pro Betrieb in geradezu rasanter Weise. Gab es 1950 noch 1,9 Millionen Landwirte, die Schweine hielten – durchschnittlich 5 – sank die Zahl der Halter bis heute auf 330 000, während der

durchschnittliche Schweinebestand auf 68 stieg. Ähnliche Konzentrationsbestrebungen, die eine wesentlich rationellere und damit produktivere Arbeitsweise zur Folge hatten, sind in den anderen Sektoren der tierischen Erzeugung zu beobachten. Hinzu kamen die enormen Leistungssteigerungen der Erträge pro Tiereinheit, die die produzierten Mengen auf das Vierfache der Erzeugung von damals anwachsen ließen.

Die moderne Agrartechnik und die intensive, rationell ausgerichtete Wirtschaftsweise in der pflanzlichen und tierischen Erzeugung, welche im Zuge der Produktivitätssteigerung die Misere der Überproduktion herbeigeführt haben, hatten weitere negative Begleiterscheinungen zur Folge, die in den letzten Jahren einen zentralen Punkt in der öffentlichen Umweltdiskussion bildeten: *die Belastung des Naturhaushaltes und die fortschreitende Zerstörung des ökologischen Gleichgewichtes.*

Der Trend zu einseitigen Fruchtfolgen auf größeren, leichter mechanisierbaren Ackerflächen bewirkte auf manchen Standorten zum einen die sogenannte »Bodenmüdigkeit«, ein Prozeß, der vor allem bei intensivem jahrelangem Anbau von Kulturarten ohne Fruchtwechsel zu beobachten ist; zum anderen kam es in Regionen mit verstärktem Anbau von Silomais, der in seinem Jugendstadium die Bodenfläche nur geringfügig bedeckt, zu Erosionen – einem Abtrag von Bodenmaterial durch Wind oder Wasser –, deren Verluste oftmals nicht durch die Neubildung von Mutterboden aus Verwitterungsprozessen ausgeglichen werden konnte. Verschlämmungen der Oberfläche waren die Folge. Diese Entwicklungen vollzogen sich langsam und schleichend – ähnlich wie beim Waldsterben –, so daß sie in der Vergangenheit kaum Beachtung fanden. Zudem erfuhr das Wachstum der Kulturen keine Beeinträchtigung, da der Nährstoffentzug – auch der erosionsbedingte – durch Zufuhr von Mineraldünger ausgeglichen werden konnte. Die züchterischen Erfolge konnten erst durch die stetige Steigerung der Düngung zum Tragen kommen, was sich letztendlich in der rapiden Zunahme der Hektarerträge niederschlug. Gerade in jüngerer Zeit macht man sich aber Gedanken über die Erhaltung der Bodenstruktur und die Förderung der mikrobiologischen Artenvielfalt durch abwechslungsreiche Fruchtfolgen; denn es bestehen zurecht Befürchtungen über die potentielle Erschöpfung des nicht ersetzbaren Produktionsfaktors »Boden« als Basis unserer Nahrungsmittelerzeugung.

Die Zentralkpunkte der öffentlichen *Umweltdiskussion* stellen jedoch die Auswirkungen der Düngung und des Pflanzenschutzes dar.

Umweltsünder Landwirtschaft?

Düngung und Umweltschutz im Widerstreit

Dabei soll in Erinnerung gerufen werden, daß naturbedingte Hungersnöte sogar in der Bundesrepublik Deutschland noch denkbar wären, wenn es die *Düngung* und den Pflanzenschutz nicht gäbe. Eine sachgerechte Düngung ersetzt den durch das Wachstum der Kulturen entzogenen Nährstoffgehalt im Boden, während der Pflanzenschutz dafür Sorge trägt, daß zum einen die Mineralstoffe ausschließlich den angebauten Kulturen – und nicht den Unkräutern – zugute kommen, zum anderen Ertragseinbußen durch Schädlinge vermieden werden. Insofern ist der Einsatz durchaus legitim, ja sogar notwendig. Umstritten ist hingegen die Höhe der Zufuhr; bis heute sind die eingesetzten Düngermengen gewaltig angestiegen.

Verbrauch an Mineraldüngern – in kg Nährstoff pro ha landwirtschaftlich genutzte Fläche:

Düngerart	1950/51	1987/88
Stickstoff	26	134
Phosphat	30	57
Kali	47	72
Kalk	48	105

Insbesondere der Verbrauch von Stickstoff ist seit damals um das Fünffache ausgedehnt worden, wobei die hiervon ausgehende Gefahr in der Auswaschung der für Mensch und Tier gesundheitsgefährdenden Form des Nitrats liegt. Jedoch fällt in diesem Zusammenhang eine andere Komponente erheblich ins Gewicht: die verstärkte Ausbringung von organischem Dünger aus der Tierhaltung. War früher der Stallmist ein wichtiges Mittel zur Verbesserung der Bodenfruchtbarkeit, sind die tierischen Exkremente durch die Konzentration und Intensitätssteigerungen in den Tierbeständen heutzutage zu einem enormen Problem geworden: Der Anfall von »Gülle«, einem Produkt aus der strohlosen Viehhaltung, ist gewaltig gestiegen und insbesondere der enthaltene Stickstoff kann nur zum Teil von den Pflanzen aufgenommen werden und gelangt somit, vor allem in Zeiten geringer Bodenbedeckung, mit den Niederschlägen in das Grundwasser.

Weitere Belastungen gehen von den *Pflanzenschutzmitteln* aus, wenn man einmal von den umstrittenen, laut Gesetz »tolerierbaren« Rückständen in den erzeugten Produkten absieht. Vor einigen Jahren stellten Untersuchungskommissionen auch Reste von Pflanzenschutzmitteln im Grundwasser fest; es haben demnach Verlagerungen aus den Böden stattgefunden, ein Umstand, der bis dahin von den meisten Herstellern von Pflanzenschutzmitteln bestritten wurde und auch heute noch oft bestritten wird. Als Konse-



Die heute üblichen Hektarerträge sind nur durch den Einsatz von großen Mengen an Dünger erzielbar – dabei stoßen wir zunehmend an die Grenzen der Belastbarkeit des Naturhaushalts

Foto: dpa

quenz sind von der EG-Kommission deshalb Grenzwerte für Rückstände im Trinkwasser festgesetzt worden.

Man ist also heutzutage an die *Grenzen der Belastbarkeit des Naturhaushalts* gestoßen. Die Probleme haben sich gewandelt und zwingen dazu, den Stellenwert der Landwirtschaft in einer modernen Industriegesellschaft grundsätzlich zu überdenken. Die Versorgung der Bevölkerung mit hochwertigen Nahrungsmitteln als Hauptziel und Zweck der Agrarwirtschaft ist gewährleistet. Zunehmend rückt eine Aufgabe in den Vordergrund, für die sich alle, nicht nur die Landwirtschaft, einsetzen müssen: der Schutz und die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen! Das aber kostet Geld. Doch wer will schon für etwas Selbstverständliches zahlen, das obendrein bislang umsonst zu haben war?

Der einzelne Bauer mag zwar das Allgemeinwohl ins Auge fassen, aber wenn er auf die Ertragsförderer »Düngung« und »Pflanzenschutz« verzichten soll, wer kommt dann für seine Verluste auf, wer gleicht sein vorher erwirtschaftetes Einkommen aus? Ein verständliches Argument, denn sein Nachbar, der in der Industrie arbeitet, gefährdet durch seine Mitarbeit vielleicht ebenso die Umwelt, nur wirkt es sich nicht auf seinen Lohn aus. Und wie verhält sich der Verbraucher? Er beklagt die Zustände der Massentierhaltung, wettet gegen den Pflanzenschutz und wünscht sich beim Spazierengehen ein Getreidefeld mit blühenden Korn- und Mohnblumen, aber auf ein saftiges, preisgünstiges Steak oder einen Apfel ohne Schorf und Wurmstiche möchte er auch nicht verzichten. Die Erhaltung einer intakten Umwelt muß also Richtschnur der Agrarpolitik sein, damit die

Ökologische Landwirtschaft als Alternative

ökonomischen Erfordernisse der Landwirtschaft mit den sozialökologischen Bedürfnissen der Gesamtbevölkerung massenverträglich in Einklang gebracht werden können.

Ansätze sind in den letzten Jahren schon getätigt worden und bilden auch einen Schwerpunkt der zukünftigen Programme. Beispielsweise gibt es ungefähr 1930 *alternativ wirtschaftende Betriebe* – das sind 0,3% aller Betriebe – in der Bundesrepublik Deutschland, die eine vielseitigere Bodennutzung, geringere Bewirtschaftungsintensität und damit niedrigere Erträge, geringeren Viehbesatz, reduzierten Düngungsaufwand und Pflanzenschutzmitteleinsatz als Kennzeichen haben. Ihre Erzeugnisse sind natürlich teurer und somit weniger wettbewerbsfähig gegenüber denen aus konventionellen Betrieben. Gerade hier kann jeder einzelne Bürger durch die Bereitschaft mehr zu zahlen, zur Erhaltung der Umwelt im landwirtschaftlichen Bereich beitragen. Dennoch: die alternative Wirtschaftsweise, die sich ökonomisch nur aus einer Nischenposition betreiben läßt, kann sicherlich nicht der generelle Ausweg aus dem Dilemma sein. Hier muß sich die allgemeine Politik, nicht nur die *Agrarpolitik*, noch einiges einfallen lassen.

Landwirtschaft wohin?

Der *Strukturwandel im Agrarbereich* hat sich seit Gründung der Bundesrepublik Deutschland in unterschiedlicher Geschwindigkeit vollzogen und dabei das ursprüngliche Bild der Landwirtschaft völlig verändert.

Im Zuge des technischen Fortschritts und des enormen wirtschaftlichen Aufschwungs der Nachkriegsjahre konnte bis in die 70er Jahre eine beachtliche Steigerung der Arbeitsproduktivität erzielt werden, deren Effekt auch vollständig zum Tragen kam, da die abwandernden Arbeitskräfte von der übrigen Wirtschaft aufgefangen werden konnten. Die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe ging rapide zurück und die verbleibenden strukturierten sich zu größeren Einheiten. Auf dieser Basis konnte ein stetiger Einkommenszuwachs erzielt werden, der mit den Vergleichslöhnen aus anderen Wirtschaftsbereichen parallel lief. Doch seit Mitte der 70er Jahre hat sich der Wandel verlangsamt, das allgemeine Wirtschaftswachstum stagnierte und mit ihm das Angebot an alternativen Arbeitsplätzen. Die Einkommenssituation in der Landwirtschaft wurde zunehmend schlechter.

Der Anteil des landwirtschaftlichen Produktionswertes beträgt heute nur noch 1% an dem der Gesamtwirtschaft, obwohl die Produktivität in keinem anderen Bereich so gestiegen ist wie im Agrarbereich. Die Fortschritte in der Erzeugungsleistung haben Ausmaße erreicht, die 1956, bei Abschluß der Römischen Verträge, noch nicht abzusehen waren: Überschüsse bei vielen Produkten – allerdings auf

die EG und nicht auf die Bundesrepublik Deutschland bezogen –, welche sich nur durch aufwendige finanzielle Unterstützungen aus dem national finanzierten Garantiefonds der EG absetzen oder lagern lassen. Schuld an dieser Misere ist nicht zuletzt das in der Gründungsvereinbarung der Gemeinschaft aufgestellte Postulat, die Bevölkerung mit ausreichend preiswerten Nahrungsmitteln zu versorgen und gleichzeitig den Bauern ein angemessenes Einkommen zu sichern. Die damit verbundenen, anfangs vielleicht auch notwendigen Erzeugerpreisgarantien haben den Produktionsprozeß gewaltig dynamisiert.

Die Übernahme der in der Industrie vorherrschenden Prinzipien der Arbeitsteilung und Gewinnmaximierung haben zu *Konzentrations- und Spezialisierungsbestrebungen* in der pflanzlichen und tierischen Erzeugung geführt, die in den letzten Jahren zunehmende Risiken für die natürlichen Ressourcen bewirkt haben. Gewässer- und Bodenbelastungen haben den Sinn und Zweck einer funktionierenden Landwirtschaft im Industriezeitalter grundsätzlich in Frage stellen lassen und zwingen zu einem Umdenken.

Die seit langem zu beobachtenden *Fehlentwicklungen in der Agrarpolitik*, die ja nicht auf das Unvermögen der EG-Kommission, sondern oftmals auf den Widerstand der Mitgliedsstaaten gegen schmerzliche, aber notwendige Maßnahmen zurückzuführen sind, haben endlich doch zu einer konzeptionellen Änderung der Richtlinien geführt und neue Schwerpunkte formulieren lassen: Im Vordergrund steht die Sicherung der bäuerlichen Familienbetriebe, die neben der Versorgung der Bevölkerung mit qualitativ hochwertigen und preisgünstigen Nahrungsmitteln auch weitere, überwiegend immaterielle Leistungen erbringen müssen, wie die Erhaltung und Pflege der Kulturlandschaft. Um den Strukturwandel, der für die längerfristige Wettbewerbsfähigkeit und Einkommensentwicklung der Landwirtschaft im Hinblick auf den EG-Binnenmarkt von großer Bedeutung ist, fördern zu können, ist 1989 national ein *Gesetz zur Förderung der bäuerlichen Landwirtschaft* erlassen worden, das einen Einkommensausgleich für Betriebe unter bestimmten Voraussetzungen vorsieht. Das Gesetz soll unerwünschten Konzentrationstendenzen und industriellen Produktionsweisen entgegenwirken sowie die Umwelt entlasten, gleichzeitig aber die bäuerliche Struktur stärken. Die Gelder werden nur an Betriebe gezahlt, deren Tierbestände bestimmte Obergrenzen nicht überschreiten. Zudem sind die Leistungen mit Auflagen einer begrenzten Ausbringung von Wirtschaftsdüngern versehen. Ein weiteres Gesetz bindet den Umgang mit Düngern und Pflanzenbehandlungsmitteln an bestimmte fachliche Praktiken.

Korrektur
von Fehlentwicklungen
in der Agrarpolitik

Zur Reduzierung der angelieferten Produktionsmengen sind in der Vergangenheit verschiedene Wege beschritten worden, von denen vor allem einer die Überschüsse auf dem betreffenden Sektor nahezu beseitigen konnte: die 1984 eingeführte Kontingentierung der Milch, also ein Festschreiben der Milchmengen. Die *Milchseen* und *Butterberge* sind heute praktisch abgebaut, ein Zeichen für den Erfolg dieser Maßnahme; Milliarden im EG-Haushalt konnten eingespart werden. Derzeit bestehen keine Interventionskäufe mehr im Milchbereich und die Anzahlungspreise für die Erzeuger haben sich ebenfalls gegenüber den Vorjahren verbessert. Entsprechende Regelungen sind bei Getreide und Hülsenfrüchten mit den sogenannten »Stabilisatoren« eingeführt worden. Dort wird der Erzeugerpreis nach der Erzeugungsmenge gestaffelt; bei Überschreiten bestimmter Mengenschwellen werden die Bauern zu einer »Mitverantwortungsabgabe« herangezogen.

Eine andere Methode zur Eindämmung der Überschüsse soll durch die sogenannten Flächenstillegungsprogramme der EG zum Tragen kommen, wobei die Bundesrepublik Deutschland Anträge zur Stillegung von mehr als 100 000 ha gestellt hat. Inwieweit die Maßnahme zur Reduzierung der Produktionsmengen führt, bleibt abzuwarten.

Auf lange Sicht ist eine isolierte Lösung der Agrarprobleme jedoch nicht möglich. Die Landwirtschaft ist quasi als Vorreiter der erste Wirtschaftszweig, der die Anfangsschwierigkeiten gemeinschaftlichen Handelns zu spüren bekommen hat. Sie braucht zur Stabilisierung die flankierenden Maßnahmen supranationaler Wirtschafts-, Währungs- und Sozialpolitik.

Vom Fließbandarbeiter zum Roboter – Steigerung der Arbeitsproduktivität

Dr. Reinhard Schüßler

Die Gruppe von Arbeitern und Arbeiterinnen am Fließband der Flaschenabfüllung war ein eingespieltes Team – jeder Griff saß, die Arbeit ging Hand in Hand. So war es vor 40 Jahren! Und heute? Ein »metallener Zeitgenosse«, gut programmiert, mit exakten Bewegungen seiner »Arme« – ein Roboter ersetzt die Gruppe.

Die *Produktionsleistung der Industrie* in der neu entstandenen Bundesrepublik Deutschland lag im Herbst 1949 bereits wieder auf dem Niveau der Vorkriegszeit von 1936. Zu Beginn der 50er Jahre waren das Elend und der Mangel der unmittelbaren Nachkriegsjahre bereits überwunden. Dies ist an den Produktionszahlen einiger Produkte abzulesen. Im Jahr 1950 wurden produziert:

560 000 t Dieselkraftstoff,
5,6 Millionen Hosen für Herren und Knaben,
23,0 Millionen Paar Damenstrümpfe,
23,6 Milliarden Zigaretten,
158 000 t Waschpulver
216 000 Personenkraftwagen.

Seitdem ist die Produktion kräftig weitergewachsen. Dabei bestanden von Branche zu Branche große Unterschiede. Die Ausdehnung der Produktion vollzog sich auch nicht gleichmäßig, sondern zum Teil unter Schwankungen.

Im Jahr 1988 wurden produziert:

11,7 Millionen t Dieselkraftstoff,
28,8 Millionen Hosen für Herren und Knaben
76 Millionen Paar Damenstrümpfe,
159,5 Milliarden Zigaretten,
857 000 t Waschpulver
3,98 Millionen Personenkraftwagen.

1960 wurde in der Industrie (einschließlich Produzierendem Handwerk) der Bundesrepublik Deutschland 2,5mal soviel produziert wie 1950; 1970 das 4,3fache, 1980 das 5,1fache und 1988, dem Endpunkt der Betrachtung, das 5,5fache.

Kräftiges Wachstum
der Produktion



Foto: Süddeutscher Verlag

Wachstumsbranchen

Die gewichtigsten Beiträge zur Steigerung der gesamten Produktion steuerten *vier große Branchen* bei, nämlich die Elektrotechnik, der Straßenfahrzeugbau, die Chemie und der Maschinenbau. Das Niveau der Produktion lag 1988 in der Elektrotechnik 16,8mal höher als 1950, im Straßenfahrzeugbau 16mal, in der Chemie 13mal und im Maschinenbau 4,6mal höher.

Besonders deutlich wird der Aufschwung der vergangenen vier Jahrzehnte an der Entwicklung der Herstellung von Kunststoffserzeugnissen. Hier wurde 1988 im Vergleich zu 1950 144mal mehr produziert.

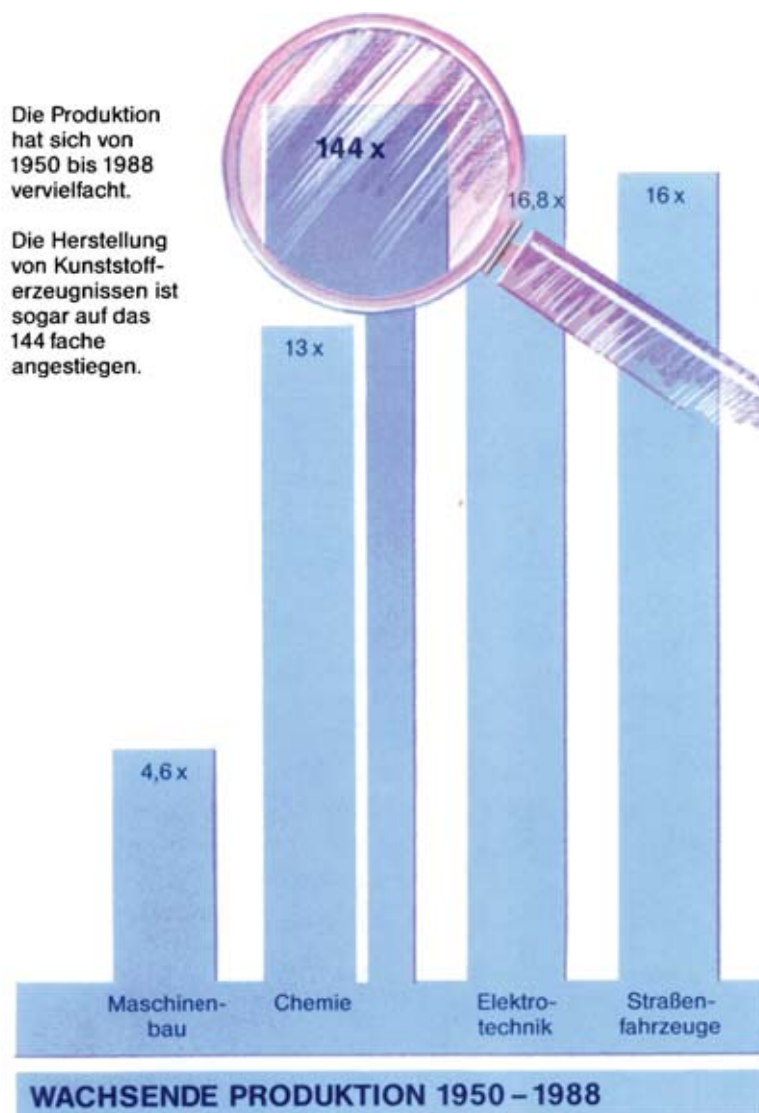
Erzeugnisse aus *Kunststoffen* begegnen uns heute auf Schritt und Tritt. Zelluloid, der erste Kunststoff, ist schon seit mehr als 100 Jahren im Gebrauch. Bekannt wurde es u. a. durch seine Verwendung als Trägermaterial von Kinofilmen. Bakelit ist seit der Jahrhundertwende bekannt und wird in vielfältigen Formen verwendet (z. B. Steckdosen und Stecker). Die heute wichtigsten Massenkunststoffe wurden in den 30er und 40er Jahren in Deutschland, den USA und Großbritannien entwickelt. Nylon, Perlon, Teflon, Plexiglas, Hostalen, Skai usw. sind heute allgemein gebräuchliche und bekannte Produktbezeichnungen für verschiedene Kunststoffarten.

Die große Bedeutung der Kunststoffserzeugnisse ist daran abzulesen, daß sie verschiedentlich zur allgemeinen Charakterisierung unseres Zeitalters herangezogen werden. Bekannt ist die Redewendung, die die blaue Prillflasche als Leitfossil des 20. Jahrhunderts bezeichnet. Darin kommt einerseits eine respektvolle Haltung zum Ausdruck, andererseits wird auf subtile Weise auf die Probleme im Umgang mit Kunststoffen hingewiesen. Wenn die anderen Spuren des gegenwärtigen Lebens schon längst vergangen sein wer-



Einfache, sich oft wiederholende Tätigkeiten, die früher von Menschen erledigt werden mußten, übernehmen heute oft Maschinen – wie hier eine Abfüllanlage der Getränkeindustrie

Foto: dpa





Schneidemaschine für Audio- und Videobänder

Foto: BASF

den, wird man den Müll unserer Zeit anhand der unvergänglichen Prilflaschen immer noch identifizieren können. Etwas freundlicher ist die Sentenz, die die Damenstrümpfe aus Nylon, die »Nylons« als »Fahnen des Neubeginns« apostrophiert.

In der Mitte der 60er Jahre wurde das Staunen über das eingetretene »Wirtschaftswunder« abgelöst durch die Sorge um die konjunkturelle Entwicklung. Die *Ausdehnung der Produktion* vollzog sich nicht gleichmäßig, sondern unter Schwankungen. Ja, es waren sogar absolute Rückgänge zu verzeichnen.

Seit dem Beginn der 70er Jahre ist dann die Vorstellung von der »Machbarkeit der Konjunktur« durch den Staat einer immer skeptischeren Einstellung gewichen. Für die in der »Stagflation«, dem gemeinsamen Bestehen von Stagnation und Inflation, gefangene Wirtschaft schienen die konjunkturpolitischen Instrumente des »Stabilitätsgesetzes« – z. B. eine zeitlich begrenzte Herab- oder Heraufsetzung der Einkommensteuer zur Erhöhung bzw. Verminderung der verfügbaren Einkommen der Steuerzahler – nicht hilfreich. Die Aufmerksamkeit orientierte sich weg von der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage und hin zur Angebotsseite. Angebotspolitik und Strukturwandel sind die Stichworte, die die 80er Jahre kennzeichnen.

Verschiebungen im Gefüge der Wirtschaftszweige, die nicht kurzfristig, sondern erst im Abstand von mehreren Jahren erkennbar sind, werden *Strukturwandel* genannt. Zum Strukturwandel gehört einerseits die bereits erwähnte starke Ausdehnung der Produktion in den Bereichen Elek-

Branchen mit
Beschäftigungs-
verlusten



Eine moderne Variante der Kunst Gutenbergs - Rotations-Druckmaschine

Foto: Bildagentur Schuster / Gerand

trotechnik, Straßenfahrzeugbau, Chemie und Maschinenbau. Andererseits zählen dazu aber auch Branchen mit stagnierender oder zurückgehender Produktion. In das öffentliche Bewußtsein tritt der Strukturwandel der Wirtschaft in erster Linie, wenn in größerem Umfang in einem Wirtschaftszweig Arbeitsplätze abgebaut werden. Ist der Abbau der Beschäftigung auch noch räumlich auf einzelne Regionen konzentriert, verschärft sich das damit verbundene Problem. Zu den Branchen, in denen das Niveau der Beschäftigung Ende der 80er Jahre deutlich niedriger liegt als zu Beginn der 50er Jahre, gehören der Bergbau, das Ledererzeugende und das Lederverarbeitende Gewerbe sowie das Schuhgewerbe, das Textilgewerbe und die Tabakverarbeitung.

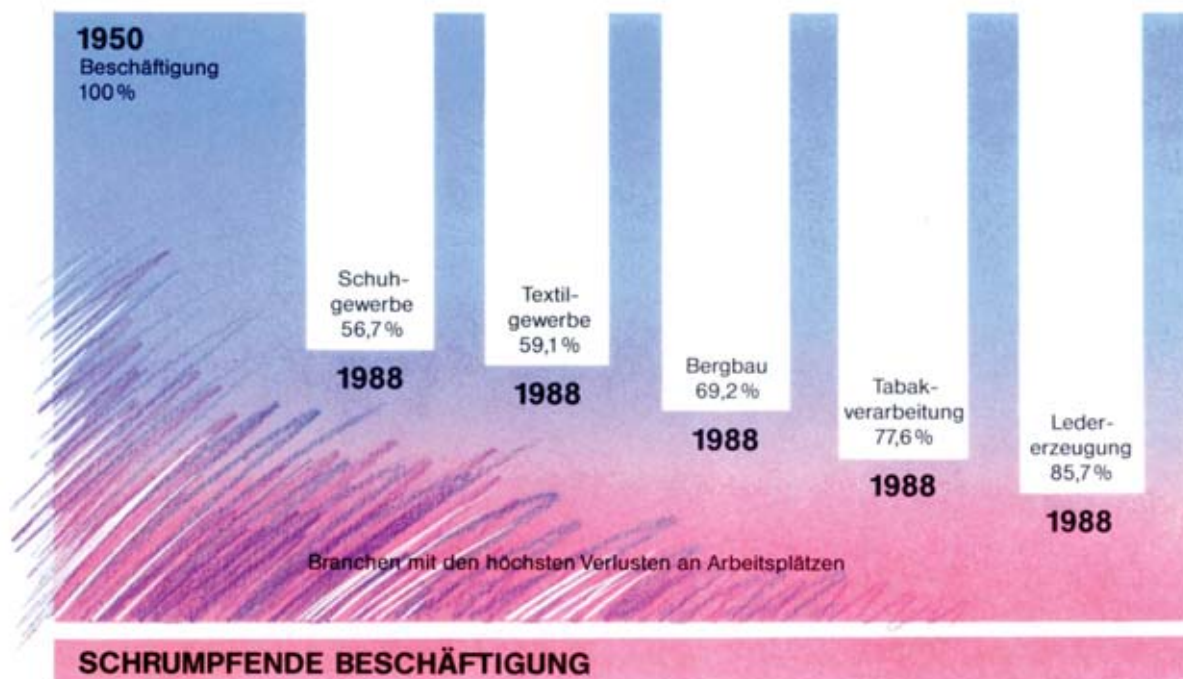
Setzt man das in den einzelnen Branchen bestehende Beschäftigungsniveau im Jahre 1950 = 100, dann weist die Beschäftigung im Jahre 1988 folgende Niveaus auf: Im Bergbau 30,9; im Ledererzeugenden Gewerbe 14,3; im Lederverarbeitenden Gewerbe 66,5; im Schuhgewerbe 43,3; im Textilgewerbe 40,9 und in der Tabakverarbeitung 22,4. Das bedeutet, daß z.B. in der Tabakverarbeitung 1988 nur noch weniger als ein Viertel der Beschäftigtenzahl von 1950 erreicht wurde.

Die Ursachen für die verringerte Beschäftigung sind sehr vielfältig und von Branche zu Branche verschieden. Man kann aber für alle genannten Branchen - mit Ausnahme der Tabakverarbeitung - einen gemeinsamen, dominierenden Faktor angeben. Die Beschäftigung nahm ab, weil die Produkte bzw. vergleichbare Produkte im Ausland preiswerter

hergestellt werden konnten und vermehrt eingeführt wurden.

Der Bergbau, worunter im wesentlichen der Steinkohlebergbau zu verstehen ist, wurde vom Vordringen des Heizöls betroffen. Die Kohle, deren Produktion in der unmittelbaren Nachkriegszeit den entscheidenden Engpaßfaktor dargestellt hatte, wurde nach dem Jahr 1963 in immer geringeren Mengen gefördert. Die Beschäftigung ging bereits seit dem Jahre 1956 zurück. Bekanntlich ereignete sich später in der Mineralölverarbeitung, dem Wirtschaftszweig, in dem das Heizöl hergestellt wird, in zwei Schüben eine dramatische Steigerung der Preise für den wichtigsten Rohstoff, das Rohöl. Das hatte zur Folge, daß der Verbrauch stark eingeschränkt wurde und die Produktion von Heizöl ebenfalls stark zurückgenommen werden mußte.

In den drei Leder-Branchen war die Beschäftigung in der Nachkriegszeit zunächst gestiegen. Der Abbau der Beschäftigung begann in der Ledererzeugung 1958, in der Schuhherstellung 1961 und in der Lederverarbeitung 1971. In der Schuhherstellung vollzog sich der Abbau der Beschäftigung sowohl in den größeren Betrieben mit industrieller Produktionsweise als auch in den kleineren, handwerklich geprägten Betrieben. Im Schuhmacherhandwerk waren im Herbst 1949 immerhin 123000 Personen beschäftigt, Ende 1988 dagegen nur noch 58000 Personen. Es werden inzwischen mehr als doppelt so viele Schuhe eingeführt als im Inland



produziert. Auch bei den Lederwaren (technische Artikel, Saattlerwaren, Gürtel, Taschen, Handschuhe, Koffer usw. aus Leder und Lederaustauschstoffen) gerieten die inländischen Erzeuger immer stärker unter den Druck der ausländischen Hersteller. Der Wert der Einfuhren nahm ständig zu; er liegt 1988 fast genauso hoch wie der Wert der inländischen Produktion.

In der Tabakverarbeitung ist der Abbau der Beschäftigung vermutlich weniger auf die Vertiefung der internationalen Arbeitsteilung als auf die starke Verbesserung der Arbeitsproduktivität zurückzuführen. Das Produktionsergebnis je Beschäftigtenstunde lag im Jahr 1988 in dieser Branche 19mal so hoch wie im Jahr 1950. In der Nachkriegszeit wurden in großem Umfang Tabakwaren noch mit der Hand hergestellt. Insgesamt war die Branche kleingewerblich bis mittelständisch strukturiert. 1950 waren in der Tabakverarbeitung 87 000 Beschäftigte in 3 110 Arbeitsstätten beschäftigt, also im Durchschnitt 28 Beschäftigte je Arbeitsstätte. Im Jahr 1987 lag dagegen die Zahl der Beschäftigten mit 15 500 deutlich niedriger als 1950; noch stärker war jedoch die Zahl der Arbeitsstätten gefallen, nämlich auf 104. Die durchschnittliche Größe der Arbeitsstätten stieg dadurch auf 149 Personen je Arbeitsstätte. Die steigende Betriebsgröße ist zugleich Ausdruck einer umfassenden Mechanisierung und Automatisierung der Produktion.



Absatzschwierigkeiten haben in der Stahlindustrie zu Beschäftigungsverlusten geführt, die ernsthafte Probleme für den Arbeitsmarkt in den Stahlregionen bedeuten

Foto: Bildagentur Schuster / Schiller

Steigerung der Arbeitsproduktivität

Bezieht man rechnerisch das gesamte Produktionsergebnis auf die Zahl der Beschäftigten, dann erhält man eine Größe, die vereinfachend »Arbeitsproduktivität« genannt wird. Setzt man statt der Zahl der Beschäftigten die Zahl der von den Beschäftigten geleisteten Arbeitsstunden in die Rechnung ein, dann ergibt sich das weiter oben bereits erwähnte »Produktionsergebnis je Beschäftigtenstunde«.

Im Verarbeitenden Gewerbe, zu dem sowohl die Industrie als auch das verarbeitend tätige Handwerk gehören, ist das Produktionsergebnis je Beschäftigtenstunde in der Nachkriegszeit ständig gestiegen. Im Jahr 1988 lag es 4,9mal höher als im Jahre 1950. Diese Entwicklung hatte weitreichende Folgen, u.a. deshalb, weil die Steigerung der Arbeitsproduktivität im Kern die Ursache unseres ständig wachsenden materiellen Wohlstandes darstellt. Nur wegen der stark gestiegenen Arbeitsproduktivität ist es überhaupt möglich geworden, die Produktion so weit auszudehnen. Weitreichende Folgen liegen aber auch darin, daß an eine sich immer weiter fortsetzende Steigerung der Arbeitsproduktivität die Befürchtung geknüpft werden kann, daß unserer Gesellschaft letzten Endes die »Arbeit« ausgeht.

Die allmähliche Zunahme der Arbeitsproduktivität erstreckte sich ohne Ausnahme auf alle hier betrachteten Wirtschaftszweige. Die weiter oben behandelten »Sorgenkinder«

Foto: Ullstein



unter den Branchen sind dabei einbezogen. Im Bergbau hat sich das Produktionsergebnis je Beschäftigtenstunde 1988 gegenüber 1950 vervierfacht, in der Schuhherstellung hat es sich verdreifacht und im Textilgewerbe gar verneunfacht. Die Tabakverarbeitung wurde bereits erwähnt, hier hat sich die »Produktivität« verneunzehnfacht. Bei den anderen oben genannten Branchen sieht es so aus: Chemie verneunfacht, Straßenfahrzeugbau versiebenfacht, Elektrotechnik veracht-facht, Maschinenbau verdreifacht.

Wissenschaftler haben die Ursachen des Anstiegs der Arbeitsproduktivität intensiv analysiert. Nach deren Urteil sind für den Anstieg der Arbeitsproduktivität die folgenden Einflußfaktoren besonders wichtig:

- verbesserte Ausbildung der Arbeitnehmer,
- vermehrter Einsatz von *Maschinen* und moderner Technologie
- verbesserte Industriestruktur (höherer Anteil von Branchen mit überdurchschnittlichen Veränderungsraten).
- Größenvorteile durch vermehrte Produktion (economies of scale).
- technischer Fortschritt oder Wissenszuwachs im engeren Sinne.

Der wichtigste Einzelfaktor ist der zuletzt genannte, der *technische Fortschritt*.



Vom Fließbandarbeiter zum Roboter - wurde 1955 das Goggomobil noch von Hand montiert, so werden heute in der Autoindustrie vorwiegend Roboter eingesetzt

Foto: Bildagentur Schuster / Bramaz

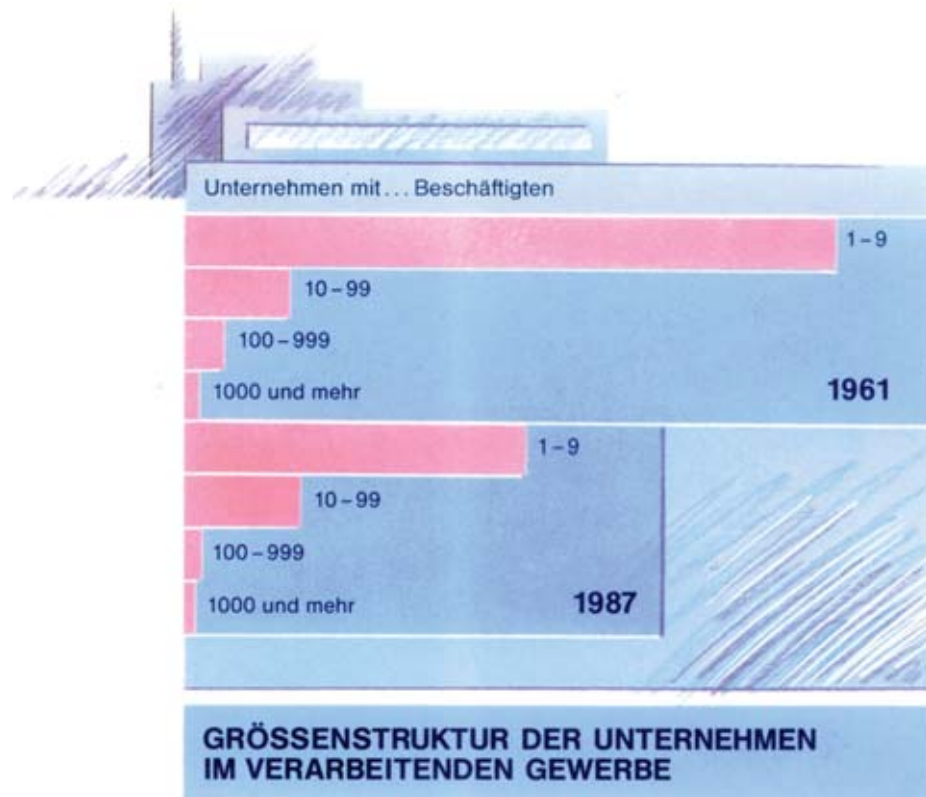
Konzentration, Bedeutung der kleineren und mittleren Unternehmen

Voraussetzung für den technischen Fortschritt ist die Forschung. Schubkraft für die Forschung ist der Zwang zur Entwicklung immer neuer Produkte und Verfahren. Notwendig sind die Innovationen wegen des Wettbewerbs. Für das Bestehen des Wettbewerbs ist eine ausreichende Anzahl aktiver oder potentieller Wettbewerber erforderlich. Vielen Beobachtern des wirtschaftlichen Geschehens ist die immer weiter voranschreitende Konzentration der Tätigkeit auf große und größte Einheiten deshalb ein Grund zur Besorgnis.

Die amtliche Statistik stellt Ergebnisse bereit, die es erlauben, den Grad der Konzentration in einzelnen Branchen oder bei einzelnen Produktgruppen einzuschätzen. Für die Beobachtung des Wettbewerbs und zur Verfolgung von Verstößen gegen das »Grundgesetz der Wirtschaft«, das Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen, ist das Bundeskartellamt in Berlin zuständig. Im folgenden sind einige *Konzentrationsraten* aufgeführt. Sie besagen, wie hoch der Anteil an der Produktion in einer Gütergruppe ist, der auf die drei größten Anbieter (Unternehmen) fällt. Die Ergebnisse gelten für das Jahr 1987:

Bergbau 65,9%

Tabakverarbeitung 57,6%



Straßenfahrzeugbau 48,2%
Chemie 28,7%
Ledererzeugung 25,4%
Elektrotechnik 24,6%
Lederverarbeitung, Schuhe 11,7%
Textilien 4,5%
Maschinenbau 4,3%

Die angegebenen Konzentrationsmaße geben an, welcher Anteil der inländischen Produktion auf die größten inländischen Hersteller fällt. Wenn auch ausländische Anbieter auf dem Markt tätig sind, wie z. B. bei den Straßenfahrzeugen, wird die Aussagekraft der Konzentrationsrate im Hinblick auf die Beurteilung der für entscheidend erachteten Wettbewerbsintensität sehr gering.

Betrachtet man das Verarbeitende Gewerbe insgesamt, dann richtet sich der Blick meist auf die großen Unternehmen mit bekanntem Namen. Dabei wird häufig übersehen, daß in diesem Bereich überwiegend kleine und sehr kleine Unternehmen tätig sind. Im Jahr 1987 beschäftigten mehr als 70% der Unternehmen im Verarbeitenden Gewerbe weniger als 10 Personen. Dabei sind jeweils die tätigen Inhaber und die mithelfenden Familienangehörigen einbezogen. Der Anteil der kleinen Unternehmen ist allerdings rückläufig. Im Jahr 1961 lag er noch weit über 80%. Rückläufig ist auch die absolute Zahl der Kleinunternehmen. Im Jahr 1987 wurden nur noch wenig mehr als die Hälfte der Unternehmen gezählt, die im Jahr 1961 in dieser Größenklasse tätig waren.

Absolut und anteilig gestiegen ist dagegen die Zahl der Unternehmen in der nächstgrößeren Kategorie mit 10 bis 99 Beschäftigten. Die Zahl der großen Unternehmen mit 100 und mehr Beschäftigten lag im Jahr 1970 höher, und im Jahr 1987 niedriger als im Jahr 1960.

Ganz ähnlich wie bei der Zahl der Unternehmen liegen die Verhältnisse, wenn man die Zahl der Personen betrachtet, die in den Unternehmen beschäftigt sind. Insgesamt lag die Zahl der Beschäftigten in dem hier betrachteten Wirtschaftsbereich 1987 gegenüber 1970 um 16,7% niedriger.

Vom wirtschaftlichen Zusammenbruch zum »Exportweltmeister« – die internationalen Wirtschaftsverflechtungen

Oswald Angermann und Karl Müller

»Rekordergebnis im deutschen Außenhandel« – »Importe weiter gestiegen« – »Exporte nehmen weiter zu«!

Schlagzeilen, die immer wieder durch die Medien gehen, beschreiben so die große Bedeutung des immer weiter expandierenden Außenhandels der Bundesrepublik Deutschland.

Die wirtschaftliche Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland von den aus heutiger Sicht bescheidenen Anfängen im Gründungsjahr 1949 zu einer der führenden Industrienationen der Welt wurde ganz entscheidend von der Entwicklung des Außenhandels geprägt. Seinerzeit galt es in erster Linie, die nach dem Zusammenbruch darniederliegende deutsche Wirtschaft neu zu beleben, indem man auch die verlorengegangenen Auslandsmärkte schrittweise zurückgewinnen wollte. Rückblickend läßt sich heute feststellen, daß dieses Ziel nicht nur erreicht, sondern in einem

Schon während der Wiederaufbauphase stellte sich die deutsche Industrie wieder dem Wettbewerb – hier auf der Exportmesse 1949 in Hannover

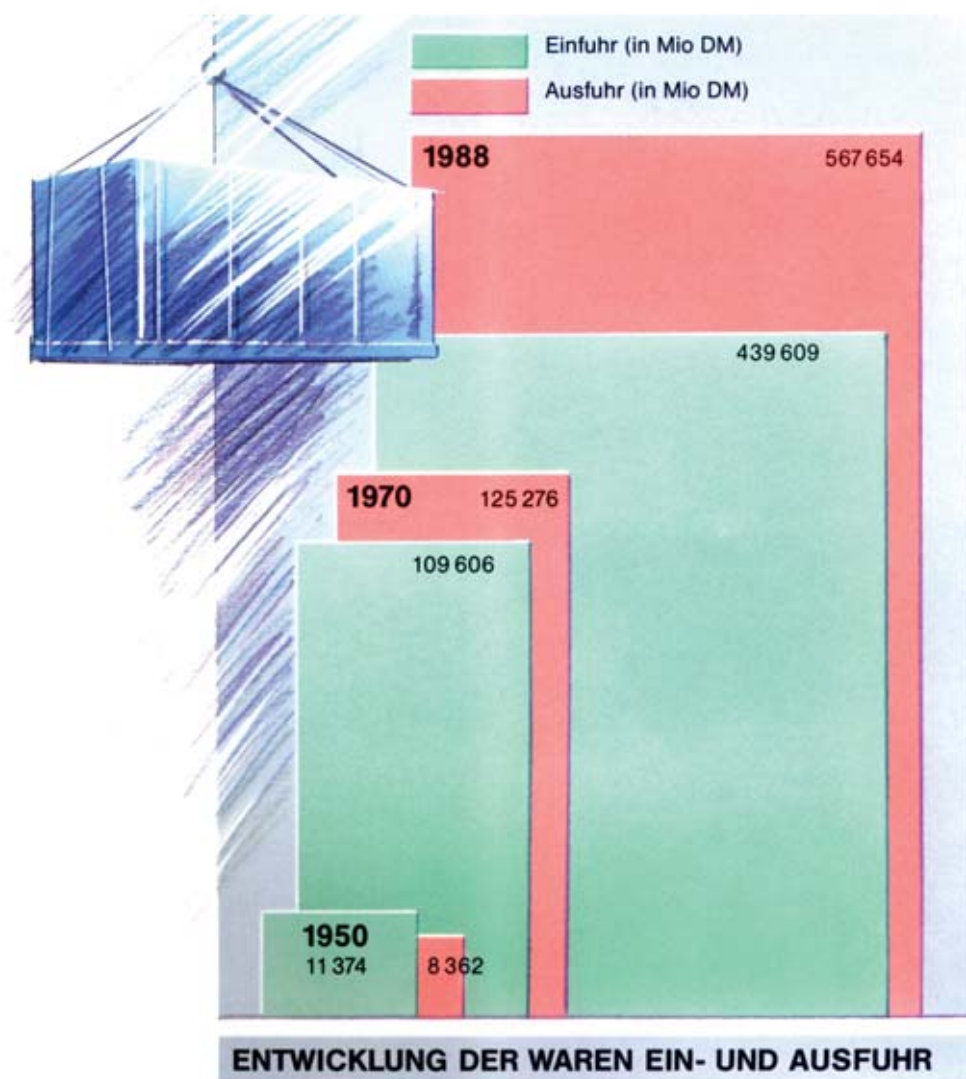
Fotos: Deutsche Messe AG



Entwicklung von Einfuhren und Ausfuhren

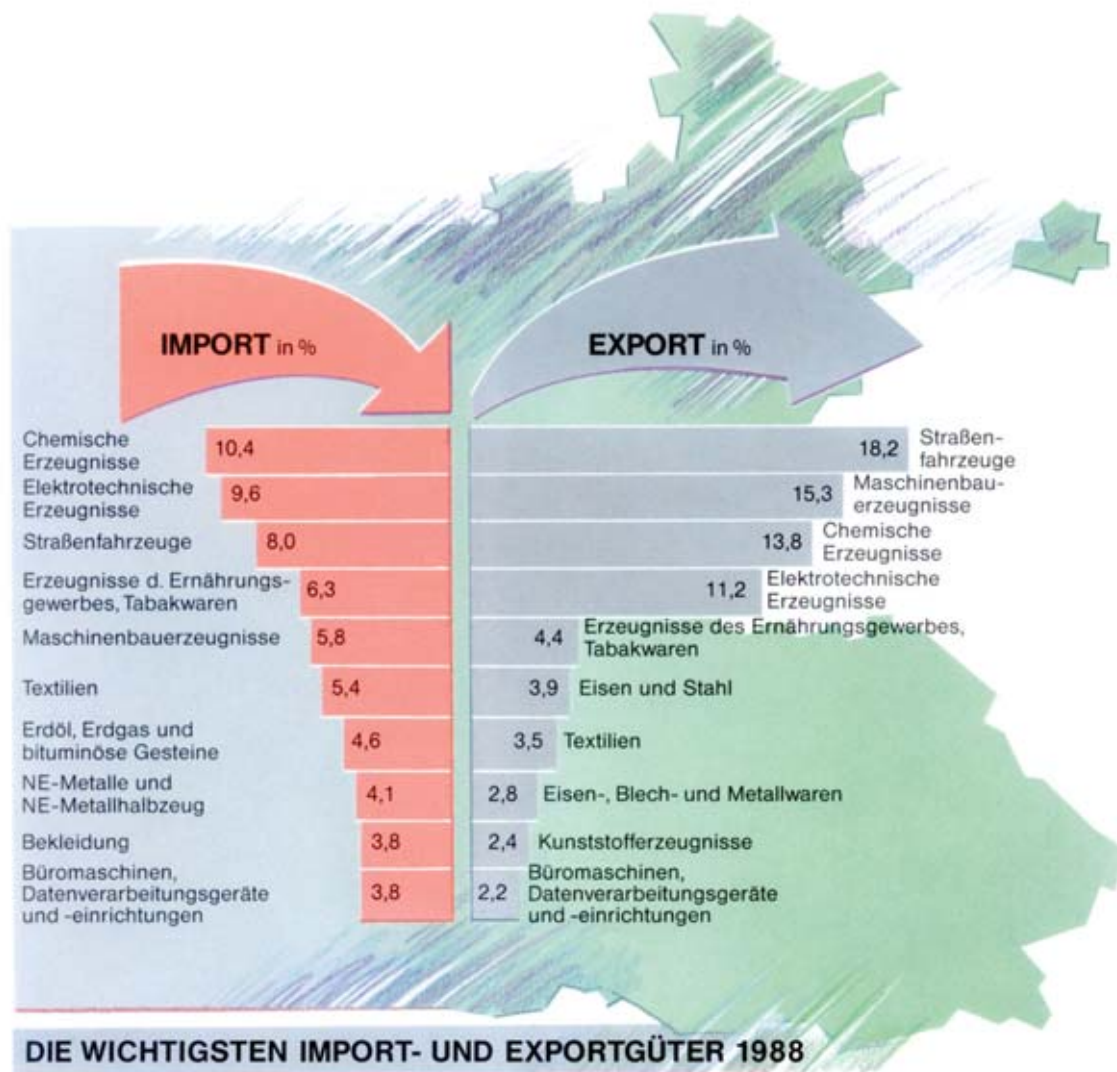
Ausmaß übertroffen wurde, das vor 40 Jahren nur wenige zu hoffen gewagt hätten. Neben den USA zählt die Bundesrepublik Deutschland mittlerweile zu den führenden Handelsnationen dieser Welt und wird darüber hinaus oft als »Weltmeister« des Exports bezeichnet; ein Titel, der nicht immer nur positive Reaktionen hervorruft. Die stürmische Entwicklung des deutschen Außenhandels läßt sich eindrucksvoll an den folgenden Zahlen nachvollziehen.

Betrag der Gesamtwert aller Wareneinfuhren im Jahr 1950 nur 11,4 Milliarden DM, so vervierfachte er sich in den folgenden zehn Jahren bis 1960 auf 42,7 Milliarden DM. Auch in den nächsten Dekaden setzte sich diese Entwicklung trotz mancher Konjunkturerinbrüche ungebrems fort. Im Jahr 1970 wurden Waren im Wert von 109,6 Milliar-



den DM eingeführt, 1980 waren es 341,4 Milliarden DM und 1988 schließlich 439,6 Milliarden DM. Dies bedeutet eine Steigerung der Importe auf das 39-fache gegenüber dem Jahr 1950.

Noch eindrucksvoller als die Einfuhren entwickelten sich die *Ausfuhren* nach dem Krieg, der Begriff »*Made in Germany*« wurde weltweit zu einem Synonym für Qualität, Zuverlässigkeit und Präzision. Im Jahr 1950 erreichten die deutschen Warenexporte lediglich einen Wert von 8,4 Milliarden DM und lagen damit deutlich unter den Importen. Nur zehn Jahre später hatte sich diese Situation grundlegend gewandelt. Im Jahr 1960 setzten die deutschen Exporteure schon Waren im Wert von 48 Milliarden DM auf den internationalen Märkten ab, also fast sechsmal soviel wie



Strukturverschiebung bei Importen und Exporten

Die Hannover-Messe INDUSTRIE hat sich zur größten Industrieschau der Welt mit über 5000 in- und ausländischen Ausstellern entwickelt

Foto: Deutsche Messe AG. Freigegeben durch die Bezirksregierung Braunschweig. Nr.: 36-1374

1950. Mit diesem Tempo konnten die Einfuhren nicht mithalten. Sie blieben um gut 5 Milliarden DM hinter den Ausfuhr zurück. Dieser Trend setzte sich auch in den nachfolgenden Jahrzehnten fort. War 1970 ein Ausfuhrwert von 125,3 Milliarden DM und 1980 bereits von 350,3 Milliarden DM erreicht worden, so wurden 1988 Waren im Wert von 567,7 Milliarden DM exportiert – Höhepunkt einer Entwicklung, deren Ende noch nicht abzusehen ist. Dies bedeutet eine Steigerung der Exporte auf das 68fache gegenüber dem Jahr 1950. Sollten die Exporterfolge der deutschen Wirtschaft auch in Zukunft anhalten, wird das Markenzeichen »Made in Germany« auch weiterhin »Botschafter« für die Leistungsfähigkeit unserer Wirtschaft sein.

Die wirtschaftliche Situation, in der sich die Bundesrepublik Deutschland im Zeitablauf jeweils befand, läßt sich gut aus der Struktur der von ihr ein- und ausgeführten Waren erkennen. In den Aufbaujahren war die junge Republik besonders auf Importe von Ernährungsgütern und Rohstoffen angewiesen. Die Anteile dieser Warengruppen an der Gesamteinfuhr lagen 1950 bei 44 bzw. 30%, machten damals also zusammen fast drei Viertel der Wareneinfuhr aus.

Bei der Ausfuhr dominierten bereits 1950 die Fertigwaren mit einem Anteil von 65%. Zu Fertigwaren werden ver-



gleichsweise kleine Posten wie Glas und Hüte ebenso gerechnet wie elektrotechnische Erzeugnisse (Anteil an der Gesamtausfuhr 1950: 4%), Kraft- und Luftfahrzeuge (Anteil: 5%) und Maschinenbauerzeugnisse, die 1950 schon 14% der Gesamtausfuhr ausmachten und damit die Exportrangliste anführten. In seiner Zusammensetzung vollständig verändert präsentierte sich der Außenhandel dann im Jahre 1970, und zwar insbesondere bei der Einfuhr.

Der wirtschaftliche Wandel, der mit den Stichworten fortschreitende Industrialisierung und Intensivierung der Landwirtschaft beschrieben werden kann, ließ die Bedeutung der Ernährungswirtschaft und der Rohstoffe an der gesamten Einfuhr auf 19 bzw. 14% sinken. Bereits genau die Hälfte aller Importgüter waren 1970 demgegenüber Fertigwaren. Im selben Zeitraum festigte und verstärkte sich die Position der Bundesrepublik Deutschland als Exporteur von – industriell erzeugten – Fertigwaren; ihr Anteil an der Gesamtausfuhr betrug 1970 rund 86%. In den folgenden Jahren bis heute hat sich das Profil des Außenhandels nicht mehr im selben Maße wie vorher verändert. Allerdings sind die aufgezeigten Tendenzen der Jahre des »Wirtschaftswunders« weiter akzentuiert worden. So verringerte sich bei der Einfuhr der Anteil der Ernährungswirtschaft an der Gesamteinfuhr auf nunmehr 12%, der Wert der Rohstoffe ging auf 6,3% zurück, während die Fertigwaren (68%) nochmals an Bedeutung gewannen. Ausfuhrseitig belief sich 1988 der Anteil der Fertigwaren auf 88%, ein gegenüber dem Jahr 1970 nur wenig gestiegener Prozentsatz.

Heute führt die Bundesrepublik Deutschland in erster Linie Chemische Erzeugnisse (Anteil an der Gesamteinfuhr 10,4%), Elektrotechnische Erzeugnisse (9,6%) sowie Straßenfahrzeuge (8,0%) ein, während bei den Exporten Straßenfahrzeuge (Anteil der Gesamtausfuhr 18,2%), Maschinenbauerzeugnisse (15,3%), Chemische Erzeugnisse (13,8%) und Elektrotechnische Erzeugnisse (10,2%) dominieren.

In den vergangenen Jahren hat sich jedoch nicht nur die Struktur der ein- und ausgeführten Waren geändert, sondern auch in der Rangfolge unserer wichtigsten Handelspartner haben einige Verschiebungen stattgefunden. Schon 1955 wurde der weitaus größte Teil des Außenhandels mit den industrialisierten westlichen Ländern abgewickelt: 70% aller Einfuhren und 75% aller Ausfuhren. Die Bedeutung dieser Länder für den Außenhandel der Bundesrepublik Deutschland hat seitdem noch kräftig zugenommen: bei der Wareneinfuhr auf 83% und bei der Warenausfuhr auf 86% im Jahr 1988. Auf der anderen Seite ist der Stellenwert der Entwicklungsländer in der weltwirtschaftlichen Verflechtung der Bundesrepublik Deutschland im

Unsere
Außenhandelspartner

*Tee-Entladung in Bremen –
12% der Einfuhren
entfallen auf Ernährungsgüter*

Foto: dpa



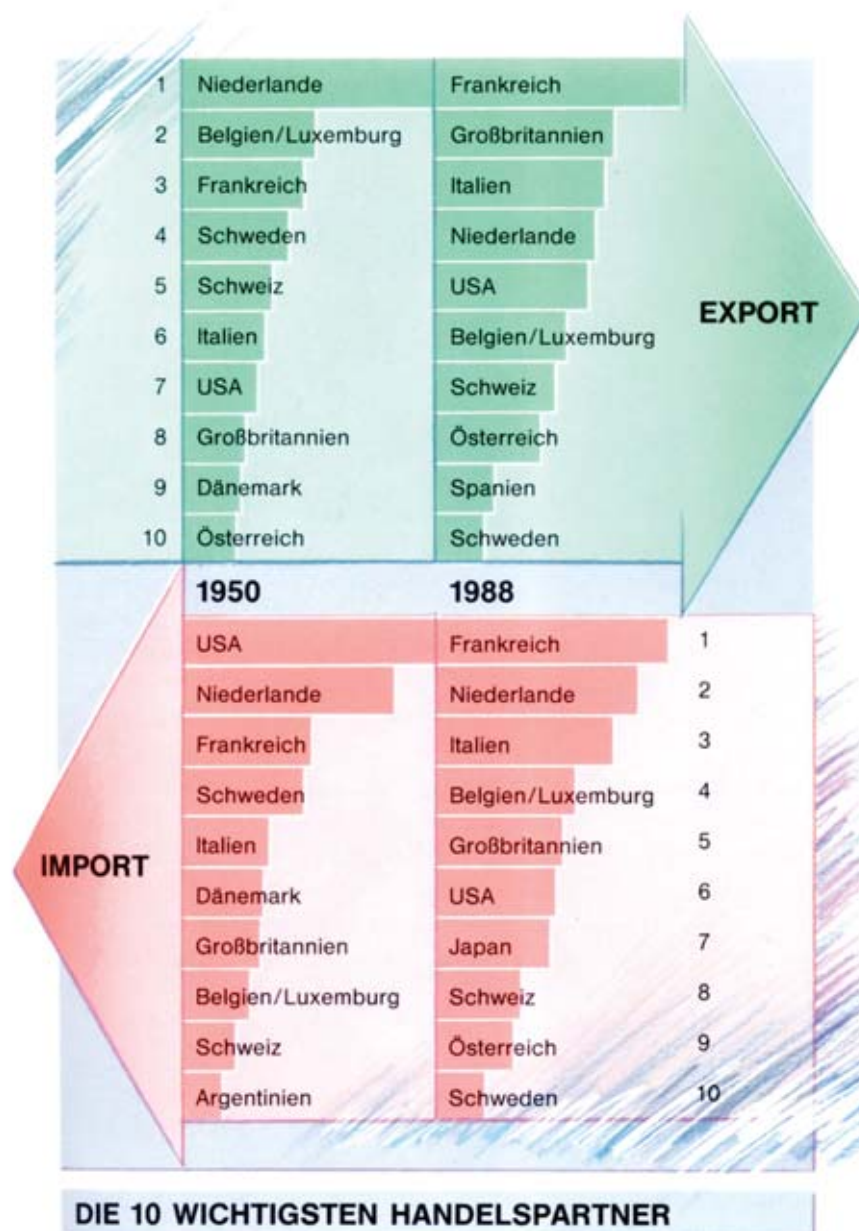
langfristigen Zeitverlauf zurückgegangen. Hatten 1955 die Bezüge aus den Entwicklungsländern noch einen Anteil von 27% an der Gesamteinfuhr, so waren dies 1988 nur noch 13%. Auf der Ausfuhrseite verringerte sich der Anteil von gut einem Fünftel auf ein Zehntel. Die Staatshandelsländer, die traditionell nur einen geringen Anteil am grenzüberschreitenden Warenverkehr der Bundesrepublik Deutschland haben, waren 1988 zu 4,7% am Import und zu 4,4% am Export beteiligt. Die größten Anteile des Außenhandels entfielen schon in den Gründerjahren auf unsere westlichen europäischen Nachbarn, daneben auf die Vereinigten Staaten. Heute wird über die Hälfte des gesamten Außenhandelsumsatzes im Warenverkehr mit den EG-Partnerländern abgewickelt. In der Rangliste des Außenhandelsumsatzes steht Frankreich (Anteil am gesamten Außenhandelsumsatz: 12%) an erster Stelle, gefolgt von den Niederlanden, Italien und dem Vereinigten Königreich. Im ab 1993 verwirklichten europäischen Binnenmarkt wird die Bedeutung der EG-Länder für die Handelsverflechtung der Bundesrepublik Deutschland sicherlich noch weiter zunehmen.

Die Bilanzen und ihr Ausgleich

Zur Beurteilung der Handelsbeziehungen eines Landes mit dem Ausland ist auch der »Außenhandelsaldo« (Wert der Ausfuhr abzüglich Wert der Einfuhr von Waren) von Interesse (Handelsbilanz). War 1950 noch ein Einfuhrüberschuß (–3,0 Milliarden DM) verbucht worden, so führte die über Jahrzehnte hinweg gewachsene Exportorientierung der Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland im Zeitablauf zu einem Anstieg des Außenhandelsaldos. Im Jahre 1970 betrug der Ausfuhrüberschuß bereits 15,7 Milliarden

DM. Auf über das Achtfache war der Überschuß im Jahre 1988 angestiegen: auf 128,0 Milliarden DM.

Die hohen Überschüsse im Außenhandel der Bundesrepublik Deutschland, die natürlich entsprechende Defizite bei den jeweiligen Handelspartnern bedeuten, werden vielfach als unerwünscht und störend für eine gleichmäßige wirtschaftliche Entwicklung angesehen. Dabei ist aber zu beachten, daß die Bundesrepublik Deutschland Überschüsse im Außenhandel braucht, um die Defizite im Dienstleistungsverkehr mit dem Ausland zu bezahlen.

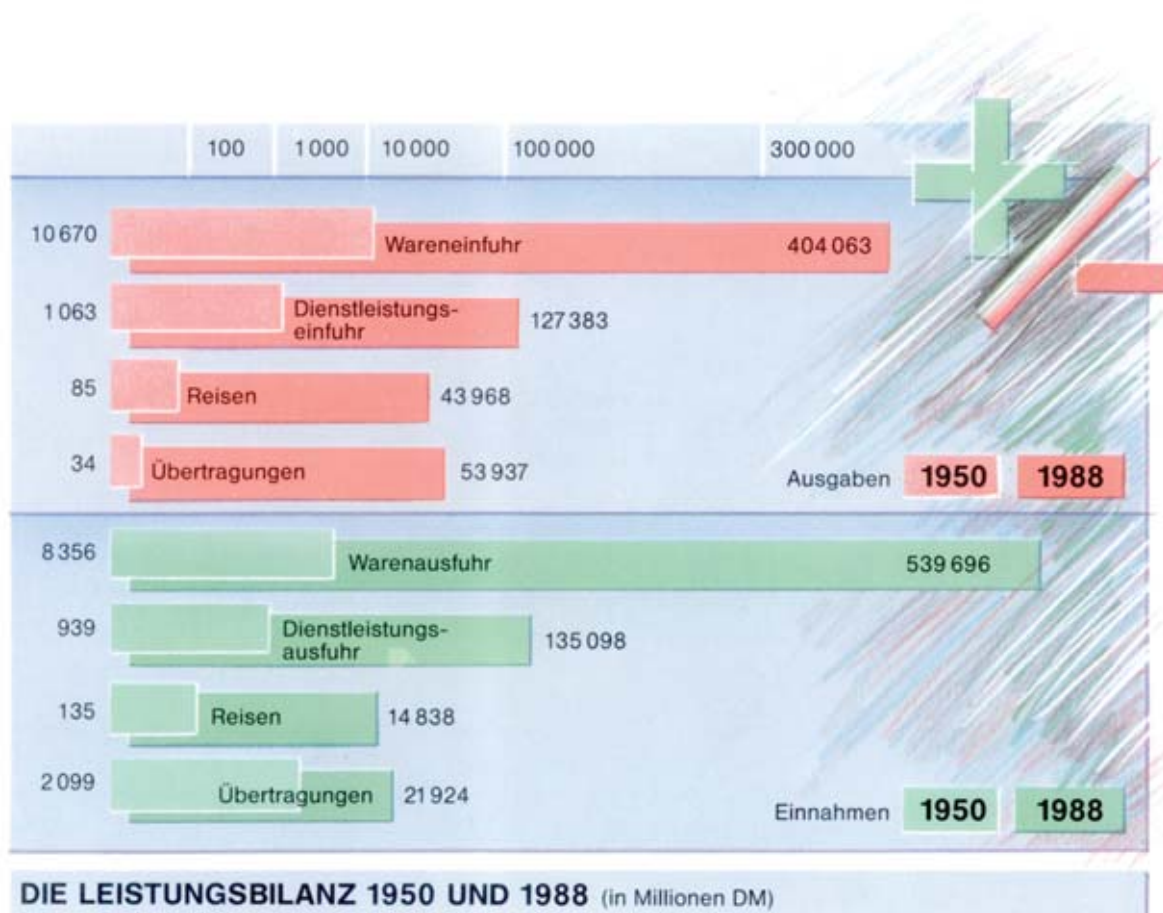


*Verschiffung in alle Welt – der
Containerhafen in Hamburg*

Foto: Bildagentur Schuster / Waldkirch



Hauptgrund für die Defizite im *Dienstleistungsverkehr* ist die Reiselust der Deutschen. Allein 1988 wurden im grenzüberschreitenden Reiseverkehr 44 Milliarden DM im Ausland ausgegeben, aber nur 15 Milliarden DM eingenommen. Einen weiteren großen Anteil an den Ausgaben und Einnahmen des Dienstleistungsverkehrs nehmen die sogenannten Regierungsleistungen ein. Dabei handelt es sich insbesondere um Käufe militärischer Dienststellen und ausländischer Botschaften und Konsulate. Da ausländische Dienststellen auf dem Boden der Bundesrepublik Deutschland in diesem Zusammenhang als Ausländer gelten, gehört jede Dienstleistung, die für diese Institutionen erbracht wird, zur Dienstleistungsausfuhr. Umgekehrt werden Dienstleistungskäufe der deutschen Dienststellen im Ausland als Dienstleistungseinfuhr behandelt. Da in der Bundesrepublik Deutschland weit mehr militärische Dienststellen des Auslandes stationiert sind als deutsche Dienststellen im Ausland, gleicht der positive Saldo der »Regierungsleistungen« (1988: +18 Milliarden DM) das Defizit im Reiseverkehr teilweise wieder aus.



Dies gilt ebenso – wenn auch in begrenztem Maße und erst seit Mitte der 70er Jahre – für die grenzüberschreitenden Kapitalerträge. Das Auslandsvermögen der Bundesrepublik Deutschland erbringt Kapitalerträge in Form von Zinsen usw. Diese Kapitalerträge sind als Gegenwert für eine Dienstleistung zu betrachten. Die Dienstleistung besteht in diesem Fall darin, dem Ausland Kapital zur Verfügung gestellt zu haben. Der Überschuß bei den Kapitalerträgen betrug 1988 etwas mehr als 8 Milliarden DM.

Auch per Saldo hohe unentgeltliche Leistungen an das Ausland (Übertragungen) kompensieren den Überschuß beim Warenverkehr. In steigendem Maße fallen hier die Beiträge zu den Haushalten internationaler Organisationen, insbesondere zum EG-Haushalt, ins Gewicht. Dies gilt auch, seit Anfang der 80er Jahre, für die Zuwendungen an Entwicklungsländer. Die Wiedergutmachungsleistungen an das Ausland erreichten 1961 ihr größtes Ausmaß. Seitdem sanken sie tendenziell, sind jedoch heute noch ein wichtiger Faktor.

Zu den Übertragungen zählen auch die Zahlungen, die



Mit der Verwirklichung des europäischen Binnenmarktes werden ab Ende 1992 die Einwohner der EG-Staaten die wirtschaftlichen Vorteile eines europäischen Binnenraumes in Anspruch nehmen, in dem der freie Verkehr von Personen, Waren, Dienstleistungen und Kapital gewährleistet ist – hier ein Blick auf den Sitz der EG-Kommission Berlaymont/Brüssel

Foto: Kommission der Europäischen Gemeinschaften

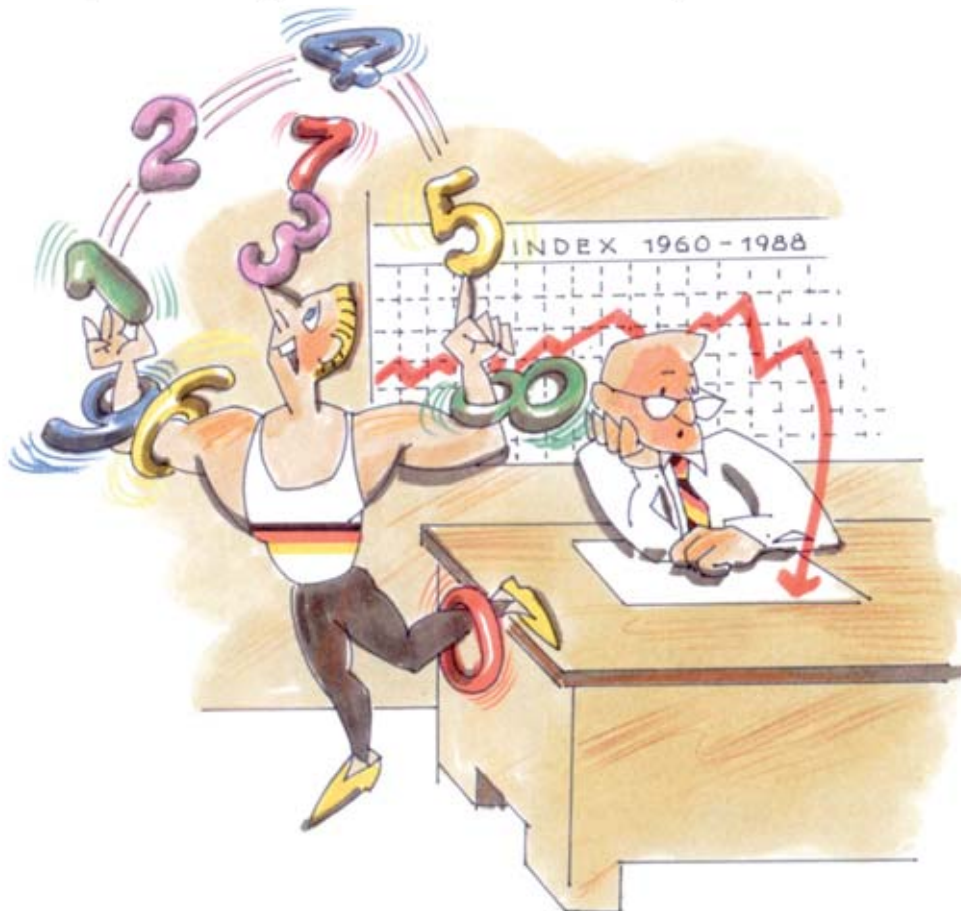
von Ausländern aus dem Inland transferiert werden. Dabei spielen die ausländischen Arbeitnehmer für die Übertragungsbilanz der Bundesrepublik Deutschland in zweifacher Hinsicht eine besondere Rolle: Während ihrer aktiven beruflichen Zeit in der Bundesrepublik Deutschland schicken sie in erheblichem Ausmaß Gelder in ihre Heimatländer zur Unterstützung der dort verbliebenen Angehörigen. Nach dem Ausscheiden aus dem Berufsleben und der Rückkehr in ihre Heimat empfangen sie Renten, Pensionen usw. Beide Vorgänge werden zu den Übertragungen der Bundesrepublik Deutschland an das Ausland gerechnet.

Der Warenverkehr mit dem Ausland, der Dienstleistungsverkehr und die Übertragungen werden in der *Leistungsbilanz* zusammengefaßt.

Über Zahlensammler, Rechner und Statistiker – wir über uns

Brigitte Reimann

Von einem Statistiker erwartet man unter dieser Überschrift sicher langatmige Ausführungen über den tiefen Sinn seiner Arbeit, gewürzt mit allerlei Zahlenwerken. Ein geschickter Autor würde deshalb gleich einen Überraschungseffekt einbauen, der den Dingen einen unerwarteten Verlauf gibt.



Tatsache ist jedoch, daß man im täglichen Leben, gerade in einem so hochentwickelten Land wie der Bundesrepublik Deutschland, ohne Zahlen, ohne quantitative Informationen nicht auskommt. Eine Beobachtung der gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und ökologischen Entwicklungen, die Pla-



Grundlagen und Aufbau der Bundesstatistik

nung und Durchführung politischer oder wirtschaftlicher Maßnahmen und deren Erfolgskontrolle ohne fundiertes Zahlenmaterial ist undenkbar. Oder, wie es das Bundesverfassungsgericht einmal ausgedrückt hat: »Die Bundesstatistik ist Voraussetzung für eine am Sozialstaatsprinzip ausgerichtete Politik«. Aber nicht nur den von Berufs wegen damit befaßten Politikern, Wissenschaftlern, Verwaltungsfachleuten, Interessenvertretern oder Unternehmern steht diese umfassende, neutrale und objektive Informationsquelle offen, sondern auch allen verantwortungsbewußten und kritischen Bürgern.

Das Informationsangebot reicht von Bevölkerungs- und Erwerbstätigkeitsstatistiken, Wirtschafts- und Umweltstatistiken über die Statistiken des öffentlichen Bereichs, des Bildungs- und Gesundheitswesens, Einkommens-, Verbrauchs- und Vermögensstatistiken bis hin zu den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, meist besser bekannt unter Stichworten wie »Bruttosozialprodukt« oder »Wirtschaftswachstum«.

Um auf der Höhe der Zeit zu bleiben, wird das statistische Arbeitsprogramm laufend fachlich und methodisch weiterentwickelt und den geänderten Informationswünschen der Benutzer von Statistiken angepaßt, wobei mit besonderer Sorgfalt darauf geachtet wird, die Auskunftgebenden so wenig wie möglich zu belasten. Den Bedürfnissen der Nutzer kommt es auch entgegen, daß die amtliche Statistik in der Bundesrepublik Deutschland überwiegend *Bundesstatistik* – und damit bundesweit vergleichbare Statistik – ist.

Über die primär zu erfüllenden Anforderungen des Bundes, des eigentlichen Auftraggebers von Statistiken, hinaus, wurde – dank der guten Zusammenarbeit zwischen Statistikern und »Konsumenten« – beim Erlaß der statistischen Rechtsgrundlagen auch der Informationsbedarf der übrigen

Benutzer aus Staat und Öffentlichkeit angemessen berücksichtigt. Das ist nicht nur rationell und kostengünstig, sondern sichert gleichzeitig eine gute Abstimmung der Statistiken untereinander.

Dazu trägt auch die Zusammenfassung aller statistischen Arbeiten in den statistischen Ämtern als eigens dafür eingerichteten Fachbehörden bei, eines der drei hervorstechenden Charakteristika der Bundesstatistik. Von der räumlichen Verteilung her gesehen ist die Bundesstatistik weitgehend dezentral aufgebaut und organisiert. Dem *föderativen Staats- und Verwaltungsaufbau* entsprechend, teilen sich Bund und Länder die Erfüllung der statistischen Aufgaben. Während die Vorbereitung der einzelnen Statistiken sowie die Zusammenstellung und Veröffentlichung der Bundesergebnisse in der Hand des *Statistischen Bundesamtes* liegen, sind für die Erhebung und Aufbereitung bis zum Landes-



gebnis in der Regel die *Statistischen Landesämter* zuständig. Bei einigen Statistiken sind die *kommunalen statistischen Ämter* in den Erhebungsweg eingeschaltet. Im Rahmen der Europäischen Gemeinschaften, als der vierten Ebene der amtlichen Statistik, nimmt das Statistische Bundesamt gewissermaßen die Rolle eines Landesamtes wahr.

Ein drittes Charakteristikum, das bereits erwähnt wurde, ist die Legalisierung der amtlichen Statistik in der Bundesrepublik Deutschland. Dies bedeutet: Keine Bundesstatistik kann ohne Rechtsgrundlage durchgeführt werden. Über die Notwendigkeit einer Statistik, ihren Inhalt und Umfang und über die Zumutbarkeit der Belastung für die Befragten entscheiden also nicht die statistischen Ämter, sondern der Gesetzgeber.

Die amtliche Statistik –
neutral, objektiv
und wissenschaftlich

Äußeres Erscheinungsbild und Arbeitsprogramm der modernen und leistungsfähigen Dienstleistungseinrichtung Bundesstatistik lassen häufig vergessen, daß die amtliche Statistik bereits auf eine über 150jährige Tradition zurückblickt. Wie viele andere Verwaltungszweige hatte auch die Statistik ihren Ursprung in Preußen. Ohne hochqualifizierte Methoden und den Einsatz hochmoderner Informationstechniken ließe sich die Flut von Daten, die tagtäglich in den statistischen Ämtern zu statistischen Ergebnissen zusammengefaßt wird, heute nicht mehr bewältigen. In fachlichen Fragen sind wir Statistiker – im Interesse der völligen Neutralität und Objektivität unserer Arbeiten – übrigens an keinerlei Weisungen gebunden. Bis heute hat es, worauf wir besonders stolz sind, noch nie einen Verstoß gegen die *stati-*



stische Geheimhaltung gegeben, die von uns – neben *Neutralität, Objektivität* und *wissenschaftlicher Unabhängigkeit* – als eines der tragenden Fundamente unserer Arbeit angesehen wird. Die statistische Geheimhaltung ist gleichzeitig als Pendant zur Auskunftspflicht zu sehen, ohne die die hohe Qualität der Bundesstatistik nicht aufrechtzuerhalten wäre. An einer dieser Grundfesten zu rütteln, hieße, die Akzeptanz der Statistik bei den Befragten und in der öffentlichen Meinung zu gefährden, ohne die statistische Arbeit nicht möglich ist.

Die wichtigsten Bestimmungen über Anordnung, Vorbereitung und Durchführung von Bundesstatistiken, über Auskunfts- und Geheimhaltungspflicht und die dazugehörigen Straf- und Bußgeldvorschriften sind im *Gesetz über die Statistik für Bundeszwecke* niedergelegt. Es regelt auch im einzelnen die Aufgaben des Statistischen Bundesamtes, einer selbstständigen Bundesoberbehörde im Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern. An seinem Hauptsitz in Wiesbaden und den Nebenstellen in Berlin und Düsseldorf arbeiteten 1989 rund 2700 Mitarbeiter, davon 250 im wissenschaftlichen Dienst. Neben seinen statistischen Aufgaben nimmt das Amt auch die Funktion einer *Geschäftsstelle der Sachverständigenräte* für Wirtschaft und Umwelt wahr, der Präsident des Statistischen Bundesamtes ist traditionell zugleich *Bundeswahlleiter*.

Im Rahmen der internationalen Zusammenarbeit steht das Amt mit statistischen Zentralämtern vieler Länder und mehr als 30 internationalen Organisationen in enger Verbindung.

Wichtigste Aufgabe des Statistischen Bundesamtes – neben der methodischen und fachlichen Vorbereitung und Weiterentwicklung von Statistiken – ist die Bereitstellung statistischer Ergebnisse. Jahraus, jahrein verlassen rund 1100 Veröffentlichungen mit einer Auflage von rund 850000 Exemplaren und etwa 150000 Broschüren und Faltblätter das Haus. Hinzu kommen etwa 450 Pressemitteilungen über aktuelle Ergebnisse, weitere Pressedienste, ungezählte telefonische und schriftliche Auskünfte. Über Bildschirmtext kann ein umfassendes Informationsprogramm mit über 1000 Btx-Seiten Umfang abgerufen werden. Einen Querschnitt statistischer Ergebnisse aus allen Bereichen der amtlichen Statistik bietet das »Zahlenlexikon«, international geht's im Programm »Welt in Zahlen« zu und im »Sofortdienst für die Wirtschaft« stehen über 600 aktuelle Konjunkturindikatoren abrufbereit. Ein Wegweiser führt zu den Datenangeboten der Statistischen Landesämter.

Für den Benutzer, der Daten auf Datenträgern beziehen oder selbst statistische Auswertungen und Analysen durch-

Statistische Ergebnisse
für Bürger, Staat
und Wirtschaft

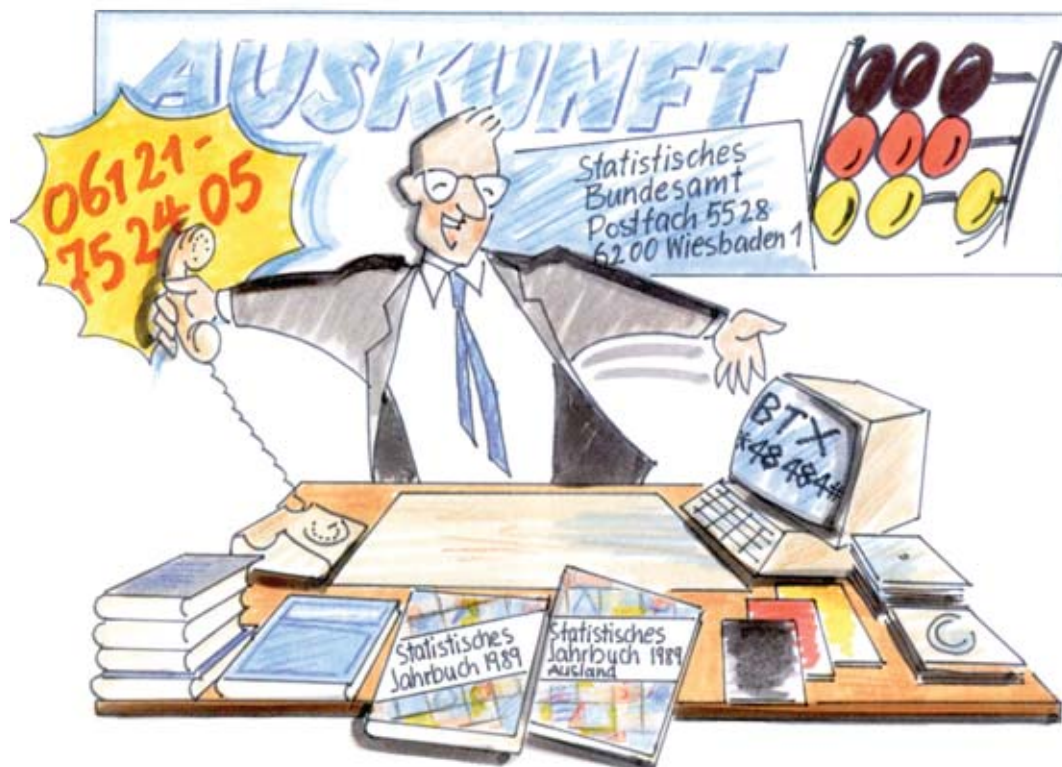
führen will, stehen im Statistischen Informationssystem des Bundes 500 000 Zeitreihen mit rund 25 Millionen Daten aus 250 verschiedenen Statistiken zur Verfügung. Die Daten können online, auf Magnetband, auf Diskette oder als Ausdruck auf Papier bezogen werden. Außer in Wiesbaden kann man sich auch in einer Beratungsstelle in Bonn-Bad Godesberg beim Umgang mit dem System helfen lassen.

Von den schon angesprochenen Veröffentlichungen des Statistischen Bundesamtes ist sicher das Statistische Jahrbuch die bekannteste. 1989 wegen des zunehmenden Interesses an internationalen Daten erstmals in zwei Bänden erschienen, gibt es den umfassendsten Überblick über das Informationsangebot der amtlichen Statistik. Neben weiteren allgemeinen Querschnittsveröffentlichungen steht ein breites Angebot themenbezogener Veröffentlichungen, insbesondere über bestimmte Bevölkerungsgruppen (z. B. Frauen, Kinder, ältere Menschen) oder ausgewählte Wirtschaftsbereiche bereit.

Für den statistisch-versierten Benutzer gibt es daneben die breite Palette der Fachserien mit aktuellen statistischen Ergebnissen.

Fragen Sie uns oder fordern Sie unser Veröffentlichungsverzeichnis an – das Statistische Bundesamt gibt Auskunft.

Statistik = Zahlen, Fakten, Informationen – von uns für Sie!



Züge verbinden Orte und schaffen Veränderungen. Auch die Zeit zieht, und wie nach Fahrplänen gibt es dabei viele Bewegungen, die scheinbar gegeneinander laufen. Der Historiker betrachtet den Zug der Zeit unter der großen Perspektive der politischen und oft militärischen Entwicklung. Geschichte als Beschreibung des Zuges der Zeit ist meist die Darstellung politischer, wirtschaftlicher und sozialer Ideen, der Schicksale der Völker und Staaten, ist die Aufzeichnung der Veränderungen der politischen Weltkarte.

Ganz anders erlebt der einzelne den Zug der Zeit: Er nimmt die Veränderung seiner ganz persönlichen Lebensmöglichkeiten wahr. Vom Hunger über die Völlerei bis zum gezielten Konsumverzicht wandelten sich die Lebensumstände. Harte körperliche Arbeit wird durch Maschineneinsatz verändert, gerade auch die Hausfrau hat im letzten halben Jahrhundert eine deutliche Entlastung erfahren. Der Industriearbeiter leistet auf seinem Arbeitsplatz mehr an Produktivität bei geringerer Zeitbelastung

und in der Regel auch bei geringerem Streß, dafür kann er sich dank eines um das Mehrfache gestiegenen Lohns mehr leisten.

Um die Ecke zum Tante-Emma-Laden führte früher der Weg zum Einkauf, heute fährt man mit dem Auto zum Großmarkt auf der grünen Wiese vor der Stadt. Die Einbindung in die Familienwohn- und -lebensgemeinschaft ist in vielen Fällen dem Single-dasein oder der Wohngemeinschaft mit Freunden gewichen. Anstelle des Kohleofens steht heute die Fernheizung.

Der Zug der Zeit zieht seinen Bilderbogen durch vier Jahrzehnte: Wohnen, Arbeiten, Essen, Reisen, Einkaufen – dies sind nur einige Gebiete, in denen er Station macht.

Im Zuge durch die Zeit und dabei die vorbeihuschenden Bilder der Veränderungen des Alltagslebens aufzufangen – das möchte dieses Buch bieten. Auch wer nur darin blättert, die ausgewählten Bilder („Weißt Du noch?“) betrachtet, soll einen Eindruck vom Weg aus dem Gestern ins Heute gewinnen.

Der Markt hat sich verändert:
von der Kartoffel zur Kiwi

Das Straßenbild hat sich gewandelt:
vom Motorroller zur Luxuskarosse

Der Arbeitsplatz sieht anders aus:
vom Fließbandarbeiter zum Roboter

Der Haushalt wird kleiner:
von der vierköpfigen Familie zum Singledasein

**Bilder einer Entwicklung, die das Leben
des einzelnen und der Gesellschaft
entscheidend verändert hat.**

**Bilder einer dynamischen Veränderung
des Lebens im Bogen durch vier Jahrzehnte
gespannt, zeichnen in diesem Buch
den Zug der Zeit.**

ISBN 3-8246-0048-X

METZLER
POESCHEL